

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Ministerin**

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Stefan Weber, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/2941

nachrichtlich:

Frau Präsidentin  
des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein  
Dr. Gaby Schäfer  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

Kiel, 16. Oktober 2019

**Antworten der Landesregierung zu den Fragen der Fraktionen und des SSW zum  
Haushaltsentwurf 2020 - Epl. 14 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten der Landesregierung zu den durch die  
Fraktionen gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2020 - Epl. 14.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Heinold

## Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input checked="" type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	8
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	119 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Einnahmen aus IT-Kooperation mit Dritten

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	841,0 T€
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	600,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	750,0 T€

### Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?
2. Mit welchen „Dritten“ wurde kooperiert? Bitte aufschlüsseln.
3. Welchen Zwecken dienen die jeweiligen Kooperationen?
4. Wie erklären sich die Schwankungen der Haushaltsansätze in den Jahren 2018-2020?

### Antwort der Landesregierung:

#### **zu Frage 1: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?**

Das erwartete Ist 2019 entspricht dem HH-Ansatz 2019 in Höhe von 600,0 T€.

#### **zu Frage 2: Mit welchen „Dritten“ wurde kooperiert? Bitte aufschlüsseln.**

Folgende Ressorts rechnen über diesen Titel ihre Einnahmen ab:

- MILL: Kooperation mit der Bundespolizei zur gemeinsamen Fortentwicklung des polizeilichen Fachverfahrens @rtus (ITM 2103030000)
- MBWK: Kostenbeiträge der Schulen des Landes Schleswig-Holstein für die Nutzung internetbasierter Unterstützungssysteme für Schulen (ITM 2310030000)
- MELUND: Beiträge von 10 Kreisen an den Pflegekosten für die Nutzung des K3-Umwelt-Moduls „Biotope“ (ITM 2397030000)

#### **zu Frage 3: Welchen Zwecken dienen die jeweiligen Kooperationen?**

Entsprechende Kooperationen sind vertraglich geregelt und reduzieren die Ausgaben des Landes Schleswig-Holstein bei der Entwicklung, dem Betrieb und der Pflege von verwaltungsübergreifenden IT-Verfahren.

**zu Frage 4: Wie erklären sich die Schwankungen der Haushaltsansätze in den Jahren 2018 – 2020?**

Die Einnahmen werden entsprechend den Planungen der Ressorts veranschlagt. Das jährliche Ist kann jedoch schwanken, weil Einnahmen aus Vorjahren das geplante / erwartete Ist erhöhen.

## Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	10
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	533 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Betrieb +1-Arbeitsplätze

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	1.427,0 T€
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	5.000,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	5.000,0 T€

### Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?
2. Wie schlüsseln sich die Ausgaben im Einzelnen auf?
3. Was verbirgt sich hinter dem Zusatz „+1-Arbeitsplätze“?

### Antwort der Landesregierung:

#### **zu Frage 1: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?**

Das voraussichtliche Ist 2019 wird rd. 1,5 Mio. € betragen.

#### **zu Frage 2: Wie schlüsseln sich die Ausgaben im Einzelnen auf?**

Es handelt sich um Betriebskosten. Die Leistungen werden von Dataport erbracht. Folgende Ausgaben fallen in 2019 an: rd. 890 T€ für Anschluss und Betrieb sowie für das notwendige Sicherheitspaket im Bereich +1.büro; User-Help-Desk-Betrieb bei Dataport im Rahmen +1.FMD für Pilotbehörden rd. 610 T€. Die Leistungspakete werden in 2020 fortgeschrieben. In 2019 waren darüber hinaus rd. 3,5 Mio. € für die Fortentwicklung der Leistungspakete eingeplant. Die weitere Ausgestaltung der Maßnahme Full Management Desktop für +1 (+1.FMD) ist jedoch von einer Richtungsentscheidung der Landesregierung abhängig, die gemäß Projektfortschritt erst in 2020 initiiert werden kann. Sobald diese Entscheidung gefallen ist, werden Entwicklungskosten benötigt. Der Ansatz 2020 wurde daher überrollt. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Ansatzmittel i.H.v. 5,0 Mio. € in 2020 ausgeschöpft werden.

#### **zu Frage 3: Was verbirgt sich hinter dem Zusatz „+1-Arbeitsplätze“?**

Die +1-Infrastruktur der Landesverwaltung SH ist ein Hausstandard und definiert die Produkte, die Konfiguration und den Betrieb der Standardbürokommunikation für die Behörden. Der +1-Standard wird gemeinsam mit den Behörden definiert und zentral vom

Digitalisierungsministerium verwaltet. Er sorgt dafür, dass die IT in der Landesverwaltung dem Stand der Technik entspricht, wirtschaftlich ist und Doppelentwicklungen vermieden werden. Weiterhin wird ein hohes Maß an IT-Sicherheit geboten, aufbauend auf den BSI Grundschutzmodellierungen. Die +1-Infrastruktur bildet das Rückgrat der Bürokommunikationstechnologie der Landesverwaltung in SH.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input checked="" type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	9
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	533 12
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben der Digitalen Plattform SH (OSI-Infrastruktur)

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	-/-
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	0,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	5.800,0 T€

#### Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019 für diesen Aufgabenbereich?
2. Wie teilt sich der Haushaltsansatz auf den laufenden Betrieb sowie die Fortentwicklung der Infrastrukturen auf?

#### Antwort der Landesregierung:

**zu Frage 1: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019 für diesen Aufgabenbereich?**

Der Aufgabenbereich betrifft die ITM 2163030000 (Government Gateway / SH Service) und wird aus dem Titel 1402 – 533 56 finanziert. Diese Maßnahme ist die Grundlage der OSI-Infrastruktur. Das erwartete Ist 2019 beträgt dort rd. 3,3 Mio. €. Ab 2020 wird die ITM 2163030000 aus dem neuen Titel 1402 – 533 12 gezahlt.

**zu Frage 2: Wie teilt sich der Haushaltsansatz auf den laufenden Betrieb sowie die Fortentwicklung der Infrastrukturen auf?**

In 2020 werden sich die Betriebskosten auf rd. 3,5 Mio. € belaufen. Die Entwicklungskosten belaufen sich auf rd. 2,3 Mio. € und sind überwiegend für die Entwicklung und Implementierung von sog. Onlinediensten eingeplant.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	9
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	533 56
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	85.381,4
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	94.491,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	89.707,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden in welcher Höhe 2019 finanziert bzw. werden noch finanziert werden? Welche Maßnahmen werden 2020 in welcher Höhe finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Im Titel 1402 – 533 56 sind die Dienstleistungsverträge für Dataport und andere IT-Dienstleister verortet. Gegenwärtig sind 242 IT-Maßnahmen (ITM) gelistet und im Ansatz summiert. Bis Ende 2019 wird ein Zahlungstand von rd. 84,5 Mio. € erwartet. Grundsätzlich werden alle 242 ITM in 2020 fortgeführt.

In 2020 kommen neue Vertragslagen für IT-Maßnahmen hinzu, deren investiver Teil im Programm IMPULS 2030 (Kapitel 1614) finanziert wurde und die nunmehr in den Betrieb bei Dataport wechseln. Für den Betrieb und die Pflege dieser Vertragslagen, deren Stände erst im Oktober 2019 abschließend bekannt sein werden, sind mindestens 10,0 Mio. € einzuplanen.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	10
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	535 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	36,5
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	140,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	140,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Ländertagungen, Gremienarbeiten und Veranstaltungen sowie sonstige Maßnahmen wurden 2019 in welcher Höhe finanziert? Bitte um Auflistung!

Antwort der Landesregierung:

Der Titel 1402 – 535 03 ist ein Globaltitel. In diesem Titel veranschlagen alle Ressorts ihre Ausgaben für Tagungen, Gremienarbeit und sonstige Ausgaben der IT. Folgende Ausgaben wurden bislang getätigt:

**1. Ländertagungen**

In 2019 war Schleswig-Holstein das ausrichtende Land einer Ländertagung des IT-Planungsrates beim Bund. Für diese mehrtägige Großveranstaltung in Lübeck wurden rd. 102,6 T€ gezahlt.

**2. Gremienarbeit**

In 2019 wurden in der Europa-Akademie Sankelmark zwei mehrtägige Veranstaltungen der IT-Beauftragten-Konferenz und deren Arbeitsgruppen durchgeführt. Hierfür wurden rd. 16,6 T€ aufgewendet.

**3. Sonstige Ausgaben**

An sonstigen Ausgaben der IT (z. B. Kosten der Teilnahme an Tagungen anderer Länder und Messen) wurden bislang rd. 2,9 T€ geleistet.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	10
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	632 06
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kostenanteil des Landes an Finanzierungen von länderübergreifenden IT-Maßnahmen

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	5.317,9
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	5.600,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	6.300,0

Frage/Sachverhalt:

Wofür konkret sind die zusätzlichen Mittel veranschlagt? Bitte um Auflistung!
---

Antwort der Landesregierung:

Die Ansatzsteigerungen von 700 T€ entspricht dem Anteil des Landes Schleswig-Holstein am Programm Polizei 2020 – IT-Fonds. Auf Grundlage der am 30. November 2016 verabschiedeten Saarbrücker Agenda wurde das Programm Polizei 2020 beauftragt, das polizeiliche Informationswesen des Bundes und der Länder zu vereinheitlichen und zu harmonisieren. Als Kernziele wurden für das Programm die Verbesserung der Verfügbarkeit polizeilicher Informationen, die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Stärkung des Datenschutzes durch Technik identifiziert.
---

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input checked="" type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	10
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	894 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse Digitalpakt Schulen

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	1.900,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	0,0 T€

#### Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"><li>1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?</li><li>2. Welche Zuschüsse wurden in welcher Höhe im Einzelnen geleistet? Bitte nach Adressaten aufschlüsseln.</li></ol>
--

#### Antwort der Landesregierung:

<p><b>zu Frage 1: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?</b> In 2019 werden voraussichtlich keine Ausgaben getätigt. Gem. Haushaltsvermerk werden die Haushaltsmittel ins Haushaltsjahr 2020 übertragen und im Sinne der Frage 2 verwendet.</p> <p><b>zu Frage 2: Welche Zuschüsse wurden in welcher Höhe im Einzelnen geleistet? Bitte nach Adressaten aufschlüsseln.</b> Die Bundesmittel für den Digitalpakt Schulen fließen dem MBWK zu. In Zusammenwirken mit dem FM richtet das MBWK gegenwärtig die entsprechenden Titelstrukturen im Epl. 07 ein. In Abhängigkeit dieser Strukturen sollen ab 2020 Zuschüsse durch Verrechnung gegenüber dem Epl. 07 generiert werden.</p>
---

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	10
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	533 01 (MG01)
<b>Zweckbestimmung:</b>	Betrieb zentrale Infrastrukturen +1

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	2.579,8
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	3.300,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	2.300,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der gesenkte Ansatz?
---------------------------------------

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz 2020 konnte um 1,0 Mio. € reduziert werden, weil durch Modernisierung des zentralen E-Mail-Systems der Landesverwaltung Schleswig-Holstein die Betriebskosten bei Dataport gesenkt werden konnten.
---

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	10
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	533 07 (MG01)
<b>Zweckbestimmung:</b>	Fortentwicklung +1 Arbeitsplatz- und Infrastrukturdienste

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	489,3
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	3.600,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	700,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der gesenkte Ansatz?
---------------------------------------

Antwort der Landesregierung:

Die Fortentwicklung der +1 Arbeitsplatz- und Infrastrukturdienste zur Umsetzung der Maßnahme Full Management Desktop (+1.FMD) bedarf eines Richtungsbeschlusses der Landesregierung. Gemäß Projektfortschritt ist ein entsprechender Beschluss für 2020 in Vorbereitung. Die für 2019 geplanten Entwicklungen müssen voraussichtlich bis 2021 zurückgestellt werden. Der Ansatz i.H.v. 700 T€ in 2020 stellt sicher, dass die fachliche Fortschreibung von zentralen Services gewährleistet ist.
--

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	11
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	MG 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kommunikationsplattform Landesnetz SH

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	22.115,5
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	30.115,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	32.515,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden aus dieser Maßnahmengruppe in welcher Höhe 2019 finanziert bzw. werden voraussichtlich noch finanziert? Welche Maßnahmen werden 2020 in welcher Höhe finanziert? Bitte nach Titeln aufschlüsseln!

Antwort der Landesregierung:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb und die Fortentwicklung einer leistungsfähigen, hochverfügbaren sowie sicheren Kommunikationsplattform Landesnetz Schleswig-Holstein. In 2019 werden Ausgaben i.H.v. rd. 23,1 Mio. € erwartet. In 2020 sind Ausgaben i.H.v. rd. 32,5 Mio. € geplant.

Titel	Zweckbestimmung	Ist 2019 (erwartet)	Ansatz 2020 (geplant)
51103	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	20,00	20,00
53303	Betrieb und Fortentwicklung WAN LSH (Innovation Netzinfrastrukturen)	20.126,60	27.224,90
53308	Betrieb und Fortentwicklung LAN/WLAN LSH (Innovation Netze DSt SH)	2.283,16	4.250,00
53309	Integration, Betrieb und Fortentwicklung netznahe Dienste (Unified Communication)	704,60	843,20
71102	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	200,00	200,00
<b>Summe</b>		<b>23.334,36</b>	<b>32.538,10</b>

[Detailangaben zur Maßnahmenplanung siehe Anhang]

## Anhang

### Wide Area Network (WAN)

**ITM 2154030000 / Datennetz SH (Kommunikationsplattform LN SH) / ZIT SH;** Beschreibung: Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Die ehemals vorhandenen 6 Verwaltungsnetze wurden zu einem Netz integriert. Es werden landeseinheitliche Netzanschlüsse bereitgestellt. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen.

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	Ist 2019 (erwartet)	2020 (geplant)
51103	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	Sonstige Kosten	20,00	20,00
53303	Betrieb und Fortentwicklung WAN LSH (Innovation Netzinfrastrukturen)	Verträge	7.913,90	6.980,00
		Summe	7.933,90	7.000,00

**ITM 2340030000 / Landesnetz V+ / ZIT SH;** Beschreibung: Redundanz zum bestehenden Landesnetz: Errichtung eines Redundanznetzes, um die Versorgungssicherheit und Leistung des Landesnetzes zu erhöhen (Erhöhung der Verfügbarkeit = V+). Gemeinsam mit der Errichtung des flächendeckenden BOS Digitalfunknetzes (Projekt des IM) soll ein integrierter Backbone entstehen, in dem sowohl die Anforderungen an ein Zugangsnetz für den Digitalfunk, wie auch die Anforderungen für ein unabhängiges Redundanznetz zum Transport von Daten und Sprache abgedeckt werden. Durch die Einführung des Landesnetzes V+ werden die Ressorts in die Lage versetzt, Einsparungen u.a. durch Serverkonzentration und Einsatz von zentralisierter Technik zu erzielen.

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53303	Betrieb und Fortentwicklung WAN LSH (Innovation Netzinfrastrukturen)	Verträge	11.200,00	19.100,00
		Summe	11.200,00	19.100,00

**ITM 2522030000 / TDN FiMi klein – Standardfestverbindungen / ZIT SH;** Beschreibung: Standardfestverbindungen (SFV) sind Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, die als Monopol-Übertragungsweg (MÜW), Datendirektverbindung (DDV) und Carrier-Festverbindung (CFV) von T-Systems angemietet werden. Es handelt sich um festgeschaltete Verbindungen mit analogen und digitalen Schnittstellen. Vereinzelt sind diese Verbindungen zwischen den Liegenschaften erforderlich. Je nach Verwendungszweck und der zur Verfügung gestellten Bandbreite können FV zur Übertragung von Sprach-, Daten- und Bildinformationen genutzt werden. So eignen sich Festverbindungen ideal für den Aufbau von standortübergreifenden Unternehmensnetzen, den Corporate Networks (CN).

## Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53303	Betrieb und Fortentwicklung WAN LSH (Innovation Netzinfrastrukturen)	Verträge	326,08	324,0
		Summe	326,08	324,0

**ITM 2499030000 / Generalunternehmerschaft Dataport für das Landesnetz Schleswig-Holstein / ZIT SH;** Beschreibung: Das zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein (ZIT SH) richtet seinen Bezug von Telekommunikationsdienstleistungen aus strategischen, technologischen und wirtschaftlichen Gründen neu aus. Im Rahmen der länderübergreifenden Zielarchitektur Netze ist es unabdingbar, Betreibermodelle und technologische Rahmenbedingungen zu vereinheitlichen. Dieses kann im ersten Schritt durch die Übertragung der Generalunternehmerschaft für Netze an Dataport erfolgen. In Schleswig-Holstein erbringt Dataport seit über fünfzehn Jahren Datendienste für eine sichere IP-Kommunikation inklusive des Firewall-Betriebes. Die Bereitstellung der Sprachdienste und Leitungen erfolgte über die Telekom. Mit der Neukonzeption des Landesnetz V+ hat sich das Land Schleswig-Holstein bewusst entschieden, Dataport mit der Erbringung aller Leistungen für die Bereiche Backbone-Vernetzung, BOS-Zugangsnetz und Landesnetz V+ zu beauftragen. Damit werden die Koordinierungserfordernisse auf der ministeriellen Ebene deutlich reduziert. Von den Gesamtaufwendungen für die Realisierung und den Betrieb eines Landesnetzes entfallen ca. ein Drittel auf Dienstleistungen, die durch Dataport selbst erbracht werden und zwei Drittel auf Dienstleistungen, die von Unterauftragnehmern erbracht werden.

## Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53303	Betrieb und Fortentwicklung WAN LSH (Innovation Netzinfrastrukturen)	Verträge	345,64	607,00
		Summe	345,64	607,00

**ITM 2592030000 / Regionalleitstellen (Sonderlösungen) / ZIT SH;** Beschreibung: Aufgrund der Übergabe der Aufgaben von der Polizei an Dataport wurden diverse Verträge für die RLS (Migration UCIP, 3-stufiges Sicherheitsgateway usw.) vom ZIT unterschrieben und vom ZIT gezahlt.

## Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53303	Betrieb und Fortentwicklung WAN LSH (Innovation Netzinfrastrukturen)	Verträge	340,98	213,90
		Summe	340,98	213,90

## Local Area Network (LAN)

**ITM 2486030000 / LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH / ZIT SH;** Beschreibung: Die ITM beinhaltet zwei Bereiche: LAN-Management durch Dataport (Portpreise) und Herstellung der Infrastruktur.

Die derzeit geltende Generaldokumentation beinhaltet für das Landesnetz Schleswig-Holstein ausschließlich das WAN. Im Rahmen des LAN-Übergangs der Finanzverwaltung und anderer Ressorts des Landes SH auf das ZIT-SH wird das Landesnetz zukünftig um die Leistungserbringung im LAN erweitert. Der Auftraggeber stellt für das Land Schleswig-Holstein einen einheitlichen LAN-Standard sicher. Ziel ist es, die LANs der Landesverwaltungen schrittweise in den LAN-Standard SH zu überführen. Der Auftragnehmer übernimmt den Betrieb von Kunden-LANs inkl. deren Außenstellen. Alle Leistungen die zur Herstellung der LAN-Infrastruktur erforderlich sind und nicht durch die GMSH erbracht werden, sind in dieser ITM einzuplanen (z.B. Beschaffung Switches und LWL/Kupfer Kabel, Abbau alter LAN-Komponenten, kleine Kabelarbeiten).

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53308	Betrieb und Fortentwicklung LAN/WLAN LSH (Innovation Netze DSt SH)	Verträge	1.990,00	4.100,00
		Summe	1.990,00	4.100,00

**ITM 2466030000 / Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden / ZIT SH;** Beschreibung: In dieser ITM sind Projekte veranschlagt, deren Arbeiten (Tiefbau Erd- und Kabelarbeiten) durch die GMSH erledigt werden (KNUE bis 500.000 mit BBN2 und GNUE über 500.000 mit FUBau). Es handelt sich hier um die Umsetzung des Landesstandards zur strukturierten Verkabelung.

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
71102	Kleine Neu-, Umbau- und Erweiterungsbauten (Hochbau)	Sonstige Kosten	200,0	200,0
		Summe	200,0	200,0

**ITM 2591030000 / WLAN an Schulen / ZIT SH;** Beschreibung: Es gibt 3 Schul-Projekte - LN2020 (Glasfaser) und Internetfilter an Schulen. Das dritte Projekt ist WLAN an Schulen.

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53308	Betrieb und Fortentwicklung LAN/WLAN LSH (Innovation Netze DSt SH)	Verträge	93,16	150,0
		Summe	93,16	150,0

#### Unified Communication (Netznahe Dienste)

**ITM 2436030000 / Videokonferenzsysteme / ZIT SH;** Beschreibung: Für eine übergreifende Videokommunikation auf Bund und Länderebene ist über den IT-Planungsrat der Einsatz eines flächendeckenden Videokonferenzdienstes geplant. Der Dienst wird dem Bund, den Bundesländern, den

Kommunen sowie ggf. auch Dienstleistern der öffentlichen Hand über das BSI-zertifizierte DOI-Verbindungsnetz zur Verfügung gestellt. Das DOI-Verbindungsnetz ist eine deutschlandweite Kommunikationsinfrastruktur für alle Behörden der Deutschen Verwaltung. Ziel der übergreifenden Videokommunikation ist es insbesondere bei länderübergreifenden Gesprächskreisen die Dienstleistungstätigkeit in Kosten und Zeit der jeweils Beteiligten zu mindern. So sollen künftig auch Kabinetts- und Bundesratsbeschlüsse über Videokommunikation verabschiedet werden.

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53309	Integration, Betrieb und Fortentwicklung netznahe Dienste (Unified Communication)	Verträge	680,66	807,50
		Summe	680,66	807,50

**ITM 2169030000 / Zentraler FAX-Service SH / ZIT SH;** Beschreibung: Bereitstellung der zentralen Infrastruktur und Betrieb für das Verfahren "Zentrales Faxsystem für IKOTECH III" im Dataport Rechenzentrum. Der Vertrag dient dem Betrieb einer eFax-Infrastruktur für alle an +1 Infrastruktur teilnehmenden Landesbehörden mit dezentralen Übergabesystemen, die noch nicht am ZUESY teilnehmen können. Im März/April 2015 wird eine weitere Fortschreibung des Vertrages erforderlich sein, da das Altverfahren im RZ Altenholz abgebaut und als gänzlich neuer Service in RZ<sup>2</sup> aufgebaut wird. Hierbei wird mit Preissteigerungen gegenüber der bestehenden Vertragslage zu rechnen sein.

#### Ausgaben

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz in T€	2019 (erwartet)	2020 (geplant)
53309	Integration, Betrieb und Fortentwicklung netznahe Dienste (Unified Communication)	Verträge	23,94	35,70
		Summe	23,94	35,70

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	533 06
<b>Zweckbestimmung:</b>	Entwicklung von IT-Standards und der E-Government-Infrastruktur

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	378,1 T€
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	1.000,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	1.000,0 T€

#### Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"><li>1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?</li><li>2. Welche IT-Projekte zur Entwicklung von E-Government-Basisinfrastrukturen konnten mit den Kommunen 2019 bearbeitet und/oder abgeschlossen werden? Bitte nach Kommune, Projekt, Projektstand und Höhe der Ausgaben aufschlüsseln.</li></ol>
---

#### Antwort der Landesregierung:

<p><b>zu Frage 1.: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?</b> Das erwartete Ist 2019 beträgt ca. 703,5 T€.</p> <p><b>zu Frage 2.: Welche IT-Projekte zur Entwicklung von E-Government-Basisinfrastrukturen konnten mit den Kommunen 2019 bearbeitet und/oder abgeschlossen werden? Bitte nach Kommune, Projekt, Projektstand und Höhe der Ausgaben aufschlüsseln.</b> Aus dem Titel 1403 – 533 06 werden 7 Maßnahmen in 2019 finanziert. Alle Maßnahmen befinden sich in der Bearbeitung und werden in 2020 fortgeführt. Inhaltlich werden die Maßnahmen im Anhang dargestellt.</p>
--

## **Anhang**

IT-Projekte 2019 zur Entwicklung von E-Government-Basisinfrastrukturen im kommunalen Bereich

**ITM 2439030000 / Weiterentwicklung BOB SH - Bauleitplanung Onlinebeteiligung SH; ZIT SH / ITVSH; Beschreibung:** Das Fachverfahren wird allein durch seine Nutzung zum Auskunftsmittel und Arbeitsmittel. Um das Fachpersonal über die Anwendung und ihre Optionen zu informieren, werden Schulungen im System durchgeführt, die vom Land im Projekt finanziert sind. Die Innovation des Verfahrens ergibt sich aus dem Anwenderkreis und dessen Bedarf. Mit BOB-SH erhalten Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden, die an der Planung von Bauleitverfahren beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Hierdurch kann eine digitale Bürgerbeteiligung bei allen Bauleitplanverfahren in Schleswig-Holstein sichergestellt werden. Die Kommunen streben 2019 an, eine Integration in vorhandene eAkte-Systeme zu konzipieren und in BOB-SH zu integrieren.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 28 T€

**ITM 2440030000 / ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Weiterentwicklung); ZIT SH / ITVSH; Beschreibung:** Seit seiner Einführung hat sich ZuFiSH als Behördenwegweiser in Schleswig-Holstein bewährt. Es entstehen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei der Firma TSA und bei Dataport. Andere Verfahren, z.B. die einheitliche Behördenrufnummer 115, möchten die im ZuFiSH enthaltenen Informationen über Behördenstandorte und Leistungen nutzen. Hierbei werden erweiterte Anforderungen an die Daten gestellt, so dass auch nach Inbetriebnahme des Zuständigkeitsfinders Anpassungen und Weiterentwicklungen notwendig werden. Innerhalb der bundesweiten Entwicklergemeinschaft Linie6Plus werden die Weiterentwicklungswünsche abgestimmt und definiert. Die Verbundpartner partizipieren an den Einsparungen der gemeinsamen Entwicklung und an den Erfahrungen der anderen. Auch innerhalb Schleswig-Holsteins wird angestrebt, die Daten des ZuFiSH für andere Verfahren zur Verfügung zu stellen.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 252,8 T€

**ITM 2441030000 / FullMail [ehemals MailLand - sichere Mail übers Landesnetz]; ZIT SH / ITVSH; Beschreibung:** Der Mailverkehr zwischen Landes- und Kommunalbehörden wird vollständig über das sichere, verschlüsselte Landesnetz versendet. Aufwändige Mail-Verschlüsselungen können so vermieden werden. Hierfür routen alle Mailsysteme des Landes, Dataport und der Kommunen ihren Mailverkehr an das Dataport Mailgate. Eine Einbindung des Verbindungsnetzes des Bundes (DOI) ist ebenfalls vorhanden. Damit sind dann auch die Dienststellen des Bundes und diverser weiterer Landes- und Kommunalverwaltungen sicher per E-Mail erreichbar. Ab 2019 wird für den umfassenden Einsatz von Fullmail für die Kommunen die freiwillige Anbindung vorgesehen. Damit wird den Kommunen ein kostenfreier Service angeboten, um die Umstellung auf Fullmail zu forcieren und damit das Sicherheitsniveau bei der Nutzung von E-Mail im Lande zu erhöhen.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 30,0 T€ (Kosten ab 01.06.2019)

**ITM 2453030000 / De-Mail-in-SH Basisdienst (Entwicklung); ZIT SH / ITVSH; Beschreibung:** Vorgesehen sind die Konzeptplanung eines Multi-Messenger und die Finanzierung der

Folgevergabe für einen Basisdienst zur Ermöglichung der rechtssicheren elektronischen Kommunikation des - und Kommunalverwaltungen in SH, aber auch für Dataport und andere Dataport-Trägerländer.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 70,0 T€

**ITM 2456030000 / Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM); ZIT SH / ITVSH;**  
Beschreibung: Auf Grundlage der Ergebnisse des Vorprojekt iWOBIS (integriertes Workflow orientiertes Bürgerinformationssystem) des ehemaligen KomFIT soll eine von Kommunen, ITVSH und Land gemeinsam nutzbare technische Infrastruktur zur Online-Abwicklung aller hierfür geeigneter Antragsverfahren über das Internet eingerichtet und dauerhaft betrieben werden.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 100,0 T€

**ITM 2457030000 / Projekt SIKOSH (Sicherheit in den Kommunen SH); ZIT SH / ITVSH;**  
Beschreibung: Für einen sicheren Betrieb von Verfahren im kommunalen Bereich, der alle Standards abdeckt, ist in den Kommunen ein erheblicher Aufwand und Spezialwissen notwendig. Die Erfahrung der Prüfbehörden zeigt, dass insbesondere bei der Dokumentation und beim Management von Informationssicherheit zum Teil erhebliche Lücken geschlossen werden müssen. Auch zum Aufbau eines Datenschutzmanagements im Sinne der Datenschutzgrundverordnung ist ein geregelttes Informationssicherheitsmanagement erforderlich (v. a. bei der Umsetzung technisch-organisatorischer Maßnahmen). Das Projekt „SiKoSH“ legt als Ergebnis ein Sicherheitsrahmenkonzept vor, an dem die Kommunen, der LRH, der ITVSH und das Land gemeinsam arbeiten.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 100,0 T€

**ITM 2471030000 / iKfz - Entwicklung einer dezentralen iKfz-Plattform; ZIT SH / ITVSH;**  
Beschreibung: Dataport soll im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg sowie einer Mehrzahl der KFZ-Zulassungsstellen im Land Schleswig-Holstein ein Internetportal entwickeln und technisch betreiben, um mit den zentralen Komponenten beim KBA kommunizieren zu können. Die sich ständig ändernden Vorgaben des KBA halten den Fortgang und die Umsetzung der mit den Zulassungsstellen kooperativ erarbeiteten Ansätze auf. Die Umsetzung der Stufe 3 geht an den ITVSH zur Erledigung und für den direkten Austausch mit den Zulassungsstellen über.

Stand der Maßnahme: in Bearbeitung; erwartetes Ist 2019: 124,5 T€

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	685 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse für Digitalisierung, E-Government und IT an sonstige Einrichtungen

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	-
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	2.872,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	2.972,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen wurden in welcher Höhe 2019 finanziert bzw. werden voraussichtlich noch finanziert? Welche Maßnahmen werden 2020 in welcher Höhe finanziert?

Antwort der Landesregierung:

Gem. der Vereinbarung zwischen dem Land SH und den kommunalen Landesverbänden über kommunale Entlastungsmaßnahmen wurde die Anstalt des öffentlichen Rechts „IT-Verbund SH (ITVSH)“ zum 01.01.2019 gegründet und hat ihren Betrieb aufgenommen. In ihr sind das KomFIT e. V, der IT-Verbund SH und der Einheitliche Ansprechpartner AöR aufgegangen. Zum 01.10.2019 wechselt die Geschäftsführung der AöR.

Das Land SH unterstützt den ITVSH als zentralen Ansprechpartner der Kommunen und für das Land bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und finanziert die AöR ITVSH über den Titel 1403 – 685 01 i.H.v. 2.872,0 T€, davon stammt 1.000,0 T€ aus dem Kommunalen Investitionsfonds; diese werden dem ITVSH gem. § 22 FAG zugewiesen.

Aus der Summe der Mittel bestreitet der ITVSH anteilig seine Personal- und Sachkosten. Insbesondere zur Verbesserung der Umsetzung des OZG stellt das Land zusätzliche Mittel ab 2019 bis zu einer Höhe von 1.500,0 T€ bereit.

Der ITVSH hat seinen ersten Wirtschaftsplan anlässlich der konstituierenden Sitzung in 2019 vorgelegt und folgende Positionen benannt:

Allgemeine Projektaufwände: 80 T€  
OZG: 575 T€  
AFM: 200 T€  
BKZSH: 120 T€  
ITVSH-Kongress: 25 T€  
AöR Aufbau: 175 T€  
KomFIT Projekte: 142,8 T€

In der 4. Sitzung des VwRates wurden für die Umsetzung des Projektes iKfz, Stufe 3 im Wirtschaftsplan Projektmittel in Höhe von 350.000,00 € vorgesehen. Für die Umsetzung des Digitalpakts Bildung werden Mittel in Höhe von 100.000,00 € vorgesehen. Diese setzen sich zusammen aus den nach Abzug der Projektmittel für iKfz noch nicht gebundenen Haushaltsmitteln des Wirtschaftsplans in Höhe von 59.500,00 € und einem Betrag in Höhe von 40.500,00 € aus nicht verbrauchten Personalmitteln aufgrund im Stellenplan vorgesehener, zeitweise nicht besetzter Stellen. Die bisher nicht gebundenen Haushaltsmittel des Wirtschaftsplans in Höhe von 450.500,00 € reduzieren sich damit auf 0,00 €.

Die Planung für das Jahr 2020 liegt nicht vor.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	533 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Unterstützungsleistungen im Rahmen von Digitalisierungsmaßnahmen

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	172,1
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	255,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der gesenkte Ansatz?
---------------------------------------

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze richten sich nach den jährlichen Planungen der Projektverantwortlichen. Bei Titel 1404 – 533 02 dürfen haushaltsrechtlich gesehen nur Verträge mit Dataport oder anderen IT-Dienstleistern veranschlagt werden. In Ansatz gebracht werden Dienstleistungsverträge bei Dataport im Rahmen der Erstellung und Fortentwicklung der Digitalisierungsstrategie. Es ist geplant, weniger Unterstützungsleistungen bei Dataport abzurufen als in 2019.
---

### Fragen der

<input checked="" type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	534 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Konzept und Strategieerstellung Digitalisierung

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	470,9
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	700,0

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"><li>1. Sind in diesem Posten auch Mittel für externe Beratung durch Consulting Unternehmen enthalten?</li><li>2. Wodurch begründet sich der weitere Mittelanstieg?</li></ol>
--

Antwort der Landesregierung:

<p><b>zu Frage 1: Sind in diesem Posten auch Mittel für externe Beratung durch Consulting Unternehmen enthalten?</b> In diesem Titel sind keine vertraglichen Leistungen / Ausgaben für externe Beratung durch Consulting Unternehmen enthalten. Entsprechende Leistungen wären bei Titel 1404 – 533 02 zu veranschlagen.</p> <p><b>zu Frage 2.: Wodurch begründet sich der weitere Mittelanstieg?</b> Die Ansätze richten sich nach den jährlichen Planungen der Projektverantwortlichen. Für 2020 sind Ausgaben zur Weiterentwicklung der Digitalen Strategie des Landes Schleswig-Holstein veranschlagt. Die Fortentwicklung soll u. a. Input für ein mögliches Digitalisierungsprogramm 2020 geben. Die Ausgaben bei Titel 1404 - 534 03 sind nicht vertraglich gebunden und noch hinreichend unbestimmt. Die Haushaltsmittel sind für sächliche Verwaltungsausgaben unterschiedlicher Art wie z. B. Workshops, Lektoren-Leistungen, Coaching pp. im Rahmen der Konzept- und Strategieerstellung Digitalisierung eingeplant.</p>
--

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	534 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Konzept- und Strategieerstellung Digitalisierung

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	470,9 T€
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	500,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	700,0 T€

#### Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"><li>1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?</li><li>2. Wie erklärt sich der Aufwuchs der Mittel im HHE 2020?</li></ol>
---

#### Antwort der Landesregierung:

<p><b>zu Frage 1.: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?</b> Das erwartete Ist 2019 beträgt rd. 400 T€.</p> <p><b>zu Frage 2.: Wie erklärt sich der Aufwuchs der Mittel in HHE 2020?</b> Die Ansätze richten sich nach den jährlichen Planungen der Projektverantwortlichen. Für 2020 sind Ausgaben zur Weiterentwicklung der Digitalen Strategie des Landes Schleswig-Holstein veranschlagt. Die Fortentwicklung soll u. a. Input für ein mögliches Digitalisierungsprogramm 2020 geben. Die Ausgaben bei Titel 1404 - 534 03 sind nicht vertraglich gebunden und noch hinreichend unbestimmt. Die Haushaltsmittel sind für sächliche Verwaltungsausgaben unterschiedlicher Art wie z. B. Workshops, Lektoren-Leistungen, Coaching pp. im Rahmen der Konzept- und Strategieerstellung Digitalisierung eingeplant.</p>
--

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	534 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Konzept- und Strategieerstellung Digitalisierung

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	470,9
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	700,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sollen in welcher Höhe finanziert werden?
--

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze richten sich nach den jährlichen Planungen der Projektverantwortlichen. Für 2020 sind Ausgaben zur Weiterentwicklung der Digitalen Strategie des Landes Schleswig-Holstein veranschlagt. Die Fortentwicklung soll u. a. Input für ein mögliches Digitalisierungsprogramm 2020 geben. Die Ausgaben bei Titel 1404 - 534 03 sind nicht vertraglich gebunden und noch hinreichend unbestimmt. Die Haushaltsmittel sind für sächliche Verwaltungsausgaben unterschiedlicher Art wie z. B. Workshops, Lektoren-Leistungen, Coaching pp. im Rahmen der Konzept- und Strategieerstellung Digitalisierung eingeplant.
---

### Fragen der

<input checked="" type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	535 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben für Gremienarbeit und Veranstaltungen, sowie sonstige Kosten für Digitalisierung

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	45,0

#### Frage/Sachverhalt:

Sind die Veranstaltungen für diesen Posten bereits bekannt oder handelt es sich um noch offene Mittel?
--

#### Antwort der Landesregierung:

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind i.H.v. rd. 15 T€ für div. Veranstaltungen gebunden. So wirkt das ZIT SH an verschiedenen Barcamps mit. Standmiete oder Aufwendungen für Werbematerial usw. sind den Initiatoren zu erstatten. Für die Ausrichtung des Digitalisierungspreises ist ein weiterer Teil der sonstigen Kosten verplant (ca. 10 T€). Ca. 20 T€ sind thematisch noch nicht belegt, allerdings liegen erste Planungen für die Durchführung eines Hackathon* vor, die hierfür u.a. eingesetzt werden könnten.
--

\*Ein **Hackathon** (Wortschöpfung aus „Hack“ und „Marathon“) ist eine kollaborative Soft- und Hardwareentwicklungsveranstaltung. Alternative Bezeichnungen sind „Hack Day“, „Hackfest“ und „codefest“.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	17
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	535 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben für Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der Digitalisierung

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	-
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	45,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	45,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sollen 2020 in welcher Höhe finanziert werden?
---

Antwort der Landesregierung:

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind i.H.v. rd. 15 T€ für div. Veranstaltungen gebunden. So wirkt das ZIT SH an verschiedenen Barcamps mit. Standmiete oder Aufwendungen für Werbematerial usw. sind den Initiatoren zu erstatten. Für die Ausrichtung des Digitalisierungspreises ist ein weiterer Teil der sonstigen Kosten verplant (ca. 10 T€). Ca. 20 T€ sind thematisch noch nicht belegt, allerdings liegen erste Planungen für die Durchführung eines Hackathon* vor, die hierfür u.a. eingesetzt werden könnten.
--

\*Ein **Hackathon** (Wortschöpfung aus „Hack“ und „Marathon“) ist eine kollaborative Soft- und Hardwareentwicklungsveranstaltung. Alternative Bezeichnungen sind „Hack Day“, „Hackfest“ und „codefest“.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	17
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	681 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Digitalisierungspreis "Best of Digital.SH"

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	70,0
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	145,0

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Preis 2020 dotiert und wie erklärt sich der gesenkte Ansatz? Welche begleitenden Ausgaben sollen über diesen Titel abgedeckt werden?

Antwort der Landesregierung:

In 2020 sollen 75 T€ an Preisgeldern für den Digitalisierungspreis "Best of Digital.SH" ausgelobt werden. Ca. 20 T€ sind als begleitende Ausgaben veranschlagt; hierzu zählen: Moderation, Fotografie, Technik & Ambiente, Catering (inkl. Servicekräfte), Druckerzeugnisse wie Postkarten und Flyer, Blumen und Urkunden pp. Darüber hinaus sind bis zu 50 T€ für Konzeptionierung, Planung und Organisation für ein externes Eventmanagement eingeplant. Insgesamt sinken die Ausgaben aber, da mittlerweile ein Großteil der Arbeiten durch eigenes Personal abgedeckt werden kann und Räumlichkeiten der Dienststelle NW 220 für entsprechende Events zur Verfügung stehen.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	04
<b>Titel:</b>	682 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Sonstige Zuschüsse im Rahmen der Digitalisierung

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	14,0
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	30,0

Frage/Sachverhalt:

Wofür sind die Mittel genau veranschlagt?
---

Antwort der Landesregierung:

Die Mittel sind thematisch noch nicht belegt. Die Mittel sollen 2020 zur Unterstützung noch in Planung befindlicher Veranstaltungen von Externen und weitere externe Formate dienen.
--

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	<b>CDU</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SPD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<b>AfD</b>
<input type="checkbox"/>	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	16
<b>Seite:</b>	57
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	812 21
<b>Zweckbestimmung:</b>	Projektumsetzung Schulen ans Netz

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	11.684,5 T€
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	9.600,0 T€
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	18.000,0 T€

#### Frage/Sachverhalt:

1. Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?
2. Wie viele Schulen konnten in den Jahren 2018 und 2019 „ans Netz“ gebracht werden?
3. Wie viele Schulen können voraussichtlich im Jahr 2020 gefördert werden?

#### Antwort der Landesregierung:

##### **zu Frage 1.: Wie hoch ist das voraussichtliche Ist 2019?**

Neben dem Haushaltsansatz 2019 i.H.v. 9,6 Mio. € stehen nichtverbrauchte Mittel aus 2018 i.H.v. 2,5 Mio. € zur Verfügung. Der Gesamtansatz i.H.v. 12,1 Mio. € wird voraussichtlich in 2019 abfließen.

##### **zu Frage 2.: Wie viele Schulen konnten in den Jahren 2018 und 2019 „ans Netz“ gebracht werden?**

Bis zum Jahresende 2019 sollen insgesamt 560 Schulen ans Netz gebracht werden. Davon entfallen auf die Jahre 2017 = 39 Schulen, 2018 = 234 Schulen; 2019 = 287 Schulen.

##### **zu Frage 3.: Wie viele Schulen können voraussichtlich im Jahr 2020 gefördert werden?**

Nach aktueller Planungen können in 2020 weitere 140 Schulen angeschlossen werden. Soweit bauliche Kapazitäten und entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, könnten in 2020 ca. 40 Schulen vorgezogen werden, deren Anschluss erst zu einem späteren Zeitpunkt geplant ist.

### Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

### Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	HHC
<b>Seite:</b>	58-59
<b>Kapitel:</b>	14
<b>Titel:</b>	812 21
<b>Zweckbestimmung:</b>	Projektumsetzung Schulen ans Netz

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	11.684,5
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	9.600,0
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	18.000,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen sind für 2020 eingeplant?
--

Antwort der Landesregierung:

In 2020 sollen 280 Glasfaserlinien realisiert und abgerechnet werden. Zudem werden bis zu 300 Anschlüsse mit aktiver Bandbreite vorbereitet und in Betrieb genommen, sobald ausreichend Haushaltsmittel bereitstehen. Über die entsprechenden Anschlüsse werden in 2020 max. 180 Schulen und diverse Landesbehörden ans Netz gebracht.
--

## Fragen der

<input type="checkbox"/>	CDU
<input type="checkbox"/>	SPD
<input type="checkbox"/>	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
<input checked="" type="checkbox"/>	FDP
<input type="checkbox"/>	AfD
<input type="checkbox"/>	SSW

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2020

<b>Einzelplan:</b>	14
<b>Seite:</b>	31ff
<b>Kapitel:</b>	IT-Maßnahmen
<b>Titel:</b>	
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2018:</b>	
<b>Ansatz Soll 2019:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2020:</b>	

### Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"><li>1. Bitte führen Sie mit Projektsteckbriefen aus, was unter den einzelnen IT-Maßnahmen zu verstehen ist.</li><li>2. Bitte führen Sie aus, welche Ausgaben mit welchem Zweck zur Umsetzung der geplanten Polizeirechtsreform vorgesehen sind. Bitte aufschlüsseln nach Maßnahmen.</li><li>3. Wie erklärt sich der Aufwuchs bei AIT 219002000000 Beschaffung dezentraler IT-Infrastruktur im AIT/Steuerverwaltung?</li><li>4. Wie erklärt sich der Aufwuchs bei AIT 2362030000 im Rechenzentrumsbetrieb im DataCenter Steuer (DCS)?</li></ol>
--

### Antwort der Landesregierung:

<p><b>zu Frage 1.: Bitte führen Sie mit Projektsteckbriefen aus, was unter den einzelnen IT-Maßnahmen zu verstehen ist.</b> Die Projektsteckbriefe aller IT-Maßnahmen im Kapitel 1402 liegen als gesonderte Anlage bei (siehe Mappe Projektsteckbriefe Seite 31ff_FDP).</p> <p><b>zu Frage 2.: Bitte führen Sie aus, welche Ausgaben mit welchem Zweck zur Umsetzung der geplanten Polizeirechtsreform vorgesehen sind. Bitte aufschlüsseln nach Maßnahmen.</b> Unter dem Stichwort „Polizeirechtsreform“ sind im Kapitel 1402 keine Haushaltsmittel veranschlagt. Das Land Schleswig-Holstein wird sich aber an dem Programm Polizei 2020 – IT-Fonds (ITM 2594030000) beteiligen. Die benötigten Haushaltsmittel i.H.v. 700,0 T€ wurden im HHE 2020 bei Titel 1402 – 632 06 (IT-Kooperationen auf Länderebene) eingestellt.</p>
--

**zu Frage 3.: Wie erklärt sich der Aufwuchs bei AIT 2190020000 Beschaffung dezentraler IT-Infrastruktur im AIT/Steuerverwaltung?**

Die Beschaffungsplanung des AIT regelt den Austausch defekter bzw. veralteter Hard- und Software. Im Wesentlichen werden ThinClient (älter als 8 Jahre) gegen PC / Notebooks ausgetauscht. Der Beschaffungsbedarf richtet sich dabei nach der Anzahl der Geräte und ggf. der Software die ausgetauscht werden muss. Die Ansatzhöhe kann daher von Jahr zu Jahr schwanken. In 2020 sind folgende Planungen gelistet: ca. 1000 PC (Ersatz ThinClients), 250 Notebooks, 800 Monitore, 800 Drucker, Software KONSENS (Entwickler); Sonderhardware für die Steuerfahndung usw.

**zu Frage 4.: Wie erklärt sich der Aufwuchs bei AIT 2362030000 im Rechenzentrumsbetrieb im DataCenter Steuer (DCS)?**

Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen den Rechenzentrumsbetrieb DCS nach Dataport zu verlegen. Gegenwärtig werden alle Leistungen in einem steuereigenen Rechenzentrum erbracht. Das Rechenzentrum Rostock ist technisch überaltert und entspricht auch gebäudetechnisch nicht mehr den Sicherheitsanforderungen des BSI. Die Migration aller Rechenzentrumsleistungen der Steuer bei gleichzeitigem Einkauf neuer Dienstleistungen begründet den Aufwuchs bei ITM 2362030000.

# Landtag

## Inhalt

2479010000 Betrieb +1 in der Landtagsverwaltung .....	2
2479010000 .....	2

**ITM** 2479010000  
**Bezeichnung** Betrieb +1 in der Landtagsverwaltung  
**Ressort / Dst.** LT / LT  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Anschluss an die Bürokommunikation der Landesverwaltung und Sicherstellung des Geschäftsbetriebes der LTV

# Staatskanzlei

## Inhalt

2139030000 Dachportal schleswig-holstein.de .....	4
2139030000 .....	4
2140030000 Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle .....	5
2140030000 .....	5
2142020000 Beschaffungen - Staatskanzlei .....	7
2142020000 .....	7
2144010000 Laufender Betrieb - Staatskanzlei .....	8
2144010000 .....	8
2575030000 AFM-Bewerbungsportal .....	9
2575030000 .....	9
2596030000 DigiProg 2019: Veranstaltung EMR .....	11
2596030000 .....	11
2598030000 DigiProg 2019: Dialog Medienkompetenz .....	12
2598030000 .....	12
2639030000 Digitale Maßnahmen der Personalbedarfsermittlung .....	13
2639030000 .....	13
2141010000 Laufender Betrieb - LV Berlin .....	14
2141010000 .....	14
2143020000 Beschaffungen - LV Berlin .....	15
2143020000 .....	15
2524030000 Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen .....	16
2524030000 .....	16

<b>ITM</b>	2139030000
<b>Bezeichnung</b>	Dachportal schleswig-holstein.de
<b>Ressort / Dst.</b>	STK / STK
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

"Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots der Landesregierung.

Mit dem Landesportal schleswig-holstein.de nutzt die Landesregierung umfassende Möglichkeiten der Kommunikation mit der Bevölkerung. Es ist nicht nur ein Instrument der Information, sondern trägt als Instrument der politischen Kommunikation dazu bei, ohne den „Filter“ und der notwendigen Reduktion durch Medien direkt mit den Menschen zu kommunizieren. Dies bietet jenseits der klassischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Möglichkeit, selbst die Themen zu beschreiben, dass sie bei den Empfängern ankommen, und Sachverhalte in ihrer Komplexität darzustellen.

Der Prozess der Meinungsbildung und der Diskussion verlagert sich immer stärker ins Netz. Das Ziel muss es sein den im Landesportal schon begonnen Weg, Transparenz zu schaffen, Politik greifbar und authentisch darzustellen, das Publikum unmittelbar am politischen Geschehen teilhaben zu lassen und das Vorgehen selbst aktiv zu erklären konsequent weiter zu gehen und noch stärker zu professionalisieren. Die Landesregierung verfügt mit ihrem tagesaktuellen und generellen politischen Handeln und den dafür verantwortlichen Personen über exklusive Inhalte und und somit nahezu über ein Alleinstellungsmerkmal. Dieses umfassende und in Teilen einzigartige Angebot im Hinblick auf die politische Information kann das Landesportal stärken, es zu einem relevanten nachrichtlichen Portal entwickeln.

Um diesen Bereich für Nutzer attraktiv und vielseitig zu gestalten, muss er komplett umgestaltet werden (Relaunch im Rahmen des Digitalisierungsprogramms 2019) und andererseits ist die Seite in den sozialen Medien noch stärker zu vernetzen. Das erhöht gleichzeitig die Reichweite und den Traffic auf dem Landesportal. U.a. ist die Verknüpfung mit dem Twitter-Account der Landesregierung dafür deutlich zu intensivieren. Es soll parallel nach dem Vorbild der APP der Bundesregierung eine APP der Landesregierung realisiert werden (140 - 200 T Euro).

<b>ITM</b>	2140030000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle
<b>Ressort / Dst.</b>	STK / STK
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

"Diese IT-Maßnahme enthält die Aufwendungen für Pflege, Wartung und Upgrade der Software e für die Herstellung des täglichen Pressespiegels (gemeinsames Clippingteam mit der Landtagsverwaltung), des Newbase MediaPortals für die Bereitstellung des Pressespiegel an 150 Leser in den obersten Landesbehörden, des mecon-Newsserver für die Übermittlung der dpa-Nachrichten und der celum-Datenbank für die Archivierung der Bilder im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Landesportal.

Weiterhin enthält diese IT-Maßnahme die Lizenzkosten für dpa-Nachrichtenübermittlung (einschl. mobiler Endgeräte) sowie für die Erstellung des elektronischen Pressespiegels und die Archivierung der Presseartikel.

Mit der Deutschen Presseagentur (dpa) bestehen Verträge mit festen Konditionen, die der Staatskanzlei und den Ministerien den Bezug der aktuellen Nachrichten, der dpa-Bilder und der dpa-Grafiken erlauben. Einsparungen wären nur durch Kündigung dieser Verträge möglich. Sowohl die Abteilung P als auch die Pressestellen der Ministerien sind für ihre originäre Arbeit auf diesen aktuellen Informationspool zwingend angewiesen. Für 2019 hat die dpa eine Preiserhöhung angekündigt.

Nahezu jährlich erhöht die Presse-Monitor GmbH als Verwertungsgesellschaft nach § 49 UrhG die Lizenzgebühren für die elektronischen Pressespiegel (zwischen 5 und 10% pro Jahr). Um an der bewährten Qualität des Pressespiegels festzuhalten mit seinem täglichen Überblick über die politische Berichterstattung der Medien in Schleswig-Holstein, sind auch in Zukunft ca. 13.000 Artikel pro Jahr erforderlich. Einsparungen sind nicht möglich.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	DPA Newsticker	Lieferung und Verteilung von aktuellen Pressemeldungen der Deutschen Presseagentur.
2	Pressepiegel	Im Zuge der Erstellung des aktuellen Pressespiegels der Landesregierung werden Abgaben an die Rechteinhaber fällig. Die Abwicklung erfolgt zentral über die Presse Monitor Gesellschaft.
3	Fotodatenbank	Fotodatenbank der Regierungspressestelle für die Verwaltung von aktuellem Bildmaterial. Das Bildmaterial wird für die Veröffentlichungen im Rahmen von Broschüren und im Internetportal vorgehalten. Schwerpunkt ist dabei die Verwaltung der Bildrechte.

<b>ITM</b>	2142020000
<b>Bezeichnung</b>	Beschaffungen - Staatskanzlei
<b>Ressort / Dst.</b>	STK / STK
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	Beschaffung
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Arbeitsplatz SH

<b>ITM</b>	2144010000
<b>Bezeichnung</b>	Laufender Betrieb - Staatskanzlei
<b>Ressort / Dst.</b>	STK / STK
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	Grundversorgung
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Arbeitsplatz SH

**ITM** 2575030000  
**Bezeichnung** AFM-Bewerbungsportal  
**Ressort / Dst.** STK / STK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendung

**Beschreibung**

Die Akquisition von qualifizierten Nachwuchskräften gewinnt für das Land Schleswig-Holstein in seiner Funktion als Arbeitgeber erheblich an Bedeutung. Unter anderem mit dem Aufbau eines modernen online-Bewerbungsmanagements soll dem Rechnung getragen werden.

Vor drei Jahren wurde der AFM Onlinebewerbungsassistent eingeführt. Heute hat sich die Bezeichnung AFM-Bewerbungsportal etabliert.

AFM“ steht für „Antrags- und Fallmanagement“ und bezeichnet letztendlich die technologische Basis, auf der der Onlinebewerbungsassistent umgesetzt wird. Es handelt sich hier um eine Technologie, die eine schnelle und leichte Digitalisierung von Antragsverfahren ermöglicht und von Dataport und dem ZIT betrieben wird.

Diese Technik soll mit dieser IT-Maßnahme weiterentwickelt werden.

Das AFM-Bewerbungsportal soll durch KoPers abgelöst werden. Nach derzeitigem Stand wird dies 2022 so weit sein.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Ergänzung um ein weiteres Pflichtfeld	Auf Wunsch der Staatskanzlei soll im Bewerbungsportal zusätzlich abgefragt werden, wie der Bewerber/die Bewerberin auf das Land SH als Arbeitgeber aufmerksam geworden ist. Dabei soll z. B. "Buswerbung, Kinowerbung etc." zur Auswahl stehen.
02	Einbindung Steuerjuristen/-juristinnen	Auf Wunsch des Finanzministeriums soll auch das Bewerbungsverfahren für Steuerjuristen/-innen über das AFM-Portal laufen.
02	Erläuterung des Programmieraufwands zu 02	<p>Das FM ist sehr daran interessiert, ab Herbst 2018 bis zum künftigen Einsatz des KoPers-Moduls den Online-Bewerbungsassistenten auch im Rahmen des Bewerbungsverfahrens der Steuerjuristen/-innen einzusetzen. Voraussetzung dafür ist die zusätzliche Programmierung folgender Erfassungsfelder durch Dataport:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• 3 zusätzliche Felder „Datum“ im Format TT.MM.JJJJ für Abitur, 1. Juristisches Staatsexamen, 2. Juristisches Staatsexamen,</li> <li>• 3 zusätzliche Felder „Note“ im Format 99,99 für Abitur, 1. Juristisches Staatsexamen, 2. Juristisches Staatsexamen,</li> <li>• 2 zusätzliche Felder „Punktzahl“ im Format 99,99 für 1. Juristisches Staatsexamen und 2. Juristisches Staatsexamen.</li> </ul> <p>Hochgeladen werden sollen neben dem Bewerbungsschreiben der Lebenslauf, alle Zeugnisse sowie alle Berufsqualifikationen.</p>
01	Erläuterung der Erweiterung zu 01	Es soll möglichst eine Extraseite für die Befragung aufgebaut werden und die Daten sollen in die Auswertung eingehen. Sollte der Programmieraufwand zu groß sein, soll die Ergänzungsfrage direkt auf dem online-Bewerbungsbogen hinzugefügt werden.

**ITM** 2596030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Veranstaltung EMR  
**Ressort / Dst.** STK / STK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Es werden Veranstaltung mit der StK und EMR (und ggf. MELUND) u. a. zum Thema Medienkonvergenz und Modernisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durchgeführt. Beispielhaft könnte es eine Veranstaltung gemeinsam mit dem EMR und Akteuren, die an der aktuellen medienpolitischen Debatten in verschiedenen Bereichen (z. B. Wissenschaft, private Rundfunkanbieter, öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten), maßgeblich beteiligt sind, stattfinden. Themen könnten die aktuellen Sachstände der Staatsvertragsverfahren (z.B. 23. RÄStV) sowie eine Vorausschau für kommende medienpolitische Themen - auch im Rahmen der Digitalisierung (z. B. Umgang mit Fake-News etc.) sein. Die Veranstaltung könnte aus einer Mischung aus Podiumsdiskussionen und Vorträgen bestehen.

**ITM** 2598030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Dialog Medienkompetenz  
**Ressort / Dst.** STK / STK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Nach abgeschlossener Auswertung der Organisationsstrukturanalyse des Offenen Kanal Schleswig-Holstein in seiner Funktion als Koordinator der außerunterrichtlichen Medienbildung steht nun eine Umsetzung der Vorschläge aus dem Gutachten sowie eine Weiterentwicklung des Medienbildungskonzeptes aus dem Jahr 2016 an. Hierzu gehört neben der Klärung der Rolle der Landesregierung und der damit verbundenen Zuständigkeiten auch die Weiterentwicklung des Netzwerks Medienkompetenz.

**ITM** 2639030000  
**Bezeichnung** Digitale Maßnahmen der Personalbedarfsermittlung  
**Ressort / Dst.** STK / STK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung der StK (Referat 40) unterstützt die Ressorts bei der Entwicklung digitaler Maßnahmen zur Personalbedarfsermittlung.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
	Zeiterfassungstool Personalbedarfsermittlung	Entwicklung und Betrieb eines Tools durch Dataport zur Unterstützung des Projektes "Moderne und zukunftsorientierte Ausrichtung des LVerGeo SH"

**ITM** 2141010000  
**Bezeichnung** Laufender Betrieb - LV Berlin  
**Ressort / Dst.** STK / LV Berlin  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

<b>ITM</b>	2143020000
<b>Bezeichnung</b>	Beschaffungen - LV Berlin
<b>Ressort / Dst.</b>	STK / LV Berlin
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	Beschaffung
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Arbeitsplatz SH

**ITM** 2524030000  
**Bezeichnung** Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen  
**Ressort / Dst.** STK / LV Berlin  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Interaktive Software zur Unterstützung des Sicherheitsmanagements der Landesvertretungen SH/NL, insb. um einen rechtskonformen und effizienten Betrieb einer Versammlungsstätte zu gewährleisten.

# Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

## Inhalt

2117030000 xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden .....	19
2117030000 .....	19
2118010000 Betrieb Bürokommunikation IM SH.....	20
2118010000 .....	20
2120020000 Ersatzbeschaffungen GB IM.....	21
2120020000 .....	21
2145030000 ePersonenstand.....	22
2145030000 .....	22
2320030000 Wahlabendprogramm .....	24
2320030000 .....	24
2354030000 Waffenregister .....	25
2354030000 .....	25
2393030000 Betrieb und Pflege von Fachanwendungen für Integrationsangelegenheiten .....	26
2393030000 .....	26
2399030000 eWohngeld .....	27
2399030000 .....	27
2411030000 Telekommunikation Katastrophenschutz .....	28
2411030000 .....	28
2412030000 Glücksspiel .....	29
2412030000 .....	29
2430030000 Fuhrparkverwaltung .....	31
2430030000 .....	31
2431030000 Ticketsystem GB IM.....	32
2431030000 .....	32
2465030000 Antragsverfahren für den Kommunalen Investitionsfond (KIF) .....	33
2465030000 .....	33
2539030000 X-Inneres .....	34
2539030000 .....	34
2556010000 Grundversorgung Sonderbereiche.....	35
2556010000 .....	35
2557020000 Beschaffungen Sonderbereiche.....	36
2557020000 .....	36
2587030000 DigiProg 2019: Dokumentenprüfsystem .....	37
2587030000 .....	37

2607030000 DigiProg 2019: Zuwanderungs- und Integrationsmonitoring .....	38
2607030000 .....	38
2608030000 DigiProg 2019: E-Akte Ausländer .....	39
2608030000 .....	39
2609030000 DigiProg 2019: Geokompetenzzentrum.....	40
2609030000 .....	40
2610030000 DigiProg 2019: eSports.....	41
2610030000 .....	41
2611030000 DigiProg 2019: Karte der Zukunft .....	42
2611030000 .....	42
2612030000 DigiProg 2019: GDI-SH-Anpassung an die NGIS .....	43
2612030000 .....	43
2633030000 Landesentwicklungsfachinformationssystem LEFIS .....	44
2633030000 .....	44
2635030000 XPlan/XBau .....	45
2635030000 .....	45

**ITM** 2117030000  
**Bezeichnung** xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Betrieb und Pflege der zentralen IT-Infrastruktur für die elektronische Datenübermittlung (landesintern und länderübergreifend) zwischen der Meldebehörde und anderen Meldebehörden, Bundesbehörden und Landesbehörden sowie private Stellen. Ab dem 1. November 2015 erfolgt dies im Rahmen einer Kooperation mit den Ländern Hamburg und Sachsen-Anhalt.

**ITM** 2118010000  
**Bezeichnung** Betrieb Bürokommunikation IM SH  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Die ITM beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung der IT-Leitstelle für das Ministerium.

**ITM** 2120020000  
**Bezeichnung** Ersatzbeschaffungen GB IM  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich des Ministeriums veranschlagt. Die Reinvestitionsmaßnahmen unterstützen die Aufrechterhaltung des Landesvermögens.

**ITM** 2145030000  
**Bezeichnung** ePersonenstand  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Nach der erfolgreichen Einführung des elektronischen Personenstandsregisters erfolgt laufend dessen Anpassung an aktuelle Rechtsentwicklungen (z.B. Stilllegungen, Abgabe an Archive, Vornamenssortierung; Umsetzung 2. PStRÄndG) gemeinsam mit Hamburg, Bremen und nunmehr auch dem Land Berlin, wo das gleiche Registerverfahren genutzt wird.

Zusätzlich sind weitere Verbesserungen im Registerbetrieb vorgesehen, die die eGovernment-Funktionalität des Registers erhöhen (z.B. Online-Beantragung von Urkunden, Ausdruck von Urkunden aus dem zentralen Register).

Wesentliche Weiterentwicklungsschritte mit eigenem Projektcharakter werden in den nächsten Jahren die Einführung der elektronischen Sammelakte und die Nacherfassung der papiergebundenen Geburtenbücher sein.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1334	Kryptografische Funktionalitäten	Qualifizierte digitale Signatur, Langzeitarchivierung, Nachsignierung, Zeitstempeldienst (Nutzung E-Government-Infrastruktur)
1334	Personenstandsregister (Land)	elektronisches Register zur Speicherung der Geburten, Ehe, Lebenspartnerschaft und Sterbefallregister
1334	Mitteilungsdienste	DVDV - Nutzung der Clearingstelle
1334	eGovernment-Funktionalitäten	Einführung der Online-Beantragung von Personenstandsurkunden und der Voranmeldung zur Eheschließung über das Government-Gateway, Ausdruck von Personenstandsurkunden aus dem zentralen Register durch nicht registerführende Standesämter, Mitteilung von Sterbefalldaten an die Gesundheitsbehörden; elektronische Übermittlung von Daten zur Eheschließung an das Eheschließungsstandesamt
1334	Einführung elektronische Sammelakte	Die Sammelakten sind zentraler Bestandteil jedes standesamtlichen Vorgangs. Sie sind auch gerichtsrelevant. Ab 2022 müssen alle Behörden verpflichtend mit den Gerichten elektronisch kommunizieren. Daher soll mit den anderen Auftraggeberländern ein Projekt initiiert werden, die Standesämter fit zu machen für den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten.
1334	Nacherfassung der Altbestände	Seit 2009 werden alle Personenstandsregister elektronisch geführt. Die Register vor 2009 werden weiterhin auf Papier geführt. Dadurch entsteht bei Folgebeurkundungen von Registern aus dieser Zeit ein Medienbruch, der zu erhöhten Aufwänden in den Standesämtern führt. Daher sollen die Geburtenregister von 1990 bis 2008 nacherfasst werden. Dazu muss ein Projekt gemeinsam mit den Auftraggebern eingerichtet werden. Ggf. kann eine Software-Lösung des Landes Berlin genutzt werden. Im Austausch dafür, dass diese Software zur Verfügung gestellt würde, müsste der Nordverbund (SH, HH, HB) die Software-Lösung für den nächsten Schritt beauftragen (z.B. Nacherfassung der Familienbücher).

**ITM** 2320030000  
**Bezeichnung** Wahlabendprogramm  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung vorläufiger Ergebnisse am Wahlabend bei Gemeinde- und Kreiswahlen (Kommunalwahl), Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen - Wahlabendprogramm - )

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1375	VotePlus	Ermittlungs -und Präsentationskomponente

**ITM** 2354030000  
**Bezeichnung** Waffenregister  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Seit dem 1. Januar 2013 ist das Nationale Waffenregister (NWR) in Betrieb. Die Fachliche Leitstelle Nationales Waffenregister (FL NWR), die eine Einrichtung der Behörde für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg ist, hat u. a. die Aufgabe, die Nutzer des NWR fachlich zu unterstützen und das Datenaustauschformat xWaffe zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die Aufgaben sowie die Finanzierung der FL NWR sind in der Verwaltungsvereinbarung zum Betrieb der FL NWR geregelt. Zur Zeit wird ein Realisierungskonzept für die IMK erarbeitet, um über den geplanten Ausbau des Nationalen Waffenregisters (NWR II) zu entscheiden. Auch bei einem Verzicht auf NWR II sind Anpassungen am bestehenden System (NWR I +) erforderlich, um sicherzustellen, dass das NWR auch in seiner ersten Ausbaustufe seinen Zweck langfristig und nachhaltig erfüllen kann. Es ist geplant, dass haushaltswirksame Kosten für Schleswig-Holstein für vier Jahre ab 2017/2018 entstehen.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1398	xWaffe	Datenaustauschformat für Waffenbehörden

**ITM** 2393030000  
**Bezeichnung** Betrieb und Pflege von Fachanwendungen für Integrationsangelegenheiten  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die IT-Maßnahme dient der Effektivitäts-/Qualitätskontrolle in der Migrationssozialberatung. Diese Beratung ist eine Maßnahme des Landes nach § 45 Aufenthaltsgesetz und ergänzt die nicht flächendeckenden und nicht für alle Migrantinnen und Migranten geöffneten bundesfinanzierten Angebote. Gleichzeitig wird dabei eine strategische Vorgabe des IM umgesetzt. Die Inhalte der Migrationssozialberatung sind durch das „Rahmenkonzept für eine Sozialberatung für Migrantinnen und Migranten (Migrationssozialberatung) in Schleswig-Holstein“ vom 10. Januar 2006 vorgegeben und durch das Controllingkonzept vom 3. Dezember .2007 mit Zielvorgaben ergänzt und dann als Fördergegenstand und Zielsetzung in die jeweiligen Förderrichtlinien aufgenommen worden. Um die Wirkung und Erfolge transparent zu machen, wurden im Controllingkonzept Ziele und Unterziele definiert und Wirkungskennzahlen zur Messung von integrationsfördernden Tätigkeiten entwickelt. Weiter werden festgelegte Prozesskennzahlen zu den Klienten erhoben. Diese bis zu 30 Kennzahlen je Klient werden von den zur Zeit 29 aktiven Beratungsstellen in das internetgestützte IT-System eingegeben. Sie werden quartalsweise ausgewertet, zu standardisierten Berichten für das IM und für die Beratungsstellen aufbereitet. Diese Berichte und jährliche Sonderauswertungen des IM zu Schwerpunktthemen sollen helfen, Ergebnisse der Beratungsarbeit und Strukturen der Klienten zu vergleichen und Folgerungen für die künftige Förderung sowie für die Weiterentwicklung der Migrationssozialberatung abzuleiten.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Controlling Migrationssozialberatung	Fachanwendung für das Controlling der Migrationssozialberatungsstellen (MSB).
1372	MSB 2020	Fachanwendung für das Controlling

**ITM** 2399030000  
**Bezeichnung** eWohngeld  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Zur Vermeidung rechtswidriger Inanspruchnahme des Wohngeldes und damit zur Erzielung von Einsparungen ist der automatisierte Datenabgleich im Wohngeldverfahren nach § 33 Absatz 5 des Wohngeldgesetzes (WoGG) bundesweit 2013 eingeführt worden und wird vierteljährlich durchgeführt.

Überprüfungen weiterer Zentralisierungs- und Optimierungsmöglichkeiten der WoG-Verfahren zur Vereinheitlichung sind (vom Ref.IV24) geplant. Wie z.B.

- Vereinfachung des WoG-Erstattungsverfahrens
- zentrale Auszahlungsstelle für WoG-Leistungen aus dem Landeshaushalt direkt an die Wohngeldempfänger
- zentrale Bescheiderstellung
- zentraler Datenbestand
- E-Wohngeld / Antragstellung, einheitliche Formulare u.s.w.
- gesetzliche Berichterstattungspflichten (z.B. für Statistiken)
- Prüfung Aufgabenteilung: Wohngeldstelle - Zentrale

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1399	Wohngeld automatisierter Datenabgleich	
1399	eWohngeld	

**ITM** 2411030000  
**Bezeichnung** Telekommunikation Katastrophenschutz  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Behördenübergreifende formelle- und nichtformelle Kommunikation mit redundanten TK-Verbindungen (Mehrwegeführung) unter einem einheitlichen Kommunikationssystem mit Übergang in die Stabskommunikation.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1407	EPSWeb	System für den Nachrichtenfluss im Stab
1256	Telekommunikationsanlagen	für den Führungsstab der unteren KatS-Behörden
1256	Kommunikationsanlagen	Pkomm Boxen für formelle Kommunikation in den unteren KatS Behörden

<b>ITM</b>	2412030000
<b>Bezeichnung</b>	Glücksspiel
<b>Ressort / Dst.</b>	MILI I / MILI I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Aufgrund des § 4 Abs. 8, Nr. 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz), vom 20. Oktober 2011, ist das Innenministerium ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen zur technischen Voraussetzung für Glücksspielanbieter zu veröffentlichen.

Anbieter von Online-Glücksspielen müssen ein technisches Kontrollsystem einrichten und betreiben, das relevante Daten nach einer Zeit oder nach dem auslösenden Ereignis erfasst und digital ablegt sowie eine zeitnahe oder spätere elektronische Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde und der zuständigen Finanzbehörde ermöglicht.

Dazu sind im Innenministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde die Anforderungen an die durch die Glücksspielanbieter abzulegenden Daten in einer technischen Richtlinie zu erstellen und fortzuschreiben, ein technisches System aufzubauen und zu betreiben, das die aufsichtsrechtliche Auswertung dieser Informationen ermöglicht (Reportingsystem) sowie ein Informationssicherheitsmanagement-System zu installieren, welches die vom Glücksspielanbieter durchgeführten Maßnahmen zur sicheren Abwicklung von Zahlungen, zur Bekämpfung und Vermeidung von Geldwäsche, zur Abwehr von Manipulationen und Betrug sowie zum Spielerschutz überprüft.

Das Innenministerium strebt zur Refinanzierung des Entwicklungsaufwandes und der Weiterentwicklung sowohl der technischen Richtlinie als auch des Reportingsystems eine Kooperation mit Hessen an, das für die Glücksspielaufsicht zentral für alle Bundesländer im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrages ausübt. Der von Schleswig-Holstein zu finanzierende Anteil könnte sich dann nach dem Königsteiner Schlüssel ergeben.

Zur Prüfung der Refinanzierung der Kosten des laufenden Betriebes des Auswertesystems prüft das Innenministerium derzeit die Möglichkeit, hierfür Mittel aus der nach § 32 Abs. 2 Glücksspielgesetz zu erhebenden Kontrollgebühr einsetzen zu können.

## Unterverfahren

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1403	Technischen Richtlinie für Online-Glücksspiele in Schleswig-Holstein	Diese Richtlinie definiert die Anforderungen an die Glücksspielanbieter zur Ablage von Daten auf dem jeweiligen Safe-System. Die so abgelegten Daten werden durch die Aufsichtsbehörde in das GLAS überführt.
1403	Beschwerdemanagement	Beschwerdemanagementsystem für die Aufsichtsbehörde
1403	Informationssicherheitsmanagement	Zur Wahrnehmung der Glücksspielaufsicht ist ein umfassendes Informationssicherheitsmanagement zu installieren.
1403	GLAS	Glücksspielauswertesystem

**ITM** 2430030000  
**Bezeichnung** Fuhrparkverwaltung  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Fuhrparkmanagement ist das Verwalten, Planen, Steuern und Kontrollieren des Fuhrparks der Landesregierung. Das Fuhrparkmanagement des IM SH besteht aus der webgestützten Fahrzeugverwaltungssoftware HERMES und der Fahrzeug- und Fahrerdispositionssoftware CAREXPRESS.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1386	Hermes	IT-Verfahren
1386	Carexpress	
1386	Fahrzeugdisposition	
1386	Fuhrparkverwaltung	

**ITM** 2431030000  
**Bezeichnung** Ticketsystem GB IM  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Einführung eines ressortweiten Ticketsystems zur ITIL-konformen Aufnahme und Bearbeitung von Störungsmeldungen, sowie die Bearbeitung von Dienstleistungsaufträgen. Es wird das dataportinterne System mitgenutzt.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1406	ITSM-Suite (Incidentmanagement)	Modul zur Störungsbearbeitung
1406	ITSM-Suite (Service Request Management)	Modul zur Auftragsbearbeitung

**ITM** 2465030000  
**Bezeichnung** Antragsverfahren für den Kommunalen Investitionsfond (KIF)  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Erstellung eines Fachverfahrens zur Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1260	KIF-DB	Fachverfahren zur Verwaltung und Abwicklung des Kommunalen Investitionsfonds

**ITM** 2539030000  
**Bezeichnung** X-Inneres  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Zusammenfassung der gemeinsamen 4 bestehenden XÖV-Standards xPersonenstand, xPersonenstandsregister, XMeld und xAusländer in den modularen Standard der Innenverwaltung XInneres.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	xMeld	Übertragung von Meldedaten im x-Format (Bund)
2	xPersonenstand	Austauschformat Bundesebene
4	Clearingstelle	Übertragung von Daten im x-Format (Land)

**ITM** 2556010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung Sonderbereiche  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die ITM beinhaltet im Wesentlichen die Grundversorgung der Sonderbereiche.

<b>ITM</b>	2557020000
<b>Bezeichnung</b>	Beschaffungen Sonderbereiche
<b>Ressort / Dst.</b>	MILI I / MILI I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	Beschaffung
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

**Beschreibung**

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen und Beschaffungen für Sonderbereiche veranschlagt.

**ITM** 2587030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Dokumentenprüfsystem  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Beschaffung, Einführung und Betrieb einer Lösung für die Kommunen und Kreise zur verbesserten Erkennung von ge- und verfälschten Identitätsdokumenten über Dataport zur Verhinderung von Sozialleistungs- und Identitätsbetrug.

<b>ITM</b>	2607030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Zuwanderungs- und Integrationsmonitoring
<b>Ressort / Dst.</b>	MILI I / MILI I
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Im Bereich der Integration sieht das Integrations- und Teilhabegesetz des Landes Schleswig-Holstein die Schaffung eines Zuwanderungs- und Integrationsmonitoring vor. Das indikatorengestützte Monitoring bietet eine Grundlage für die strategische Planung und Steuerung der Migrations- und Integrationspolitik. Dazu werden wesentliche Indikatoren für das Monitoring grafisch und visuell aufbereitet (zum Beispiel Zusammenfassung als Dashboard, kartographische Darstellungen). Das Zuwanderungs- und Integrationsmonitoring wird auch für die Kommunen zumindest auf Kreisebene nutzbar sein. Die Visualisierung und Präsentation der Monitoringergebnisse erfolgen mit Unterstützung des LVerGeo SH durch Geokompetenz, Kartengrundlagen und Präsentationswerkzeugen.

Das Vorhaben bedarf einer IT-Unterstützung.

**ITM** 2608030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: E-Akte Ausländer  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Im Projekt E-Akte Ausländer handelt es sich um die Einführung eines elektronischen Datenaustausches zwischen dem Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) und den kommunalen Zuwanderungsbehörden sowie die Einführung einer elektronischen Ausländerakte beim LfA und (perspektivisch) bei den Zuwanderungsbehörden sowie anderen Nutzern (Verwaltungsgerichte, Fachaufsicht). Eine Implementierung der E-Akten-Verwaltung und der E-Straf- sowie Ermittlungsakten sind auch im zu- und nachgeordneten Bereich des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration vorgesehen.

**ITM** 2609030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Geokompetenzzentrum  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Mit Beschluss vom 24.04.2018 hat das Kabinett die Leitlinien zur Fortentwicklung des LVerGeo SH zur Kenntnis genommen und das MILI beauftragt, die Weiterentwicklung des LVerGeo SH zum Geokompetenzzentrum des Landes hinsichtlich Inhalt, Organisation, Verbindlichkeit, Standardisierung und Ressourcen zu konkretisieren. Am 25.9.18 hat das Kabinett einem Meilensteinplan zugestimmt. Der Beginn der Umsetzung durch das LVerGeo SH ist für Mitte 2019 geplant. Der Personalbedarf ist unmittelbar an die noch zu beschreibenden Anforderungen aus den Ressorts gekoppelt. Der nachfolgend bezifferte Bedarf geht zunächst davon aus, dass an das LVerGeo SH lediglich Zusatzanforderungen in sehr begrenztem Umfang gestellt werden. Der Grund dafür liegt darin, dass die Verantwortung für die Geofachdaten weiterhin bei den Ressorts liegt. Folglich wird daher lediglich von Mehrbedarf für ressortübergreifende Fragestellungen in Bezug auf Geokompetenz ausgegangen. Mit der Umsetzung der Meilensteine fallen koordinierende und überwachende Arbeiten ab diesem Zeitpunkt im Referat IV 54 an.

Im Zusammenhang mit der Geschäftsprozessanalyse wird eine Harmonisierung der Geobasisdaten (Arbeitstitel: Geobasis SH) einhergehen. Dadurch wird die Aktualität und die Qualität der Daten erhöht und gleichzeitig die Geokompetenz weiter gestärkt. Zur Harmonisierung der Geobasisdaten und zur Verbesserung der Geschäftsprozesse werden neue Softwarekomponenten benötigt, die in den Jahren 2018 und 2019 zu entwickeln und zu testen sind, um in den Produktionsbetrieb überführt werden zu können.

**ITM** 2610030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: eSports  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Gründung und Implementierung eines Bundes- und Landeszentrum für eSports mit angeschlossenem Kompetenzzentrum zur Förderung der Medienkompetenz der Allgemeinheit.

**ITM** 2611030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Karte der Zukunft  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) hat das Vorhaben als wichtigen Baustein zur Erfüllung aktueller und zukünftiger Bedarfe der Nutzer an die Vermessungsverwaltungen initiiert. Es wird ein Verfahren entwickelt, das auf Basis der verteilt beim Bund und bei den Ländern vorliegenden Geobasisdaten automatisiert kartographische Produkte bundesweit, flächendeckend und aktuell erstellt. Es soll gewährleistet werden, dass Bund und Länder zusätzlich eigene individuelle Kartengestaltungen erzeugen können. Für das Konzept wurde eine AG eingerichtet. Das Verfahren soll in mehreren Realisierungsschritten umgesetzt werden. Im ersten Realisierungsschritt sind die Ableitung einer Web-Karte und einer Digitalen Topographischen Karte (DTK) 1:10 000 vorgesehen.

**ITM** 2612030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: GDI-SH-Anpassung an die NGIS  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die vom IT-Planungsrat beschlossene "Nationale Informationsstrategie" wird durch die Geodateninfrastruktur umgesetzt und operationalisiert. Erforderliche Maßnahmen werden vom Lenkungsgremium GDI-DE in einem Aktionsplan verankert. Die Umsetzung in Schleswig-Holstein erfolgt durch das Lenkungsgremium GDI-SH und die Koordinierungsstelle im LVerGeo SH. Die Vorbereitung und Steuerung der Maßnahmen des Lenkungsgremiums GDI-SH erfolgt durch das Referat IV 54 im MILI.

<b>ITM</b>	2633030000
<b>Bezeichnung</b>	Landesentwicklungsfachinformationssystem LEFIS
<b>Ressort / Dst.</b>	MILI I / MILI I
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendung

**ITM** 2635030000  
**Bezeichnung** XPlan/XBau  
**Ressort / Dst.** MILI I / MILI I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen  
**Beschreibung**  
Digitalisierung der Flächennutzungspläne

# Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

## Landesplanung

### Inhalt

2301030000 Raumordnungs-Informationssystem der Landesplanung (ROIS) .....	47
2301030000 .....	47

<b>ITM</b>	2301030000
<b>Bezeichnung</b>	Raumordnungs-Informationssystem der Landesplanung (ROIS)
<b>Ressort / Dst.</b>	MIL I / LaPla
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

### Beschreibung

Durch das in Aufstellung befindliche neue Landesplanungsgesetz und die Rücknahme der Kommunalisierung der Regionalplanung wird eine Neuaufstellung aller Regionalpläne wieder in staatlicher Hand durch die Landesplanungsbehörde erforderlich. Darüber hinaus wird eine Anpassung des Landesentwicklungsplans 2010 (LEP) an die neuen politischen Zielsetzungen der Landesregierung notwendig. Damit verbunden ist jeweils die Durchführung eines Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens einschließlich einer Öffentlichkeitsbeteiligung im Hinblick auf den zu erstellenden Umweltbericht entsprechend der gesetzlichen Anforderungen.

Um eine effiziente Durchführung dieser Beteiligungsverfahren sicherzustellen und um den Anforderungen eines E-Governments hinreichend Rechnung zu tragen, sind diese Verfahren - wie bei der Neuaufstellung des LEP 2010 und der Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten auch - jeweils als Online-Beteiligungsverfahren auszugestalten und durchzuführen. Die Planfortschreibungen (LEP und Regionalpläne) erstrecken sich auf einen Zeitraum von 2013 – 2018.

### Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Onlinebeteiligung Wind im LEP und in den Regionalplänen	Nachdem das OVG Schleswig im Januar 2015 die Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Windeignungsgebieten sowie das entsprechende Kapitel des LEP 2010 für unwirksam erklärt hat ist es erforderlich, diese Pläne so schnell wie möglich neu aufzustellen, um den unkontrollierten Ausbau von Windenergieanlagen zu verhindern. Bei der Neuaufstellung der Pläne ist eine Öffentlichkeitsbeteiligung und Anhörung gesetzlich vorgeschrieben. Es ist davon auszugehen, dass mindestens zwei Anhörungsrunden in 2016 und 2017 durchzuführen sind. Die Vielzahl der möglichen Einwendungen ist nur über ein Online-Beteiligungsverfahren abzuwickeln. Die Programmierung der Internetseite und Einstellung der Inhalte soll bereits in 2015 erfolgen, damit das Tool fristgerecht in 2016 einsatzbereit ist. 2016 und 2017 besteht der Bedarf im Wesentlichen in Hosting und Aufbereitung der Stellungnahmen.

# **Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration**

## **Landesamt für Ausländerwesen**

### Inhalt

2137030000 Vorgangsbearbeitungssystem (QMM) im Ausländerwesen Land SH .....	49
2137030000 .....	49
2138020000 Beschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten .....	50
2138020000 .....	50
2463010000 Betrieb Bürokommunikation LfA .....	51
2463010000 .....	51

**ITM** 2137030000

**Bezeichnung** Vorgangsbearbeitungssystem (QMM) im Ausländerwesen Land SH

**Ressort / Dst.** MILI I / LfA

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Vorgangsbearbeitungssystem für Asylbewerber, Flüchtlinge, Spätaussiedler und jüdische Migranten.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1242	Neuerwerb Software	Ablösung der technisch veralteten Programm durch eine neue Softwarelösung
1418	Taschengeldauszahlung	ggf. Sachleistungen
1419	Quartiermanagement (QMM)	
1418	Taschengeldauszahlung - Kassenautomaten	Die Kassenautomaten werden in erster Linie zum Schutze der LfA MA eingeführt.
1420	KAIT- Koordination der Ausländer-IT	Hierunter fallen Aufwendungen, die dem Projekt zuzuordnen sind.
1421	Fingerabdruck-Scanner	Identitätsklärung gemäß §16 Abs.2, 2. Halbsatz AsylVfG. (nicht ED)
1422	Bundeslösung DAS	Einführung des Digitalisierten Asylverfahren des Bundes in die Länder zur Erstregistrierung von Asylbewerbern.

**ITM** 2138020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten  
**Ressort / Dst.** MILI I / LfA  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Reinvestition und Neuinvestition von IT-Komponenten für bestehende und neue Standort des LfA (Erstaufnahmeeinrichtungen)

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1416	Ausbau von 6 neuen Standorten ( Seeth,Eggebek,Kiel,FL, HL,Boostedt)	Aufbau von neuen Erstaufnahmeeinrichtungen

**ITM** 2463010000  
**Bezeichnung** Betrieb Bürokommunikation LfA  
**Ressort / Dst.** MILI I / LfA  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

In der ITM sind die Mittel für die Grundversorgung der IT-Leitstelle enthalten. Die ITM unterstützt die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes. Die Wartung von IT-Geräten ist in der ITM enthalten.

# Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

## Landeskriminalamt

### Inhalt

2104030000 MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung .....	53
2104030000 .....	53
2337030000 Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten .....	54
2337030000 .....	54
2346030000 KT-Akkreditierungsverfahren .....	55
2346030000 .....	55

**ITM** 2104030000

**Bezeichnung** MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

**Ressort / Dst.** MILI I / LKA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Bei Merlin handelt es sich um das zentrale Fallbearbeitungssystem der Kriminalpolizei. Es ist in der Lage, hochkomplexe Lebenssachverhalte abzubilden, auszuwerten und beliebige Beziehungen zwischen Personen, Objekten und Institutionen aufzuzeigen. Weiterhin wird über diese Anwendung die gesamte Überwachung der Sprach- und SMS-Kommunikation abgewickelt. Merlin ist unter jeweils landesspezifischen Bezeichnungen in bisher 11 Bundesländern eingeführt, bzw. in der Beschaffung, darüber hinaus wird es im BKA, bei der Bundespolizei und für einige Bereiche auch beim Zoll eingesetzt. Die fachliche Weiterentwicklung wird über die Interessengemeinschaft Fall und Analyse vorangetrieben, in der alle Länder/Bundesbehörden vertreten sind.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1358	Geoinformationssysteme	Geovisualisierung von Daten in Fachanwendungen
1212	Merlin	
1212	Koyote	

**ITM** 2337030000

**Bezeichnung** Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

**Ressort / Dst.** MILI I / LKA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Mit der IT-Maßnahme sollen zeitnah die Datenbestände des Landes, insbesondere die im Vorgangsbearbeitungssystem @rtus vorhandenen Daten, mit zielgruppenorientierten professionellen Tools einer strategischen und operativen Auswertung zugänglich gemacht werden.

Die Datenbankarchitektur sowie die verwendeten Werkzeuge sollen

- flexibel und anwendergerecht,
- umfassend analysegeeignet,
- effizient,
- entwicklungs- und damit zukunftsfähig sein.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1206	PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
1362	InfoZoom	Auswertetool für PKS etc.
1358	Geoinformationssystem	
1362	BI-Tool	Business Intelligence Tool
1362	Data Warehouse	
1362	@rtus-Recherche	Recherche für VBS-Daten
	ELDIS - Einsatzleitstellen-Informationssystem	geplante Schnittstelle zu @rtus-Auswertung (DWH)
10	Verkehrsunfallauswertung	Geografische Darstellung (Steckkarte) der Unfallschwerpunkte etc.
1248	Geodateninfrastruktur	

**ITM** 2346030000  
**Bezeichnung** KT-Akkreditierungsverfahren  
**Ressort / Dst.** MILI I / LKA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die deutschen Kriminaltechniken /KT haben beschlossen, QM-Systeme nach der Norm DIN EN ISO/IEC 17025 aufzubauen. Die nachweisbare Bestätigung der Erfüllung von Anforderungen gem. Normvorgaben und somit die Kompetenzbestätigung des entsprechenden Labors ist mit einer Akkreditierung durch eine für diese Belange der KT geeignete , anerkannte Akkreditierungsstelle verknüpft. Das Akkreditierungsverfahren der KT ist durch geeignete IT zu unterstützen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1371	LIMS / SMILE	Abteilungsweites Laborinformationsmanagementsystem
1413	CASEManagement	Asservatensteuerung und Vorgangsverwaltungssystem
1413	Daktyloskopie	digitales Vergleichsportal "Fingerabdruck"
1413	Urkunden- und Dokumentenuntersuchung	Urkunden- und Dokumentenuntersuchungs- und Vergleichssystem
1413	QM Steuerungssystem	Workflowsystem zur QM Dokumentenlenkung
1413	Formspurenuntersuchung	Spurensystemdatenbank und -Vergleichssystem

# Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

## Landespolizeiamt

### Inhalt

2101030000 @rtus/INPOL/EDDI - Betrieb .....	58
2101030000 .....	58
2102030000 Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21 .....	59
2102030000 .....	59
2103030000 @rtus - Entwicklung .....	60
2103030000 .....	60
2105030000 Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft .....	61
2105030000 .....	61
2107030000 Betrieb Sicherheitsinfrastruktur für Internet-Zugang vom Polizei-LSK-Arbeitsplatz .....	62
2107030000 .....	62
2110030000 EXTRAPOL .....	63
2110030000 .....	63
2111030000 Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo .....	64
2111030000 .....	64
2112030000 Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH .....	65
2112030000 .....	65
2113030000 Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH .....	66
2113030000 .....	66
2114030000 E-Post 810 bei der LaPo SH .....	67
2114030000 .....	67
2115020000 Beschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei .....	68
2115020000 .....	68
2116030000 InfReg .....	69
2116030000 .....	69
2134030000 Kampfmittelinformationssystem .....	70
2134030000 .....	70
2136010000 Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH .....	71
2136010000 .....	71
2348030000 OWI-Interaktiv .....	72

2348030000 .....	72
2350030000 xPolizei Standardisierung .....	73
2350030000 .....	73
2351030000 BAO - Lagen .....	74
2351030000 .....	74
2485030000 BAI – Boston Auswerte Infrastruktur .....	75
2485030000 .....	75
2487030000 IT für Polizeiausbildung, Fortbildung und die Bereitschaftspolizei .....	76
2487030000 .....	76
2521030000 Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb) .....	77
2521030000 .....	77
2559030000 Einsatztrainingssoftware .....	78
2559030000 .....	78
2560030000 Verfahren zur IT gestützten Waffen- und Geräteverwaltung .....	79
2560030000 .....	79
2565030000 AdCo Fuhrparkmanagement Administration und Controlling LaPo .....	80
2565030000 .....	80
2566030000 Mobile Arbeit Landespolizei SH .....	81
2566030000 .....	81
2577030000 GDI / GIS Polizei .....	82
2577030000 .....	82
2593030000 Videoübertragung aus pol. Luftfahrzeugen .....	83
2593030000 .....	83
2594030000 Programm Polizei 2020 - IT-Fonds .....	84
2594030000 .....	84
2631030000 Aufzeichnung audiovisueller Vernehmungen .....	85
2631030000 .....	85
2640030000 Einsatzkommunikations- und Unterstützungssoftware (EKUS) .....	86
2640030000 .....	86

**ITM** 2101030000

**Bezeichnung** @rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Bereitstellung von Leistungen zur IT-mäßigen Abwicklung polizeilicher Aufgaben durch den Einsatz des DV-Verfahrens Inpol S-H und Betreuung dieses Programms. Im Rahmen des Verbundsystems „Inpol“ besteht ferner die bundesweite Auskunftsfähigkeit der Anwendungen u.a. „Kriminalaktennachweis“, „Haftdatei“, "DNA-Analysedatei" und „Erkennungsdienst“, sowie der Zugriff auf die Daten des Schengener Informationssystems (NSIS). Über diese Anwendung wird der Zugriff zu den Verfahren „POLDOK“ (bis zur Ablösung durch eine Folgeanwendung), „EWO“, „AZR“, „ZEVIS“, "JustizOnline" und "NWR" erschlossen. Einwohnermeldedaten-Pflege und Produktion sowie digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei. Bereitstellung und Betrieb von @rtus.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1203	Inpol	Verbundsystem (Inpol SH und INPOL Z)
1201	@rtus	VBS @rtus
1204	EDDI	Digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei
1261	EWO	Auskunftsdienst Einwohnerinformationen der Landespolizei
	NWR Fachanwendung	Auskunftsdienst Nationales Waffenregister im INPOL SH

**ITM** 2102030000  
**Bezeichnung** Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr. Erfassen und Sachbearbeiten von Verwarn- und Bußgeldfällen. Überwachen von Zahlungseingängen einschließlich automatisiertem Abgleich.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1211	OWI 21	

**ITM** 2103030000  
**Bezeichnung** @rtus - Entwicklung  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die IT-Maßnahme umfasst die Pflege und Weiterentwicklung des Vorgangsbearbeitungssystems der Polizei im Rahmen der Kooperation. Der bestehende Kooperationsvertrag mit der Bundespolizei (BPol) und der FHB regelt, dass die Pflege- und Entwicklungskosten gemeinsam zu gleichen Teilen getragen werden, so dass damit ein Beitrag zur Entlastung des Landeshaushaltes erreicht werden kann.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1202	Silk-Test	Automatisiertes Testen in @rtus-VBS

**ITM** 2105030000

**Bezeichnung** Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

### **Beschreibung**

Fachanwendung für ein flexibles Arbeitszeitmanagement mit einer flexibler Personalplanung. Verbesserung der flexiblen Dienstplanung und des effizienten Personaleinsatzes. Automatisierter Abfluss von Daten für die Zahlung von Zulagen. Landeseinheitliches Berichtswesen im Bereich Arbeitszeitmanagement. Erstellen von Berichten über Crystal Reports und automatisches Versenden von Berichten über Crystal Report Mailer.

Es besteht die Möglichkeit, Zeiterfassungsgeräte zur automatisierten Zeiterfassung zu verbinden.

### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1214	Zeiterfassung	Zeiterfassungsgeräte zur Unterstützung der KLR
13591	Crystal Report Mailer	Automatisches Versenden von Berichten
1214	Crystal Report	Erstellen von Berichten

**ITM** 2107030000  
**Bezeichnung** Betrieb Sicherheitsinfrastruktur für Internet-Zugang vom Polizei-LSK-Arbeitsplatz  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Betrieb und Pflege der WTS-Infrastruktur für sicheren Internetverkehr.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1223	Betrieb der Serverfarm und Sicherheitsinfrastruktur Internet/AZM	
1225	Internet	Gewährleistung des Internetzugangs "workshop-data.com" für die Werkstattbereiche der LaPo
1390	V-Track	Vesel-monitoring-system der Fischereiaufsicht
	LEERS	„EBAY“ Law Enforcement Request System
1223	WTS	Windows Terminal Service

**ITM** 2110030000  
**Bezeichnung** EXTRAPOL  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Extrapol ist die gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1228	Extranet	

**ITM** 2111030000

**Bezeichnung** Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die IT Beweissicherung und Auswertung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen, so wie bei OWI Verfahren und zur Gefahrenabwehr wird mit Hilfe von IT-Gerät durchgeführt. Die hiermit betrauten Dienststellen sind die ITB (IT Beweissicherungsgruppengruppe) im LKA, die r-ITB'en bei den Bezirkskriminalinspektionen und die Sachbearbeitenden Dienststellen.

Es wurde in 2005 im LKA eine spezielle Dienststelle zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität im engeren Sinne eingerichtet.

Ab 01.02.2014 wird im LKA das Projekt "Cybercrime" eingerichtet.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1367	Internetrecherche	Internetrecherche bei den Kriminaldienststellen
1229	IT-Besi	IT-Beweissicherung
1362	Auswertung	der Daten der gesicherten Beweise bei den Kriminalpolizeidienststellen, Wasserschutzpolizei und bei den Schutzpolizeidienststellen
1271	Schulung	Schulung für IT-Beweissicherung
	IDEA	Buchhaltungsauswertesoftware
	Cybercrime	

**ITM** 2112030000  
**Bezeichnung** Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Planen der Netzinfrastruktur; Bereitstellen, sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachen der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein; Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau / Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation über die Netze (ohne Flex Port).

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1230	Netzinfrastruktur	Planen der Topologie der Netze und Ausstattung mit Netzwerkkomponenten
1230	Netzinfrastruktur	sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachung der Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur
1230	Netzinfrastruktur	Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit niedrigerem Sicherheitsniveau
1299	IP-Kommunikation in der GBG	Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation

**ITM** 2113030000  
**Bezeichnung** Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Fachanwendung zur qualitätsgesicherten IT-Unterstützung für die medizinischen Bereiche der Landespolizei.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1231	ISIS-Med	
offen	Kurativer Bereich	

**ITM** 2114030000  
**Bezeichnung** E-Post 810 bei der LaPo SH  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Landesweiter Betrieb des gesicherten formellen Kommunikationssystems E-Post 810 im Rahmen der bundesweiten Umstellung (Bund, Zoll, BGS und alle Bundesländer). Hierbei wurde auch das „alte Fernschreib-Sondernetz“ abgelöst. Es wird die bestehende LSK Infrastruktur für den Betrieb des Verfahrens genutzt. Die Anbindung an die anderen Bundesländer läuft über das CNP/ONDas Verfahren E-Post ist ein Hochverfügbarkeitsverfahren und erfordert eine Verfügbarkeit von 24/7.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1232	E-Post 810	

**ITM** 2115020000  
**Bezeichnung** Beschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Sinn dieser Maßnahme ist es, auf geplante und nicht planbare Anforderungen in der Landespolizei schnell reagieren zu können. Hierzu zählen etwa die Anforderung von Heimarbeitsplätzen, zusätzliche Ausstattung aufgrund von Umorganisation, geänderter Aufgaben oder ärztlichem Attest, zusätzliche Softwarelizenzen außerhalb des EA-Vertrages, Ausstattung von Projekten und Arbeitsgruppen, die Unterstützung von besonderen Einsatzlagen.

Sicherstellung des Betriebes der IT-Infrastruktur durch Reinvestition von Hard- und Software einschl. Unterstützungsleistungen von Dataport bei der Durchführung von Reinvestitionsmaßnahmen. Realisierung von Ersatzbeschaffungen für defekte Geräte.

**ITM** 2116030000  
**Bezeichnung** InfReg  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Fachanwendung zur Abfrage von Kundendaten bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (vormals RegTP) und von Verkehrsdaten bei den Telekommunikationsanbietern. Im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung kann es erforderlich sein, Fernmeldeanschlussinhaber festzustellen oder für namentlich bekannte Personen die zugeteilten Rufnummern zu ermitteln bzw. Verkehrsdaten festzustellen. Aufgrund von Vorgaben durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sind solche Auskunftersuchen bzw. Verkehrsdatenabfragen zur Feststellung oben genannter Daten standardmäßig mittels eines elektronischen Datenaustausches durchzuführen.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1234	InfReg90	FA zur Abfrage von Kundendaten bei der BNetzA
1234	InfReg100	Integrierte Lösung zum polizeilichen Auskunftersuchen ggü. Telekommunikationsdienstleistungen (Verbindungs- und Verkehrsdaten § 100 g StPO) ESB/ETSI (Elektronische Schnittstelle Behörden)

**ITM** 2134030000  
**Bezeichnung** Kampfmittelinformationssystem  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

### **Beschreibung**

Der Kampfmittelräumdienst Schleswig-Holstein (KRD S-H) ist gem. § 1 Abs. 1 Kampfmittelverordnung S-H für die Abwehr von Gefahren zuständig, welche von Kampfmitteln ausgehen. Die Gefahrenabwehr setzt die Gefahrenerkundung voraus. Das zu implementierende Kampfmittelinformationssystem (KIS) soll eine Gefahrenerkundung auf Basis eines größtmöglichen Datensatzes sicherstellen. Wesentlicher Bestandteil dieses Datensatzes sind alliierte Kriegsluftbilder, aber auch sonstige zu erhebende, historische Daten (Luftschutzpolizeiberichte, Fundmunitionsmeldungen u.ä.).

Das KIS soll die Gesamtheit der notwendigen Arbeitsschritte zur Gefahrenerkundung beim KRD S-H abbilden und eine damit verbundene Antragsverwaltung, Auftragsbearbeitung und Rechnungsstellung beinhalten. Durch Implementierung des KIS ist im Ergebnis eine effizientere, wirtschaftlichere und qualitativ hochwertigere Aufgabenwahrnehmung des KRD S-H möglich

### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1411	Kampfmittelinformationssystem	ganzheitliche Informationserfassung zur Kampfmittelbelastung

**ITM** 2136010000  
**Bezeichnung** Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Sicherstellung und Fortführung des Betriebes für den Bereich der Landespolizei SH

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1217	Fachliches Consulting	
1217	Betrieb Ikotech III (inkl. Testlabor)	
1217	Callcenter	
1217	LCL-Prüftool	Prüfen von neuen Locations zur Integration in den Datenbestand
1217	Datenbank Gefahrgut	
1217	Gefahrgut Management System	
	IKOL-FS	Dieses Verfahren wird unter Anbindung an das Kraftfahrt Bundesamt IT-gestützt im Online-Verbund betrieben (IKOL-FS)
1241	TIC	LMS SH Verkehrswarndienst

**ITM** 2348030000  
**Bezeichnung** OWI-Interaktiv  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das Verfahren Dataport.OWI arbeitet gegenwärtig nur auf Sachbearbeiter- und Drittverfahrensebene elektronisch. Eine Einbindung der Betroffenen in den elektronischen Informationsfluss ist nicht realisiert. Diese Möglichkeit soll mit Einführung eines Internet-basierten Zugangs geschaffen werden.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1303	eAnhörung	Einbindung in das Landesportal wird erforderlich
	OWI 21	VBS für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

**ITM** 2350030000

**Bezeichnung** xPolizei Standardisierung

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das gesamte Vorhaben „XPolizei“ als fachspezifische Standardisierung in der öffentlichen Verwaltung (XÖV-Koordination) ist modular aufgebaut, es umfasst sowohl fachliche, technische als auch organisatorische Aspekte, die z. T. als Empfehlungen und z. T. als verbindliche Standards eine Grundlage für die weitere Entwicklung des Informationsaustauschs der deutschen Polizeibehörden bilden.

Module von XPolizei:

Informationsmodell Polizei (IMP); fachlicher Bereich mit den hierfür beschriebenen Praxisfällen.  
 XPolizei Austauschformat: der technische Bereich beinhaltet primär den „eXchange Standard Polizei“ (XSP) sowie Empfehlungen und Best-Practice Erfahrungen bzgl. der Schnittstellen.

XPolizei Framework: Der organisatorische Bereich des „Framework XPolizei“ bezieht sich sowohl auf die Pflege und Weiterentwicklung der fachlichen und technischen Komponenten in der Regelorganisation der Lokalen Informationsmodell-Redaktion (LIK-SH) als auch auf die Anwendung der fachlichen und technischen Vorgaben in konkreten Umsetzungs-Projekten, wie z.B. XPolizeiPIAV.

Der Standard XPolizei und die damit verbundenen Projekte leisten mit den Schwerpunkten der Geschäfts-, Informations- und Datenarchitektur einen bedeutenden Beitrag zu einer einheitlichen IT-Architektur innerhalb der Deutschen Polizei.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1393	xPolizei	Hier beteiligt sich die LaPo an der Fortentwicklung der XPolizei-Standards, der Anpassung vorhandener Austauschformate und Kataloge bestehender SH-interner Polizeiverfahren sowie an Konzeptarbeiten im organisatorischen "Framework" XPolizei. Aufwände für die Gremienarbeit und Teilnahme an Bundes-AGs durch MA der Lokalen Informationsmodell Koordinierungsstelle (LIK-SH). Aufwände von Mitarbeiter der LaPo in verschiedenen Bundesarbeitsgruppen (EG Praxisfälle, EG XSP, EG Kataloge, u.a.) Auch Aufwende in dem PIAV unterstützenden XPolizei PIAV Projekt (Bund)
1	XPolizei-Umsetzungsprojekt PIAV-SH	Beteiligung des Landes SH an der Anbindung am ersten auf Xpolizei basierenden Umsetzungsprojekt PIAV-O (operativ)-Zentra durch eigenes Umsetzungsprojekt in SH zur Anbindung der Landessysteme an PIAV-O (operativ)-Zentral

**ITM** 2351030000  
**Bezeichnung** BAO - Lagen  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

IT-Services zur Unterstützung polizeilicher Geschäftsprozesse im Fall von Sonderlagen im Rahmen einer BAO (Besondere Aufbau Organisation). Insbesondere Softwarelösungen und Dienstleistungen für Services in Infrastrukturmgebungen

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
	GSL. net	Modulare Software zur Unterstützung von Personen-ankunftstellen in Falle von Großschadensereignissen und weiteren Funktionalitäten wie Verletztenregistrierung, Leichenidentifizierung, Asservatenauswertung und Massendatenabgleich mit dem Bundeskriminalamt
1407	EPSweb3.x	webbasiertes Einsatz-Protokoll-System

**ITM** 2485030000

**Bezeichnung** BAI – Boston Auswerte Infrastruktur

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Mit dem Übereinkommen der „Cybercrime Convention des Europarates“, das 2009 auch in Deutschland in Kraft trat, ist der Begriff „Cybercrime“ international einheitlich definiert. Die durch die Kommission Kriminalitätsbekämpfung am 25./26.11.2011 eingerichtete Bund-Länder-Projektgruppe zur zukunftsfähigen Bestimmung des Begriffs „Cybercrime“ erarbeitete dazu folgende gültige Definition:

Unter die Begriffsdefinition Cybercrime fallen die Straftaten, die sich gegen das Internet, weitere Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten richten. Cybercrime umfasst auch Straftaten, die mittels dieser Informationstechnik begangen werden. Qualifizierte Delikte der Cybercrime sind Delikte, bei denen die Elemente der IT in den Tatbestandsmerkmalen enthalten sind und bei denen für die Sachbearbeitung eine spezielle informationstechnische Qualifikation erforderlich ist (AG Cybercrime).

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Bild- und Videomassendaten	Zugriff auf die Datenhaltung des BKA für gesicherten Austausch
2	Zusammenarbeit Cybercrime-Verbund Nord	Länderübergreifende Zusammenarbeit über Groupware
3	Kooperation Fachhochschule Kiel	Unterstützung von Master- und Bachelor-Arbeiten
4	Unterrichtsstätten Cybercrime	Ergänzung der Unterrichtsstätten mit aktuellen, den polizeilichen Unterrichtsthemen angepassten IT-Komponenten

**ITM** 2487030000

**Bezeichnung** IT für Polizeiausbildung, Fortbildung und die Bereitschaftspolizei

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Diese Maßnahme dient der technischen Unterstützung für Stabs-, Ausbildungs-, Fortbildungs- und Bereitschaftspolizei-Aufgaben der "Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei Schleswig-Holstein (PD AFB)".

Die PD AFB ist der zentrale Aus- und Fortbildungsträger der Landespolizei. Zudem gewährleistet sie die organisatorische-, technische- und taktische Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei des Landes. Außerdem ist bei der PD AFB die Polizeiseelsorge, der polizeipsychologische Dienst, die Werbe- und Einstellungsstelle und ein polizeiärztlicher Dienst (Schwerpunkt Bewerberauswahl) angebunden. Für diese speziellen Aufgaben ist Technik für Schulverwaltung und Stundenplanung, Medienerstellung und Medienbereitstellung, Präsentation, IT-Schülerarbeitsplätze, IT-Lehrerarbeitsplätze, Systemgewährleistung der Lehrsäle (Betrieb), Logistik, BPA Einsatzbewältigung sowie als pädagogisch-didaktische Hilfsmittel unentbehrlich. Hervorzuheben ist, dass in einigen IT-Lehrsälen jede polizeilich denkbare Täter- und Opferumgebung abgebildet werden muss, um praktische Ermittlungsarbeit, insbesondere mit Cybercrimebezug schulen zu können. Zur Nutzung von online-Lernangeboten, zur Informationsgewinnung und für Downloads sind zudem in speziellen Räumen offene Internetzugriffe für Lehrer- wie auch für Schüler erforderlich.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Medien	Unterstützung der Lehr- und Lernprozesse durch zeitgerechte, IT-gestützte Lehr- und Lerntechnik und alternative Schulungsmodelle i.S. "Bildung 4.0"
2	Steuerungs-/Stabsaufgaben der Fachbehörde	Unterstützung der aufgabenspezifischen Administrations- und Steuerungsprozesse der Fachbehörde
3	IT-Einsatztechnik PD AFB	Unterstützung der Einsatzaufgaben für die Bereitschaftspolizeieinsätze mit IT-Sondertechnik

**ITM** 2521030000  
**Bezeichnung** Aufgabenverlagerung LaPo (Betrieb)  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Betrieb von ehemals bei der Landespolizei durchgeführter IT-Betrieblicher Leistungen durch den Landesdienstleister Dataport

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betrieb Polizei Netze; Kommunikation und IuK-Serviceeinrichtungen	
2	Betreuung Polizeilicher IT-Arbeitsplätze im und ausserhalb des Landesstandards	
3	IT-Support LaPo vor Betriebsverlagerung	temporäre Unterstützung der personell geschwächten IT-Bereiche der LaPo, die in 2017 zur Verlagerung anstehen
4	Koordination des Veränderungsmanagements Standardisierung	Beauftragung von Dataport mit der Koordinierung des Veränderungsmanagements nach Betriebsübergang von der Konsolidierung zur weiteren Standardisierung der betrieblichen Aufgaben für die Polizei IT - Beauftragung wurde zum 31.12.18 abgeschlossen. Weitere Wahrnehmung der Restarbeiten durch Dataport Linienorganisation (LD24 / Büro Polizei IT)
5	Supportleitungen durch Dataport Servicebüro	<p>Wegen derzeit fehlender Fachkompetenzen im Bereich LaP soll das Servicebüro temporär das IT-Anforderungsmanagement übernehmen und die LaPo bei der Definition von Anforderungen an IT-Systeme und -Services unterstützen. u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung der Anforderungsanalyse</li> <li>• Prüfen von Anforderungen auf Vollständigkeit und auf Kompatibilität mit den Geschäftsprozessen</li> <li>• Moderation und Leitung von Workshops zur Anforderungsanalyse</li> <li>• Erarbeitung und Erstellung der notwendigen Spezifikationsdokumente (z.B. Lastenheft, Leistungsbeschreibung) gemäß Konzeptpapier „Anforderungsmanagement ZIT“</li> </ul>

**ITM** 2559030000  
**Bezeichnung** Einsatztrainingssoftware  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Landeseinheitliche IT-Anwendung zur Planung, Dokumentation und Auswertung des Einsatztrainings der Landespolizei SH

**ITM** 2560030000  
**Bezeichnung** Verfahren zur IT gestützten Waffen- und Geräteverwaltung  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Zentrale Bestandsführung für Waffen und Geräte beim Landespolizeiamt. Durch eine zentrale IT gestützte Datenbankanwendung im LSK soll den Vorgaben des § 73 LHO entsprochen und ein maximaler logistischer Service für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten (PVB) des Landes Schleswig-Holstein ermöglicht werden.

**ITM** 2565030000  
**Bezeichnung** AdCo Fuhrparkmanagement Administration und Controlling LaPo  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendung

**ITM** 2566030000

**Bezeichnung** Mobile Arbeit Landespolizei SH

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / nicht etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Verwaltungsmodernisierung

**Beschreibung**

Entwicklung, Bereitstellung u. Produktivsetzung von IT-Lösungen zur Unterstützung des mobilen Streifen- und Einsatzdienstes der Landespolizei Schleswig-Holstein. Sowohl im geschlossenen Einsatz, als auch im Rahmen des Auftragsprofils von Observationseinheiten oder auch des polizeilichen Streifendienstes und aller Ermittlungsdienststellen können die Vorteile mobiler Endgeräte einsatzerfolgskritische Relevanz entfalten bzw. Effektivitäts- und Effizienzgewinne erzeugen. Dabei ist zu betonen, dass das operativ führende Medium für die einsatzkritische Kommunikation der Landespolizei der Digitalfunk ist und bleibt. Seine Funktionalitäten können durch andere mobile Endgeräte, insbesondere im Bereich der Datenübertragung, allerdings sinnvoll ergänzt werden.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Projektvorbereitung	Erhebung der Bedarfe und Anforderungen an ein polizeil. Smartphone, erste Finanzmittelerhebung, WiBe
02	Initiierungsphase	Konzeptionierung Sicherheitsmanagement u. Servicemanagement, Priorisierung der Anforderungsliste
03	Prototypphase	Auswahl und Test der Prototypgeräte und Apps
04	Pilotphase 1	Test der Prototypen u. lauffähigen Apps auf ausgewählten Polizei-Dienststellen, Evaluation

**ITM** 2577030000  
**Bezeichnung** GDI / GIS Polizei  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** unbekannt  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Aufbau, Weiterentwicklung und Pflege der Geodateninfrastruktur und der Geoinformationssysteme der Landespolizei.

**ITM** 2593030000

**Bezeichnung** Videoübertragung aus pol. Luftfahrzeugen

**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH

**Status** aktiv / nicht etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Polizeihubschrauber (oder auch andere Luftfahrzeuge, z. B. Drohnen) videografieren mit an Bord befindlichen Kameras vorausgewählte Einsatzräume. Die dabei entstehenden Bilder / Videos werden anschließend live an eine oder ggf. auch mehrere, im Land verteilte Empfangsstationen gesendet. Die vom Luftfahrzeug aus gesendeten Bild- / Videosignale werden über entsprechende Antennen an den Empfangsstationen aufgenommen und mittels entsprechender Empfangs- und Streamingtechnik in das Landesnetz weitergeleitet. Abhängig von ihren Rollen und Rechten können berechtigte Personen die Bilder / Videos auf ihrem +1-Arbeitsplatz und / oder ggf. auch auf mobilen Empfangsgeräten betrachten.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Projektvorbereitungsphase	gem. Prince2 Methodik Entwurf des BC (inkl. Kostenansatz), Projektteamentwurf, Projektlösungsansatz auswählen und Probeschreibung zusammenstellen
02	Projektinitiierung	Projektplanung vornehmen; Erstellung eines Rollout- und Finanzierungsplans
03	Projektlieferphase 1	Aufbau und erste Betriebserprobung: Aufbau einer Empfangsanlage auf dem PZE, verschlüsselte Videoübertragung aus polizeilichen Luftfahrzeugen über ein sicheres Transportnetz in die bestehende GIS-Infrastruktur zur rollen- und rechtegesteuerten Ausgabe auf Arbeitsplätzen in der GBG 5. Einsatz des Verfahrens „Videoübertragung aus polizeilichen Luftfahrzeugen“ in der BAO „Tag der deutschen Einheit 2019 in Kiel“.
04	Projektlieferphase 2	Aufbau weiterer Empfangsanlagen mit Übertragung über ein sicheres Transportnetz in die bestehende GIS-Infrastruktur zur rollen- und rechtegesteuerten Ausgabe auf Arbeitsplätzen in der GBG 5
05	Projektlieferphase 3	Umsetzung des Gesamtziels: Schleswig-Holstein ist für den Land- und den Seebereich mit flächendeckenden Empfangsanlagen ausgestattet.

<b>ITM</b>	2594030000
<b>Bezeichnung</b>	Programm Polizei 2020 - IT-Fonds
<b>Ressort / Dst.</b>	MILI I / LPA SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	unbekannt

#### **Beschreibung**

Auf Grundlage der am 30. November 2016 verabschiedeten Saarbrücker Agenda wurde das Programm Polizei 2020 beauftragt, das polizeiliche Informationswesen des Bundes und der Länder zu vereinheitlichen und zu harmonisieren.

Folgende Kernziele wurden für das Programm identifiziert:

- a) Verbesserung der Verfügbarkeit polizeilicher Informationen,
- b) Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und
- c) Stärkung des Datenschutzes durch Technik.

Im Kern gehen perspektivisch die Vorgangs- und Fallbearbeitung, Auswertung und Analyse sowie die Asservatenverwaltung in eine einheitliche polizeiliche Sachbearbeitung über.

Die Aufwände für Entwicklung und Betrieb werden durch die zentrale Bereitstellung und Mehrfachnutzung von Services erheblich reduziert. Die Umsetzungsgeschwindigkeit wird dadurch erhöht, Aufwände für Mehrfachentwicklungen werden vermieden.

Zur Unterstützung der polizeilichen Sachbearbeitung nutzt der Anwender künftig Anwendungen, die intuitiv wie moderne Apps zu bedienen und endgeräteunabhängig (z. B. gleichermaßen auf Desktop-PC, Tablet und Smartphone) sind. Die entsprechende Oberfläche kann teilnehmerspezifisch ausgestaltet werden und bildet die im jeweiligen fachlichen Kontext benötigten Funktionen ab. Im Fokus der Oberfläche steht eine hohe Anwenderfreundlichkeit sowie Automatisierung. Einmal erhobene Daten können für unterschiedliche Zwecke datenschutzkonform verwendet werden.

Die herstellerunabhängige Anwendungsbereitstellung und der Betrieb von polizeilichen Fachanwendungen erfolgt zukünftig auf Basis einer modernen Plattform, die eine hohe Automatisierung sowie flexible Erweiterung und Anpassung ermöglicht. Das sicherheitszertifizierte System ist dynamisch skalierbar und kann ohne spürbare Ausfallzeit gewartet werden.

Zur Finanzierung dieses Programms des Bundes und der Länder wird der IT-Fond eingerichtet.

**ITM** 2631030000  
**Bezeichnung** Aufzeichnung audiovisueller Vernehmungen  
**Ressort / Dst.** MILI I / LPA SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Ziel dieser Maßnahme ist der einheitliche und zentrale Betrieb einer Software Lösung zur audiovisuellen Vernehmung.

<b>ITM</b>	2640030000
<b>Bezeichnung</b>	Einsatzkommunikations- und Unterstützungssoftware (EKUS)
<b>Ressort / Dst.</b>	MIL I / LPA SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendung

#### **Beschreibung**

Einsatzkommunikations- und Unterstützungssoftware (EKUS) der Spezialeinheiten (SE) und Spezialkräfte der Polizeien des Bundes und der Länder und des Zolls innerhalb des SE-Netzes.

Die EKUS-Plattform ist eine Art Messaging-as-a-Plattform, bereitgestellt als Inhouse-Installation oder eine Anbindung an einer zentralen Instanz beim BKA. Durch gezielte Kommunikation (Messaging) findet die Vernetzung der einzelnen User statt. Den Usern werden gemäß ihrer Funktion benötigte Berechtigungsrollen zugewiesen. Die User erhalten die Informationen spontan und können neue Messages analog innerhalb der zugewiesenen Chaträume zeitnah und homogen teilen.

# Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration

## Landesvermessungsamt

### Inhalt

2121030000 Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung .....	88
2121030000 .....	88
2122020000 Beschaffungen.....	90
2122020000 .....	90
2123010000 Bürokommunikation für das LVerGeo.....	91
2123010000 .....	91
2124030000 ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung.....	92
2124030000 .....	92
2126030000 Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP) .....	93
2126030000 .....	93
2127030000 Auftragsverwaltung LVerGeo.....	94
2127030000 .....	94
2128030000 Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte .....	95
2128030000 .....	95
2302030000 Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo .....	96
2302030000 .....	96
2400030000 Geodateninfrastruktur .....	97
2400030000 .....	97

<b>ITM</b>	2121030000
<b>Bezeichnung</b>	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung
<b>Ressort / Dst.</b>	MILI I / LVerGeo SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Beschreibung und Ziel der Maßnahme:

Die vollständig digitale Führung der Karten und Buchnachweise von Landesvermessung und Liegenschaftskataster ist mit Abschluss der Erfassungsarbeiten in 2005 erreicht worden.

Bereits seit 1995 wird durch die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) ein neues integriertes Datenmodell mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen, auf internationalen Normen basierenden Geodatenbasis entwickelt:

ALKIS® Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem

AFIS® Amtliches Festpunktinformationssystem

ATKIS® Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem

Zusammen AFIS®-ALKIS®-ATKIS® oder AAA

Seit 2003 wird die Umsetzung dieses Datenmodells in neue Software entwickelt. Schleswig-Holstein ist mit anderen Bundesländern Mitglied in verschiedenen Entwicklungspartnerschaften für die einzelnen Komponenten der Software-Entwicklung.

ATKIS® konnte im Herbst 2009 in Produktion genommen werden.

ALKIS® + AFIS® sind im zweiten Quartal 2011 produktiv gegangen.

In einer Weiterentwicklung des Modells der AdV sollen die Datenbestände von AFIS®, ALKIS® und ATKIS® harmonisiert und bis 2030 in einem gemeinsamen Bestand der Geobasisdaten redundanzfrei zusammengeführt werden.

Ziel ist weiterhin die Zurverfügungstellung der digitalen Daten zur Nutzung in Geoinformationssystemen der Kunden in Wirtschaft und Verwaltung.

## Unterverfahren

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1247	AFIS/ALKIS/ATKIS	Amtliche GeobasisdatenInformationssysteme
1251	VBORIS	SW-Pflegevertrag AAA beinhaltet auch die Pflege für VBORIS in Höhe von 24 T €
1253	Geoserver	Geoserver nutzt 3A-Web für Produkterzeugung
1252	digitales Rissarchiv	Bereitstellung der Rissdaten über 3A-Web für die ÖbVI
1247	Vertrieb Geobasisdaten	Bereitstellung von Geobasisdaten für Verwaltung und Wirtschaft

**ITM** 2122020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen  
**Ressort / Dst.** MILI I / LVerGeo SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

In dieser ITM werden die Mittel für anstehende Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich des LVerGeo veranschlagt. Die Reinvestitionsmaßnahmen unterstützen die Aufrechterhaltung des Landesvermögens.

**ITM** 2123010000  
**Bezeichnung** Bürokommunikation für das LVerGeo  
**Ressort / Dst.** MILI I / LVerGeo SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

In der ITM sind die Mittel für die Grundversorgung der IT-Leitstelle enthalten. Die ITM unterstützt die Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebes. Die Wartung von IT-Geräten ist in der ITM enthalten.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1344	LSK + MAP	Standardarbeitsplätze LSK inklusive mobiler Arbeitsplätze (auch Heimarbeit)

**ITM** 2124030000

**Bezeichnung** ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

**Ressort / Dst.** MILI I / LVerGeo SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Zu den zentralen Aufgaben des LVerGeo SH gehört die Bereitstellung der amtlichen topographischen Karten (ATKIS®-DTK). Die Bereitstellung ist erforderlich, da mehrere bundesweit einheitliche Kartenwerke, insbesondere auch durch die internationalen Verpflichtungen (Bundeswehr) des Bundes, vorzuhalten sind. Seit 1995 wurde die Bereitstellung - von der manuellen Kartographie auf automationsunterstützte Arbeitsweise am grafisch-interaktiven Kartographie-Arbeitsplatz - umgestellt.

Um die Aufgaben unter wirtschaftlichen Aspekten zu erledigen, sollen die geforderten Karten direkt aus den topographischen Landschaftsmodellen (ATKIS®-DLM) abgeleitet werden können. Auf diese Art werden zusätzliche Arbeiten bei der Beschaffung der Fortführungsdaten vermieden. Die Ableitung der amtlichen topographischen Karten muss auf der Grundlage einer modernen Softwareentwicklung basieren, um einen möglichst hohen Automationsgrad zu gewährleisten. Nur unter dieser Voraussetzung können die teilweise gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Vor dem Hintergrund der Personaleinsparungen und des Demographischen Wandels wird eine Unterstützung der Fachabteilungen mit IT ebenfalls immer erforderlicher.

Die automatische kartographische Generalisierung wird um die Komponenten einer interaktiven kartographischen Generalisierung ergänzt. Die Druckaufbereitung der digitalen Datenbestände und die gleichzeitige Anpassung bestehender Programme auf die übrigen topographischen Kartenwerke sind Bestandteil der ITM.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1247	ATKIS-Modellgeneralisierung	Automatische Generalisierung des DLM50 aus DLM25
1247	kartographische Generalisierung	Automatische Ableitung und interaktive Nachbearbeitung digitaler topographischer Karten

**ITM** 2126030000

**Bezeichnung** Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

**Ressort / Dst.** MILI I / LVerGeo SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die Maßnahme umfasst alle Aufgaben des LVerGeo SH, die mit Hilfe von Luftbildern geleistet werden müssen. Die Aufgaben werden folgenden Bereichen zugeordnet:

Bereich A:

Weitere Nutzung IT-gestützter Luftbildauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung, Neuausrüstung zur Nutzung neuester Digitaltechnik

Bereich B:

Weitere Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.

Bereich C:

Fortsetzung und Erneuerung der Produktion von digitalen Geländemodellen. Erweiterung des vorhandenen Arbeitsplatzes um Programme und Hardware zur Auswertung von Laserscan-Daten und Berechnung von hochgenauen digitalen Geländemodellen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1249	Photogrammetrie	Luftbildauswertung bei topographischen Vermessungen
1249	Orthophotos DOP	Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.
1249	Geländemodelle DGM	Produktion von digitalen Geländemodellen
1249	3D Gebäudemodelle	Produktion von 3D-Gebäudemodellen

**ITM** 2127030000  
**Bezeichnung** Auftragsverwaltung LVermGeo  
**Ressort / Dst.** MILI I / LVermGeo SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

#### **Beschreibung**

Die Automatisierung der Verwaltungsabläufe in der Vermessungs- und Katasterverwaltung – AVE VUK – war Inhalt eines Beratungsprojekts der Datenzentrale, dessen Umsetzung die IT-Kommission auf ihrer Sitzung am 17. Mai 1995 dem Innenminister empfohlen hat. Auf Basis einer umfassenden Analyse und optimierter Geschäftsprozesse wurde ein IT-Konzept erarbeitet, das neben systemtechnischer Standardisierung den Einsatz verschiedener Softwareprodukte besonders für das Auftragswesen vorsah. Für die Katasterämter wurde daraufhin das Verfahren AGB (Automatisiertes Geschäftsbuch) eingeführt, das noch heute zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten ist und damit auch wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht. Da die Pflege des Verfahrens AGB durch Firmenaufgabe nicht mehr gewährleistet war und um das Verfahren auch im Landesvermessungsamt einzuführen, wurde für das gemeinsame Auftragswesen die Softwarelösung eines anderen Bundeslandes mit entsprechenden Anpassungen an die landesspezifischen Anforderungen übernommen.

Im Juli 2010 wurde das Verfahren AGB-SH der Fa. CONET Solution GmbH in der Vermessungs- und Katasterverwaltung als zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten eingeführt, womit ein wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht wird. Im Zuge der Reorganisation wurden in 2011 notwendige Anpassungsmaßnahmen an der Software vorgenommen. Mit Einführung der Entgeltordnung wird das AGB in allen Abteilungen des Landesamtes genutzt. Änderungen der Gebühren- und Entgeltordnungen werden eingepflegt. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten werden Softwareanpassungen zur Verbesserung von Abläufen und Realisierung neuer Schnittstellen an die Fa. CONET in Auftrag gegeben.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1250	AGB	Automatisiertes Geschäftsbuch AGB: Geschäftsprozesse und statistische Auswertungen

**ITM** 2128030000  
**Bezeichnung** Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte  
**Ressort / Dst.** MILI I / LVermGeo SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

#### **Beschreibung**

Das LVermGeo SH hat von mehreren Gutachterausschüssen die Aufgaben der Geschäftsstelle für Grundstückswerte übertragen bekommen. Die fachgerechte Erledigung erfordert Hard- und Software-Ausstattung. Für die Führung der Kaufpreissammlung ist bisher die Software PS-Explore der Fa. VGSPS im Einsatz. Dieses wird nicht mehr gepflegt und muss ersetzt werden. Daneben gibt es weitere Verfahren zur Erstellung von Wertgutachten. Für die Dokumentation der Bodenrichtwerte ist das bundeseinheitliche Verfahren VBORIS im Aufbau.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1251	Verfahren Gutachterausschüsse	Kaufpreissammlung, Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte
1251	VBORIS	Vernetztes Bodenrichtwertinformationssystem

**ITM** 2302030000

**Bezeichnung** Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

**Ressort / Dst.** MILI I / LVerGeo SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

SAPOS Schleswig-Holstein

Der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landesvermessung, kurz SAPOS, besteht bundesweit aus über 250 Stationen und stellt das amtliche Bezugssystem sowie aktuelle Raumbezüge mit modernen Kommunikationsmitteln flächendeckend bereit. SAPOS basiert auf dem „Global Navigation Satellite System“, kurz GNSS.

Der SAPOS- Dienst Schleswig-Holstein besteht aus 14 Stationen. Angebunden sind diese Stationen an die Server im LVerGeo SH über das Landesnetz bzw. Landesnetz verlängert mit angemieteter Standleitung oder DSL-Verbindung.

Der Transport der GNSS-Daten an die Zentrale Stelle SAPOS in Hannover geschieht über das DOI-Netz. Ebenso werden über diese Verbindung die Daten der Randstationen der benachbarten Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern empfangen, damit bis an die Landesgrenze die Vorteile der Vernetzung der SAPOS-Stationen genutzt werden kann. Zum Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Hamburg besteht eine separate DOI-Verbindung, für das Kooperationsprojekt einer gemeinsamen zentralen Datenabgabe an Dritte. Diese Projekt untergliedert sich in die Bereiche: Abgabe der Korrekturdaten über Telefon(GSM), Abgabe der Korrekturdaten über Internet (NTRIP) sowie die Abgabe der GNSS-Rinexdaten über einen Web-Server. Weitere Informationen über dieses Projekt erhält man unter [www.sapos.Geonord.de](http://www.sapos.Geonord.de)

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1254	SAPOS	Betrieb des Satelliten-Positionierungsdienstes SAPOS GNSS

**ITM** 2400030000

**Bezeichnung** Geodateninfrastruktur

**Ressort / Dst.** MILI I / LVermGeo SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

"Die IT-Maßnahme umfasst den Vertrieb von Daten und Diensten der Vermessungs- und Katasterverwaltung von Schleswig-Holstein und Hamburg sowie den Produkten anderer Verwaltungen des Landes über Intranet und Internet. Der Geoserver ist Basis für den DigitalenAtlasNord (Visualisierung von Geofachdaten). Die Daten werden dem Bürger aufgrund gesetzlicher Vorgaben im beschränkten Umfang kostenfrei zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden die Daten anderen öffentlichen Verwaltungen zur Verfügung gestellt.

Zur Erfüllung der Vorgaben der INSPIRE-Richtlinie bildet das Zielarchitektur-Konzept die Grundlage. Die im Rahmen des Geoservers aufgebaute IT-Infrastruktur ist im Zielarchitekturkonzept als Geobasisdateneckpfeiler unmittelbar eingebunden. Die INSPIRE-Richtlinie fordert jedoch die Bereitstellung weiterer Geodaten, so dass die bestehende IT-Infrastruktur im Rahmen der Zielarchitektur erweitert werden muss.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1248	Geodatenvertrieb	Leitstelle, Kopfstelle Geodaten
1253	INSPIRE	INSPIRE-Richtlinie (EU)
1253	Geoserver	Geodaten-Vertrieb
1253	Zielarchitektur	Zielarchitektur Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein
1253	DANord/SH-MIS	DigitalerAtlasNord und Metadateninformationssystem

# Finanzministerium

## Inhalt

2156030000 Hausbankverfahren [HBV / früher Elektronischer Schalter (ELS)].....	100
2156030000 .....	100
2176030000 Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH).....	101
2176030000 .....	101
2187020000 Beschaffungen des FM (Ministerium) .....	102
2187020000 .....	102
2191010000 Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT .....	103
2191010000 .....	103
2422030000 KiStA (Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer) .....	104
2422030000 .....	104
2632030000 Projekt eRechnungs-Workflow .....	105
2632030000 .....	105
2637030000 Projekt SAP HANA Plattform .....	106
2637030000 .....	106
2653030000 Auswertungsdatenbank SH .....	107
2653030000 .....	107
2166030000 Entwicklung, Pflege, Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS).....	108
2166030000 .....	108
2190020000 Beschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung .....	110
2190020000 .....	110
2195010000 Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT .....	111
2195010000 .....	111
2362030000 Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS) .....	112
2362030000 .....	112
2363030000 Projekt Steuer-PC (SPC) .....	113
2363030000 .....	113
2470010000 Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH .....	114
2470010000 .....	114
2200010000 Grundversorgung und IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ).....	115
2200010000 .....	115
2554020000 Beschaffungen des BIZ .....	116
2554020000 .....	116
2165030000 IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung).....	117
2165030000 .....	117
2171030000 IT-Unterstützung Personalmanagement SH .....	118

2171030000 .....	118
2174030000 IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe) .....	119
2174030000 .....	119
2357030000 Digitales Archivverfahren .....	120
2357030000 .....	120
2365030000 eBeihilfe .....	121
2365030000 .....	121
2567030000 dDocuScan .....	123
2567030000 .....	123
2188020000 Beschaffungen der LK .....	124
2188020000 .....	124
2192010000 Grundversorgung der Landeskasse mit Leistungen der IT .....	125
2192010000 .....	125
2189020000 Beschaffungen DLZP .....	126
2189020000 .....	126
2193010000 Grundversorgung DLZP .....	127
2193010000 .....	127
2563030000 Schulungs- und Arbeitsplattform ILIAS im DLZP .....	128
2563030000 .....	128

**ITM** 2156030000  
**Bezeichnung** Hausbankverfahren [HBV / früher Elektronischer Schalter (ELS)]  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Zahlungsverkehr mit der Deutschen Bundesbank mittels der Software "Telenet-ZV ELS für Windows". Mit dem Betrieb und der Anpassung des Verfahrens an die rechtlichen und technischen Vorgaben der EZB / Bundesbank und anderer Banken / Sparkassen oder der EU (SEPA - Richtlinie) hat das Finanzministerium Dataport beauftragt.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
2	Betrieb Multibankkonten	Zusätzlich zu den Bundesbankkonten wird auch der Beleg- und Zahlungsverkehr aller anderen Banken und Sparkassen über diese Software abgewickelt. Einsparung eines zusätzlichen Systems mit Medienbruch.
3	Betrieb "ELS neue Zielstruktur"	Pflege des Systems / Umstellungen auf SEPA / Vorhalten der Schnittstelle HBV und HBV-SEPA

**ITM** 2176030000

**Bezeichnung** Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)

**Ressort / Dst.** FM / FM

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Rechtsgrundlage für die Aufstellung des Landeshaushalts sind die Landesverfassung und die Landeshaushaltsordnung (LHO). Der Haushaltsplan wird im Rahmen des Haushaltsgesetzes festgestellt. Mit der Aufstellung des Haushalts steuert das Parlament die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein.

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAV Web LSH) wird zur Erfassung und Auswertung aller Plandaten in einem vorgegebenen Planungszeitraum genutzt. Das Finanzministerium generiert aus dem HAV Web LSH die Entscheidungsgrundlagen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen und fügt die abgestimmten Daten in einem Haushaltsplan zusammen. Alle Inhalte können formgebunden ausgedruckt werden.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Modul HAV Web LSH (Kernverfahren)	Die Daten der Haushaltsaufstellung inkl. des Stellenplans und ggf der Mittelfristigen Finanzplanung werden automatisiert erfasst und zeitnah in einen "lesbaren" Haushaltsplan umgesetzt. Darüber hinaus bietet das Verfahren unterschiedliche Auswertungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Das Gesamtverfahren ist modular strukturiert.
2	Szenarien Landeshaushalt	Im Einsatz befindet sich das Modul MasterplanLSH, welches Szenarien über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung hinaus darstellen kann, um die planungstechnischen Daten für die Aufstellung der Finanzplanung und als weiterführendes Führungsinformationssystem nutzen zu können.
3	Integration Masterplan in HAVWeb	Zwei Gründe für die Integration Masterplan in HAVWeb R2: - Durch die Migration zu Windows Server 2016 und Übergang TVM vom FM an Dataport oder Fa. Atos wird nur noch eine gemeinsame Datenbankinstanz benötigt und dadurch bei der Neubeschaffung der Server nicht acht, sondern vier Server für Test und Produktion benötigt (erhebliche Kostensenkung der Neubeschaffung). - Durch die Integration können Teile der Szenarien (sog. Annahmen und Nebenbedingungen) auch in HAVWeb genutzt werden, um die Abhängigkeit der Planungsdaten zu nutzen (Fehlerreduzierung)

**ITM** 2187020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen des FM (Ministerium)  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatzbeschaffungen Hard- und Software des Finanzministeriums Schleswig-Holstein.

**ITM** 2191010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Betrieb Büroautomation FM + 1 Infrastruktur

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Outdoor Notebooks für ZIAF - EU Prüfung	Anlage der Anforderungs aus dem Referat 15 inkl. einer Rechnung für dieses Notebooks

**ITM** 2422030000  
**Bezeichnung** KiStA (Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer)  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Aufbau und Betrieb eines IT-Verfahrens zum Einbehalt der auf die (durch Abzug vom Kapitalertrag erhobenen) Kapitalertragsteuer entfallenden Kirchensteuer nach § 51a EStG in der Organisationshoheit des Bundes. Auf dieses Vorhaben sollen die in der Zusammenarbeit in KONSENS bewährten Strukturen und Regularien sinngemäße Anwendung finden.

**ITM** 2632030000  
**Bezeichnung** Projekt eRechnungs-Workflow  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das Land SH ist gesetzlich verpflichtet, strukturierte elektronische Rechnungen anzunehmen und zu verarbeiten. Die Annahme erfolgt durch ein Portal, das mit einer separaten IT-Maßnahme erstellt wird.

Beim Rechnungs-Workflow geht es um die anschließende Bearbeitung der strukturierten elektronischen Rechnungen und ggf. auch der in Papier oder als PDF eingehenden Rechnungen in den Dienststellen des Landes SH (außer GMSH).

Diese IT-Maßnahme beinhaltet eine diesbezügliche Beratung durch Dataport.

In diesem Projekt soll untersucht werden, welches IT-Verfahren auf Basis der vorhandenen und ggf. anzupassenden Bearbeitungsprozesse unter organisatorischen, technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten das geeignetste ist

**ITM** 2637030000  
**Bezeichnung** Projekt SAP HANA Plattform  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Wechsel der SAP Systeme Land auf die neue Plattform SAP HANA; das Nachfolgerelease des ERP 6.0 ist SAP S/4HANA; die Plattform muss bis spätestens Ende Dezember 2025 einführt sein.

**ITM** 2653030000  
**Bezeichnung** Auswertungsdatenbank SH  
**Ressort / Dst.** FM / FM  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Es wird eine Auswertungsdatenbank eingerichtet, die als Quellsystem KoPers nutzt. Die Anbindung weiterer Datenquellen ist vorgesehen. In Zusammenarbeit zwischen StK und FM wird ein Tool ausgewählt (PowerBI), das als Auswertetool landesweit zum Einsatz kommen soll. Die Möglichkeit zur Anbindung weiterer Auswertetools ist vorgesehen.

<b>ITM</b>	2166030000
<b>Bezeichnung</b>	Entwicklung, Pflege und Betrieb gemeinsamer Verfahren der Steuerverwaltung Bund / Länder (KONSENS)
<b>Ressort / Dst.</b>	FM / AIT
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Das umfassende und komplexe Vorhaben KONSENS bezeichnet die gesamten Verfahren und Entwicklungen zur IT-unterstützten Durchführung des Besteuerungsverfahrens in der Steuerverwaltung. Ziel ist es dabei, eine Vereinheitlichung und Modernisierung der IT-Verfahren zu erreichen (bundeseinheitliche Software, IT-Verfahren und Organisation). Es beruht auf den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz mit einem zwischen den 16 Ländern und dem Bund getroffenen, und zum 01. Januar 2007 in Kraft getretenen, Verwaltungsabkommen.

Das Vorhaben wird von den 17 Vertragsbeteiligten gemeinsam finanziert; wesentlicher Beteiligungsmaßstab ist dabei der Königsteiner Schlüssel (Anteil Schleswig-Holsteins dabei derzeit 3,38791%).

Die Gesamtkosten gliedern sich in Entwicklungsaufwendungen, Pflegeaufwendungen und Aufwendungen für den Einsatz gemeinsam betriebener Einrichtungen. Dieser gemeinsame Betrieb (für alle Länder und den Bund) bezieht sich insbesondere auf wesentliche Teile des E-Government-Bereichs ELSTER (s.u.).

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	GINSTER	(Grundinformationsdienst)
2	ELFE	(Festsetzungsverfahren)
3	BIENE	(Erhebungsverfahren)
4	ELSTER	Elektronische Abgabe und Übermittlung v. Steuererklärungen u. -anmeldungen
5	Prüfungsdienste	Unterstützung d. Prüfungsdienste (Innen- u. Außendienst)
6	SESAM	(Verfahren zum Scannen, Archivieren und maschinellen Bearbeiten von Steuererklärungen)
7	RMS	(Risikomanagementsystem)
8	KONSENS-Dialog	umfassende Bearbeitung von steuerlichen Angelegenheiten am Bildschirm
9	Bustra/Steufa	maschinelle Unterstützung der Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie der Steuerfahndung
10	StundE	maschinelle Ver- und Bearbeitung vo Stundungen und Erlassen
11	Vollstreckung	Vollstreckung von Steuerforderungen
12	ITSM	(IT Service Management)
13	DAME	(DataWareHouse, Auswertungen und BI-Methoden)
14	MÜST	(Maschinelle Überwachung der Steuerfälle)
15	GeCo	(Gesamtfalladministration / VGP-Controller)

**ITM** 2190020000

**Bezeichnung** Beschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

**Ressort / Dst.** FM / AIT

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Beschaffung

**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Die Maßnahme beinhaltet die Planungen für den zwingenden Austausch defekter / veralteter Hard- und Software in der Steuerverwaltung.

Die Beschaffungsplanung in der Steuerverwaltung ist aus Gründen der Kosteneinsparung auf "Ausfallersatz" und nicht wie sonst im Land praktiziert auf zyklischen Austausch ausgelegt.

**ITM** 2195010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT  
**Ressort / Dst.** FM / AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Einrichtung, Aktualisierung und Betrieb der dezentralen Infrastruktur der Finanzämter und des AIT.

Wesentliche Kostenfaktoren in dieser Maßnahme sind die Beschaffungen von / laufende Kosten für:

- Tinte und Toner für die Arbeitsplatzdrucker
- Kleinmaterial (Tastaturen, Mäuse etc.)
- Datensicherungsmedien für die Außenprüfer
- LTE-Anbindung für die Außenprüfer

**ITM** 2362030000  
**Bezeichnung** Rechenzentrumsbetrieb im DataCenterSteuer (DCS)  
**Ressort / Dst.** FM / AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Beschaffung von IT-Betriebsleistungen für die Steuerverwaltung S-H im Zusammenhang mit dem Betrieb des Data Center Steuern (DCS)

**ITM** 2363030000  
**Bezeichnung** Projekt Steuer-PC (SPC)  
**Ressort / Dst.** FM / AIT  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Das Projekt Steuer-PC SH hatte das Ziel den IT\_Betrieb in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu optimieren und haushaltswirksame Effizienzgewinne zu erzielen. Neben einer einheitlichen Betreuung der IT-Infrastruktur soll die gemeinsamen länderübergreifenden Strukturen des DataCenterSteuer genutzt werden und länderübergreifende Kooperationen zum einheitlichen SteuerClient gefördert werden.

Veranschlagt ist der Betrieb von Altverfahren, die aus steuerrechtlichen Gründen noch betrieben werden müssen, aber auslaufend sind und daher nicht von Dataport in den Rechenzentrumsbetrieb übernommen wurden.

**ITM** 2470010000  
**Bezeichnung** Arbeitsplatzbetrieb und -support für die Steuerverwaltung Land SH  
**Ressort / Dst.** FM / AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Die IT-Maßnahme enthält die Ausgaben für den standardisierten Arbeitsplatzbetrieb- und support der Steuerverwaltung Land SH durch den zentralen IT-Dienstleister Dataport.

**ITM** 2200010000

**Bezeichnung** Grundversorgung und IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)

**Ressort / Dst.** FM / BIZ

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Grundversorgung

**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Kosten für die IT-Schulungen im Bildungszentrum der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein für die Bediensteten der Steuerverwaltung

**ITM** 2554020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen des BIZ  
**Ressort / Dst.** FM / BIZ  
**Status** unbekannt  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Beschaffung von für den Unterrichtsbetrieb in der Aus- und Fortbildung erforderlicher besonderer IT-Ausstattung (z.B. Smart-Boards)

**ITM** 2165030000  
**Bezeichnung** IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)  
**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlicher Nebenerfordernisse

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Lizenzen Applin X	Dialogoberfläche für Permis A und B
2	PC-TVL/PC-Beamte	Berechnungsprogramm für Entgelt und Besoldung
3	Rentenabgleich	jährl. Abgleich der Renten für Versorgungsempfänger
4	LSt-Außenprüfung	IDea-Software zur Prüfung der Datenbereitstellung für die Betriebsprüfer
5	Versorgungsausgleich	Berechnung Versorgungsausgleich

**ITM** 2171030000

**Bezeichnung** IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.

**ITM** 2174030000

**Bezeichnung** IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen

**ITM** 2357030000  
**Bezeichnung** Digitales Archivverfahren  
**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Archivierung von Dokumenten und Listen aus den IT-Verfahren PERMSIS Abrechnung und PERMIS Beihilfe incl. Scannen von Schriftgut

**ITM** 2365030000  
**Bezeichnung** eBeihilfe  
**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die Rahmenbedingungen der Haushaltslagen der Länder der FHH und SH, die damit verbundenen restriktiven Personalbemessungen und die unter diesen Rahmenbedingungen abzuschätzenden Zunahmen in den Fallaufkommen der Beihilfebearbeitung in den beiden Bundesländern bilden wesentliche Voraussetzungen für automatisierte Prozessschritte in der Aufbereitung, Vorprüfung und Datenübernahme in das bestehende Beihilfeverfahren Permis-B.

Das Projekt soll durch ein teilautomatisiertes Verfahren einer vorgeschalteten automatischen Belegerkennung die heute noch in Papierform in der Beihilfe verarbeiteten Beihilfevorgänge in vorgeprüfte elektronische Beihilfevorgänge umsetzen, so die Beihilfesachbearbeitung in den Punkten Dateneingaben, inhaltliche Plausibilitätsprüfungen wesentlich entlastet werden kann. Ein Teilziel ist eine möglichst hohe Anzahl von maschinell vorverarbeiteten Anträgen

In einer 2-ten Phase sollen fachliche Prüfverfahren zur vereinfachten Fallprüfung eingeführt werden. Bei den eingetragenen Ansätzen handelt es sich um die qualifiziert geschätzten Kosten aus der Voruntersuchung. Sobald neue Erkenntnisse im jetzigen Umsetzungsprojekt vorliegen, werden die Einträge nach vorheriger Rücksprache mit dem ZIT aktualisiert.

[30.03.2012] Nach Rücksprachen und Vor-Ort-Besichtigungen wurde im Rahmen der Grobkonzeption erkannt, dass zusätzliche Entwicklungsaufwände abzuschätzen sind. Vorbehaltlich der offenen Abstimmung des vorliegenden Grobkonzepts mit dataport muss der zusätzliche Entwicklungsaufwand mit je Land zusätzlichen 2 Entwicklerpersonnenjahren zu 130T€ abgeschätzt werden. Diese zusätzlichen Aufwände fallen in den beiden Haushaltsjahren 2012 und 2013 an.

[26.08.2015]

Aufgrund mehrere Verzögerungen in den Entwicklung Permis-B wird die erste Stufe mit ca. 2Jahren Verzögerung bis Ende Dezember 2015 eingeführt werden. Abnahmetest des Verfahrens eBeihilfe laufend. Der vollständige Abschluss der Stufe 1b ist bis Juli 2017 geplant.

## Unterverfahren

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Posteingang und Scannen Beihilfevorgänge	siehe Bezeichnung
2	Zwischenlagerung der Originalbeihilfeunterlagen	Papierarchiv
3	Einführung Klassifikations-, Erkennungs- und Validierungssoftware	automatische Belegerkennung und Vorverarbeitung
4	Workflowsystem	Workflow für die Übernahme der vorvalidierten Daten in Permis B
5	Erweiterung Permis B	siehe Beschreibung
6	Datenarchivierung	siehe Beschreibung
7	Statistikauswertungen	Einführung von automatischen Statistikfunktionen über alle Module der Beihilfe

**ITM** 2567030000  
**Bezeichnung** dDocuScan  
**Ressort / Dst.** FM / DLZP - FL AIT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** unbekannt

**Beschreibung**

Das Verfahren dDocuScan dient der Digitalisierung von Dokumenten vor (Beihilfe) und nach der Bearbeitung (Abrechnungsverfahren DLZP) durch den Einsatz von Scan-Geräten. Die Scan-Ergebnisse werden aufgrund von Stapelklassen identifiziert und weitergeleitet. Bestandteil des Verfahrens ist eine erweiterte Texterkennung mit automatischer und manueller Zuordnung zu Dokumentenklassen und Nachbearbeitung der ausgelesenen Ergebnisse. Die Bereitstellung der Daten erfolgt je nach Stapelklasse für die jeweiligen Zielsysteme (Fachverfahren Permis B oder Archivsystem). Das DLZP digitalisiert sämtliche papierbasierte Posteingänge für die Beihilfesachbearbeitung.

<b>ITM</b>	2188020000
<b>Bezeichnung</b>	Beschaffungen der LK
<b>Ressort / Dst.</b>	FM / FM-LK
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	Beschaffung
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Arbeitsplatz SH

**ITM** 2192010000

**Bezeichnung** Grundversorgung der Landeskasse mit Leistungen der IT

**Ressort / Dst.** FM / FM-LK

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Grundversorgung

**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Betrieb und Fortentwicklung der Bürokommunikation (IKO +1)

**ITM** 2189020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen DLZP  
**Ressort / Dst.** FM / DLZP - GL IT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH  
**Beschreibung**  
Beschaffungen im Dienstleistungszentrum Personal S-H

**ITM** 2193010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung DLZP  
**Ressort / Dst.** FM / DLZP - GL IT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Bereitstellung der IT-Ausstattung als grundsätzliches Arbeitsmittel für die Mitarbeiter des Dienstleistungszentrums Personal SH

<b>ITM</b>	2563030000
<b>Bezeichnung</b>	Schulungs- und Arbeitsplattform ILIAS im DLZP
<b>Ressort / Dst.</b>	FM / DLZP - GL IT
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die ITM dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen. ILIAS ist eine Plattform für das webbasierte Lernen und Arbeiten. Die Abkürzung ILIAS steht für Integriertes Lern-, Informations- und Arbeitskooperations System. ILIAS ist eine Open Source Software, für deren Nutzung ein Webserver benötigt wird, die Software selbst verursacht keine Kosten.

Die ITM dient dazu, ein zentrales Wissensmanagement im DLZP aufzubauen. ILIAS ist eine Plattform für das webbasierte Lernen und Arbeiten. Die Abkürzung ILIAS steht für Integriertes Lern-, Informations- und Arbeitskooperations System. ILIAS ist eine Open Source Software, für deren Nutzung ein Webserver benötigt wird, die Software selbst verursacht keine Kosten.

Wie aus dem Namen ersichtlich, soll ILIAS im DLZP als Lern-, Wissens- und Kooperationsplattform eingesetzt werden. Dadurch hätte das DLZP die Möglichkeit, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lern- und Arbeitsmaterialien in allen Bereichen zentral bereitzustellen und dadurch eine funktionale und komfortable Weiterbildungs- und Einarbeitungsmöglichkeit zu bieten. Darüber hinaus sind die Nutzer oder Arbeitsgruppen in ILIAS nicht nur Wissenskonsumenten, sondern können durch die Funktionalitäten der Software auch ihr eigenes Wissen zur Verfügung stellen, wodurch der Wissenstransfer, die Wissenserhaltung und die Wissensarchivierung gesteigert und gestärkt werden. Kooperatives Lernen und Arbeiten sind mit dem integrierten Wiki und den online zu erstellenden ILIAS-Lernmodulen möglich, ebenso die gemeinsame Erstellung von Glossaren, Tests oder Übungen. Der Austausch von Dokumenten auf Dateibasis wird mit Versionskontrolle und WebDAV-Schnittstelle unterstützt.

# Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

## Inhalt

2205030000	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen .....	131
2205030000	.....	131
2209020000	Beschaffungen MWAVT .....	132
2209020000	.....	132
2210010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT .....	133
2210010000	.....	133
2423030000	Korruptionsregister .....	134
2423030000	.....	134
2620030000	DigiProg 2019: Erstellung eines digitalen Planungsraums und Digitalisierung von analogen Planunterlagen .....	135
2620030000	.....	135
2621030000	DigiProg 2019: Prozessplanung „elektronisches Förderverfahren in ESF und EFRE“ .....	136
2621030000	.....	136
2622030000	DigiProg 2019: Ausstattung und Unterstützung von Innovation-FabLabs.....	137
2622030000	.....	137
2638030000	MaVIS - Maßnahmen-, Visualisierung und Steuerung von Straßenbauvorhaben .....	138
2638030000	.....	138
2646030000	Webbasierter Maßnahmenkatalog gegen Unfallhäufungen (MaKaU).....	139
2646030000	.....	139
2648030000	Digitalisierung von Bestandsunterlagen.....	140
2648030000	.....	140
2649030000	IT-Maßnahmen bei Häfen und Schifffahrt.....	141
2649030000	.....	141
2650030000	Einführung eines elektronischen Zuwendungsverfahrens für ESF und EFRE.....	142
2650030000	.....	142
2644010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des SHIBB.....	143
2644010000	.....	143
2645020000	Beschaffungen SHIBB .....	144
2645020000	.....	144
2641030000	Projektplattform EPLASS.....	145
2641030000	.....	145

2642010000	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des APV .....	146
2642010000	.....	146
2643020000	Beschaffungen APV.....	147
2643020000	.....	147

**ITM** 2205030000  
**Bezeichnung** Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen  
**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das Programm dient der Finanzbedarfsplanung im Straßenbau.

Neben den Kosten für die reine Softwarepflege (Uniface) benötigt das Fachreferat Mittel für Programmanpassungen, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.

**ITM** 2209020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen MWAVT  
**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Kosten für die Ersatzbeschaffung von Hard- und Software im MWAVT.

**Ausgaben**

Titel	Ansatzanteil	2018 (T€)	2019 (T€)	2020 (T€)	2021 (T€)	2022 (T€)	2023 (T€)
81246	Verträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
81246	Beschaffung	284,5	78,6	228,9	158,5	75,6	75,6
	Summe	284,5	78,6	228,9	158,5	75,6	75,6

**ITM** 2210010000  
**Bezeichnung** Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWAVT  
**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Veranschlagt sind die Kosten für den IT-Betrieb im MWV, z.B. Tinte und Toner für Drucker, Datensicherungsbänder, Support durch das "Büro Land" von Dataport, die Betriebskosten der Telearbeitsplätze usw. .

<b>ITM</b>	2423030000
<b>Bezeichnung</b>	Korruptionsregister
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / MWVATT
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die Einrichtung eines länderübergreifenden Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs auf Grundlage des Gesetzes über die Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs – GRfW zum 29.11.2013 realisiert. Das Verwaltungsabkommen betreffend die länderübergreifende gemeinsame elektronische Führung des Registers zwischen der FH Hamburg und dem Land SH wurde am 13.01.2014 geschlossen.

Öffentliche Auftraggeber sind seit Inkrafttreten des Gesetzes verpflichtet, vor einer Zuschlagserteilung bei der registerführenden Stelle (Zentrale Informationsstelle im Wirtschaftsministerium SH) abzufragen, ob das Unternehmen im Register eingetragen ist und ob eine Vergabesperre vorliegt.

Vor dem Hintergrund der Vielzahl von auskunftsuchenden öffentlichen Auftraggeber (allein in SH weit über 2.000), der erforderlichen zeitnahen Auskunft und der länderübergreifenden Ausgestaltung, ist die weitestgehend automatisierte Abfrage mittels IT-Verfahren notwendig und auch wirtschaftlicher. Der gemeinsame IT-Dienstleister Dataport schafft auf Basis der bestehenden Government-Gateway-Infrastruktur ein IT-Fachverfahren. Die Kosten für Erstellung und Betrieb teilen sich die teilnehmenden Länder. Den öffentlichen Auftraggebern entstehen keine Kosten für die Nutzung des Registers.

<b>ITM</b>	2620030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Erstellung eines digitalen Planungsraums und Digitalisierung von analogen Planunterlagen
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / MWVATT
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Als eine Säule des im Digitalisierungsprogramm dargestellten Traffic-Data-Ware-House für Verkehrsinfrastrukturen (Kap. 5.7.7.) soll ein digitaler Raum erstellt werden. In diesem wird eine Ordnerstruktur nach dem Lebenszyklusprinzip je Projekt angelegt. Auf diese werden in Abhängigkeit der Notwendigkeit Zugriffsrechte vergeben. Zum Erwerb sowie zum erstmaligen Einrichten wird eine Unterstützung benötigt. Die Betreuung des Betriebes kann durch die vorhandenen Ressourcen des LBV.SH abgebildet werden. Angedacht wird, den digitalen Planungsraum in einem weiteren späteren Schritt auch für die Bereitstellung von Informationen im Internet zu nutzen. Die Digitalisierung von analogen Planunterlagen umgesetzt werden, denn dem LBV.SH liegt eine Vielzahl von Planunterlagen ausschließlich in analoger Form vor. Vor dem Hintergrund der Einführung von BIM sowie der Bereitstellung von Informationen sowohl innerhalb der Straßenbauverwaltung aber auch ggü. externen Projektpartnern aber auch nach dem IZG, ist eine Digitalisierung der Unterlagen dringend gefordert. Da weder das entsprechende Equipment noch die notwendigen Ressourcen zur Digitalisierung dieser Unterlagen im LBV.SH zur Verfügung stehen, soll ein externer Dienstleister mit dieser Aufgabe beauftragt werden. In Vorbereitung auf die Einführung von BIM als auch der Bereitstellung von Informationen im Internet werden die digitalisierten Unterlagen im Anschluss in den digitalen Planungsraum eingestellt.

<b>ITM</b>	2621030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Prozessplanung „elektronisches Förderverfahren in ESF und EFRE“
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / MWVATT
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Das MWVATT ist für die Koordinierung und Steuerung der EU-Förderung mit Mitteln des ESF und des EFRE in Schleswig-Holstein verantwortlich. Schon in der Förderperiode 2014-2020 gibt es aus den einschlägigen EU-Verordnungen die Vorgabe, den Zuwendungsempfängern eine elektronische Abwicklung des Förderverfahrens anzubieten („eCohesion“). Wegen des geringen Verbreitungsgrades der die Schriftform gemäß § 52a LVwG ersetzenden Methoden (qualifizierte elektronische Signatur, De-Mail, Identitätsnachweis über ePerso) wurde bislang auf eine vollständig elektronische Abbildung des Zuwendungsverfahrens verzichtet. Aktuell besteht im Zuwendungsverfahren bei der Antragstellung und bei Auszahlungsanordnungen (Ziffer 3.1 VV zu § 44 LHO sowie § 70 LHO) ein Schriftformerfordernis. Es werden in der Praxis zudem bei der Übermittlung von Erstattungsanträgen und Verwendungsnachweisen Unterschriften gefordert. Die Verordnungsentwürfe für 2021-2027 lassen eine mögliche Verpflichtung zur Nutzung von elektronischen Zuwendungsverfahren erkennen. Unabhängig davon verfolgt das MWVATT das Ziel, das komplette Zuwendungsverfahren ab 2021 bereits ab Antragstellung weitestmöglich elektronisch abzubilden. Der Antragsteller soll in die Lage versetzt werden, nach einer Authentifizierung elektronisch 1. einen Förderantrag mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen, 2. den Förderbescheid zu erhalten, 3. die Mittelabrufe und Verwendungsnachweise elektronisch zu übermitteln.

<b>ITM</b>	2622030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Ausstattung und Unterstützung von Innovation-FabLabs
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / MWVATT
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Innovation-Labs sind physische oder virtuelle Räume, in denen der Austausch von Wissen, Ideen und Information im Mittelpunkt steht. Kreative und innovative Prozesse werden in Labs durch die Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen, Services und Methoden der gemeinschaftlichen Wissensgenerierung unterstützt. Sie zeichnen sich i.d.R. durch einen Cross-Innovation Ansatz aus. Labs sind grundsätzlich interdisziplinär ausgerichtet. Hier entstehen neuartige Organisations- und Innovationsstrukturen. Treiber der Labs ist oft die Digitalisierung bzw. digitale Technologien. Es gibt verschiedene Organisationsmodelle: Grassroot Labs: aus privat motivierter Initiative; es werden Räume zumeist mit Werkstattcharakter Interessierten zugänglich gemacht: Im Vordergrund steht der kreative Austausch. Unternehmenseigene Labs: Ein oder mehrere Unternehmen schaffen Raum, der Innovationsprozesse durch gezielte Einbindung externer Experten unterstützt. Forschungs- und Hochschullabs: Hochschul- Forschungseinrichtungen schaffen Raum, der Innovationsprozesse durch die gezielte Einbringung externer Organisation und Akteure unterstützt. Externe Teilnehmer v.a. Unternehmen, Start-ups arbeiten aktiv und frühzeitig in gemeinsamen Innovationsprojekten mit. Fab Lab: Werkstätten, die durch Bestand an hochwertigen hochtechnolog. Maschinen (3D-Drucker etc.) die individuelle Anfertigung und Produktion von Gütern in Kleinserien ermöglichen; Im Rahmen des Digitalisierungsprogramms sollen bestehende Lab - Stukturen in Schleswig-Holstein weiter ausgebaut werden (zum Beispiel an der Alten Mu) und neueartige Lab Strukturen geschaffen werden wie z.B. das Joint Innovation Lab in Lübeck. Letzteres als Kooperationsprojekt der Universität zu Lübeck und der MACH AG.

<b>ITM</b>	2638030000
<b>Bezeichnung</b>	MaViS - Maßnahmen-, Visualisierung und Steuerung von Straßenbauvorhaben
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / MWVATT
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendung

#### **Beschreibung**

Aufgrund der zunehmenden Arbeits- und Leistungsverdichtung und Erhöhung des Mitteleinsatzes bedarf es einen dem heutigen Stand sowie der E-Government-Strategie entsprechend effizienten Projektsteuerungs- und Managementsystems für Straßenbauprojekte in SH (Visualisierung und Steuerung von Projektphasen, Meilensteinen und Kosten).

Das Programm MaViS (Maßnahmen-, Visualisierung und Steuerung von Straßenbauvorhaben) wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Firma fpi Fuchs Ingenieure GmbH speziell für die Hauptaufgaben der Straßenbauverwaltungen entwickelt.

MaViS wurde konzipiert, um den Workflow mit den zentralen Bereichen Haushalt, Personal und KLR auf Basis einer gemeinsamen Datenbank für einen schnellen und aussagekräftigen Überblick nutzen zu können.

MaViS setzt auf einer Datenbank auf und führt alle Projektinformationen zusammen, wodurch die Kommunikation, Arbeitsweisen und Arbeitsabläufe homogenisiert werden. Darüber hinaus können alle Informationen tagesaktuell abgerufen und jederzeit und jederorts aktualisiert werden. Weiterhin können Projektstände und -verläufe visualisiert und gesteuert werden. MaViS ist folglich ein umfangreich nutzbares Projektmanagementsystem, welches erfolgreich in der Projektbearbeitung der Straßenbauverwaltung in NRW, BY, SN, BB, BW und nun auch NDS Anwendung findet. Um Erfahrungen und die Anwendbarkeit in Schleswig-Holstein zu ergründen, soll in einem Pilotvorhaben das Programm MaViS für einen ausgewählten Bereich von Maßnahmen im Amt für Planfeststellung Verkehr getestet und validiert werden. Ziel des Pilotvorhabens ist es: Erfahrungen im Betrieb zu sammeln, Schnittstellen und Anpassungsbedarfe zu ermitteln, um auf dieser Basis eine Empfehlung zur möglichen Übernahme und Einführung dieser Software abgeben zu können.

**ITM** 2646030000  
**Bezeichnung** Webbasierter Maßnahmenkatalog gegen Unfallhäufungen (MaKaU)  
**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendung

**Beschreibung**

Zur aktiven Unterstützung der Arbeit der Unfallkommissionen hat die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) den webbasierten Maßnahmenkatalog gegen Unfallhäufungen (MaKaU) entwickelt, der die Unfallkommissionen (UKO) bei der örtlichen Unfalluntersuchung bei der Auswahl geeigneter Maßnahmen durch eine rechnergestützte Abschätzung der Wirksamkeit von verschiedenen Lösungsmöglichkeiten unterstützt. Der Katalog soll basierend auf den Ergebnissen umgesetzter Maßnahmen fortlaufend ergänzt und aktualisiert und die Ergebnisse somit verbessert werden.

**ITM** 2648030000  
**Bezeichnung** Digitalisierung von Bestandsunterlagen  
**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendung

**Beschreibung**

Durch die Einführung der E-Akte sollen zur Erleichterung der künftigen Arbeitsschritte die analog vorhandenen Bestandsunterlagen sowie weitere Unterlagen digital eingescannt und gespeichert werden

**ITM** 2649030000  
**Bezeichnung** IT-Maßnahmen bei Häfen und Schifffahrt  
**Ressort / Dst.** MWVATT / MWVATT  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendung

**Beschreibung**

Einrichtung eines Zugangs zum Hafeninformationssystem (HIS) um die Daten aus dem National Single Window (NSW) abholen zu können. Dies kann nur über einen zertifizierten Anbieter erfolgen. Es handelt sich hierbei nicht um eine zu installierende Software, sondern um den Zugang, der über einen Web Login erfolgt.

<b>ITM</b>	2650030000
<b>Bezeichnung</b>	Einführung eines elektronischen Zuwendungsverfahrens für ESF und EFRE
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / MWVATT
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastruktur

#### **Beschreibung**

Das MWVATT ist für die Koordinierung und Steuerung der EU-Förderung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Schleswig-Holstein verantwortlich. Für die mit EU-Mitteln geförderten Projekte sind sowohl landeshaushaltrechtliche Vorgaben als auch die EU-Verordnungen zur Strukturfondsförderung einschlägig.

Ein Zuwendungsverfahren ist in seiner Komplexität schwierig und vielschichtig. Es gibt für die EU-Förderung mehrere Beteiligte, für die eine Zusammenarbeit im Datenaustauschsystem ermöglicht werden muss: Antragsteller bzw. Begünstigter, Verwaltungsbehörde und von ihr beauftragte zwischengeschaltete Stellen (Dienstleister IB.SH und WTSH), EU-Prüfbehörde, EU-Bescheinigungsbehörde, Fachreferate der Ressorts, ggf. Vorprüfstellen).

Für die Abwicklung existiert eine Fachanwendung und gleichzeitig hat das Land sich aufgrund des OZGs auf den Weg gemacht, eine OSI Infrastruktur mit Basisdiensten zu schaffen. Aktuell (Oktober2019) werden noch verschiedene Handlungsoptionen zur Erfüllung der eCohesion-Anforderungen beleuchtet.

Da die Fachanwendung insbesondere im Bereich der Antragstellung und des single-Audit-Ansatzes derzeit nicht alle Anforderungen erfüllt, werden folgende Erweiterungen für das Umsetzungsprojekt verfolgt: Entwicklung eines Onlinedienstes für die elektronische Antragstellung mit Authentifizierung über das Bürgerportal und Bescheidübermittlung, Entwicklung einer Lösung für eine elektronische Förderakte, Einbinden einer Lösung für ersetzendes Scannen mit Texterkennungsfunktion und automatischer Zuordnung der übermittelten Belegdateien zu einem Datensatz Belegliste, Entwicklung eines Onlinedienstes für die Teilnehmerdatenerfassung/-übermittlung im ESF, Einbindung einer Prüfsurtool-Software, welche es ermöglicht direkte Prüfanmerkungen in die geprüften Unterlagen von verschiedenen Bearbeitern vornehmen zu lassen.

**ITM** 2644010000  
**Bezeichnung** Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des SHIBB  
**Ressort / Dst.** MWVATT / SHIBB  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung:** Einrichtung einer neuen Landesbehörde zum 01.01.2021

<b>ITM</b>	2645020000
<b>Bezeichnung</b>	Beschaffungen SHIBB
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / SHIBB
<b>Art</b>	Beschaffung

**ITM** 2641030000  
**Bezeichnung** Projektplattform EPLASS  
**Ressort / Dst.** MWVATT / APV  
**Status** aktiv / nicht etatfähig t  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastruktur

**Beschreibung**

EPLASS ist eine Projektplattform, die komplexe spezifische Workflows automatisiert und flexibel abbildet. Mit Hilfe integrierter digitaler Prüfprozesse ist es ihr Ziel, Bauprojekte - speziell im Infrastrukturbereich - unternehmensübergreifend effektiver zu steuern. Die Projektplattform ist internetbasiert, wodurch die Steuerung, Koordination und Abwicklung von Projekten jeder Größenordnung von jedem Ort, zu jeder Zeit und mit jedem Endgerät möglich ist. Es gibt Anwendungen für u.a. Plan-, Dokumenten- sowie Einwendungsmanagement.

<b>ITM</b>	2642010000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des APV
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / APV
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	Grundversorgung

<b>ITM</b>	2643020000
<b>Bezeichnung</b>	Beschaffungen APV
<b>Ressort / Dst.</b>	MWVATT / APV
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	Beschaffung

# Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

## Inhalt

2202030000 BAföG / BaföG 21 .....	150
2202030000 .....	150
2212030000 Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE) .....	151
2212030000 .....	151
2213030000 Landesnetz-Bildung .....	152
2213030000 .....	152
2216020000 Beschaffungen von IT-Hardware im Ministerium .....	153
2216020000 .....	153
2217010000 Betrieb der IT im Ministerium .....	154
2217010000 .....	154
2341030000 Schulentwicklungsplanung für Schulen in SH .....	155
2341030000 .....	155
2342030000 Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn) .....	156
2342030000 .....	156
2464030000 Landeseinheitliche Schulverwaltungssoftware .....	157
2464030000 .....	157
2553030000 Schulportal SH .....	158
2553030000 .....	158
2564030000 Mitnutzung der IT-Plattform "Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen" .....	159
2564030000 .....	159
2603030000 DigiProg 2019: Bildungsmedien und Content .....	160
2603030000 .....	160
2604030000 DigiProg 2019: Umsetzung Open-Access Strategie .....	161
2604030000 .....	161
2605030000 DigiProg 2019: Landesweite IT-Kooperation für Forschung und Lehre .....	162
2605030000 .....	162
2606030000 DigiProg 2019: Aufbau eines Zentrums für Digitalisierung und Kultur .....	163
2606030000 .....	163
#2310030000 Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen .....	164
2310030000 .....	164
2311020000 Beschaffungen des IQSH .....	165
2311020000 .....	165

2312010000	Betrieb der IT im IQSH .....	166
2312010000	.....	166
2491030000	Kommunikationsplattform für Schulen und schulnahe Institutionen als Webdienst (SchulCommSy) .....	167
2491030000	.....	167
2410010000	Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ) .....	168
2410010000	.....	168
2549020000	Beschaffungen LanFöZ .....	169
2549020000	.....	169
2371010000	Laufender Betrieb - Landesbibliothek .....	170
2371010000	.....	170
2378020000	Beschaffung - Landesbibliothek.....	171
2378020000	.....	171
2369030000	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv .....	172
2369030000	.....	172
2377020000	Beschaffung - Landesarchiv .....	174
2377020000	.....	174
2381010000	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH.....	175
2381010000	.....	175
2408030000	Betrieb und Fortentwicklung Fachverfahren AIDA.....	176
2408030000	.....	176
2461030000	Digitales Archiv Nord .....	177
2461030000	.....	177
2370010000	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege .....	178
2370010000	.....	178
2384020000	Beschaffung - Landesamt für Denkmalpflege.....	179
2384020000	.....	179
2413030000	Denkmal Information SH (DISH).....	180
2413030000	.....	180
2380010000	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt .....	181
2380010000	.....	181
2382030000	Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H .....	182
2382030000	.....	182
2386020000	Beschaffung - Archäologisches Landesamt.....	183
2386020000	.....	183

**ITM** 2202030000  
**Bezeichnung** BAföG / BaföG 21  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Verwaltung und Berechnung von Studierendendaten zwecks Zahlbarmachung von BAföG.  
Das BAföG-Verfahren wurde 2016 erneuert.

**ITM** 2212030000  
**Bezeichnung** Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

IT-Verfahren zur Unterstützung der Fachreferate bei der Lehrkräftepersonalverwaltung (Schuldienst und Vorbereitungsdienst) sowie der Verwaltung von Bewerbungen für den Vorbereitungsdienst. Hinweis: Bewerbungen für den Schuldienst werden über das IT-Verfahren pbOn abgewickelt. Es werden alle Aufgaben und Bearbeitungsschritte unterstützt, die bei der Lehrkräfteverwaltung anfallen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der kombinierten Datenpflege und der automatischen Erstellung von standardisiertem Schriftgut. Außerdem sind umfangreiche Auswertemöglichkeiten vorhanden.

**ITM** 2213030000  
**Bezeichnung** Landesnetz-Bildung  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Aufbau und Betrieb einer zentralen Infrastruktur für Schulverwaltungen und Schulämter mit standardisierten IT-Arbeitsplätzen auf Basis des Landesstandards SH.

**ITM** 2216020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen von IT-Hardware im Ministerium  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.  
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der  
Mindestnutzungsdauer.  
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

**ITM** 2217010000  
**Bezeichnung** Betrieb der IT im Ministerium  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

IT-Grundversorgung der Dienststelle mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Nutzung externer Datenbanken, Aus- und Fortbildung und Vertrag zum Support Landessystemkonzept.

**ITM** 2341030000  
**Bezeichnung** Schulentwicklungsplanung für Schulen in SH  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Verminderung des Aufwandes bei schulbezogenen Verwaltungsabläufen.

Dies betrifft unter anderem die Verminderung des Aufwandes bei Datenerhebungen in den Schulen, die Verminderung des Aufwandes bei der Pflege von Schulverwaltungsprogrammen, die Nutzungsmöglichkeiten zentraler gespeicherter Lehrerdaten für die Schulverwaltung und die Schulämter, die IT-technische Unterstützung des Schulwechsels von Schülern, die Nachverfolgung des Schulwechsels sowie die IT-Unterstützung für die Schulentwicklungsplanung.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Schulentwicklungsplanung (SEP)	Das Ministerium und die Kreise verwenden bisher unterschiedliche IT-Lösungen und Basiszahlen für die Schulentwicklungsplanung. Daher wird der Einsatz der bereits in den Kreisen eingesetzten IT-Lösung als Landeslösung angestrebt

**ITM** 2342030000  
**Bezeichnung** Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Webbasiertes IT-Verfahren für Online-Bewerbungen im Schulbereich, das im Internet Stellenangebote von schleswig-holsteinischen Schulen verfügbar macht und eine Bewerbung über das Internet ermöglicht

**ITM** 2464030000  
**Bezeichnung** Landeseinheitliche Schulverwaltungssoftware  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Mit der Einführung eines einheitlichen, zentral bereitgestellten Fachverfahrens zur Schulverwaltung verfolgt das Land Schleswig-Holstein das Ziel, eine den Anforderungen verschiedener Schulformen genügende, einfach nutzbare und verlässliche sowie datenschutzkonforme, rechtlich einwandfreie Verwaltungslösung einzuführen.

**ITM** 2553030000  
**Bezeichnung** Schulportal SH  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** unbekannt  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Aufgrund der zunehmenden Anzahl unterschiedlicher digitaler Lern- und Arbeits-plattformen im Bereich Schule und der sich damit abzeichnenden Probleme soll ein webbasiertes, datenschutzkonformes Zugangportal für Lehrkräfte sowie für Schülerinnen und Schüler aufgebaut werden, über das zentrale schulische Anwendungen und Dienste bereitgestellt werden können und über das auf schulische Informationsportale, Organisations- und Kommunikationsplattformen Dritter zugegriffen werden kann.

<b>ITM</b>	2564030000
<b>Bezeichnung</b>	Mitnutzung der IT-Plattform "Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen"
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / MBWK
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die Verantwortung für die Schulabschlüsse im deutschen Auslandsschulwesen tragen die Länder. An den durch die Kultusministerkonferenz der Länder der Bundesrepublik Deutschland (KMK) anerkannten deutschen Auslandsschulen werden gemäß den Ordnungen der KMK die deutschen Schulabschlüsse vergeben. Die Länder haben die Aufgabe, die Qualität sowie die Vertraulichkeit bei der Erstellung der schriftlichen Abituraufgaben, der Begutachtung und der Bewertung von schriftlichen Leistungen in den Prüfungen in der von ihnen jeweils betreuten Auslandsschulregion zu sichern und effizient zu gestalten. Jedes Land hat die Verantwortung für eine der weltweit 16 Prüfungsregionen, wobei die Zuständigkeit in einem Rhythmus von vier Jahren wechselt. So haben alle Länder langfristig betrachtet den gleichen Arbeits- und Kostenaufwand. Die Länder betreuen ihre jeweilige Auslandsregion im Rahmen der übernommenen Aufgaben völlig eigenständig.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern als Auftragnehmer verwendet zur Bewältigung dieser Aufgabe die virtualisierte Lösung der IT-Plattform „Abschlussprüfungen an deutschen Auslandsschulen“. Hierbei handelt es sich um den Telezugriff auf virtuelle Computer. Dabei werden nach der erfolgreichen Authentifizierung zwischen dem Telearbeitscomputer und dem virtuellen Computer im Ministerium keine Dateien, sondern lediglich die Tastatureingaben, Mausbewegungen und Bildschirmanzeigen über eine verschlüsselte Verbindung ausgetauscht.

**ITM** 2603030000

**Bezeichnung** DigiProg 2019: Bildungsmedien und Content

**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK

**Status** aktiv / nicht etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Im Bereich Bildungsmedien und Content soll es nunmehr um den Ausbau und die Weiterentwicklung der Mediathek und um die Bereitstellung von digitalen Medien im berufsbildenden Bereich gehen. Für den berufsbildenden Bereich wurden 4 Projekte für die Bereitstellung digitaler Medien im Zeitraum 2018 - 2021 identifiziert, die für 2019 in die Umsetzung gegen werden:

1. Unterstützung des Präsenzunterrichts in zwei Lernfeldern des neuen Ausbildungsberufes Kaufmann/Kauffrau für e-Commerce (Erstellung und Einführung digitaler Medien und neuer Lehr-/Lernformen)
2. Weiterbildung zum Wirtschaftsinformatiker an den Fachschulen Neumünster und Schleswig im Verbund virtueller Klassenzimmer. Durch den Einsatz von digitalen Medien und neuen Lehr-/Lernformen kann das Angebot flächendeckend ausgebaut werden (distance learning).
3. Der Erwerb der Fachhochschulreife begleitend zu einer dualen Ausbildung wird durch digitale Medien und neue Lehr-/Lernformen leichter in der Fläche anzubieten sein und wird damit attraktiver und individualisierter.
4. Das Fach Wirtschaft/Politik als Querschnittsfach für alle dualen Ausbildungsberufe wird durch die Bereitstellung digitaler Medien standardisiert und ermöglicht die Erprobung neuer Lehr-/Lernformen in einem sehr großen Verbreitungsgebiet.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Teilprojekt Fachhochschule Wirtschaftsinformatik	Bildungsmedien und Content: Ausbau und Weiterentwicklung der Mediathek, Bereitstellung von digitalen Medien im berufsbildenden Bereich (Kostenvolumen 165.000 €)
2	Teilprojekt Kfm./Kff. E-Commerce	Bildungsmedien und Content: Ausbau und Weiterentwicklung der Mediathek, Bereitstellung von digitalen Medien im berufsbildenden Bereich (Kostenvolumen 72.000 €)

**ITM** 2604030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Umsetzung Open-Access Strategie  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Der Bereich OpenAccess gewinnt immer mehr an Relevanz in der Gesellschaft, zunehmend auch an den Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein. Das Publizieren von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern in Open Access führt langfristig zu einer Verbesserung des freien Zugangs zu Forschungsergebnissen, um der breiten Öffentlichkeit sofortigen Zugriff auf die wissenschaftliche Arbeit der Forschenden zu ermöglichen. Somit wird auch unseren folgenden Generationen der Zugang zur heutigen Wissenschaft gewährt. Das Projekt "OpenAccess-Publikationsfonds" soll nun durch Förderungen von Publikationen junger Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler im Jahr 2019 an Bedeutung im Bundesland Schleswig-Holstein gewinnen und rührt aus dem im Bundesvergleich geringen Bekanntheitsgrad von OpenAccess. Um diese zu steigern, ist eine „OpenAccess-Roadshow“ geplant, innerhalb derer fachspezifische Experten aus Deutschland eingeladen werden, um an verschiedenen Einrichtungen ihre Erfahrungen mitzuteilen, Unsicherheiten, wie beispielsweise rechtlicher Natur, auszuräumen und kleine Workshops durchzuführen, in welchen Interessierten Best-Practice Beispiele aufgezeigt und wertvolle Tipp gegeben werden.

Des Weiteren sollen auch an den kleineren wissenschaftlichen Bibliotheken in unserem Bundesland Strukturen geschaffen werden, um das Publizieren in OpenAccess möglich zu machen. Der Förderzeitraum beschränkt sich zunächst auf das Jahr 2019. Eine Verstetigung der Mittel im Grundhaushalt der kommenden Jahre ist jedoch dringend notwendig, um dem immer größer werdende Erfordernis einer modernen und digitalen Gesellschaft nach zukunftsorientierten und frei zugänglichen OpenAccess Publikationsplattformen gerecht zu werden.

**ITM** 2605030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Landesweite IT-Kooperation für Forschung und Lehre  
**Ressort / Dst.** MBWK / MBWK  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Gesamtprojekt: IT-Kooperation zwischen den Hochschulen Schleswig-Holsteins

Projekt 1: itSH-edu Forschungsnetz

Projekt 2: itSH-edu IDM

Projekt 3: itSH-edu Co-Lokation Konzeptstudie

Projekt 4: itSH-edu Cloud Konzeptstudie

<b>ITM</b>	2606030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Aufbau eines Zentrums für Digitalisierung und Kultur
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / MBWK
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Eine zentrale Rolle in der Digitalisierungsstrategie des MBWK stellt die Weiterentwicklung der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek zu einem Zentrum für Digitalisierung und Kultur dar. Das Zentrum für Digitalisierung und Kultur wird unterschiedliche Aufgaben im Sinne der kulturellen Vermittlung und der digitalen Entwicklung in der kulturellen Infrastruktur des Landes Schleswig-Holstein wahrnehmen. Im Ergebnis entsteht ein Drei-Säulen-Modell bestehend aus dem zentralen digitalen Knotenpunkt des Landes, dem Cockpit für das digitale Haus der Geschichte sowie den klassischen Aufgaben der bisherigen Landesbibliothek. Zu den Aufgaben des Zentrums für Digitalisierung und Kultur gehören u.a. die Vermittlung der Digitalisierung für Bürgerinnen und Bürger, der Diskurs über Chancen und Risiken der Digitalisierung, die Administration der Digitalen Knotenpunkte, eine Programmförderung Digitalisierung für die kulturellen Landesämter sowie die kulturelle Infrastruktur, die Koordinierung der Kultursphäre und weiterer digitaler Projekte im Land. Das Zentrum für Digitalisierung und Kultur trägt als kulturelle Einrichtung zu einer wechselseitigen Stimulierung der Bereiche Kultur, Wissenschaft und Bildung bei. Die Ergebnisse des Digitalen Masterplans Kultur werden von dort aus umgesetzt.

**ITM** 2310030000  
**Bezeichnung** Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen  
**Ressort / Dst.** MBWK / IQ SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

#### **Beschreibung**

Das IQSH betreibt für Aus- und Fortbildungszwecke die synchrone Online-Konferenzplattform Adobe Connect.

Auf angemieteten Servern werden Unterstützungssysteme für die Arbeit im IQSH, für die Unterstützung von Schulen und Lehrkräften sowie für Projektpartner betrieben.

Hierzu gehören u.a. die Online-Angebote zu VERA, das Evaluationssystem LEONIE, das Fächerportal, das Lehrplanportal, der Webauftritt des IQSH, die Online-Buchungssysteme für den Fort- und Ausbildungsbereich, der Helpdesk für das Landesnetz, das Hosting von 300 Schulhomepages, die Mediathek und mehrere Moodle-Plattformen.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Elearning	Life-Lehrerfortbildung mit der Konferenzserverplattform Adobe Connect
2	Online Verfahren	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen und Lehrerbildung

**ITM** 2311020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen des IQSH  
**Ressort / Dst.** MBWK / IQ SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.  
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der  
Mindestnutzungsdauer.  
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

**ITM** 2312010000  
**Bezeichnung** Betrieb der IT im IQSH  
**Ressort / Dst.** MBWK / IQ SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Im IQSH gibt es neben dem Landesnetzzugang eine freie Internetanbindung über eine Standleitung zur Universität Kiel (DFN). Diese freie Internetanbindung wird für die Schulungs- und Veranstaltungsräume sowie für eLearning (Adobe Connect), Upload digitaler Medien, Fernwartung von PCs an Schulen und Pflege externer Server benötigt. Weiterhin werden in dieser Maßnahme Kosten für die Reparatur und Pflege der Hardware sowie Internetdienste für das Haus (Mailserver, Bibliotheksverwaltung,..) finanziert.

<b>ITM</b>	2491030000
<b>Bezeichnung</b>	Kommunikationsplattform für Schulen und schulnahe Institutionen als Webdienst (SchulCommSy)
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / IQ SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das SchulCommSy SH beruht auf der Open-Source-Software CommSy. Genutzt werden die virtuellen Klassenräume der Software, die abgeschlossene Webbereiche zur Verfügung stehen. Das SchulCommSy SH wird als virtuelles Lehrerzimmer verwendet.

**ITM** 2410010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung Landesförderzentren (LanFöZ)  
**Ressort / Dst.** MBWK / LanFöZ  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

IT-Grundversorgung der Landesförderzentren (LFZ) – insgesamt 5 – mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Aus- und Fortbildung sowie Vertrag zum Support Landessystemkonzept für das LFZ Hören und Sprache in Schleswig

**ITM** 2549020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen LanFöZ  
**Ressort / Dst.** MBWK / LanFöZ  
**Status** unbekannt  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Beschaffungen für die folgenden Landesförderzentren, deren Schulträger das MBWK ist:

LFZ 1 -- Landesförderzentrum Hören und Kommunikation in Schleswig

LFZ 2 -- Landesförderzentrum Sehen in Schleswig

LFZ 3 -- Schule Hesterberg in Schleswig

LFZ 4 -- Landesförderzentrum für motorische Entwicklung in Schwentinental

LFZ 5 -- Helen-Keller-Schule in Damp

**ITM** 2371010000  
**Bezeichnung** Laufender Betrieb - Landesbibliothek  
**Ressort / Dst.** MBWK / LB SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

**ITM** 2378020000  
**Bezeichnung** Beschaffung - Landesbibliothek  
**Ressort / Dst.** MBWK / LB SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.  
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der  
Mindestnutzungsdauer.  
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

<b>ITM</b>	2369030000
<b>Bezeichnung</b>	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / LA SH
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Als archivische Fachverfahren sind zur Zeit neben AIDA die

- Beständeübersicht und die

- Wappenrolle

in Betrieb.

Die Beständeübersicht ist eine Datenbank, mit der Informationen über die einzelnen Archivbestände bearbeitet und für die Internetpräsentation des Landesarchivs generiert werden.

Die Wappenrolle ist eine Datenbank, in der die im Rahmen der kommunalen Heraldik des Landes vorhandenen und neu erstellen Wappen und Flaggen dokumentiert sind, um im Genehmigungsverfahren auf die notwendigen Informationen zugreifen zu können. Außerdem verfügt sie über eine Internetkomponente mit der Kommunen und Bürger sich über die Wappen und Flaggen Schleswig-Holsteins in Bildform und ihrer Blasonierung (Beschreibung) informieren können.

Als weiteres archivisches Fachverfahren wird eine Digitalisatverwaltung benötigt. Das Landesarchiv wird Ende des Jahres voraussichtlich Digitalisate von Luftbildern in größerem Umfang übernehmen. Dazu wird es noch in diesem Jahr eine Voruntersuchung geben, wie sich Speicherung und Benutzung dieser Luftbilder, wie auch anderer Digitalisate, die insbesondere als Findmittel benötigt werden, am besten realisieren lässt. Im Jahre 2016 sollte dann die Beschaffung der benötigten Hard- und Software erfolgen.

Für die Zukunft wird auch für das Landesfilmarchiv eine neue Verwaltungssoftware benötigt. Bei der Filmarchivierung wird anders als bei der Aktenarchivierung das Archivgut nicht direkt eins zu eins übernommen. Da von Filmen oft unterschiedliche Fassungen vorliegen, werden diese in einem aufwendigen Arbeitsgang jeweils einzeln gesichtet und aus den einzelnen Komponenten dann ein zu archivierendes Exemplar zusammengesetzt. Dieses Verfahren wurde bisher dadurch unterstützt, dass AIDA hier zweckentfremdet eingesetzt wurde. Mit der neuen Version von AIDA ist dies nicht mehr möglich, sodass hier eine eigenständige, an den Bedürfnissen des Filmarchivs ausgerichtete Datenbank erforderlich ist.

## Unterverfahren

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Beständeübersicht	Information über Archivbestände, Generierung der Internetpräsentation
2	Wappenrolle	Dokumentation von Wappen und Flaggen, Internetkomponente
3	Landesfilmarchiv	Verwaltung und Bearbeitung der übernommenen Filme
4	Digitalisatverwaltung	Verwaltung und Speicherung der für Benutzer des Landesarchivs angefertigten Digitalisate

**ITM** 2377020000  
**Bezeichnung** Beschaffung - Landesarchiv  
**Ressort / Dst.** MBWK / LA SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.  
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der  
Mindestnutzungsdauer.  
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

<b>ITM</b>	2381010000
<b>Bezeichnung</b>	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / LA SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	Grundversorgung
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Arbeitsplatz SH

<b>ITM</b>	2408030000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb und Fortentwicklung Fachverfahren AIDA
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / LA SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

**Beschreibung**

AIDA ist ein Verzeichnisprogramm für Archivare, das hauptsächlich im Landesarchiv Schleswig-Holstein eingesetzt wird. Es dient dem Erfassen, Ändern und Verschlagworten von Erschließungsdaten in einem Archiv. Es erzeugt Findbücher über die Erschließungsdaten und bietet eine umfangreiche Recherchemöglichkeit über die gespeicherten Daten.

<b>ITM</b>	2461030000
<b>Bezeichnung</b>	Digitales Archiv Nord
<b>Ressort / Dst.</b>	MBWK / LA SH
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Nach dem Landesarchivgesetz (LArchG §6 Abs. 1) müssen die Behörden und Gerichte des Landes Schleswig-Holstein alle bei Ihnen entstandenen Unterlagen, die für deren laufenden Geschäftsgang nicht mehr benötigt werden, dem Landesarchiv zur dauernden Aufbewahrung anbieten. Dies gilt für Unterlagen aus digitalen Systemen (z.B. E-Akten) ebenso wie für analoges Schriftgut (z.B. Papierakten).

Für die dauernde Speicherung der Unterlagen aus digitalen Systemen muss ein zentrales digitales Archiv-System aufgebaut werden. Dieses digitale Archiv soll sowohl die bereits vorliegenden als auch die erst in Zukunft entstehenden elektronischen Verwaltungsunterlagen übernehmen, dauerhaft erhalten und für universelle Nutzungen wieder zur Verfügung stellen.

Auf diese Weise stellt sich das Landesarchiv S-H seinen gesetzlichen Aufgaben und den Anforderungen moderner E-Government-Strategien. Außerdem eröffnet es innovative Nutzungsmöglichkeiten der dort verwahrten Informationen.

**ITM** 2370010000  
**Bezeichnung** Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege  
**Ressort / Dst.** MBWK / LD SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

**ITM** 2384020000  
**Bezeichnung** Beschaffung - Landesamt für Denkmalpflege  
**Ressort / Dst.** MBWK / LD SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes. Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer. Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Umstellung auf Windows 10.0	Im Haushaltsjahr 2019 wird das Landesamt für Denkmalpflege auf Windows 10.0 umgestellt und benötigt neue Hard- und Software, da die vorhandenen Geräte alle veraltet und nicht kompatibel mit Windows 10.0 sind.

**ITM** 2413030000

**Bezeichnung** Denkmal Information SH (DISH)

**Ressort / Dst.** MBWK / LD SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

1. Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH) im Rechenzentrum

Die Datenbank DISH (Denkmal-Information Schleswig-Holstein) des Landesamtes für Denkmalpflege muss im Zuge der geplanten Umstellung der Landesbehörden auf das System Icotech III +1 bzw. der geplanten Umstellung der Clients auf Windows7 angepasst bzw. migriert werden. Es handelt sich derzeit um eine Access-basierte Anwendung mit seperater Access-Datenbank. Zudem existiert noch eine im Aufbau befindliche Datenbank-Erweiterung (zur Materialerfassung), die im Zusammenhang mit der Migration integriert werden soll.

Im Zusammenhang der Migration ist sinnvollerweise geplant, die bestehende Anwendung auf eine Webtechnologie (Aufbau einer zentralen Webapplikation mit einer Dreischichtarchitektur) umzustellen. Zusätzlich soll eine GIS-Schnittstelle (Pflege und Bearbeitung über ArcGIS) und damit eine Einbindung auch externer Daten über GeoWebServices integriert werden. Damit würde auch die Abgabe an Inspire standardisiert zur Verfügung gestellt werden können (gemäß dem Architekturkonzept der GDI-SH).

2. Pflege der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH)

Die Datenbank DISH soll künftig durch die Fa. Dataport gepflegt werden, was Support, Entwicklung und Unterstützungsleistungen beinhaltet.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Hosting (DISH)	Bereitstellung der Infrastruktur und Betrieb der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH) im Rechenzentrum
2	Pflege (DISH)	Pflege der Access-Anwendung Denkmal-Information SH (DISH)
3	Erweiterung des Verfahrens DISH	Unterstützungsleistungen für die Konzeption, Realisierung, Projektleitung und Test von Pflegemaßnahmen sowie Auslieferung und Implementierung von Erweiterungen für DISH in 2014, die über den Umfang des bestehenden Pflegevertrages hinausgehen.
4	Erweiterung des Verfahrens DISH Gesetzesnovelle	Unterstützungsleistungen für Umsetzung der im vorliegenden Konzept "Änderungen zur Gesetzesnovelle des Denkmalschutzgesetzes, DISH" beschriebenen Erweiterungen des Verfahrens DISH, die durch die Gesetzesnovelle des Denkmalschutzgesetzes des Landes SH erforderlich sind.

**ITM** 2380010000  
**Bezeichnung** Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt  
**Ressort / Dst.** MBWK / AL SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Laufende Aufrechterhaltung des +1-Betrieb IT-Betriebes: Wartungs- und Reparaturmaßnahmen für Server, Arbeitsplatzrechner, Drucker, Plotter sowie Verbrauchsmaterialien, Kleinbeschaffung, Softwarepflege, Schulungsmaßnahmen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	archaeoDox	gemeinsam mit der Bodendenkmalpflege der Hansestadt Hamburg konzipierte und entwickelte Standard-Grabungs- und Dokumentationssoftware für archäologische Ausgrabungen und die Fundinventarisierung (interoperabel zur webbasierten Datenbank für Kulturdenkmale in S-H)

**ITM** 2382030000

**Bezeichnung** Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

**Ressort / Dst.** MBWK / AL SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Entwicklung und Optimierung einer webgestützten (verteilten) Datenbankanwendung zur Darstellung und Verwaltung der archäologischen Kulturdenkmale von Schleswig-Holstein. Die Besonderheit liegt in einem Datenverbund zwischen den in der Landesarchäologie tätigen Akteuren Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein (ALSH), Museum für Archäologie Schloss Gottorf (MfA) und Universität Kiel mit dem Institut für Ur- und Frühgeschichte und den daraus resultierenden bidirektionalen (standardisierten GIS-fähigen) Schnittstellen zwischen der Datenbank der Kulturdenkmale und der gemeinsam mit dem MfA betriebenen Archäologischen Datenbank Schleswig-Holstein (ADSH). Durch die von der digiCULT-Verbund eG entwickelten ADSH besteht gleichzeitig eine Anbindung an bundeslandübergreifende Standards. Durch den Datenverbund und die Ausstattung mit standardisierten (ogc-konformen) Schnittstellen werden die Daten in weitere Portale eingespeist, um sie insbesondere vor dem Hintergrund der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes seit 2015 als Inspire-konforme Dienste über die Geodateninfrastruktur (GDI-SH) zu veröffentlichen. Auch steht ein Auszug der Daten (sogenannte archäologische Interessensgebiete) Planungsbüros, Investoren und Kommunen zur Verfügung, damit sich diese vorab über mögliche Konflikte von beabsichtigten Planungsvorhaben mit Kulturdenkmälern und die sich daraus ergebenden Konsequenzen informieren können. Die Verwendung normierter Vokabulare erlaubt umfangreiche Recherchemöglichkeiten, u. a. auch über das OpenDataPortal SH für die Öffentlichkeit.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	KuLaDig	Teilnahme am Internetportal Kulturlandschaft Digital (Länder-übergreifendes Geodatenportal mit Schwerpunkt Kultur; ergänzend zu GDI-SH), Sicht auf Schleswig-Holstein. Pilot siehe hier: <a href="https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-271183">https://www.kuladig.de/Objektansicht/KLD-271183</a>

**ITM** 2386020000  
**Bezeichnung** Beschaffung - Archäologisches Landesamt  
**Ressort / Dst.** MBWK / AL SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.  
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der  
Mindestnutzungsdauer.  
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

# Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung

## Inhalt

2239020000 Beschaffung MJKE Ministerium .....	187
2239020000 .....	187
2247010000 Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium .....	188
2247010000 .....	188
2602030000 DigiProg 2019: Digitalisierung Verbraucherzentrale .....	189
2602030000 .....	189
2218030000 Bundesweite Internetplattformen der Justiz .....	190
2218030000 .....	190
2220030000 Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH .....	192
2220030000 .....	192
2221030000 Lfd. Einsatz und Pflege MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation) .....	193
2221030000 .....	193
2222030000 Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz) .....	194
2222030000 .....	194
2223030000 Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch) .....	195
2223030000 .....	195
2224030000 Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch .....	196
2224030000 .....	196
2227030000 Elektronischer Rechtsverkehr .....	197
2227030000 .....	197
2229030000 Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz) .....	202
2229030000 .....	202
2232020000 Beschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen" .....	206
2232020000 .....	206
2236020000 Beschaffungen Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte) .....	207
2236020000 .....	207
2237020000 Beschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig .....	208
2237020000 .....	208
2243010000 Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur .....	209
2243010000 .....	209
2246010000 Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden .....	210
2246010000 .....	210

2333030000 Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz) .....	211
2333030000 .....	211
2334030000 Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte) .....	212
2334030000 .....	212
2389030000 Einführung digitale Zeitwirtschaft und PEP in den Justizvollzugseinrichtungen.....	213
2389030000 .....	213
2390030000 Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web .....	214
2390030000 .....	214
2392030000 Nexus VeLis .....	216
2392030000 .....	216
2424010000 Grundversorgung der Amtsgerichte SH.....	217
2424010000 .....	217
2478030000 Nexus Web .....	218
2478030000 .....	218
2500030000 Projekt eJustizSH .....	220
2500030000 .....	220
2601030000 DigiProg 2019: Nutzung Haftraumkommunikationssystem .....	222
2601030000 .....	222
2634030000 Nutzung Haftraumkommunikationssystem (Betrieb und Pflege).....	223
2634030000 .....	223
2219030000 Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation).....	224
2219030000 .....	224
2240020000 Beschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein.....	225
2240020000 .....	225
2425010000 Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften.....	226
2425010000 .....	226
2241020000 Beschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht .....	227
2241020000 .....	227
2248010000 Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht .....	228
2248010000 .....	228
2233020000 Beschaffungen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht.....	229
2233020000 .....	229
2244010000 Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht.....	230
2244010000 .....	230
2314030000 Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten).....	231
2314030000 .....	231
2250020000 Beschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit .....	233
2250020000 .....	233
2251010000 Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit .....	234
2251010000 .....	234

2234020000 Beschaffungen Sozialgerichtsbarkeit.....	235
2234020000 .....	235
2245010000 Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit .....	236
2245010000 .....	236
2225030000 Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren".....	237
2225030000 .....	237

**ITM** 2239020000  
**Bezeichnung** Beschaffung MJKE Ministerium  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatzbeschaffung Hard- und Software aus dem standardisierten Dataport Warenkorb.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Ersatzbeschaffung MJEVG	
2	Ersatzbeschaffung Hanse Office	Ersatzbeschaffung für das von der FHH und SH gemeinsam betriebene Hanse Office in Brüssel; Kostenteilung mit FHH
3	Einführung flexibler Arbeitsformen	Umstellung von stationären PC-Arbeitsplätzen auf mobile Technik (insbes. Notebooks), Einrichtung von Heimarbeitsplätzen, Beschaffung ultramobiler Hardware für geeignete Arbeitsplätze

**ITM** 2247010000  
**Bezeichnung** Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJKE Ministerium  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Gewährleistung des laufenden Betriebs der BK-Infrastruktur des MJKE - ohne nachgeordneten Bereich.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	LSK-Support Dataport	Betrieb der zentralen +1-Infrastruktur durch Dataport, Support
2	mobile Telefonie, Internetzugang	Betrieb von mobilen Arbeitsmitteln und Smartphones
3	Beteiligung an landesübergreifenden Web-Auftritten	Beteiligung an landesübergreifenden Web-Auftritten z.B. im Bereich des Verbraucherschutzes
4	Verbrauchskosten	Verbrauchskosten und Kleinbeschaffungen IT (insbes. Druckerverbrauchsmaterialien)

**ITM** 2602030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Digitalisierung Verbraucherzentrale  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

#### **Beschreibung**

Die durch Landesmittel geförderte Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. (VZSH) hat gemäß Zielvereinbarung mit der Landesregierung ein Fachkonzept über die Digitalisierung und Reichweitensteigerung der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein vorgelegt. Schwerpunkte sind Online-Beratungsangebote, Online-Terminvergabe und Ausweitung der Social-Media-Aktivitäten. In Absprache mit der VZSH soll auf dieser Basis ein Umsetzungskonzept beauftragt werden, das einerseits Realisierungsoptionen für die VZSH darstellt, andererseits dem MJEVG eine Entscheidungshilfe für die Gewährung weiterer Zuwendungen bietet.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Erstellung eines Vorgutachtens	Erstellung eines Vorgutachtens mit Bewertung und Priorisierung der im Digitalisierungskonzept VZSH vorgeschlagenen Maßnahmen
2	Erstellung einer Umsetzungsstrategie	Erstellung einer Umsetzungsstrategie für die priorisierten Maßnahmen

**ITM** 2218030000  
**Bezeichnung** Bundesweite Internetplattformen der Justiz  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Betrieb von einheitlichen Veröffentlichungen und Dienstleistungsplattformen der Justiz (Bund und 16 Bundesländer) in der Bundesrepublik Deutschland im Internet, über die Bekanntmachungen (Insolvenzbekanntmachungen, Zwangsvollstreckungstermine, Gerichtstafel) und Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungsregister, Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank, Justizauktion) angeboten werden. Diese unterschiedlichen Angebote sind über ein zentrales Portal [www.justiz.de](http://www.justiz.de) erreichbar. Seit 01.01.2012 wird das Angebot ergänzt durch das zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer. Am 01.01.2013 hat im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung das bundesweites Schuldnerportal seinen Betrieb aufgenommen. Zum 01.01.2016 hat das gesetzlich vorgeschriebene zentrale Schutzschriftenregister seinen Betrieb aufgenommen.

Kosten für Betrieb, Wartung und Pflege des Portals werden auf die Bundesländer und den Bund umgelegt.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betrieb des Portals	Basiskosten für die Bereitstellung der Portalinfrastruktur
2	Personalkosten Redaktion	NRW stellt das Personal für die Portalredaktion.
3	Übersetzungen	Die Inhalte des Portals werden mehrsprachig dargestellt und müssen daher parallel zu Änderungen etc. übersetzt werden.
5	Orts- und Gerichtsdatei	Das Land BW pflegt die Orts- und Gerichtsdatei. Die Kosten werden über das Justizportal abgewickelt.
6	Online-Formulare	Über das Portal werden in zunehmendem Umfang Online-Formulare zur Verfügung gestellt werden, welche in Zukunft auch online versandt werden können. Die Bedeutung wird mit Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs weiter zunehmen.
7	Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank	Die DÜD ist aufgrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EUDLR) verpflichtend.
8	Rechtsdienstleistungs- register	Das Rechtsdienstleistungsregister ist ebenfalls aufgrund EUDLR verpflichtend.
9	Informationssystem für Kapitalanleger- Musterverfahrensgeset- zes (KapMuG)	Nach § 12 Absatz 2 des KapMuG in der ab dem 1. Juli 2013 geltenden Fassung ist ein elektronisches Informationssystem umzusetzen.
10	Justizauktion	Das bundesweite Portal Justizauktion verbessert die Verwertungsmöglichkeiten für Pfandgut und entlastet die Gerichtsvollzieher.
11	Insolvenzportal	Fachportal zur Veröffentlichung von Insolvenzbekanntmachungen
12	ZVG-Portal	Fachportal zur Veröffentlichung von Zwangsversteigerungsterminen
13	Handelsregisterbekannt- machungen	Fachportal zur Veröffentlichung von Handelsregisterbekanntmachungen
14	Vollstreckungsportal	Bundesweites Schuldnerverzeichnis gemäß Gesetz zur Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
15	Gerichtstafel	Noch in Konzeption befindliches Veröffentlichungsportal für gerichtliche Aushänge
16	Schutzschriftenregister	Register für die Veröffentlichung von vorbeugenden Verteidigungsschriftsätzen gegen erwartete Anträge auf Arrest oder einstweilige Verfügung.

**ITM** 2220030000

**Bezeichnung** Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Bereitstellung von externen Datenbank für die Justiz

**ITM** 2221030000  
**Bezeichnung** Lfd. Einsatz und Pflege MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation) sowie dem Kostenmodul.

Die MEGA-Systemadministratoren der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie die Fachgruppe erstellen Fehlermeldungen / Änderungsbedarfe. Vor einer evt. Umsetzung erfolgt eine Aufwandsschätzung durch das Entwicklerteam bei Dataport.

Neben der Umsetzung technischer Notwendigkeiten erfolgen auch gesetzliche und fachliche Anpassungen.

Dier Außerbetriebnahme des Fachverfahrens ist zum Jahreswechsel 2019 / 2020 vorgesehen

**ITM** 2222030000

**Bezeichnung** Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Sicherstellung der IT-Kommunikation / von Datenübermittlungen zwischen Fachverfahren der Justiz Schleswig-Holstein einerseits und mit externer Organisationen andererseits durch den Einsatz einer Zentralen Kommunikationskopfstelle Justiz (ZKK-Justiz) auf Basis von openFT.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Externe Kommunikationspartner	Es bestehen Anbindungen an externe Kommunikationspartner: das Bundeszentralregister (BZR), Gewerbezentralregister (GZR), das Zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister (ZStV), das Verkehrszentralregister (VZR), das Statistische Landesamt (StaLa) sowie landesinternen Fachverfahren PED, OWI, SAP, FOLIA und BASIS-Web
02	Kommunikation Register	Für die Kommunikation mit den Registern BZR, GZR und ZStV stellt die ZKK-Justiz für die Staatsanwaltschaften und Gerichte die Landeskopfstelle S-H dar.
03	OpenFT	Die Anbindung aller interner Partner an den zentralen Kommunikationsrechner erfolgt ausschließlich über OpenFT.
04	Pflege MEKOM	Die Pflege der von Dataport erstellten Programme zur Automation der Kommunikation ( MEKOM-FT und MEKOM-EM) sind Bestandteil der ZKK-Justiz.

**ITM** 2223030000  
**Bezeichnung** Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der Fachverfahren und IT-Komponenten zur Führung der Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister sowie zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Veröffentlichung von Registerdaten im Internet auf bundesdeutscher sowie auf europäischer Ebene.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens AUREG	Das Fachverfahren AUREG wird im Länderverbund mit Brandenburg, Berlin und Bremen unter Federführung Schleswig-Holsteins entwickelt.
02	Betrieb von Test- und QS-Umgebungen für AUREG im Länderverbund	Schleswig-Holstein betreibt bei Dataport gemeinsam mit Brandenburg und Bremen gemeinsame Test- und QS-Umgebungen für AUREG und das dazugehörige Dokumentenmanagementsystem (VIS 5)
03	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Registerportals	Schleswig-Holstein ist wie die übrigen Bundesländer und der Bund unter Federführung Nordrhein-Westfalen an Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des bundesweiten Registerportals (Veröffentlichung von Registerdaten im Internet) beteiligt.
04	Entwicklung Fachverfahren AuRegis	Die 16 Bundesländer entwickeln derzeit ein bundeseinheitliches Registerfachverfahren "AuRegis", durch das AUREG in den kommenden Jahren abgelöst werden soll.

**ITM** 2224030000

**Bezeichnung** Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der Fachverfahren und IT-Komponenten zur elektronischen Grundbuchführung sowie zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Veröffentlichung von Grundbuchdaten im Internet

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Fachverfahrens FOLIA inkl. öffentlichem Auskunftssystem	Das Fachverfahren FOLIA wird im Länderverbund mit Baden-Württemberg unter dortiger Federführung entwickelt.
02	Betrieb der Public-Key-Infrastruktur für FOLIA bei Dataport	Die Erstellung von Zertifikaten für die elektronische Unterschrift in FOLIA erfolgt aus einer für den Länderverbund bei Dataport betriebenen Public-Key-Infrastruktur (PKI)
03	Entwicklung Fachverfahren dabag	14 Bundesländer entwickeln derzeit ein bundeseinheitliches Grundbuchfachverfahren. Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein sind derzeit formal nicht am Länderverbund beteiligt (Austritt in 2016), begleiten aber die Entwicklungsarbeit fachlich und in Teilen personell.

<b>ITM</b>	2227030000
<b>Bezeichnung</b>	Elektronischer Rechtsverkehr
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / MJEVG - Justiz
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Als Infrastruktur für die elektronische Kommunikation wurde nach dem Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) als nächster Schritt ein Konzept für einen umfassenden Registrierungsdienst (SAFE) entwickelt und implementiert. Das SAFE-System wurde 2011 in Betrieb genommen. SAFE steht für Secure Access to Federated e-Justice/e-Government und somit sichere elektronische Identitäten in einem föderalen Umfeld.

Das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten“ ist bereits am 10.10.2013 in Kraft getreten und sieht in allen Prozessordnungen (bis auf StPO) vor, dass professionelle Verfahrensbeteiligte (Anwälte, Notare, Behörden pp) spätestens ab dem 01.01.2018 mit den Gerichten elektronisch kommunizieren können. Des Weiteren liegt zwischenzeitlich ein Regierungsentwurf zur Einführung der elektronischen Akte in Strafsachen vor, so dass auch dieser Bereich vom eRV betroffen ist. Spätestens ab dem 1.1.2022 dürfen die professionellen Einreicher nur noch elektronisch mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften kommunizieren.

Die Umsetzung des justizweiten eRV in den Gerichten und Staatsanwaltschaften wurde konzipiert, pilotiert und flächendeckend umgesetzt. Die projektbezogenen Ansätze ergeben sich aus der ITM 2500030000. Hier (in der ITM 2227030000) sind die Mittelbedarfe veranschlagt, die für den laufenden Betrieb sowie Pflege und Weiterentwicklung der bereits im Einsatz befindlichen Komponenten des eRV erforderlich sind. Ebenfalls in dieser Maßnahmen sind die Kosten für den bereits laufenden Betrieb sowie die Pflege und Weiterentwicklung der E-Grundakte, E-Registerakte und eJuVa (elektronische Justizverwaltungsakte) auf Basis von VIS5 veranschlagt. Diese E-Akten sind bereits im Betrieb und werden erst mittelfristig auf VIS-Justiz als E-Aktenlösung der Gerichte und Staatsanwaltschaften umzustellen sein.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	EGVP und SAFE	<p>Das EGVP (elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach) befindet sich bereits seit 2006 im Einsatz und ist mittlerweile über den Justizsektor hinaus verbreitet. Aus diesem Grund werden die Kosten des Betriebes und der Weiterentwicklung aus der entsprechenden Maßnahme des Finanzministeriums getragen.</p> <p>Aus der Maßnahme 2227030000 werden die Kosten der EGVP-Geschäftsstelle finanziert, da diese Positionen sehr justizlastig sind und sich auch nicht mehr ausschließlich auf EGVP beziehen sondern Aufgabenüberschneidungen mit SAFE vorliegen.</p> <p>Auch bei SAFE /Secure Access to Federated e-Justice/e-Government) wird der Betrieb aus der entsprechenden Maßnahme des Finanzministeriums getragen. In der Maßnahme 2227030000 sind die Mittel für die Pflege und Weiterentwicklung veranschlagt sowie für den Betrieb der dafür erforderlichen Testumgebung.</p>
2	VISkompakt/VIS5/VIS-Add-Ons/EGVP-VIS-Adapter	<p>Die elektronische Akte ist im Einsatz in den Registergerichten, den Grundbuchämtern sowie in den Verwaltungen der Justizbehörden (eJuVa). Veranschlagt in der Maßnahme 2227030000 sind die Kosten für den Betrieb des justizseitigen VIS5 bei Dataport sowie die Weiterentwicklungen über den Entwickler PDV-Systeme-GmbH. Da VIS5 auch als Infrastruktur für den ERV genutzt wird (revisionssicheres Speichern), werden auch entsprechend notwendige Anpassungen bzw. Weiterentwicklungen des EGVP-VIS-Adapters aus dieser Maßnahme getragen.</p>
3	xJustiz Pflegestelle	<p>XJustiz ist ein zur Realisierung des elektronischen Rechtsverkehrs entwickelter Datensatz, der grundlegende Festlegungen für den Austausch strukturierter Daten zwischen den Prozessbeteiligten (Bürgern, Unternehmen, Rechtsanwälten, IHKs) und den Gerichten enthält. XJustiz bildet die Grundlage für den Austausch von Verfahrensdaten in Justizverfahren. Es besteht aus einer Reihe von XML-Schemata, d. h. fest definierten Datenfeldern im XML-Format. Ein Grundmodul mit allgemein benötigten Daten (z. B. Gerichtsbezeichnung, Aktenzeichen) wird durch Fachmodule mit fachspezifischen Daten (z. B. Strafverfahren, Mahnverfahren, Register) und Wertelisten (z. B. Bezeichnung von Staaten) ergänzt. XJustiz ist Bestandteil der organisatorisch-technischen Leitlinien für den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften (OT-Leit-ERV), die von der Arbeitsgruppe „IT-Standards in der Justiz“ der Bund-Länder-Kommission für Informationstechnik in der Justiz (BLK) entwickelt und von der BLK am 13. Mai 2005 für den Echtbetrieb freigegeben wurden.</p> <p>XJustiz wird fortwährend aktualisiert und an die Bedürfnisse insbesondere im Hinblick auf E-Akten und Fachverfahren bundesweit gepflegt und weiterentwickelt.</p>

4	eKP - Betrieb der Testumgebung	<p>Die laufenden Betriebskosten für die Test- und Schulungsumgebung der elektronischen Kommunikationsplattform (eKP) sind in dieser Maßnahme veranschlagt. Die Betriebskosten der Produktionsumgebung werden nach Abtrennung von den forumSTAR-Verträgen ebenfalls in diese Maßnahme übergehen.</p> <p>Die Entwicklungskosten der eKP werden über den forumSTAR-Verbund abgerechnet und laufen daher in einer anderen Maßnahme.</p> <p>Die eKP wird bei Dataport betrieben und soll im Sinne einer virtuellen Poststelle als zentrale Datendrehscheibe der Justiz dienen. Es wurde ein Adapter geschaffen, um alle eingehenden Nachrichten von der eKP zum einen an ein Dokumentenmanagementsystem (VIS) zur revisionssicheren Speicherung und zum anderen – soweit möglich – an das jeweilige Fachverfahren der Gerichtsbarkeiten bzw. Staatsanwaltschaften sowie schließlich an einen Drucker zu übergeben. VIS wird in diesen Fällen nicht zur Aktenbearbeitung, sondern nur zur gesetzlich vorgesehenen revisionssicheren Speicherung der elektronischen Eingänge eingesetzt. In dieser Phase werden die Verfahrensakten bei Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs noch weiter in Papier geführt.</p>
5	qualifiziert elektronische Signaturkarten	<p>Für die Unterzeichnung eines elektronischen Dokuments ist die Abgabe einer qualifizierten elektronischen Signatur erforderlich (z.B. § 130b ZPO, § 32a Abs. 3 StPO). Daher sind die Mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit entsprechenden Signaturkarten auszustatten. Für die Ausstattung besteht ein Rahmenvertrag der Justiz SH mit der Bundesnotarkammer. Spätestens mit der Einführung der E-Akte auf Basis von VIS-Justiz müssen nahezu alle Mitarbeiter mit einer entsprechenden Karte ausgestattet sein. Der Bedarf steigt entsprechend an.</p>

6	EGVP-Enterprise	<p>Das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) wurde als OSCI-Client speziell für den Elektronischen Rechtsverkehr konzipiert. Dabei wurde ursprünglich der Ansatz verfolgt, eine Anwendung für die manuelle Sachbearbeitung zur Verfügung zu stellen. In der Zwischenzeit zeichnete sich jedoch ab, dass die derzeitige Infrastruktur des EGVP an ihre Leistungsgrenze stößt und den anstehenden Ausweitungen des EGVP-Einsatzes nur eingeschränkt gewachsen ist. Bereits im Jahr 2009 hat der LK EGVP daher den Bedarf an einer Weiterentwicklung des EGVP diskutiert und die Arbeitsgruppe Change Requests (AG CRs) gebeten, den gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erarbeiteten Ansatz zur Entwicklung einer sogenannten Integrationsschicht weiter zu verfolgen. Die erste Ausbaustufe einer Integrationsschicht des EGVPs wurde unter hessischer Federführung bereits im Jahr 2010 entwickelt und im Produktivbetrieb genutzt. Diese erste Ausbaustufe wurde anschließend in den Pflegevertrag EGVP aufgenommen und damit allen Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt. Aufbauend auf dieser ersten Entwicklungsstufe sollte die Integrationsschicht so weiterentwickelt werden, dass diese vielfältig zum Einsatz kommen kann. Mit der Auslieferung der Version EGVP Enterprise 1.2.0.0 im Herbst 2011 wird die Integrationsschicht, die entsprechend der Anforderungen aus der Justiz weiterentwickelt wurde, als zweite Produktvariante neben EGVP Classic allen Gebietskörperschaften und interessierten Fachverfahrensherstellern zur Verfügung gestellt. EGVP Enterprise wird als Webservice zur vereinfachten Anbindung von beliebigen Fachverfahren an eine OSCI-gestützte Kommunikation bereitgestellt. Die Entwicklung von EGVP Enterprise erweitert das EGVP-System um eine serverbasierte Variante, die sowohl auf Bürger- als auch auf Behördenseite eingesetzt werden kann. Beide EGVP Ausprägungen basieren auf der sogenannten EGVP Kernschicht, über die EGVP Basisfunktionen zur Verfügung gestellt werden. Damit wird sichergestellt, dass beide Produktvarianten, neben produktspezifischen Ausprägungen, auf einheitlichen Kernfunktionen basieren. Zum Funktionsumfang von EGVP Enterprise gehören u. a. die Abholung von Nachrichten vom OSCI-Manager, die Durchführung des OSCI-Workflows für jede Nachricht sowie die Entgegennahme und Bereitstellung von Nachrichten über eine definierte Schnittstelle von Drittsystemen. Des Weiteren werden die bekannten Protokolle (Prüfprotokoll, Protokoll für signierte Anhänge, Eingangsbestätigung, Transfervermerk) und Metainformationen (Metadatencontainer) zu jeder Nachricht bereitgestellt. Eine dauerhafte Speicherung und Verwaltung von Nachrichten oder sonstiger Daten erfolgt - im Gegensatz zu EGVP Classic - nicht in EGVP Enterprise, sondern muss durch das Fachverfahren geleistet werden.</p>
---	-----------------	---

<b>ITM</b>	2229030000
<b>Bezeichnung</b>	Lfd. Einsatz und Pflege Fachanwendung SoPart (Soziale Dienste der Justiz)
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / MJEVG - Justiz
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die sozialen Dienste der Justiz in Schleswig-Holstein unterteilen sich im Wesentlichen in die Gerichtshilfe bei den Staatsanwaltschaften (§ 160 StPO), die Vollzugsabteilungsleitungen und ergänzende Fachkräfte in den Justizvollzugseinrichtungen sowie die Bewährungshilfe (§ 56d StGB) und die Führungsaufsicht (§ 68 StGB) bei den Landgerichten.

Die EDV-Fachanwendung SoPart Justiz ist eine Softwarelösung für alle Fachbereiche der sozialen Dienste der Justiz und ermöglicht die fachbereichsübergreifende Betreuung von Klienten. Die zu einem Klienten zu erhebenden persönlichen Daten können in SoPart Justiz strukturiert erfasst und bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen oder bei Übergang der Zuständigkeit von einem Fachbereich an einen anderen elektronisch weitergegeben werden, z.B. nach Ende der Haftstrafe vom Justizvollzug an die Bewährungshilfe. SoPart Justiz hält zudem für alle Fachbereiche standardisierten Schriftverkehr (intern / extern) in Form von Word-Formularen sowie einheitliche Kataloge für Behandlungs- /Betreuungsmaßnahmen (z.B. Therapie, Beratung, Aus- und Weiterbildung) vor. Schriftverkehr und Behandlungsmaßnahmen zu einem Klienten werden ebenfalls in SoPart Justiz dokumentiert (keine elektronische Akte) und können zu einem späteren Zeitpunkt durch einen anderen Fachbereich zur weiteren Betreuungsplanung eingesehen werden. Daneben bietet SoPart Justiz den sozialen Diensten der Justiz durch fachbereichsspezifische Module zusätzliche elektronische Unterstützung bei der Aufgabenwahrnehmung.

SoPart Justiz hat sich im Bundesgebiet als EDV-Fachanwendung für die sozialen Dienste der Justiz etabliert. Im Rahmen eines Länderverbunds nutzen neben Schleswig-Holstein die Bundesländer Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Sachsen-Anhalt das Produkt.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Bewährungs- /Gerichtshilfe	<p>Die Erfassung sämtlicher Klienten/Probanden inklusive der entsprechenden Vergabe von Ak-tenzeichen und Erfassung von Stammdaten werden in der Fachanwendung SoPart eingetragen und entsprechende Fälle angelegt. Sämtliche Aktenzeichen werden automatisiert ohne Eingriffsmöglichkeit von Seiten der Anwender in die Aktenzeichen-Systematik durch die Fachanwendung. In der Fachanwendung werden sämtliche Bereiche des Allgemeinen und des Dienstregisters geführt. Die bisherige papiergebundene Art der Register ist entfallen, ein Ausdruck des elektronisch erfassten Registers ist möglich. Zur Spezifizierung wird auf die vorliegende Organisationsanweisung und Errichtungsanordnung SoPart hingewiesen.</p> <p>Des Weiteren wird die gesamte notwendige Korrespondenz, intern und extern, über die Fachanwendung erstellt. Die Schriftwerke umfassen u.a. die Korrespondenz an Gerichte und Staatsanwaltschaften, JVA, sozialtherapeutische Einrichtungen, Führungsaufsichtsstellen, Gerichtshilfe, die Klienten/Probanden, Betreuer, externe Bewährungshilfen/Gerichtshilfen, Einsatz-stellen für gemeinnützige Arbeit, Sonstige, etc.</p> <p>Die entsprechenden Schriftstücke und Vorlagen werden weitestgehend standardisiert in der Fachanwendung vorgehalten.</p> <p>Die Fachanwendung beinhaltet einen Kalender, aus welchem heraus und durch welchen Termine der Anwender verwaltet werden können, zudem können aus dem Bereich des Kalenders heraus Einladungen, Ankündigungen von Hausbesuchen, Vereinbarungen von Terminen mit Dritten, Fallbesprechungen und weiteres verwaltet werden.</p> <p>In der Fachanwendung werden die Tätigkeiten der Bewährungshelfer, wie auch z.B. Post-Ein- und Ausgänge, E-Mail-Ein- und Ausgänge, Kontakte und das Erstellen von Korrespondenzen dokumentiert. Die Dokumentation erfolgt umfassend für jeden Anwender. Bearbeitungen in der Dokumentation werden über Signatur zuordnungsbar dokumentiert. Die Fachanwendung bietet weiterhin die Verwaltung von Hand- und Bewegungsgeldern, Führen eines Fahrtenbuches, Organisation von internen Terminen, Vorbereitungen von Fallverteilungen und Dienstbesprechungen, Kontrolle und Überwachungsmöglichkeiten im Bezug auf Auflagen und Weisungen, die Geldstrafen oder die Ableistung von gemeinnütziger Arbeit.</p> <p>Über die Fachanwendung sind diverse Statistiken abrufbar und werden hier u.a. z.B. im Bereich der Fallverteilung (Belastungsstatistik, Darstellung von Deliktgruppen inklusive Sonderbereichen, wie KSKS) genutzt.</p> <p>In der Fachanwendung SoPart ist ein Modul für die Führungsaufsicht integriert. Hier arbeiten die Sachbearbeiter der Führungsaufsichtsstellen direkt im Modul und die Bewährungshelfer, welche Bewährungshilfe und Führungsaufsichtsfälle bearbeiten, welches die Regel im Land Schleswig-Holstein darstellt, indirekt mit und in dem Führungsaufsichtsmodul. Die gesamte Fallverwaltung, die Registerführung und Dokumentation der Führungsaufsichts-Sachbearbeitung erfolgt im FA-Modul. Ebenso wird die Korrespondenz mit den entsprechenden Stellen aus der Führungsaufsicht-Sachbearbeitung über die Fachanwendung erstellt.</p>

2	Vollzug	<p>Gemäß § 7 Strafvollzugsgesetz, § 11 Jugendstrafvollzugsgesetz SH und § 6 Untersuchungshaftvollzugsgesetz SH nebst ergänzenden Ausführungsbestimmungen sind für Gefangene Vollzugspläne zu erstellen. Der Vollzugsplan enthält am Beispiel eines erwachsenen Gefangenen Angaben über folgende Behandlungsmaßnahmen. :</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Unterbringung im geschlossenen oder offenen Vollzug,</li> <li>2. die Verlegung in eine sozialtherapeutische Anstalt,</li> <li>3. die Zuweisung zu Wohngruppen und Behandlungsgruppen,</li> <li>4. den Arbeitseinsatz sowie Maßnahmen der beruflichen Ausbildung oder Weiterbildung,</li> <li>5. die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung,</li> <li>6. besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen,</li> <li>7. Lockerungen des Vollzuges und</li> <li>8. notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung.</li> </ol> <p>Die Vollzugspläne sind zeitnah nach Haftantritt zu erstellen und regelmäßig fortzuschreiben (Erwachsenenvollzug alle 6 Monate / Jugendvollzug alle 4 Monate). Das Modul Vollzugsplan ermöglicht die strukturierte Durchführung der Datenerhebung im Rahmen der Vorbereitung des Vollzugsplans (Behandlungsuntersuchung) und im Anschluss daran die Erfassung der Daten zur Vollzugsplanung. Hierbei liegt der Fokus insbesondere auf der Erfassung und regelmäßigen Überprüfung der geplanten Behandlungsmaßnahmen (Therapien, schulische- und berufliche Aus- und Weiterbildung pp.). Die Erfassung von Maßnahmen und die regelmäßige Überprüfung der Umsetzungsstände mittels SoPart Justiz trägt nicht nur zur Übersichtlichkeit bei, sondern ermöglicht durch statistische Auswertungsmöglichkeiten in elektronischer Form auch eine Evaluation der Maßnahmengestaltung in einer Justizvollzugsanstalt (Qualität und Quantität). Dies gewinnt im modernen Strafvollzug mehr und mehr an Bedeutung (vgl. § 97 Jugendstrafvollzugsgesetz SH)</p>
---	---------	---

**ITM** 2232020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen"  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Hard- und Software-Reinvestitionen auf Empfehlung der ITK vom 17.06.2004.

**ITM** 2236020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten.  
Durch das Projekt eJustizSH erfolgt im Jahr 2019 eine flächendeckende zeitgemäße IT-Ersatzausstattung in den Amtsgerichten des Landes.

**ITM** 2237020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten.  
Durch das Projekt eJustizSH erfolgt im Jahr 2019 eine flächendeckende zeitgemäße IT-Ersatzausstattung im Oberlandesgericht und in den Landgerichten des Landes.

**ITM** 2243010000  
**Bezeichnung** Lfd. Betrieb IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen innerhalb der +1 Infrastruktur  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der Justizvollzugseinrichtungen in der "+1 Infrastruktur" (finanzierte Dienststellen siehe Unterverfahren). Hierzu zählen allgemeine Betriebskosten und Supportleistungen durch Dataport, ergänzende Hard- und Softwarebeschaffungen sowie die Beschaffung von Geschäftsbedarf, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und sonstigen Gebrauchsgegenständen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Abschiebungshafteinrichtung in Rendsburg zugeordnet
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstellen "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
6	Jugendanstalt Schleswig	
7	Jugendarrestanstalt Moltsfelde	
8	Zentrale IT-Stelle Justizvollzug	

**ITM** 2246010000  
**Bezeichnung** Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
01	Laufender Betrieb/Fortbildung	Sicherstellung des laufenden Grundbetriebes für das Oberlandesgericht und die Landgerichte (z.B. Geschäftsbedarf und Dienstreisen) sowie insbesondere die Umsetzung des IT-Jahresfortbildungsprogramms für die gesamte Justiz.
02	Dienstverträge	Weiterhin sind Dienstleistungsverträge (z.B. E-Learning, Nutzung Videokonferenz-Infrastruktur oder Zugang zur Nutzung auf die Fernzugriffslösung FastViewer) zu finanzieren.
03	Ergänzungsausstattung	Planungen von ergänzender IT-Ausstattung sind ebenfalls zu berücksichtigen.

<b>ITM</b>	2333030000
<b>Bezeichnung</b>	Neue IT-Organisation Justiz (alt: Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz)
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / MJEVG - Justiz
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastrukturen

### **Beschreibung**

Die IT-Organisation der Justiz ist aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung mit deutlich geänderten und gestiegenen Anforderungen konfrontiert. Maßgeblich ist diese Entwicklung durch die in der Justiz Schleswig-Holsteins bereits flächendeckend erfolgreich vollzogene Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und den für die nächsten Jahre durch das Projekt eJustizSH geplanten Rollout der elektronischen Akten in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes induziert. Mit der Einführung der elektronischen Aktenführung werden die juristischen Fachprozesse durchgehend mit IT unterstützt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es das Gesamtziel des Projektes Neue IT-Organisation Justiz, die IT-Organisation der Justiz Schleswig-Holsteins (Gerichte und Staatsanwaltschaften) auf den Betrieb bzw. die Weiterentwicklung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung auszurichten. Außerdem soll die Organisation der Justiz-IT insgesamt für die neuen Anforderungen ertüchtigt werden.

Hierzu gehören:

- Ein strategischer Handlungsrahmen zur grundsätzlichen Steuerung der Justiz-IT,
- der Ausbau der Betreuung der Fachverfahren der Justiz,
- die Etablierung praktikabler, leistungsstarker und transparenter IT-Prozesse,
- die Umsetzung der im IT-Gesetz für die Justiz in Schleswig-Holstein formulierten Vorgaben,
- die Ausprägung des Informationssicherheitsmanagements unter Berücksichtigung der hierzu seitens der

Rechnungshöfe und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) definierten Mindestanforderungen und Standards,

- die adäquate, sowohl auf sicheren Betrieb als auch auf Entlastung der JustizIT ausgerichtete Einbeziehung von

Dataport als IT-Dienstleister,

- die Modernisierung des IT-Informationsmanagements einschließlich der Ausprägung eines IT-Berichtswesens zur kennzahlenbasierten Steuerung der JustizIT.

**ITM** 2334030000  
**Bezeichnung** Erwerb und Entwicklung Fachverfahren forumSTAR (Fachverfahren Amtsgerichte)  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Einführung der Fachanwendung forumSTAR, bestehend aus den Komponenten "Fachverfahren mit den einzelnen Modulen" sowie dem "Textsystem mit den notwendigen Formularen". Die Komponenten werden implementiert, konfiguriert und soweit erforderlich an landeseigene Anforderungen angepasst.

Die Fachanwendung soll schrittweise in allen schleswig-holsteinischen Gerichten und allen Instanzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit eingeführt werden. Abschluss im Jahr 2019.

Weiterhin sind hier die Haushaltsmittel für das Projekt „Entwicklung und Pflege eines gemeinsamen Fachverfahrens und die Vereinheitlichung der IT im Bereich der Justiz (GeFa). Hier streben die Landesjustizverwaltungen aller Bundesländer an, die Justizanwendungen der Gerichte und Staatsanwaltschaften so weit wie möglich zu vereinheitlichen. Entwicklung und Pflege im Länderverbund unter Federführung des Freistaates Bayern.

**ITM** 2389030000

**Bezeichnung** Einführung digitale Zeitwirtschaft und PEP in den Justizvollzugseinrichtungen

**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz

**Status** aktiv / nicht etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

In Abstimmung mit dem ZITSH wird das IT-Verfahren PrimeWeb um ein Modul für die Personaleinsatzplanung ergänzt. Die Finanzierung dieser Lösung erfolgt aus ITM 2324030000.

Die ITM 2389030000 soll nach Dafürhalten des MJEVG zur Abbildung etwaiger Kosten für die Gewährleistung des Restbetriebs der Altverfahren (ZEUS / SP-Expert) und bis zur Klärung der Abbildung der Kosten für künftige Anpassungen am Modul für die Personaleinsatzplanung bestehen bleiben.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstellen "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
5	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
6	Jugendanstalt Schleswig	
7	Jugendarrestanstalt Moltsfelde	

<b>ITM</b>	2390030000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Fachanwendung BASIS-Web
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / MJEVG - Justiz
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastrukturen

#### **Beschreibung**

BASIS-Web ist ein länderübergreifendes Projekt einer integrativen EDV-Organisationslösung zur Abwicklung der Aufgaben in Verwaltung und Vollzug der Justizvollzugseinrichtungen. Neben dem Land Schleswig-Holstein kommt BASIS-Web im Bereich des Justizvollzugs zwölf weiterer Bundesländer sowie im Großherzogtum Luxemburg zum Einsatz.

Die Fachanwendung unterstützt die Verwaltung der Gefangenenstammdaten einschließlich der Strafzeitberechnung und der zugehörigen Terminverwaltung. Aus diesen Angaben werden das Zugangsbuch und das Gefangenenbuch mit Daten versorgt. Darüber hinaus ist es ein wichtiges Instrument zur Verwaltung von Urlauben und Ausgängen, erzeugt die notwendigen Papiere und stellt sicher, dass die vorgeschriebenen Benachrichtigungen, z.B. der Polizei, erfolgen. Außerdem unterstützt die Fachanwendung die Anstalten bei der Abwicklung von Gefangenentransporten und bei den Pfortenbuchungen. Weiterhin dient die Fachanwendung BASIS-Web der Geldverwaltung der Gefangenen. Hierüber werden die Löhne verbucht, der Einkauf abgerechnet und die Forderungen gegen Gefangene abgewickelt. Außerdem werden über die Fachanwendung die Zahlstellen bei der Abwicklung der Sachkontobuchungen und des Geldverkehrs nach Landeshaushaltsordnung unterstützt. Die Fachanwendung ist auch maßgeblich für die Lohnabrechnung der Gefangenen. Von der Zeit- oder Leistungserfassung im Betrieb über die Verwaltung der sog. Lohnersatzleistungen. BASIS-Web unterstützt damit eine Vielzahl, aber nicht alle Arbeitsbereiche einer Justizvollzugsanstalt. Dementsprechend bestehen die Anforderungen, ergänzende EDV-Fachanwendungen zu betreiben. Als betroffene Aufgabenbereiche sind zu benennen "Durchführung und Dokumentation der Vollzugsplanung", "Kammer und Küchenverwaltung", "unternehmerische Abwicklung der Arbeitsbetriebe" und "anlassbezogene statistische Abfragen".

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstellen "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
6	Jugendanstalt Schleswig	

**ITM** 2392030000

**Bezeichnung** Nexus VeLis

**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

In den Justizvollzugseinrichtungen bestehen die Funktionsbereiche „Kammer“. Die Kammern sind zuständig für die Verwaltung der Ausstattungsgegenstände, die Gefangene anstaltsseitig während der Haft zur Verfügung gestellt bekommen. Hierzu zählen Anstaltskleidung, Bettwäsche, Hygieneartikel usw. Die in diesbezüglichen Bestandslisten (Lagerverwaltung) stellen die Grundlage für Materialbeschaffungen durch die Wirtschaftsverwaltungen der Justizvollzugseinrichtungen dar. Darüber hinaus ist die Kammer zuständig für die Verwahrung von Eigentum der Gefangenen, welches nicht auf den Haftraum verbracht werden darf oder aber aus disziplinarischen Gründen aus dem Haftraum entfernt wurde. Es handelt sich bei der sog. „Habe“ z.B. um Kleidung oder Elektroartikel. Die Bestände der Kammer an anstaltseigenen Gegenständen bzw. deren Ausgabe auf die Hafträume sowie die Habe der Gefangenen werden derzeit handschriftlich in Form von Karteikarten oder auch in Excel-Tabellen festgehalten. Dies führt sowohl im Ablauf der Verwaltung, als auch im vollzuglichen Ablauf zu suboptimalen Ergebnissen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	Der Dienststelle ist organisationsrechtlich die Außenstellen "Landesgut Moltsfelde" in 24598 Boostedt zugeordnet
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Justizvollzugsanstalt Itzehoe	
6	Jugendanstalt Schleswig	

**ITM** 2424010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung der Amtsgerichte SH  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Sicherstellung des lfd. IT-Betriebes in den Amtsgerichten.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
01	Laufender Betrieb	Sicherstellung des laufenden Grundbetriebes für die Amtsgerichte (z.B. Geschäftsbedarf, Fachfortbildungen und Dienstreisen).
02	Dienstverträge	Leistungsentgelte für die Pflege des Moduls für Familienrichter und Familienrichterinnen sowie den Betrieb des Intranet Web Servers.

<b>ITM</b>	2478030000
<b>Bezeichnung</b>	Nexus Web
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / MJEVG - Justiz
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

In den Justizvollzugseinrichtungen des Landes Schleswig-Holstein werden Gefangene in Arbeitsbetrieben beschäftigt. Der Beschäftigungsauftrag leitet sich ab aus bundesgesetzlichen (Strafvollzugsgesetz) und landesgesetzlichen (Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsgesetz) Regelungen und beinhaltet die Vermittlung, Erhaltung und Förderung der beruflichen Fähigkeiten der Gefangenen. Mit diesem Beschäftigungsauftrag verbunden sind u.a. die Annahme, Bearbeitung und Abrechnung von Aufträgen für die eigenen Liegenschaften, andere Behörden und Privatkunden, die Beschaffung von dafür notwendigem Material sowie die Dokumentation des Verbrauchs (Lagerbuchführung). Darüber hinaus sind Hauswirtschaftsbetriebe wie z.B. Wäschereien und Reinigungsdienste eingerichtet, zu deren Aufgaben die Versorgung der Gefangenen sowie die Unterhaltung der Liegenschaften zählen. Die Betriebsführung beinhaltet u.a. die Beschaffung und Verwaltung des benötigten Materials.

Die unter Federführung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen im Länderverbund entwickelte EDV-Fachanwendung NEXUS-Web dient der elektronischen Unterstützung der Arbeitsverwaltungen und –betriebe u.a. bei folgenden Aufgaben: Angebots-, Auftrags-, Lieferschein- und Rechnungsverwaltung, Vor- und Nachkalkulationen, Lagerverwaltung, Inventur, Materialeinkauf, Kunden- und Stammdatenpflege.

Dem Entwicklungsverbund gehören neben Nordrhein-Westfalen die Bundesländer Berlin, Bremen und Sachsen an. Mecklenburg-Vorpommern hat ebenfalls seinen Beitritt beschlossen. Zudem prüft das Bundesland Niedersachsen seinen Beitritt.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Justizvollzugsanstalt Kiel	
2	Justizvollzugsanstalt Lübeck	
3	Justizvollzugsanstalt Neumünster	
4	Justizvollzugsanstalt Flensburg	
5	Jugendanstalt Schleswig	

**ITM** 2500030000  
**Bezeichnung** Projekt eJustizSH  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Die Verpflichtung aus Artikel 69 Landesverfassung sowie den einschlägigen bundesrechtlichen Verfahrensvorschriften, den elektronischen Zugang zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes zum 1.1.18 zu eröffnen, ist fristgerecht erfüllt worden. Im nächsten Schritt sehen alle Verfahrensordnungen der Justiz vor, dass die Verfahrensakten spätestens ab dem 1.1.26 elektronisch geführt werden. Hierfür ist die elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung flächendeckend in der Justiz zu implementieren. Zu diesem Zweck wurde im MJEVG die erforderliche Projektstruktur geschaffen und unter Einbeziehung u. a. der Gerichte und Staatsanwaltschaften, der Personalvertretungen, des Zentralen IT-Managements und des ULD die Entscheidung für die EDV-technische Lösung VIS-Justiz getroffen. Die ursprünglich für die Justiz in Baden-Württemberg entwickelte Software wird innerhalb einer Länderkooperation fortentwickelt. Die flächendeckende Einführung bei den 41 Gerichten und fünf Staatsanwaltschaften wird technisch und organisatorisch vorbereitet und gerichtsbarkeitsweise umgesetzt. Bis Ende 2019 erfolgt die Einführung bei allen Arbeitsgerichten in Schleswig-Holstein; die Einführung in der Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit ist für 2020 vorgesehen. Sämtliche Arbeitsplätze der Justiz sowie alle Sitzungssäle werden den Anforderungen der elektronischen Aktenführung entsprechend angepasst und ausgestattet.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Kooperation eAS (E-Akte als Service)	<p>Die länderübergreifende Kooperation über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung verfolgt gemeinsam den Architekturansatz E-Akte als Service (eAS) auf Basis der Software-Lösung VIS-Justiz. Der Bundesgerichtshof und das Bundespatentgericht setzen ebenfalls VIS-Justiz ein und beteiligen sich derzeit informell in der Kooperation; wollen allerdings formell beitreten.</p> <p>In der Kooperation wird u. a. die Weiterentwicklung von VIS-Justiz erarbeitet und abgestimmt. Hierfür setzt die Kooperation Arbeitskreise zu konkreten Einzelthemen ein. Die gemeinsame Beauftragung von Weiterentwicklungen und Durchführungen notwendiger Tests und Abnahmen befindet sich derzeit in Klärung und soll etabliert werden.</p> <p>Auf Grund erheblicher Abhängigkeiten und Herausforderungen findet im Zusammenhang mit der Entwicklung der eStrafakte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Staatsanwaltschaften, der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Polizei statt.</p> <p>Die in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften eingesetzten Fachverfahren sind an VIS-Justiz anzubinden und im Hinblick auf die Einführung von elektronischen Akten ebenfalls anzupassen und weiterzuentwickeln.</p>
2	VIS-Justiz	<p>Zur Umsetzung der flächendeckenden elektronischen Aktenführung und Vorgangsbearbeitung in der Justiz wurde im MJEVG die erforderliche Projektstruktur geschaffen und unter Einbeziehung u. a. der Gerichte und Staatsanwaltschaften, der Personalvertretungen, des Zentralen IT-Managements und des ULD die Entscheidung für diese EDV-technische Lösung getroffen.</p> <p>Die ursprünglich für die Justiz in Baden-Württemberg entwickelte Software VIS-Justiz wird innerhalb einer Länderkooperation (eAS) fortentwickelt und gepflegt.</p>
3	WebScanSH	<p>Jeweils ab Einführung der führenden elektronischen Akte ist die weiterhin eingehende Papierpost für die elektronisch geführten Verfahren durch ersetzendes Scannen zu digitalisieren und an die elektronischen Akte zur Weiterbearbeitung zu übergeben. Zur Vermeidung einer doppelten Aktenführung hat dieses Scannen auf sicherem und standardisiertem Wege nach den Vorgaben der TR-RESISCAN des BSI zu erfolgen, um einen verlässlichen Scan für die elektronische Akte zu erhalten. Auch nach dem 1.1.20 ist weiterhin mit Papiereingängen zu rechnen, da sich die Verpflichtung zur elektronischen Einreichung nur auf sog. professionelle Einreicher (Rechtsanwälte, Behörden usw.) bezieht.</p>

**ITM** 2601030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Nutzung Haftraumkommunikationssystem  
**Ressort / Dst.** MJEVG / MJEVG - Justiz  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Bei der Umsetzung des Projektes soll es um die Bereitstellung von Gefangenen-telekommunikations- und Haftraummultimediasystemen gehen.

Im Zuge von Konzessionsvergaben werden die Hafträume der Justizvollzugseinrichtungen mit Haftraumtelefonie / Haftraummultimedia ausgestattet. Haftraummultimedia umfasst die Komponenten Radio/Fernsehen, E-Mailkommunikation und Zugriff auf Intranet- und Internetangebote.

<b>ITM</b>	2634030000
<b>Bezeichnung</b>	Nutzung Haftraumkommunikationssystem (Betrieb und Pflege)
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / MJEVG - Justiz
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastrukturen

**ITM** 2219030000  
**Bezeichnung** Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA  
(Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)

**Ressort / Dst.** MJEVG / GStA

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Sicherstellung des IT - Betriebes und des Einsatzes sowie der Fortentwicklung des Fachverfahrens MESTA, des Schreibwerks (FAME), des Druckes von Bescheiden aus MESTA über die Druckstraße Dataport, Verfahren im MESTA-Umfeld sowie weiterer Projekte (Zentralisierung MESTA-Schreibwerk (Filesystem), elektronische Akte) und den dazu erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	MESTA	Zentraler Betrieb von MESTA im Rz <sup>2</sup>
2	MESTA	MESTA-Pflege
3	Schreibwerk	Zentraler Betrieb des an MESTA angeschlossenen Schreibwerks im Rz <sup>2</sup>
4	Schreibwerk	Schreibwerk-Pflege
5	eGsV	Elektronische Geldstrafenvollstreckung
6	eOWi	Elektronisches Ordnungswidrigkeitsverfahren

**ITM** 2240020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein  
**Ressort / Dst.** MJEVG / GStA  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatzbeschaffungen: Beschaffung von Hard- und Software als Ersatz für zu regenerierende, vorhandene IT-Ausstattung

**ITM** 2425010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung der Generalstaatsanwaltschaften  
**Ressort / Dst.** MJEVG / GStA  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Sicherstellung des IT-Betriebs mit Informationstechnik der Staatsanwaltschaften des Landes Schleswig-Holstein

**ITM** 2241020000

**Bezeichnung** Beschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

**Ressort / Dst.** MJEVG / FG SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Beschaffung

**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatz von Hard - und Software zur Sicherstellung der IT - Infratsruktur.

**ITM** 2248010000  
**Bezeichnung** Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht  
**Ressort / Dst.** MJEVG / FG SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Sicherstellung des Lfd. IT - Betriebes im Schl. - Holst. Finanzgericht.

**ITM** 2233020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht  
**Ressort / Dst.** MJEVG / OVWG SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatzbeschaffung im Bereich der IT (Server, Clients, zentrale IT-Komponenten) bei den Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichten und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht sowie notwendige Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der Fachverfahren und sonstiger zentraler Dienste (z.B. Asyldokumentation, Zeiterfassungs- / Zutrittskontrollsysteme, elektronischer Rechtsverkehr, Faxserver [inkl. Anbindung Fachverfahren]).

Es sind keine gesonderten IT-Haushaltsmittel für das Landesverfassungsgericht zu berücksichtigen bzw. die Einrichtung einer eigenen IT-Maßnahme ist (zumindest derzeit) nicht erforderlich. Die in sehr geringem Umfang benötigten Haushaltsmittel bei IT-Geschäftsbedarf (511 43), externe Datenbanken (534 13) sowie PCs, Drucker etc. (812 46) sind über die über Ausstattung des OVGs gedeckt.

Für den Bereich zentraler IT-Komponenten ist das im Gebäude ebenfalls untergebrachte Sozialgericht Schleswig zu berücksichtigen.

**ITM** 2244010000

**Bezeichnung** Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht

**Ressort / Dst.** MJEVG / OVWG SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Grundversorgung

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht

<b>ITM</b>	2314030000
<b>Bezeichnung</b>	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)
<b>Ressort / Dst.</b>	MJEVG / OVWG SH
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Fortführung und Pflege des Verfahrens EUREKA-Fach als Fachanwendung für alle Fachgerichtsbarkeiten.

Das Programm EUREKA-Fach unterstützt alle Arbeitsplätze im Gericht mit einem einheitlichen Lösungsansatz. Einmal erfasste Verfahrens- und Beteiligendaten stehen allen Arbeitsplätzen zur Verfügung und können auf vielfältige Weise automatisiert genutzt werden. Zugleich erlaubt die Einbettung in eine Windows-Umgebung das Zusammenwirken mit Standardprogrammen.

EUREKA-Fach ist nunmehr in 14 von 16 Bundesländern an den Gerichten des Entwicklungsverbunds (bestehend aus: Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) als die Fachanwendung für die Fachgerichtsbarkeit im Einsatz und an den praktischen Bedürfnissen der Arbeitsplätze der Richterschaft und der Geschäftsstellen/ Serviceeinheiten ausgerichtet. Die Rechte an dem erstellten Quellcode liegen bei den am Entwicklungsverbund beteiligten Ländern.

Die für die Pflege des Verfahrens entstehenden Kosten werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels auf die beteiligten Bundesländer aufgeteilt.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Richterinnen / Richter	<ul style="list-style-type: none"> <li>•einen umfassenden Überblick über das eigene Dezernat, da die Möglichkeit besteht, hauseigene Statistiken und Übersichten anzufertigen und zu bearbeiten (z.B. Streitlisten der aktuell bearbeiteten oder bereits abgeschlossenen Verfahren mit vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten);</li> <li>•aktuelle Informationen über einzelne Verfahren (Beteiligte, Streitgegenstand, Sachzusammenhang zu anderen Verfahren, weitere Verfahren der selben Beteiligten, Fristen, Streitwert, Ausgang des Verfahrens, etc.);</li> <li>•die Möglichkeit, Termintage zu planen;</li> <li>•die Möglichkeit, mehrere Parallelverfahren im Zusammenhang zu bearbeiten;</li> <li>•die Möglichkeit, Urteile, Beschlüsse und Anschreiben unter Verwendung von Textbausteinen und Vorlagen selbst zu fertigen bzw. zu korrigieren und den richterlichen Kolleginnen und Kollegen oder der Serviceeinheit bzw. der Kanzlei zur weiter führenden / abschließenden Bearbeitung und ggf. zur Versendung bereit zu stellen</li> <li>•die Möglichkeit, Verfügungen direkt am Bildschirm zu entwerfen;</li> <li>•die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit mit den richterlichen Kolleginnen und Kollegen sowie mit den Serviceeinheiten in Form des Daten- und Textaustausches unter Verwendung von Mail-systemen.</li> </ul>
02	Serviceeinheiten, Geschäftsstellen, Kanzleien	<ul style="list-style-type: none"> <li>•die Aktenverwaltung und –bearbeitung aus einer Programmmaske heraus (alles auf einen Blick) und somit die Möglichkeit, Informationen häufig sofort ohne Aktensuche an Richterinnen und Richter oder Verfahrensbeteiligte zu erteilen;</li> <li>•die Möglichkeit der Anfertigung und Weiterverarbeitung von richterlichem Schriftgut, Verfügungen und Terminprotokollen in enger Zusammenarbeit mit den Abteilungsrichterinnen und –richtern, ins-besondere die Übernahme von Entwürfen;</li> <li>•eine Vereinfachung des Ladungsgeschäftes;</li> <li>•die elektronische Führung von Registern, Kalendern, Übersichten und Statistiken;</li> <li>•eine elektronische Adresskartei aller Verfahrensbeteiligten;</li> <li>•die Erstellung von Kostenrechnungen und (in einigen Ländern) eine Datenübergabe an das Haus-halts- und Kassenprogramm.</li> </ul>
03	Verwaltung der Gerichte	<ul style="list-style-type: none"> <li>•die Unterstützung von planerischen und koordinatorischen Aufgaben (Saalbelegung, amtliche und hausinterne Statistik etc.);</li> <li>•Unterstützung des Personals in der Arbeitsform „Serviceeinheit“.</li> </ul>
04	Bürgerinnen/Bürger/andere Behörden	<ul style="list-style-type: none"> <li>•durch die Rationalisierungsmöglichkeiten einen beschleunigten Verfahrensablauf;</li> <li>•die Möglichkeit, sofort Auskünfte zu erhalten, weil die Akten bei Anfragen nicht immer herbeigezogen werden müssen.</li> </ul>

**ITM** 2250020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit  
**Ressort / Dst.** MJEVG / LAG SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Planmäßige Ersatzausstattung der Arbeitsgerichte gemäß dem vorgegebenen Ausstattungszyklus der IT-Kommission

**ITM** 2251010000

**Bezeichnung** Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

**Ressort / Dst.** MJEVG / LAG SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Grundversorgung

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Aufbau und Betrieb einer gerichtsspezifischen EDV-Anwendung für Arbeitsplätze im Richter-, Rechtspfleger-, Kanzlei- sowie sonstigem Servicebereich in der schleswig-holsteinischen Arbeitsgerichtsbarkeit

**ITM** 2234020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen Sozialgerichtsbarkeit  
**Ressort / Dst.** MJEVG / LSG SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Austausch bestehender Hardware incl. Betriebssystem- und Softwareupdates

**ITM** 2245010000  
**Bezeichnung** Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit  
**Ressort / Dst.** MJEVG / LSG SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes im Landessozialgericht und in den 4 Sozialgerichten.  
Das beinhaltet u. a. Beschaffung von Hard- und Software, Geschäftsbedarf, Fortbildung und Werksverträge.

**ITM** 2225030000

**Bezeichnung** Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

**Ressort / Dst.** MJEVG / AG SL

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Haushaltsmittel für das Betreiben des automatisierten Mahnverfahrens im EDA – Verfahren (ELEKTRONISCHER DATENAUSTAUSCH) und via Internet (PROFIMAHN) sowie BELEGVERFAHREN und BARCODEVERFAHREN.

In Schleswig-Holstein ist seit dem 16. September 2002 das automatisierte Mahnverfahren (AMV) in landesweiter Zuständigkeit des Amtsgerichts Schleswig eingeführt, d.h. zugelassene Antragsteller und Antragstellerinnen können Mahnbescheids- und Folgeanträge über einen elektronischen Datenaustausch (EDA) einreichen.

Das Amtsgericht Schleswig bietet zusätzlich das so genannte Belegverfahren an. Diese Verfahrensart setzt das gesetzlich vorgeschriebene maschinenlesbare Antragsformular voraus, welches z.B. im Schreibwarenhandel erhältlich ist. Das Belegverfahren ist die Standardvariante für Antragssteller und Antragstellerinnen, die nicht zu dem elektronischen Datenaustausch (EDA) zugelassen sind. Dieses Verfahren ersetzt die bisherige Nutzung des fünfseitigen Durchschreibesatzes. Der Belegvordruck ist hand- oder maschinenschriftlich auszufüllen und an das Amtsgericht Schleswig zu übersenden.

Ferner besteht die Möglichkeit des Online-Mahnbescheidantrags ([www.Online-Mahnantrag.de](http://www.Online-Mahnantrag.de)). Er bietet für gelegentliche Antragsteller und Antragstellerinnen sowie Privatpersonen, die keine Mahnsoftware besitzen, die Möglichkeit, den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides zu Hause am PC einzugeben, vom Programm vorprüfen zu lassen und als Barcode-Antrag (ohne Belegvordruck) oder auf dem Antragsformular auszudrucken. Dieser ist dann auch auf dem Postwege an das Mahngericht Schleswig zu übersenden.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Europäisches Mahngericht	Alle Bundesländer haben im September 2009 eine Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung und den Betrieb des Europäischen Mahngerichts Deutschlands geschlossen. Das Amtsgericht Wedding (Berlin) nimmt die Aufgabe zentral für alle Amtsgerichte wahr.

# Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

## Inhalt

2252030000 Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) .....	240
2252030000 .....	240
2256030000 Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS).....	241
2256030000 .....	241
2260020000 Basisinfrastruktur - Beschaffungen .....	242
2260020000 .....	242
2268010000 Basisinfrastruktur .....	243
2268010000 .....	243
2394030000 IT-Plattform Badegewässer .....	244
2394030000 .....	244
2428030000 Heimaufsicht .....	245
2428030000 .....	245
2506030000 Betrieb und Pflege einer landesweiten Kita-DB .....	246
2506030000 .....	246
2561030000 Krankenhausanalyse und -Informationssystem (KrAnIS) .....	247
2561030000 .....	247
2595030000 Stiftung Familie in Not.....	248
2595030000 .....	248
2623030000 DigiProg 2019: Erweiterung Kita-DB.....	249
2623030000 .....	249
2624030000 DigiProg 2019: ChatBots im Integrationsamt.....	250
2624030000 .....	250
2625030000 DigiProg 2019: WebPortal Eingliederungshilfe .....	251
2625030000 .....	251
2626030000 DigiProg 2019: Digitalisierung der Pflegeinfrastruktur .....	252
2626030000 .....	252
2627030000 DigiProg 2019: Demenzwegweiser.....	253
2627030000 .....	253
2628030000 Krankenhaus-Versorgungssimulator.....	254
2628030000 .....	254
2652030000 Landesweite Kita-DB (Marketing) .....	255
2652030000 .....	255

2253030000	Bearbeitung von Erziehungsgeld, Elterngeld und Betreuungsgeld .....	256
2253030000	.....	256
2254030000	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG).....	257
2254030000	.....	257
2255030000	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid) .....	258
2255030000	.....	258
2257030000	Länderübergreifende zentrale Trinkwasser Datenbank (ZTEIS).....	259
2257030000	.....	259
2263020000	Beschaffungen der IT-Basisinfrastruktur.....	260
2263020000	.....	260
2270010000	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur .....	261
2270010000	.....	261
2335030000	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz) .....	262
2335030000	.....	262
2414030000	Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG).....	263
2414030000	.....	263
2496030000	KITA-Geld.....	264
2496030000	.....	264
2555030000	IT-basiertes Anmeldeverfahren für Prostituierte nach dem ProstSchG .....	265
2555030000	.....	265

**ITM** 2252030000  
**Bezeichnung** Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz (IFAS) unterstützt die wiederkehrenden Vorgänge in der Einzelfallbearbeitung im Arbeitsschutz. Das Produkt IFAS besteht aus diversen Modulen, die unterschiedliche Teilbereiche im Arbeitsschutz abdecken.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Betriebskataster	In S-H werden etwa 140.000 Betriebe vom Arbeitsschutz überwacht. Dieses Grundmodul ist die Adressdatenbank
2	GAED	Gewerbeärztlicher Dienst, Medizinischer Arbeitsschutz durch die Landesgewerbeärzte
3	RSA	Risikoorientierte Besichtigungsstrategie im Arbeitsschutz, RSA legt anhand des Gefährdungspotentials der Betriebe die Reihenfolge der Überprüfungen durch die Mitarbeiter des Arbeitsschutzes fest.
4	SIS	Sicherheit im Straßenverkehr, im Wesentlichen Überprüfung von Lenkzeiten von LKW-Fahrern und daraus resultierende Bußgeldverfahren
5	MyIFAS	Zugriff auf die Unfallverhütungsvorschriften der BG Chemie und Regelwerk
6	STRL	Strahlenschutz, im Wesentlichen Prüfung von Röntgenanlagen und Erlaubnisse für deren Betreiber.

<b>ITM</b>	2256030000
<b>Bezeichnung</b>	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)
<b>Ressort / Dst.</b>	MSGJFS / MSGJFS
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die Verfahrensgruppe OASIS/ EDAS wird eingesetzt zur Automatisierung von Aufgaben im Bereich der Integrationsämter, diese fördern und sichern die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben. Diese Aufgaben sind im Sozialgesetzbuch (SGB IX), insbesondere in §§ 81 (4), 84 und 102 festgelegt. Die Integrationsämter erheben und verwenden die Ausgleichsabgabe und führen den besonderen Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen sowie die begleitende Hilfe im Arbeitsleben durch. Mit ihren Leistungen unterstützen sie die Arbeitgeber, ihren besonderen Pflichten bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nachzukommen. Ziel ist es, schwerbehinderte Menschen dauerhaft auf geeigneten Arbeitsplätzen einzugliedern. Die Integrationsämter leisten nachrangig nach den Trägern der Rehabilitation, sie dürfen deren Leistungen nicht aufstocken. Die Leistungen der Integrationsämter sind rechtlich und fachlich mit denen der übrigen Leistungsträger - auch mit denen der Bundesanstalt für Arbeit - verzahnt.

OASIS/EDAS dienen insbesondere zum Einzug der Ausgleichsabgabe, Dokumentation von Integrationsvereinbarungen mit Unternehmen, der Projektverfolgung, der Terminüberwachung und der Unterstützung bei den Aufgaben im Bereich Kündigungsschutz. Diese Funktionen setzen heute eine intensive und nur noch auf elektronischer Basis beruhende Kommunikation mit zentralen Datenbanken und insbesondere mit der Bundesagentur für Arbeit, die Komponenten des Verfahrens entwickelt hat, voraus. Daten der Bundesagentur für Arbeit stehen nur noch in einer speziellen elektronisch abrufbarer Form zur Verfügung. Aus diesem Grund, hat sich das LASD dem bundesweitem Verbund der OASIS-Nutzer angeschlossen. Eine Durchführung wichtiger Aufgaben der Integrationsämter ist nur unter Nutzung des Verfahrens möglich.

**ITM** 2260020000

**Bezeichnung** Basisinfrastruktur - Beschaffungen

**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Beschaffung

**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatzbeschaffung im Rahmen der Basisinfrastruktur.

**ITM** 2268010000  
**Bezeichnung** Basisinfrastruktur  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH  
**Beschreibung**  
Betrieb der Basisinfrastruktur

**ITM** 2394030000  
**Bezeichnung** IT-Plattform Badegewässer  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

In S-H gibt es ca. 330 Badestellen, die nach EU- und Landesrecht beständig auf Krankheitserreger überwacht werden. In der Badegewässerdatenbank werden diese Badestellen aufgelistet inklusive aktueller Messwerte zur Wassergüte. Die Pflege der Daten erfolgt durch die zuständigen Kommunen, dem LAsD und dem Ministerium (Kooperation Land - Kommunen). Die so erfassten Daten stellen die Grundlage zur Erfüllung der Berichtspflichten gegenüber der EU und der Information der Bevölkerung durch den Internetauftritt Badewasserqualität.

**ITM** 2428030000  
**Bezeichnung** Heimaufsicht  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das Sozialministerium ist für die Genehmigung und Überwachung von Kindertagesstätten, Kinderheimen und ähnlichen Einrichtungen in seiner Funktion als Landesjugendamt verantwortlich. Diese Einrichtungen (ca. 2000 Stück) müssen dem Landesjugendamt regelmäßig (mehrmals im Jahr) Bestandsmeldungen übermitteln. Es werden Daten zu den Beschäftigten, der Auslastung der Einrichtung u.ä. abgegeben. Diese Daten werden für die laufende Überwachung der Einrichtungen benötigt. Insbesondere beim Personal gibt es eine große Fluktuation. Bis 2013 werden diese Meldungen in Form von Papierformularen erstattet und mussten per Hand in die vorhandene SQL-Datenbank eingegeben werden. Im Rahmen der Maßnahme wurde diese manuelle Meldung und Erfassung auf eine elektronische, automatisierte Form umgestellt. Hierzu wird das Government Gateway als Zugangspunkt genutzt.

**ITM** 2506030000  
**Bezeichnung** Betrieb und Pflege einer landesweiten Kita-DB  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen (KiTaG) ist verabschiedet. Somit dürfen die Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen die zu erfassten Daten in einem gemeinsamen Verfahren i.S.v. § 8 LDSG einpflegen und nutzen.

Die Eltern erfahren tagesaktuell, wo Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, die Kommunen erkennen Doppel- und Mehrfachanmeldungen und erhalten so eine Grundlage für die Planung und Sicherstellung des erforderlichen Betreuungsangebotes und die Kitas werden u.a. durch die automatische Erstellung von Statistiken und durch andere Verwaltungsfunktionen entlastet. Das Online-Portal ersetzt nicht die persönliche Vorsprache der Eltern in der Kita.

Das Kita-Portal macht Voranmeldungen möglich, die Platzvergabe und der Abschluss des Betreuungsvertrages erfolgen weiterhin in der Kita.

Mit dieser IT-Maßnahme wird der Betrieb und die Pflege des Verfahrens KiTa-DB geregelt.

**ITM** 2561030000  
**Bezeichnung** Krankenhausanalyse und -Informationssystem (KrAnIS)  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** unbekannt  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Für die Vergütung der allgemeinen Krankenhausleistungen wurde für die deutschen Krankenhäuser gemäß § 17b Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) ein durchgängiges, leistungsorientiertes und pauschalierendes Vergütungssystem eingeführt. Grundlage hierfür bildet das G-DRG-System (German-Diagnosis Related Groups-System), wodurch jeder stationäre Behandlungsfall mittels einer entsprechenden DRG-Fallpauschale vergütet wird. Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK GmbH) stellt den Ländern statistische Daten zu Fällen und Abrechnung zur Verfügung, die von den Ländern als Grundlage für die zukünftige Planung genutzt werden. Diese ITM dient der Finanzierung der notwendigen digitalen Infrastruktur zur Nutzung dieser Daten.

**ITM** 2595030000  
**Bezeichnung** Stiftung Familie in Not  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** unbekannt  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** unbekannt

**Beschreibung**

Die Stiftung "Familie in Not" vergibt zinslose Darlehen an Familien, die unverschuldet in Notlagen geraten sind (z. Zt. ca. 200 Darlehen).

**ITM** 2623030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Erweiterung Kita-DB  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die Weiterentwicklung der Kita-Datenbank soll 2019 fortgeführt werden. Ziel ist die Einführung einer verpflichtenden Teilnahme bei der Vergabe von Kitaplätzen bis zum Ende der Legislaturperiode. Darüber hinaus soll langfristig die Finanzierung von Kindertagesstätten und der Tagespflege über die Kita-DB abgebildet werden. Bis 2019 soll der Ausbau der Funktionalität der Online-Kommunikation zwischen Trägerschaften und Verwaltungen auf der Plattform möglichst medienbruchfrei umgesetzt sein. Zukünftig werden Online-Meldungen (Personalmeldungen) und das Erstellen von Statistiken ermöglicht.

**ITM** 2624030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: ChatBots im Integrationsamt  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Das MSGJFS sieht vor, bei der Bearbeitung elektronischer Eingänge im Integrationsamt können ergänzende Angebote intelligenter Softwareanwendungen in Form von Chat-Bots einzusetzen. Dies soll die Integration von Menschen mit Handicap in den Arbeitsmarkt unterstützen und damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten. Es sollen somit der Bereich des Beschwerdemanagement mit der D115 und einem Chat-bot kombiniert werden, um zur besseren und schnelleren Informationsauskunft beitragen zu können.

**ITM** 2625030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: WebPortal Eingliederungshilfe  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) kommen große Veränderungen auf die Leistungsberechtigten, Leistungsträger und Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe zu. Beispielhaft vollzieht sich ein Systemwechsel in 2020, bei dem die Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen getrennt werden. Daher stellt das Sozialministerium umfassende Informationen zum Leistungsangebot der Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein für Leistungsberechtigte zur Verfügung. Unter besonderer Berücksichtigung steht hierbei der Einbezug von Menschen mit Behinderung. Für eine erfolgreiche Umsetzung und zur Sicherung des Betriebs strebt das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren eine Umsetzung eines Webportals an. Angesichts der Anforderung zur Umstrukturierung des stationären Bereichs ist in 2019 die Schaffung eines Webportals „Eingliederungshilfe SH“ als gemeinsame Plattform der Leistungsträger und der Leistungserbringer geplant.

**ITM** 2626030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Digitalisierung der Pflegeinfrastruktur  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Ziel der Maßnahme ist die Ergänzung von bisher in einem analogen Kontext erbrachten Unterstützungs- und Beratungsaufgaben um digitale Formen (dazu zählt schwerpunktmäßig der Beratungsauftrag von KIWA). In einem weiteren Schritt sollen dann im Rahmen eines Modellprojektes die Möglichkeiten von durch Technik unterstützten Wohnens durch den Aufbau einer digital gestützten Quartiersarbeit (z.B. unterstützende Nachbarschaften) geprüft werden. Hier soll die Frage betrachtet werden, welche Digitalisierungsstrategie bzw. welcher Technikeinsatz als gemeinschaftsfördernd betrachtet werden kann.

**ITM** 2627030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Demenzwegweiser  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Das Projekt umfasst die Entwicklung und Etablierung einer umfassenden sowie mittels Künstlicher Intelligenz (KI) stetig aktuellen Online-Datenbank mit bekannten regionalen Hilfs- und Unterstützungsangeboten, insbesondere für Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen im ländlichen Bereich. Im Späteren soll es zur Erweiterung des Datenbankangebots auf Hilfsangebote für weitere geeignete Kreise pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen; ggf. Entwicklung einer dazugehörigen App kommen.

**ITM** 2628030000  
**Bezeichnung** Krankenhaus-Versorgungssimulator  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die Simulator Software mit integrierter Datenbank ermöglicht es, die Versorgungsstrukturen für die ambulante und stationäre Versorgung zu analysieren. Damit können bei Veränderungen im Rettungsdienst, in der Krankenhauslandschaft und in der ambulanten Versorgung die Auswirkungen auf die Bevölkerung analysiert werden und zügig entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung ergriffen werden. Zudem ist dieses Analyseinstrument notwendig um in einem Vorprojekt die Voraussetzungen für die geplante Einführung eines Kapazitätsnachweises im Rettungsdienst (IVENA) zu prüfen. Darüber hinaus erfolgt durch die Firma Trinovis eine gutachterliche Beratungsleistung.

**ITM** 2652030000  
**Bezeichnung** Landesweite Kita-DB (Marketing)  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / MSGJFS  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Seit dem 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch für unter dreijährige Kinder, der sich gegen die Kreise und kreisfreien Städte richtet. Ziel der landesweiten KiTa-DB ist es, den Anbietern und Finanzierern von Betreuungsplätzen im Land ohne Anschluss- und Benutzungszwang mit einem niedrigschwelligem Angebot die Möglichkeit zu geben, ihre Betreuungsangebote abzustimmen und zu optimieren. Bei der Auswertbarkeit der Daten steht die Steuerung der Angebote durch die Stadt / Gemeinde als Träger / Finanzierer der Einrichtung im Vordergrund. Alle Beteiligten haben einen hohen Nutzen von diesen Daten. Die schon vorhandenen KiTa-Managementsysteme sollen daher durch definierte Schnittstellen an die Landesweite KiTa-DB angebunden werden um Doppeleingaben zu vermeiden.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
	Zentrale Stelle SozMin	Die Aufgabe der Zentralen Stelle ist auf das MSGWG übertragen worden. Es wurde ein Lenkungsgremium eingesetzt, dem jeweils eine Person der KLV vorsitzt, des MSGWG sowie des ZIT SH angehört. Dataport hat hierfür die Geschäftsführung übernommen.

<b>ITM</b>	2253030000
<b>Bezeichnung</b>	Bearbeitung von Erziehungsgeld, Elterngeld und Betreuungsgeld
<b>Ressort / Dst.</b>	MSGJFS / LAsD SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Das LAsD zahlt Elterngeld für Mütter und Väter.

Es hat das Erziehungsgeld abgelöst und unterstützt Familien im ersten Lebensjahr des Neugeborenen bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlage.

Die Höhe des Elterngeldes orientiert sich an dem vorherigen Nettoeinkommen und hat damit den Charakter einer Lohnersatzleistung.

Ersetzt werden in der Regel 67 Prozent des entfallenden Nettoeinkommens, mindestens aber 300 Euro bis maximal 1800 Euro monatlich. Die max. mögliche Bezugsdauer beträgt insgesamt 14 Monate.

Die Elterngeldmonate können von den Eltern nacheinander aber auch gleichzeitig beansprucht werden oder bei gleichem Gesamtbudget auf die doppelte Bezugsdauer gedehnt werden.

Jeder Elternteil muss einen Antrag auf Elterngeld stellen.

Elterngeld wird rückwirkend maximal für 3 Lebensmonate vpr dem Monat der Antragstellung gezahlt.

Das Verfahren ermöglicht insbesondere die elektronische Berechnung, die Bescheidschreibung, die Zahlbarmachung des Elterngeldes sowie die Fristenüberwachung.

Gem. § 32b des Einkommensteuergesetzes unterliegt das Elterngeld dem Progressionsvorbehalt. Das Verfahren ermöglicht hierfür das Auslesen und die Erstellung der Datensätze sowie die Datenübermittlung an die Finanzverwaltung.

**ITM** 2254030000  
**Bezeichnung** Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die Maßnahme dient zur elektronischen Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschriften des Schwerbehindertenrechtes, d.h. auf Basis eines Antrages werden gesundheitliche Behinderungen, gleich, auf welcher Ursache sie beruhen, und deren Auswirkungen (Grad der Behinderung -GdB-) festgelegt, Feststellungsbescheide erstellt und gegebenenfalls Schwerbehindertenausweise (GdB ab 50) ausgestellt. Der Einsatz des Verfahren brachte eine erhebliche Verkürzung der Antragsbearbeitungszeiten von ehemals 4 bis 5 Monaten auf heute durchschnittlich unter 3 Monaten. Des Weiteren können heute telefonische Informationanfragen der Antragsteller durch Verfügbarkeit einer elektronischen Akte erheblich schneller beantwortet werden. Nur durch die elektronische Fertigung von Ausweisen und Feststellungsbescheiden konnten bei gleicher bzw. bereits reduzierter Anzahl von Mitarbeitern (im Bereich der Schreibdienste und der Sachbearbeitung in den Schwb-Abschnitten) wesentlich gestiegene Antragszahlen bewältigt werden. Ein Umstellung der Antragsbearbeitung auf manuelle Abwicklung würde die Durchlaufzeiten der Anträge vervielfachen, wobei ausserdem zu berücksichtigen ist, dass bereits heute nicht mehr alle Sacharbeiter über das Wissen verfügen manuell Anträge zu bearbeiten.

<b>ITM</b>	2255030000
<b>Bezeichnung</b>	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)
<b>Ressort / Dst.</b>	MSGJFS / LAsD SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

### **Beschreibung**

Die Verfahren KOV/Prosidi ermöglichen die elektronische Bearbeitung von Anträgen im Bereich des Sozialen Entschädigungsrechts. Im Vordergrund des SER stehen auch heute noch die Leistungen an die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebene nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Darüber hinaus werden Leistungen auch für geschädigte Personen aufgrund von Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für entsprechend anwendbar erklären, erbracht:

z.B. für Bundeswehresoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz;

Zivildienstleistende nach dem Zivildienstgesetz;

Impfgeschädigte nach dem Bundesseuchengesetz;

ehemalige politische Häftlinge nach dem Häftlingshilfegesetz;

Opfer von Gewalttaten nach dem Opferentschädigungsgesetz usw.

Durch die Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht. Elektronische Unterstützung in diesen Bereichen gab es teilweise schon in den 70-Jahren, sie wurde aber durch Einsatz des KOV / Prosid-Verfahrens wesentlich effizienter und kostengünstiger.

Ab 2012 fällt unter diese Maßnahme ebenfalls das Verfahren zur Bearbeitung von Ansprüchen und Verfahren nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG). Das Verfahren ermöglicht die Bearbeitung von Anträgen und Verfahren auf Versorgungsleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) einschließlich Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen. Sollten Leistungen nach dem OEG entstehen werden diese durch das KOV/Prosidi Verfahren erbracht.

### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Opferentschädigungsgesetz (OEG)	Bearbeitung von Anträgen und Verfahren auf Versorgungsleistungen nach dem OEG einsch. Geltendmachung und Durchsetzung von daraus resultierenden Schadensersatzansprüchen.

**ITM** 2257030000

**Bezeichnung** Länderübergreifende zentrale Trinkwasser Datenbank (ZTEIS)

**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**  
Länderübergreifende Badegewässer-und Trinkwasserdatenbank

**ITM** 2263020000

**Bezeichnung** Beschaffungen der IT-Basisinfrastruktur

**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** Beschaffung

**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung:** Beschaffung von HW + SW für das LAsD SH gem. Vorgaben der ITBK

**ITM** 2270010000  
**Bezeichnung** Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

In der ITM sind veranschlagt, die Ausgaben für Geschäftsbedarfe (z.B. Toner, Tastaturen, Mäuse, usw.) und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Aus- und Fortbildung sowie Dienstreisen der IT-Mitarbeiter und Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen.

<b>ITM</b>	2335030000
<b>Bezeichnung</b>	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)
<b>Ressort / Dst.</b>	MSGJFS / LAsD SH
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Der Landtag hat im Rahmen eines Kinderschutzprogrammes eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein (§ 7a Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder) beschlossen.

Nach dem Gesetz soll eine Zentrale Stelle Schleswig-Holsteins (das LAsD) die gesetzlichen Vertreter der Kinder, deren Früherkennungsuntersuchungen U 4 bis U 9 bevorstehen, zur Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung einladen und gegebenenfalls mit Fristsetzung erinnern. Ärztinnen und Ärzte, die Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt haben, haben dies der Zentralen Stelle unverzüglich mitzuteilen. Soweit nach Ablauf einer Frist keine ärztliche Bestätigung über die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung vorliegt, hat die Zentrale Stelle den zuständigen Kreis zu informieren.

Diese Maßnahme ist ein Teilbereich verschiedener Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsdienstgesetzes und zum Kinderschutzgesetz. Dazu gehören:

- Einrichtung einer zentralen Stelle beim LASD
- Landesprogramm „Schutzengel“
- Landesprogramm „Willkommen im Leben“
- Kinderschutztelefon
- Fortbildung
- Sachverständigenbeirat und Landeskinderschutzbericht

Näheres siehe Anlage Programm\_Kinderschutz.doc

**ITM** 2414030000  
**Bezeichnung** Verfolgung Ordnungswidrigkeiten (OWiG)  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (OWiG) nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und Bundeselterngehalt und Bundeselternzeitgesetz (BEEG). Ermittlung von Sachverhalten (Anhörung) bis zur Erstellung von Bußgeldbescheiden einschließlich verfahrensrechtlicher Statistiken.

Das LAsD ist in Schleswig-Holstein zuständig für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach

§ 121 Sozialgesetzbuch - Elftes Buch (SGB XI),  
§ 14 des Bundeselterngehaltgesetzes, § 15 des Gesetzes über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens (HWG),  
§ 97 des Arzneimittelgesetzes (AMG),  
§ 25 des Gesetzes über das Apothekenwesen (APoG),  
§ 32 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG),  
§ 42 des Medizinproduktegesetzes (MPG),  
§ 7 des Gesetzes über die Weiterbildung in Gesundheitsfachberufen (GFBWBG),

und den jeweils dazu erlassenen Verordnungen.

**ITM** 2496030000  
**Bezeichnung** KITA-Geld  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die Landesregierung fördert den Besuch von Kindertageseinrichtungen von Kindern unter 3 Jahren durch die Gewährung eines monatlichen Zuschusses von 100 €. Es wurde ein elektronisches Antragsverfahren entwickelt, das zur Antragsverarbeitung, Bescheiderstellung, und Zahlung sowie dem Rückforderungsmanagement dient. Daher ist der Einsatz auch noch über das geplante Ende des Förderzeitraumes vonnöten.

**ITM** 2555030000  
**Bezeichnung** IT-basiertes Anmeldeverfahren für Prostituierte nach dem ProstSchG  
**Ressort / Dst.** MSGJFS / LAsD SH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Umsetzung eines einheitlichen IT-basierten Anmeldeverfahrens für Prostituierte nach Maßgabe des ProstSchG sowie der ProstAV u. ProstStatV des Bundes einschließlich Ausstellung einheitlicher Anmeldebescheinigungen/Aliasbescheinigungen und einer Bescheinigung über die erfolgte behördliche Gesundheitsberatung (Abschnitt 2 des ProstSchG) sowie Datenerfassung, -verarbeitung und -übermittlung

# Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

## Inhalt

2275030000 IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung.....	268
2275030000 .....	268
2284020000 Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (MELUR).....	269
2284020000 .....	269
2294010000 Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR).....	270
2294010000 .....	270
2396030000 Fachanwendungen Umwelt .....	271
2396030000 .....	271
2397030000 Fachanwendungen K3-Umwelt.....	277
2397030000 .....	277
2398030000 Übergreifende Fachanwendung Cadenza/Gistern.....	281
2398030000 .....	281
2426030000 Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz) .....	282
2426030000 .....	282
2444030000 ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport.....	283
2444030000 .....	283
2562030000 Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV-SH ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis").....	284
2562030000 .....	284
2614030000 DigiProg 2019: Digitaler Datenaustausch Landwirtschaft und Verwaltung .....	285
2614030000 .....	285
2615030000 DigiProg 2019: Implementierung digitaler Hilfsmittel zur amtlichen digitalen Einzeltierkennzeichnung.....	286
2615030000 .....	286
2616030000 DigiProg 2019: Schaffung eines Nutzerportals "Kommunikationsplattform Landwirtschaft" .....	287
2616030000 .....	287
2292020000 Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LLUR) .....	288
2292020000 .....	288
2299010000 Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR).....	289
2299010000 .....	289
2278030000 Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz .....	290
2278030000 .....	290

2287020000 Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LKN) .....	292
2287020000 .....	292
2298010000 Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN) .....	293
2298010000 .....	293
2285020000 Beschaffungen und Updates für die IT-Infrastruktur .....	294
2285020000 .....	294
2295010000 Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR) .....	295
2295010000 .....	295
2416010000 Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor) .....	296
2416010000 .....	296
2417020000 Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor) .....	297
2417020000 .....	297
2515030000 Fachverfahren Landeslabor .....	298
2515030000 .....	298

<b>ITM</b>	2275030000
<b>Bezeichnung</b>	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / MELUND
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die Mehrländerkooperation „Zahlstellen und InVeKoS-Agrarförderung“ (ZIAF) bildet die IT-Unterstützung für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) der Europäischen Union. Sie hat den rechtskonformen und effizienten Vollzug des Gemeinschaftsrechts der EU im Bereich der Agrarförderung und im Rahmen dessen u. a. die ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungen an die Antragsteller sicherzustellen.

Die Verfahrensentwicklung erfolgt in weiten Teilen im ZIAF-Verbund (Ausnahme: landesspezifische Förderprogramme) zusammen mit den Ländern BW, BB, HH, MV und ST auf der Grundlage eines abstimmt Anforderungsmanagements und der Lizenzierung entsprechender Kostenteilung.

Das Verfahren wird unter Einhaltung eines hohen Schutzbedarfes BSI-zertifiziert im RZ-Dataport betrieben. Das IT-System beinhaltet eine verzweigte Client-Server Umgebung. Die Administration eines Großteils der Clients wird Dataport übernommen. Der Zugriff vom Client auf die im RZ betriebenen Server und Applikationen erfolgt von verschiedenen Organisationen unter Einsatz der VPN-Technologie über mehrere Netze.

Für das ZIAF-Verfahren (profil c/s, ravel c/s) werden von den Herstellern (Dataport und data experts) Programmpakete geliefert, die auf den unterschiedlichen Systemen (Qualitätssicherung, Produktion und Schulung) nach festen Regeln getestet, installiert und dokumentiert werden. Durch Überwachung des Abnahmeverfahrens wird gewährleistet, dass nur getestete und freigegebene Programme zur Anwendung gelangen.

**ITM** 2284020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (MELUR)  
**Ressort / Dst.** MELUND / MELUND  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Ministeriums zur IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im MELUND eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

**ITM** 2294010000  
**Bezeichnung** Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)  
**Ressort / Dst.** MELUND / MELUND  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik: Hard-, Software und (in geringem Umfang) Fachverfahren, soweit die dazugehörige Software (z. B. Datenbanken) verfahrensübergreifend genutzt wird.

<b>ITM</b>	2396030000
<b>Bezeichnung</b>	Fachanwendungen Umwelt
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / MELUND
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Umweltdaten stellen eine wesentliche Basis für die Wahrnehmung gesetzlicher Vollzugsaufgaben und für die Erfüllung der bestehenden umfangreichen Informations- und Berichtspflichten dar. Sie sind Grundlage für Planungen und Verwaltungsentscheidungen und unverzichtbare Voraussetzung, um Aussagen zur Entwicklung von Umweltmedien und Ökosystemen treffen zu können.

In fachspezifischen Informationssystemen werden Daten zu diversen Umweltthemen erhoben, gespeichert und zur Aufgabenerledigung zur Verfügung gestellt.

Eine umfassende öffentliche Bereitstellung von Umweltdaten und -informationen aus den Fachanwendungen Umwelt erfolgt im Internetauftritt der Landesregierung im Themenportal Landwirtschaft und Umwelt. Hierdurch wird gleichzeitig der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) gewährleistet.

Das dezentrale IT-Management im MELUND steuert und koordiniert den Aufbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung der Fachanwendungen sowie der fachübergreifenden Komponenten.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Technischer Umweltschutz: Abfallwirtschaft	<p>Zur schnelleren Handlungsfähigkeit ihrer gemeinschaftlichen Interessen haben die GADSYS-Länder die Geschäftsstelle "InformationsKoordinierende Stelle Abfall DV-Systeme (IKA)" eingerichtet. Die Aufgaben der IKA werden von der Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfall des Landes Schleswig-Holstein (GOES) wahrgenommen.</p> <p>Der Vertrag (Verwaltungsvereinbarung) für die Gemeinsamen Abfall DV-Systeme (AFIS, ASYS, eAEV, ZKS), kurz GADSYS, ist mit der Unterzeichnung aller 16 Bundesländer am 01. August 2004 in Kraft getreten.</p> <p>Der Verbund der GADSYS-Länder verfolgt folgende Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•Aufbau, Nutzung und Weiterentwicklung gemeinsamer Programme,</li> <li>•Organisation des bundesweiten Datenverbundes,</li> <li>•Datenaustausch zur Minimierung des Arbeitsaufwands,</li> <li>•Datenbereitstellung einer länderübergreifenden Abfallstromüberwachung und</li> <li>•Bewirtschaftung eines eigenen von den Ländern zur Verfügung gestellten Etats (vgl. Anlagen, Jahresfinanzierungspläne des LAG GADSYS).</li> </ul>
2	Technischer Umweltschutz: Gefahrstoffe/Anlagen	<p>Zu diesem Bereich gehören u.a. der Support sowie die Aktualisierung und Weiterentwicklung für LIS-A. Die LIS-A Gruppe ist eine Kooperation aus 8 Bundesländern die gemeinsam das LänderInformationssystem für Anlagen entwickelt haben. Es unterstützt die Immissionsschutzbehörden u.a. bei der Durchführung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren, bei der Anlagenüberwachung sowie bei der Störfallvorsorge. ELiA als Unterverfahren von LIS-A ist ein Kooperationsprojekt der Länder Niedersachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Schleswig-Holstein und wird gemeinsam mit der Industrie und Fachverbänden weiterentwickelt. ELiA ist eine IT-Lösung, um die Genehmigung einer Industrieanlage nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zu beantragen. Mit ihr können Betriebe, bzw. die von ihnen beauftragten Ingenieurbüros, den sehr umfangreichen Antrag elektronisch erstellen und verschlüsselt und authentifiziert versenden.</p> <p>Die Kosten für Pflege, Betrieb, Hosting und Finanzierung von PRTR (lt. VKoopUIS) werden auch im Bereich "Gefahrstoffe/Immissionsschutz" veranschlagt. ePRTR ist ein elektronisches Pollutant Release and Transfer Register (Elektronisches Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister). ePRTR ist ein DV-System zur jährlichen Datenerfassung, Plausibilitätsprüfung und Veröffentlichung PRTR sowie Berichterstattung zum E-PRTR an die EU.</p> <p>Die Pflege und das Hosting für GSBL im Internet gehört auch zum Bereich "Gefahrstoffe/Immissionsschutz". Das Bundesumweltministerium (BMUB) betreibt gemeinsam mit den Umweltministerien von 14 Ländern (alle Länder außer Brandenburg und Bayern) auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahr 1994 den Gemeinsamen zentralen Stoffdatenpool GSBL – die mittlerweile größte und bedeutendste Chemikalien-Informationsquelle der deutschen Verwaltung.</p>

3	Technischer Umweltschutz: Lufthygienische Überwachung SH	<p>Sie hat die Aufgabe, die Luftqualität zum Beispiel durch Messungen zu ermitteln, Veränderungen festzustellen und die Ursachen der Veränderungen zu analysieren.</p> <p>Schwerpunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Messung der Luftschadstoffkonzentrationen und Ermittlung der Stoffeinträge (Staubniederschlag, Schwermetalle) in Schleswig-Holstein</li> <li>- Lokale Messungen der Luftschadstoffkonzentrationen (Immission) in der Nähe von Industrieanlagen und an Verkehrsschwerpunkten</li> <li>- Information der Öffentlichkeit über aktuelle Luftschadstoffkonzentrationen (zum Beispiel Ozon)</li> <li>- Weitergabe von Luftschadstoffdaten und Beurteilung der Luftqualität in Schleswig-Holstein zur Berichterstattung an die Bundesregierung und die EU</li> <li>- Prüfung der Erforderlichkeit und Konzeption von Luftreinhalteplänen (zuständig für die Aufstellung dieser Pläne ist das MELUND)</li> <li>- Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung der Luftbelastung über lange Zeiträume</li> <li>- Untersuchungen, ob Handlungsbedarf zur Verbesserung der Luftschadstoffsituation besteht (zum Beispiel im Vorweg von Verordnungen).</li> </ul> <p>Grundlagen:</p> <p>Nationale Regelungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bundes-Immissionsschutzgesetz</li> <li>- 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchV)</li> <li>- TA Luft</li> </ul> <p>Europäische Union:</p> <p>2008/50/EG, EU-Richtlinie-2008-50-EG vom 28. August 2015 zur Änderung bestimmter Anhänge der Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Referenzmethoden, Datenvalidierung und Standorte für Probenahmestellen zur Bestimmung der Luftqualität, EU-Richtlinie-2015/1480, 2004/107/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 über Arsen, Kadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (4. Tochterrichtlinie), EU-Richtlinie-2004-107-EG, Durchführungsbeschluss der Kommission vom 12. Dezember 2011 mit Bestimmungen zu den Richtlinien 2004/107/EG und 2008/50/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Austausch von Informationen und die Berichterstattung über die Luftqualität, 2011/850/EU, Europäische Kommission-Implementation of ambient air quality legislation  <a href="http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/index.htm">http://ec.europa.eu/environment/air/quality/legislation/index.htm</a></p>
4	Technischer Betrieb des Umweltdatenservers und Internetkosten	Der Betrieb der auf dem Umweltdatenserver betriebenen Fachverfahren wird hier sichergestellt. Durch eine entsprechende zentrale Datenhaltung- und Präsentation über das Landesportal SH wird der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Umweltinformationen gemäß Informationszugangsgesetz (IZG) gewährleistet.
5	Agrar- und Umweltbericht im Landesportal	Service und Pflege der Daten zum Agrar- und Umweltbericht (insbesondere die umfangreiche Agrarstatistik sowie Umweltatlas, Lärm- und Energieatlas und Feldblockfinder) im Landesportal SH, generiert aus den Umweltdatenbanken (Umweltdatenserver bei Dataport)
6	Metadatenerfassung und Pflege	Preludio, ein Projekt der Bund- Länderkooperation VKoopUIS, wird für die Metadatenerfassung und -pflege eingesetzt. Preludio wird in zwei unterschiedlichen Ausprägungen für die Metadaten des LLUR (VdU-SH) und des LKN (NoKIS) genutzt. Preludio enthält aktuell Profile für Geometadaten und Geodienste.

7	Forst-GIS SH und STK-WEb Info-Dienst	Pflege und Betrieb des Internetportals "Forst-GIS-SH" und der STK-WEB-Info-Dienst (forstliche Standortkartierung)
8	Softwarepflege/-wartung	Softwarepflege und -wartungsverträge für verschiedene Umweltverfahren
9	Bodeninformationssystem (BODIS)	<p>Im Bodeninformationssystem (BODIS) werden boden- und geologiebezogene Grunddaten sowie Daten über anthropogene Einwirkungen auf den Boden und den geologischen Untergrund bereitgestellt.</p> <p>Die Erhebung, Integration, Auswertung und Bereitstellung dieser Sach- und Raumbezugsdaten in einem datenbankgestützten Informationssystem, mit der Möglichkeit numerischer Auswertungen und räumlich-thematischer Verschneidungen, stellt eine zentrale Entscheidungshilfe für umweltfachliche/umweltpolitische Fragestellungen und Maßnahmen (z.B. Bodenschutz, Grundwasserschutz, Naturschutz), bei Interessenkonflikten in der Nutzung des Naturraumpotentials (Grundlagen für Raumordnung und Fachplanungen) sowie für die Ressourcennutzung und Potentialanalyse zur Nutzung des Untergrundes dar und dient darüber hinaus der Erfüllung verschiedener gesetzlicher Vorgaben zu Berichts- und Informationspflichten (Geodatenzugangsgesetz, INSPIRE etc.).</p> <p>Das Bodeninformationssystem stellt gemäß eines länderübergreifenden Systemkonzeptes landesweit Boden und Geologie bezogene Daten und Methoden zur Verfügung. Die Umsetzung erfolgt stufenweise. Beim Aufbau wird darüber hinaus die Integration in das übergeordnete Agrar- und Umweltinformationssystem des MELUR sowie in die Geodateninfrastruktur des Landes berücksichtigt.</p> <p>Das Landesbodenschutzgesetz bildet eine zentrale rechtliche Grundlage für den Aufbau und Betrieb des Bodeninformationssystems durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume als obere Bodenschutzbehörde und Geologischer Dienst. Dieses Gesetz regelt weiterhin, dass landesweit raumbezogene Daten über Bodenaufbau und –verbreitung, Bodenzustand und –beschaffenheit sowie Bodenentwicklung und –veränderung im Bodeninformationssystem zu erfassen und bewerten sind.</p>

10	Landschaftsinformationssystem (LANIS)	<p>Zur Arbeit im Naturschutz gehört die Wahrnehmung essenzieller Aufgaben wie Bestandserhebungen und Erfassungen freilebender höherer Tier- und Pflanzenarten mit ihren wesentlichen Lebensgemeinschaften und Lebensräumen sowie deren Veränderungen. Hinzu kommen Dokumentationen, Planungs- und Genehmigungsverfahren, die fachliche Beratung von Behörden, Informationspflichten gegenüber der Öffentlichkeit sowie spezielle Zuständigkeiten in Zusammenhang mit Bundesverordnungen und Verordnungen der Europäischen Union.</p> <p>Seit 1987 wird zur Unterstützung dieser Aufgaben das rechnergestützte Landschaftsinformationssystem Schleswig-Holstein Lanis-SH betrieben. Es bildet die Datengrundlage für die Naturschutzarbeit in Schleswig-Holstein.</p> <p>Das Lanis-SH enthält im Wesentlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Dokumentation und fachliche Grundlagendaten zu den gesetzlich geschützten Flächen und Landschaftsbestandteilen,</li> <li>- die Dokumentation von Projektgebieten und weiteren Flächen des Naturschutzes,</li> <li>- Flächen- und Verbreitungskartierungen (Biotopkartierung), Dokumentation gesetzlich geschützter Flächen nach § 30 Bundesnaturschutz i. V. m. § 21 Landesnaturschutzgesetz, CIR-luftbildgestützte Biotoptypen- und Nutzungstypenkartierung, Verbreitungsdokumentation repräsentativer Tier- und Pflanzenarten (Fundortdaten und Rote Listen),</li> <li>- Grundlagendaten zu Entwicklungsmorphologischen und vegetationskundlichen Aspekten (naturräumliche Gliederung, Moorkataster),</li> <li>- das aus den Erkenntnissen der verschiedenen Kataster abgeleitete Planungsinstrument "Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem Schleswig-Holstein",</li> <li>- Standardschlüssellisten für Fachdaten (Biologische Arten, Kartierungs-codes, synoptische Schnittstellen für externe Schlüsselsysteme).</li> </ul> <p>Primär dienen die Teilkomponenten des Lanis-SH zur Erfüllung der spezifischen Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege. Basisdaten wie zum Beispiel die Standardschlüsselliste der biologischen Arten, die naturräumliche Gliederung, Gemeindedaten, aber auch jede höher aggregierte Fachinformation können wiederum als Grundlagenreferenz oder zur thematischen Verschneidung mit Fragestellungen anderer Fachbereiche dienen.</p>
11	Digitaler Bildflug	Beteiligung am digitalen Bildflug des LVerGeo aufgrund von abweichenden Anforderungen des MELUND, LKN.

<b>ITM</b>	2397030000
<b>Bezeichnung</b>	Fachanwendungen K3-Umwelt
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / MELUND
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Unter der Bezeichnung K3-Umwelt werden IT-Fachverfahren und Datenbanken aus dem Umweltbereich verstanden, die zur Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben sowohl von Landesdienststellen als auch von den Kommunen als unteren Landesbehörden eingesetzt werden.

Um die Entwicklung von IT-Anwendungen für den Bereich Umwelt- und Naturschutz in den Kommunen und beim Land wirtschaftlich und effektiver zu gestalten, wurde 1996 die Kooperationsvereinbarung Umwelтанwendungen abgeschlossen. Mit der Vereinbarung verabredeten die Kooperationspartner eine Arbeitsteilung bei Weiterentwicklung, Pflege, Betrieb, Bereitstellung und Support des Softwarepaketes „K3-Umwelt“ für die Bearbeitung öffentlicher Umweltaufgaben in Schleswig-Holstein. Diese langjährig bewährte Kooperation wurde im Jahr 2009 in geänderter Form fortgesetzt und zu einer „Kooperationsvereinbarung Fachinformationssysteme (VKoopFIS, s. Anlage) weiterentwickelt. Erforderlich wurde die Veränderung, weil die bisherige Vereinbarung lediglich Aufgaben umfasste, deren Erledigung ausschließlich mit der Softwarelösung „K3-Umwelt“ erfolgte. Die Folgevereinbarung ist nunmehr grundsätzlich auf alle Aufgabenfelder im Geschäftsbereich des MELUND und auf alle Verwaltungsebenen anwendbar. Ziel der neuen Vereinbarung (wie auch der bisherigen) ist es, für eine wirtschaftliche Erledigung von Aufgaben, die auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung wahr genommen werden, einheitliche Softwareverfahren einzusetzen, sofern über die Entwicklungsziele und die Kostenverteilung Einvernehmen besteht. Dies umfasst sowohl die Abstimmung bei der Auswahl oder Entwicklung von Softwareprodukten als auch eine kooperative Vorgehensweise bei der Bereitstellung, dem Betrieb, der Pflege und dem Support von Fachinformationssystemen. Entscheidungen über weitere Entwicklungen werden jeweils innerhalb eines Lenkungsausschusses, der zwei Mal pro Jahr tagt, getroffen.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	K3-Umwelt (Grund- und zentrale Module)	Adressen, Standorte, Nachrichten, Messstellen, Schlüssellisten und Schnittstellen
2	K3-Umwelt (Biotope)	Biotope, Kataster gem. §25 Abs. 5 LNatSchG gesetzlich geschützter Biotope
3	K3-Umwelt (Biotopkartierung)	Bereitstellung, Aufbereitung und Präsentation von Informationen im Rahmen der Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU
4	K3-Umwelt (Eingriff/Ausgleich-EA)	Eintragungen der Eingriffs- / Ausgleichsflächen durch die zust. Unteren Naturschutzbehörden der Kreise gem. § 12 Abs. 7 LNatSchG
5	K3-Umwelt (Ökokonto)	Eintragungen der Ökokonto-Flächen durch die zust. unteren Naturschutzbehörden der Kreise, §12 Abs. 7 LNatSchG
6	K3-Umwelt (Flächenmanagementkataster-FMK)	Flächenkataster für ungenutzte bzw. mindergenutzte Flächen, BauGB § 200 Abs. 3
7	K3-Umwelt (Klärschlammkataster)	Zur Umsetzung der Dokumentations- und Nachweispflichten sowie zur Führung des Klärschlammkatasters gem. Klärschlammverordnung (§§ 3, 4,7 und 8 AbfKlärV)
8	K3-Umwelt (Abwassermodule)	Grundstücksentwässerung, Industrieabwasser, Kommunales, Abwasser, Regenwasser, Daten und Karten zur Behandlung von Kommunalem Abwasser nach LWG, Wasserhaushaltsgesetz (Wasserbuch)
9	K3-Umwelt (Grundwassermodule)	Grundwasserstandsdaten und Stammdaten von- Landesmessstellen (WRRL Überwachung mengenmäßiger Zustand) nach WRRL, WHG, LWG, Wassersicherstellungsgesetz
10	K3-Umwelt (Wasserrecht)	Modul zur Unterstützung der unteren zuständigen Wasserbehörden bei der Erteilung, Erfassung und Darstellung von Gewässerbenutzungen auf der Grundlage wasserrechtlichen Bescheiden. Führung des Wasserbuches. Ist über direkte Schnittstellen mit dem K3-Umwelt Modulen Abwasser und Grundwasser verknüpft, in denen dann auch die fachlichen Sachdaten erfasst werden. Wegen dieser programmtechnischen Einbindung gilt es auch nicht als eigenständiges Modul sondern wird bei den Fachmodulen behandelt.
11	K3-Umwelt (Boden- und Altlastenkataster)	Altlasteninformationssystem nach § 5 Abs. 2 LBodSchG.
12	K3-Umwelt (Toolbox)	Kein eigenständiges Modul, sondern eine Software. Mit dieser ist die Erstellung von individuellen Anwendungen für das System K3-Umwelt möglich. Übergreifende Anwendungen werden von MELUND vorgegeben.
13	K3-Umwelt (VAwS/AwSV)	Verwaltung von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen
14	K3-Umwelt (Cadenza)	Kein eigenständiges Modul, sondern eine Software, die im gesamten K3-Umwelt-System als einheitliches Recherche- und Analysewerkzeug eingesetzt wird.

15	K3-Umwelt (Maßnahmendatenbank II)	<p>Die MDBII ist ein Planungs-, Dokumentations- und Finanzierungsinstrument, das den Entstehungs- und Abwicklungsprozess von der Maßnahmenidee über Finanzierungsaspekte bis zur Abnahme und Effizienzkontrolle einer Maßnahme begleitet und an diesen Prozess beteiligte Institutionen und Personenkreise (staatliche und kommunale Behörden, Wasser- und Bodenverbände) einbindet.</p> <p>Das K3-Umwelt Modul MDBII stellt das Basissystem für die Sachdatenverwaltung der MDBII in den einzelnen Modulen (Maßnahmenplanung, Finanzierung, Flächensicherung, Auswertung/EU-Reporting) dar und nutzt die Software Cadenza als Recherche- und Analysewerkzeug.</p> <p>Für die GIS-Anbindung wird die WaFIS-Fachanwendung Amtliches Wasserwirtschaftlichen Gewässerverzeichnis SH (AWGV) auf Basis von ArcGIS/ArcSDE genutzt.</p>
16	K3-Umwelt Badegewässerdatenbank	<p>Führen eines Badegewässerinformationssystems durch das MSGFG in Kooperation mit dem MELUND hinsichtlich des technischen Betriebs:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Dokumentation der jeweiligen Badegewässer-qualität und der Badegewässerprofile,</li> <li>- Unterstützung der Überwachungsaufgaben,</li> <li>- Veröffentlichung der Information für die Öffentlichkeit und zur Erfüllung von Berichtspflichten</li> </ul> <p>nach Richtlinie 2006/7/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung.</p>

**ITM** 2398030000

**Bezeichnung** Übergreifende Fachanwendung Cadenza/GIsterm

**Ressort / Dst.** MELUND / MELUND

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

In dieser Maßnahme werden Aufwendungen für Vorhaben oberhalb der eigentlichen Fachinformationssystem-Ebene sowie Entwicklung von Fachverfahren, welche auf der Cadenza-Technologie basieren, nachgewiesen.

Disy cadenza ist ein Kooperationsprojekt, das im Rahmen der Bund/Länder Kooperation UIS (VKoopUIS) durchgeführt wird. Die VKoopUIS, der ca. 17 oberste Behörden des Bundes und der Länder angehören, verfolgt das Ziel, bei der Konzeption und Entwicklung von Software für Umweltinformationssysteme kooperativ und synergetisch zusammen zu arbeiten. Softwareentwickler im KooUIS-Projekt Cadenza/GIsterm ist die Firma disy Informationssysteme GmbH, die über eine Public Private Partnership die Systementwicklung von Cadenza/GIsterm sicherstellt.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Pflegebudget	Die Basispflege ergibt sich aus den Absprachen laut VKoopUIS und Projektdatenblatt. Gilt für Desktop-Version und WEB-Version sowie für Mobile.
	Support	Unterstützungsleistung zur Sicherstellung des Betriebs im MELUND, LKN und LLUR.
	Produktweiterentwicklung	Weiterentwicklung Software und Entwicklung von Fachverfahren auf Basis Cadenza.

**ITM** 2426030000

**Bezeichnung** Fachanwendung Balvi (Verbraucherschutz)

**Ressort / Dst.** MELUND / MELUND

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Balvi iP ist ein Softwaresystem zur behördlichen Überwachung im Lebensmittel- und Veterinärbereich.

Es integriert die gesetzlich definierten Überwachungsbereiche der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung in Form von einzelnen Programmmodulen, die alle auf denselben standardisierten Daten arbeiten.

Zentraler Bestandteil des Programms ist das Betriebsstättenregister, in dem alle überwachungspflichtigen Betriebsstätten und die zugehörigen Verantwortlichen vorgehalten werden. Jeder Betriebsstätte können in BALVI iP verschiedene Tätigkeiten aus unterschiedlichen Fachbereichen des behördlichen Verbraucherschutzes (z. B. Lebensmittelüberwachung oder Tierseuchenüberwachung) wie Kontrollen, Probenahmen und Untersuchungen zugeordnet werden. Deren Ergebnisse fließen gemeinsam mit der tätigkeitsbezogenen Risikoklasse der Betriebsstätte in die automatisierte Risikobeurteilung ein. Auf Grundlage dieser Risikobeurteilung generiert das System Kontrollfristen bzw. Untersuchungstermine und unterstützt somit die Terminverwaltung. Die einzelnen Programmmodule von BALVI iP unterstützen unterschiedliche Prozesse der Überwachungstätigkeiten aus den Überwachungsbereichen der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung und Futtermittelsicherheit.

BALVI iP in Schleswig-Holstein stellt die fachspezifischen Module Lebensmittelüberwachung und Weinkontrolle, Tierseuchenüberwachung, Tierschutzkontrolle, Fleischhygieneüberwachung, Gebühren- und Vergütungsabrechnung für die Fleischhygieneüberwachung, Tierische Nebenprodukte, Tierarzneimittelkontrolle und Futtermittelsicherheit zur Verfügung. Zusätzlich dazu sind die fachübergreifenden Module Adressverzeichnisse, Qualitätsmanagement der Lebensmittel- und Veterinärüberwachung, Krisenmanagement (für die Fachbereiche Lebensmittel und Futtermittel) und Mobile Datenerfassung, bspw. zur Erfassung der Kontrolldaten (im Aufbau ) integriert.

BALVI iP bietet eine Vielzahl von Schnittstellen zu verwandten IT-Systemen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Tierseuchennachten (TSN)	Die Vorsorge und Bekämpfung von Tierseuchen spielt weltweit eine große Rolle. Das bundeseinheitlichen Tierseuchenmelde- und Krisenmanagementsystem TSN (TierSeuchenNachrichten) ist eine vom Friedrich-Löffler-Institut (FLI) entwickelte Software und dient bundesweit als amtliches Meldesystem für Tierseuchen und einheitliches Werkzeug zur Krisenbewältigung im Tierseuchenfall. Das Programm wird den Bundesländern kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Software soll 2016 in den technischen Betrieb von BALVI-IP im Dataport RZ integriert werden.

**ITM** 2444030000

**Bezeichnung** ZeBIS – zentraler Betrieb der Informationssysteme bei Dataport

**Ressort / Dst.** MELUND / MELUND

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

In dieser Maßnahme werden Kosten für den Betrieb und Weiterentwicklung einer IT Infrastruktur im Rechenzentrum RZ<sup>2</sup> bei dataport unter Berücksichtigung der spezifischen Anforderung des MELUND zur nachhaltigen Sicherstellung eines effizienten und effektiven Betriebs der Fachinformationssysteme sowie eines zentralen Datenpools (DWH) für Reporting- und Auswerteaufgaben ausgewiesen.

Es ist ein grundschutzkonformer Betrieb zu realisieren, langfristig wird mit freiwerdenden Ressourcen (Personal und Hardware) gerechnet.

Der Entwicklung im Personalbereich und der Entwicklung der Haushaltssituation soll hiermit Rechnung getragen werden.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Cadenza fachübergreifend in RZ <sup>2</sup>	Cadenza dient als Präsentations-, Auswertungs- und Berichtssystem.
002	Zentraler Datenpool (DWH)	Aufbau einer fachübergreifenden, zentralen Datenhaltungskomponente (Fachdaten und Geodaten) zur Erfüllung von Berichtspflichten, Auswertungen und zur Bürgerbeteiligung auf Basis von standardisierten Web-Schnittstellen.
003	Metadatenverwaltung (GDI-SH konform)	Betrieb der Metadatenhaltungskomponente im Ressort zur Bedienung interner und externer Anfragen (DWH-Schnittstelle).
004	Aufbau von Fachclustern	Entwicklung und Betrieb von Fachinformationssystemen im Rechenzentrum bei dataport einschließlich einem fachlichen und technischen Verfahrensmanagement.
005	Zentraler Portaleinstieg (CMS)	Konzeption zum Aufbau eines zentralen Portaleinstieges, um DWH-Inhalte adressatengerecht zur Verfügung zu stellen.

<b>ITM</b>	2562030000
<b>Bezeichnung</b>	Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV-SH ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis")
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / MELUND
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Die IT-Maßnahme AWGV-SH soll der Finanzierung der Modernisierung und Weiterentwicklung des IT-Verfahrens AWGV ("Amtliches Wasserwirtschaftliches Gewässerverzeichnis AWGV-SH") als eines im Dataport-Rechenzentrum RZ<sup>2</sup> betriebenes wasserwirtschaftliches Fachinformationssystem auf Basis moderner und zukunftsfähiger Technologien dienen. Aufgrund der Komplexität und Relevanz des IT-Verfahrens zur Erfüllung von Gesetzen und Richtlinien (Landeswassergesetz, Wasserrahmenrichtlinie, Hochwasserrichtlinie, INSPIRE-RL,...) soll dieses IT-Verfahren in einer eigenen ITM finanziell transparent bewirtschaftet werden.

Seit 2002 wurden fortlaufend aufgrund von neuen fachlich-rechtlichen Vorgaben funktionale Anforderungen in das Fachinformationssystem aufgenommen und die Betriebsfähigkeit des Systems sichergestellt. Wesentliche nicht funktionale Eingriffe beschränkten sich auf die Zentralisierung des ursprünglich dezentral (2002-2007) betriebenen Systems auf eine zentral betriebene ABS 1.5-Infrastruktur bei dataport (2007-2009), den Betrieb einer datenbankbasierten Geodatenhaltung inklusive Übersetzung des Quellcodes für neuere GIS- (ArcGIS) und Datenbanksoftware (Oracle) (seit 2009), die Umstellung des Koordinatensystems auf UTM (seit 2012) und den Umzug in zwei neue Rechenzentrumsbereiche („ABS 2.0“ 2013-2015, „RZ<sup>2</sup>“ seit 2015). Wegen dieser aufwändigen Arbeiten und aufgrund von neuen fachlich-rechtlichen Vorgaben und deren funktionaler Umsetzung standen in den vergangenen 14 Jahren keine Ressourcen für eine grundlegende Konsolidierung des Systems zur Verfügung.

Im Rahmen der IT-seitigen Umsetzung (PRINCE2) sollen die strategischen Ziele des MELUND wie Standardisierung und Konsolidierung (gemäß ZeBIS), die Datenanbindung an das DataWareHouse und die Verwendung von OpenSourceProdukten (Datenbanken, WeBservices) verfolgt werden.

**ITM** 2614030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Digitaler Datenaustausch Landwirtschaft und Verwaltung  
**Ressort / Dst.** MELUND / MELUND  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Projekt Nr. 58:

Die vielfältigen Berührungspunkte zwischen Landwirtschaft und Agrarverwaltung beinhalten – nicht nur im Sonderfall der „elektronischen Antragstellung“ – immer auch einen Datenverkehr (z.B. Erfassung und Kontrolle von Messdaten, Zugriff auf Daten und Informationen zur Vorbereitung und Dokumentation von Vor-Ort-Kontrollen, statistische Erhebungen etc.).

<b>ITM</b>	2615030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Implementierung digitaler Hilfsmittel zur amtlichen digitalen Einzeltierkennzeichnung
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / MELUND
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Projekt Nr. 49:

Erstellung einer praxisorientierten Studie in der Milchkuhhaltung zur Verbesserung der Tiergesundheit; hier: Implementierung digitaler Hilfsmittel einschließlich amtliche digitale Einzeltierkennzeichnung

Bei wachsenden Bestandsgrößen, haben Rinderhalter in Tierhaltung und -pflege einen erheblichen Mehraufwand für die tierindividuelle Identifizierung, Überwachung, Ablaufsteuerung und Dokumentation. Diese Maßnahmen dienen gleichermaßen Tiergesundheit, Tierwohl und Verbrauchersicherheit. In Schleswig-Holstein werden ca.430.000 Rinder p.a. tierindividuell gekennzeichnet. Zur Bewältigung dieser Aufgabenstellung im Interesse von Wertschöpfungskette und Verbraucher trägt zusätzlich die Zusammenführung und Vernetzung mit zahlreichen einzeltierbezogenen Daten aus anderen Quellen erheblich bei.

Die technische Einbeziehung von Sensorik verringert nicht nur den manuellen Aufwand. Wichtiger ist die konsequente Erfassung und Auswertung von Kontrollparametern zum einzelnen Tier und die Dokumentation der daraufhin ergriffenen Maßnahmen. Solche Erhebungen sollen im Betrieb durch Software-gestützt vom Tierhalter gesammelt, plausibilisiert und ausgewertet werden. Die verbesserte Transparenz soll in ein konsistentes Reporting zu Tiergesundheit und Tierwohl in den gehaltenen Tiergruppen münden. Tiergesundheitliche Warnparameter sollen dem Tierhalter ermöglichen proaktiv bzw. frühzeitig durch geeignete Maßnahmen (Diagnostik, Prophylaxe/Prävention, Therapie) zu intervenieren. Erwartet wird eine verbesserte Nachvollziehbarkeit und optimierte betriebliche Steuerung, welche das Tierwohl (= angestrebte Prozessqualität in der Nutztierhaltung) und die Qualität für Verbraucher absichern und steigern.

<b>ITM</b>	2616030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Schaffung eines Nutzerportals "Kommunikationsplattform Landwirtschaft"
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / MELUND
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Projekt Nr. 56:

Die derzeitigen Kommunikationswege sollen zu einem digitalen Daten- und Informationsaustausch zwischen Landwirtschaftsverwaltung und Landwirten im "stile" einer Kommunikationsplattform / (Verwaltung-Antragsteller-) Nutzerportal modernisiert werden.

Das System soll neben der Digitalisierung, Information, Benachrichtigung und bilateralen Kommunikation der Verwaltung mit dem Antragsteller, Prozesse sowie fachliche Regularien für die Antragstellung implementieren (bspw. formale Vorgaben und Fristen). Es beinhaltet alle grundsätzlichen Wege, Prozesse und konzeptionell technische Grundlagen in Anbetracht rechtlicher und nicht rechtlicher Regelungen.

Mit der Verordnung (EU) Nr. 2018/746 erlaubt die EU-Kommission ausdrücklich im Rahmen des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems den Einsatz neuer Technologien.

**ITM** 2292020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LLUR)  
**Ressort / Dst.** MELUND / LLUR  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst seit 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MELUND auch ehemals eigenständige Dienststellen.

**ITM** 2299010000  
**Bezeichnung** Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)  
**Ressort / Dst.** MELUND / LLUR  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesamtes. Die im LLUR Flintbek und den Außenstellen eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst seit 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MELUND auch ehemals eigenständige Dienststellen.

<b>ITM</b>	2278030000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz
<b>Ressort / Dst.</b>	MELUND / LKN
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

### **Beschreibung**

In dieser Maßnahme werden Aufwände für das Datenmanagement sowie für den Betrieb und Entwicklung von Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) nachgewiesen.

Zur Zeit handelt es sich hierbei im Wesentlichen um die Softwarekomponenten Cadenza und Haddock sowie die IT-Systeme VisiLink und MDI-DE / MDI-SH.

Die Auswertepattform "Cadenza" dient zum Recherchieren, Analysieren und Visualisieren von (Geo-) Daten und ermöglicht auch den Zugriff für die Öffentlichkeit.

Bei der Software Haddock der Uni Rostock handelt es sich um ein modulares Programmsystem mit gekoppelter SQL-Datenbank für die Archivierung und Auswertung von Seegangsmessungen. Haddock gewährleistet eine effektive Auswertung der Messdaten mit geringem Personaleinsatz, die Analyse und Eliminierung von Messfehlern und eine zentrale Datenhaltung von Messdaten und abgeleiteten Seegangparametern.

Für den Abruf von Wasserstand- und Winddaten der WSV und einiger landeseigener Pegel dient das VisiLink-System.

Ein vollständig redundanter Betrieb für die Übertragung der benötigten hydrologischen und meteorologischen Daten ist für die Gefahrenabwehr im LKN.SH zwingend erforderlich.

Im Rahmen der Projektentwicklung MDI-DE wurde und wird der NOKIS Server noch extern gehostet. Im Rahmen der Zentralisierung von Fachverfahren im Ressort ist eine Transition des Produktivsystems ins Rechenzentrum RZ<sup>2</sup> von dataport geplant.

Der MDI-SH-Knoten ist einer von mehreren Infrastrukturknoten des Projektes Marine Daten-Infrastruktur Deutschland (MDI-DE).

Über ihn werden die marinen Daten des LKN, GB3 und die küstenrelevanten Daten des LLUR als standardisierte Web-Services (WebMapService, WebFeatureService und WebProcessingService) für MDI-DE und GDI-SH zur Verfügung gestellt. Voraussetzung hierfür sind Vorarbeiten im Zebis Projekt (deegree Enterprise Einführung).

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Wartungen diverser Software	Der LKN entwickelt in Kooperation Fachsoftware für hydrologische und weitere Anwendungen (GISMO, Visilink, Haddock, WSVPruf, ...). Zur Anpassung an rechtliche und technische Anforderungen werden fortlaufend entsprechende Finanzmittel benötigt.
2	Konzepterstellung und Unterstützung bei Datenmanagement	Aufgrund der vielfältigen und komplexen Fragestellungen den LKN betreffend, werden zusätzliche Ressourcen zur Bearbeitung der Aufgaben benötigt. Hierfür wird teilweise auf externe Dienstleister zurückgegriffen.
3	SW - Hafengebührenprogramm	Beschaffung und Betrieb und damit Ablösung eines veralteten selbstprogrammierten VBA Exceltabelle. Durch die Hafengebühren nimmt der LKN.SH jedes Jahr rd. 650T € ein. Die EU-Beschaffung und Betrieb und damit Ablösung eines veralteten selbstprogrammierten VBA Exceltabelle. Durch die Hafengebühren nimmt der LKN.SH jedes Jahr rd. 650T € ein. Die EU-Berichtspflichten gem. national single window würden nahezu automatisch erfüllt werden und müssen nicht händisch, fehleranfällig, manuell bearbeitet werden. Es werden Mittel benötigt, um Unterstützung bei Dataport für die Konzipierung zur Implementierung eines Hafengebührenprogrammes anzufordern. Aufgrund der absehbaren Komplexität und möglichen Umsetzungsszenarien ist dies nicht mit dem eigenen Personal zu leisten. Insbesondere die Zielarchitektur für dieses Verfahren muss noch aufgrund der Schnittstellen und möglichen Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Häfen des Landes SH geprüft werden.
4	ELEKTROmanager	Zur Unterstützung und Dokumentation der vielfältigen Aufgaben im Bereich Arbeitsschutz wird eine entsprechende Software eingeführt und betrieben.

**ITM** 2287020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (LKN)  
**Ressort / Dst.** MELUND / LKN  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

In dieser Maßnahme werden alle Kosten dargestellt, welche im Rahmen der Bereitstellung von IT-Infrastruktur anfallen. Trotz der dezentralen Struktur des LKN.SH mit seinen über die Fläche des Landes verteilten derzeit 37 Dienst- und Betriebsstellen, ist es notwendig, dass sämtliche Mitarbeiter genügend performant auf Fachverfahren und -daten zugreifen können. Um weitestgehende Standardisierung zwischen den Betriebsstellen und der notwendigen Kommunikationsverbindungen zu erreichen, wird der +1-Landesstandard für die IT-Infrastruktur genutzt. Der überwiegende Teil der Server sind bereits nach Landesstandard in Hyper-V konsolidiert, so dass bedeutend geringere Ersatzbeschaffungskosten als bei einer nicht-virtualisierten Umgebung entstehen. Bis Ende 2022 sollen im Rahmen eines Datenmanagementprojekts weitere Optimierungsmöglichkeiten identifiziert werden. Dazu werden bestehende Lösung auf technische Aktualität geprüft und ggf. verbessert.

Aufgrund einer umfangreichen Erfassung von wissenschaftlichen Daten, sowie einer intensiven Weiterverarbeitung dieser sowie weiterer Geodaten müssen in begrenztem und definiertem Ausmaß Geräte beschafft werden, welche aufgrund ihres Einsatzzwecks oder Dimensionierung nicht zum Standardportfolio des Dataportstandadwarenkorb gehören.

**ITM** 2298010000  
**Bezeichnung** Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)  
**Ressort / Dst.** MELUND / LKN  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Betrieb der IT-Infrastruktur (Server, Endgeräte, Softwarelizenzen) des Landesbetriebes.

**ITM** 2285020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen und Updates für die IT-Infrastruktur  
**Ressort / Dst.** MELUND / BNUR  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der IT-Basisinfrastruktur für den allgemeinen und den Seminarbetrieb

**ITM** 2295010000  
**Bezeichnung** Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (BNUR)  
**Ressort / Dst.** MELUND / BNUR  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ziel: Unterstützung des Dienstbetriebes durch Aufrechterhaltung und geringfügige Ergänzung der IT-Basisinfrastruktur für Seminarbetrieb und 20 PC-Arbeitsplätze (incl. Server und Laptops)

**ITM** 2416010000  
**Bezeichnung** Betrieb der IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)  
**Ressort / Dst.** MELUND / LSH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Betrieb, Support und Administration der IT-Basisinfrastruktur des LSH.  
Hierunter fallen Geräte- und Ausstattungsgegenstände (511 43 und 511 44), wie auch Schulungsmaßnahmen des IT-Personals (525 37). Darüber hinaus sind Ausgaben für laufende Wartungs- und Lizenzverträge unter Titel 533 56 dargestellt.

**ITM** 2417020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen IT-Basisinfrastruktur (Landeslabor)  
**Ressort / Dst.** MELUND / LSH  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Landeslabors zur IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im Landeslabor eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

**ITM** 2515030000  
**Bezeichnung** Fachverfahren Landeslabor  
**Ressort / Dst.** MELUND / LSH  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** unbekannt  
**Beschreibung**  
Fachverfahren im Landeslabor

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Erweiterung LADIA-LIMS	Im LADIA-LIMS (Laborinformationssystem) werden alle Tierseuchenproben (Ausnahme: Massenverfahren wie BHV1 und BVD) verwaltet. Es ergeben sich regelmäßig neue Anforderungen aus aktuellen Tierseuchengeschehen, was Melderoutinen etc. angeht (z.B. 2017 Geflügelpest, 2018 ASP). Auch Anforderungen des Qualitätsmanagements müssen regelmäßig umgesetzt werden, damit die Akkreditierung des LSH nicht gefährdet wird.
2	Erweiterung Milchserologie	In 2019 sollen weitere Untersuchungen (Brucellose, Leukose) über das S3-LIMS abgebildet werden, so dass erneut mit Programmieraufwand zu rechnen ist.
3	Methodenvalidierung	Derzeit wird im LSH zur Methodenvalidierung die Software Chromasoft genutzt. Diese erfüllt die fachlichen Anforderungen nicht mehr, so dass eine erneute Ausschreibung angestrebt wird. Der Bedarf wurde von den PG IT genehmigt. Das QM-Beratungsgremium soll bis zum 31.03.2018 die fachlichen Anforderungen definieren, um dann im weiteren Verlauf des Jahres 2018 zu einem Ersatz der bestehenden Software zu kommen. Fertige Produkte, die den fachlichen Anforderungen des LSH entsprechen, sind auf dem Markt nicht verfügbar.
4	Einführung Onlineverfahren Maßnahmenpläne	Derzeit werden jährlich ca. 2.000 Maßnahmenpläne zum Antibiotikaeinsatz in einer Access-Datenbank erfasst und bearbeitet. Diese Datenbank wird den fachlichen Anforderungen auf Dauer nicht gerecht, so dass eine neue Lösung implementiert werden muss.
5	Soll-Konzept LIMS-Struktur	Im LSH sind verschiedene LIMS'e von verschiedenen Herstellern im Einsatz. Dadurch gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Schnittstellen und der Pflegeaufwand ist sehr hoch. In einem ersten Schritt soll eine externe Firma mit der Erstellung eines Feinkonzeptes zur Zusammenführung der bestehenden LIMS-Struktur oder alternativ zur Einführung eines neuen integrierten LIMS beauftragt werden. Basis für diese Feinkonzept bildet die von der beauftragten Firma zu erstellenden IST-Analyse der LSH-spezifischen Arbeitsprozesse in den Organisationseinheiten mit dem Ziel der weitgehenden Vereinheitlichung und Optimierung des Informations- und Datenmanagements. Des Weiteren ist ein Entwurf der Sollkonzeption mit Bewertungen der Alternativen, Risiken und Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Die vollständige, konsistente Beschreibung des zukünftigen Systems incl. eines Daten- und Funktionsmodells, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung und eine Risikoanalyse unter Beachtung der landesspezifischen IT-Vorgaben sind zwingende Bestandteile des Feinkonzeptes. Im Anschluss wird dann entsprechend der Empfehlung ggf. ein neues LIMS im LSH eingeführt.

6	Neues einheitliches Laborinformationssystem im Landeslabor	<p>Die EU-VO 2017/625 legt in Artikel 113 die Pflicht der jährlichen Berichterstattung an die EU fest. Diese wird durch die Durchführungsverordnung (EU) 2019/723 hinsichtlich des einheitlichen Musterformulars konkretisiert. Darüber hinaus wurde im Dezember 2010 die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über den Austausch von Daten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes (AVV DatA) verabschiedet. Diese regelt das einheitliche Verfahren der Übermittlung von Daten auf Grund festgelegter Berichtspflichten und den Austausch von Daten zwischen Bund und Ländern. Die VSMK hat mit Beschluss vom 24. Mai 2019 festgelegt, dass die neu geschaffenen Datenübermittlungsstrukturen nach AVV DatA bis zum 1. Januar 2023 in den Routinebetrieb überführt werden sollen. Außerdem hat sich die VSMK für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Länder für die Einführung der neuen Datenstrukturen in allen betroffenen Fachanwendungen und -systeme ausgesprochen.</p> <p>Weiterhin sind Landesuntersuchungseinrichtungen gemäß Artikel 37 der Verordnung (EU) 2017/625 über amtliche Kontrollen und andere amtliche Tätigkeiten zur Gewährleistung der Anwendung des Lebens- und Futtermittelrechts und der Vorschriften über Tiergesundheit und Tierschutz (vormals EU-VO 882/2004) verpflichtet, eine Akkreditierung nach DIN EN ISO/IEC 17025 „Anforderungen an die Kompetenz, Unparteilichkeit &amp; für die einheitliche Arbeitsweise von Laboratorien“ nachzuweisen. Die Akkreditierung erfolgt durch die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) und umfasst den Nachweis der fachlichen Kompetenz sowie die Beachtung gesetzlicher sowie normativer Anforderungen auf international vergleichbarem Niveau. Die ISO/IEC 17025 listet in Abschnitt 7.11 die Anforderungen an computergestützte Systeme auf, die für eine Akkreditierung umzusetzen sind. Diese enthalten u.a. Anforderungen an die Datenintegrität und das Erfordernis eines Audit Trails.</p> <p>Um die o.g. Anforderungen erfüllen zu können und die im LSH vorhandenen veralteten und zum Teil nicht kompatiblen LIMS-Strukturen zu vereinheitlichen und anzupassen, führt das LSH zurzeit das Vorhaben/Projekt „LIMKO 2020“ durch. Ziel des Projektes ist die Erstellung eines Feinkonzeptes bis Ende 2019 für ein künftiges LIM-System.“</p>
---	--	--

# Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

## Zentrales IT-Management SH

### Inhalt

2163030000 OSI / Government Gateway (SH-Service) .....	307
2163030000 .....	307
2364030000 Behördennummer 115 .....	308
2364030000 .....	308
2501030000 Betrieb BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung .....	309
2501030000 .....	309
2504030000 Betrieb und Pflege des Verfahrens "Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)" .....	310
2504030000 .....	310
2546030000 Aufbau einer Plattform ePartizipation .....	311
2546030000 .....	311
2570030000 Aufbau und Weiterentwicklung Open Data .....	312
2570030000 .....	312
2571030000 DigiProg.:Aufbau Transparenzportal.....	313
2571030000 .....	313
2572030000 DigiProg 2019: Aufbau Online-Zugangsgesetz (OZG).....	314
2572030000 .....	314
2578030000 Aufbau einer Messengerlösung für die Landesregierung Schleswig-Holstein .....	315
2578030000 .....	315
2580030000 Digitale Daseinsvorsorge .....	316
2580030000 .....	316
2583030000 Fördermittel-Portal .....	317
2583030000 .....	317
2585030000 DigiProg 2019: Projekt-Hebammen und Programmcontrolling .....	318
2585030000 .....	318
2586030000 DigiProg 2019: Digitale Knotenpunkte .....	319
2586030000 .....	319
2600030000 DigiProg 2019: Künstliche Intelligenz (KI).....	320
2600030000 .....	320
2617030000 Projekt OZG SH.....	321

2617030000 .....	321
2618030000 Umsetzung ePartizipation (Betrieb und Pflege) .....	322
2618030000 .....	322
2636030000 Entwicklung und Pflege von Onlinediensten .....	323
2636030000 .....	323
2170030000 Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH).....	324
2170030000 .....	324
2186030000 Ressortübergreifende Planungen, Koordinierung und IT-Gremien .....	326
2186030000 .....	326
2197030000 IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR).....	327
2197030000 .....	327
2404030000 Zentrales Vertragsmanagement Land SH .....	329
2404030000 .....	329
2405030000 Rechtsinformationssysteme (RIS) .....	330
2405030000 .....	330
2407030000 Zentrales IT-Beschaffungsmanagement SH.....	331
2407030000 .....	331
2419010000 Grundversorgung ZIT SH .....	332
2419010000 .....	332
2429030000 Zentrales Lizenzmanagementsystem Land SH .....	333
2429030000 .....	333
2433030000 Betrieb und Pflege VeRA (Vertrags-, Rechnungs-und Auftragsmanagement) .....	334
2433030000 .....	334
2460030000 ITWeb 2.0 - Haushaltsverfahren für die IT des Landes Schleswig-Holstein .....	335
2460030000 .....	335
2469030000 Infrastruktur Rechenzentrum RZ <sup>2</sup> für das Land SH.....	336
2469030000 .....	336
2474030000 Einführung und Betrieb WiBe SH.....	337
2474030000 .....	337
2490030000 e-Dorf.SH - Modell der Staatskanzlei.....	338
2490030000 .....	338
2505030000 Betrieb und Pflege des Fachverfahrens iKfz.....	339
2505030000 .....	339
2517030000 Ressortübergreifendes Geodatenmanagement.....	340
2517030000 .....	340
2545010000 Übergreifende IT-Schulungen Land SH.....	341
2545010000 .....	341
2550020000 Beschaffungen ZIT SH .....	342
2550020000 .....	342
2574030000 Programm zur Entwicklung und Einführung von E-Akten im Bereich der Landespolizei SH .....	343
2574030000 .....	343

2582030000 Konsolidierung Rechenzentrumsleistungen Haushaltsverfahren.....	344
2582030000 .....	344
2630030000 eRechnungsportal.....	345
2630030000 .....	345
2152030000 Virtuelle Poststelle Governikus/EGVP (Betrieb und Fortentwicklung).....	346
2152030000 .....	346
2153030000 Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik .....	347
2153030000 .....	347
2162030000 Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) .....	348
2162030000 .....	348
2164030000 E-Akte - VIS-Basis .....	349
2164030000 .....	349
2167030000 Landesportal SH .....	350
2167030000 .....	350
2168030000 SHIP - Intranet und Extranet öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein .....	351
2168030000 .....	351
2172030000 IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH) .....	352
2172030000 .....	352
2306030000 Inventarisierung (Ham.s.t.er) .....	353
2306030000 .....	353
2324030000 Digitales Zeitsystem.....	354
2324030000 .....	354
2360030000 ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Betrieb und Pflege).....	355
2360030000 .....	355
2401030000 De-Mail-in-SH Basisdienst.....	356
2401030000 .....	356
2420030000 Ergänzungstool für Internet (Efl).....	357
2420030000 .....	357
2437030000 Ticketsystem User Help Desk (ITSM).....	358
2437030000 .....	358
2447030000 E-Akte - VIS-Erweiterungen.....	360
2447030000 .....	360
2473030000 Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH .....	362
2473030000 .....	362
2523030000 Dateitransferportal .....	363
2523030000 .....	363
2597030000 DigiProg 2019: Papierlose Kabinettsmappe .....	364
2597030000 .....	364
2599030000 DigiProg 2019: Relaunch Landesportal sh.de .....	365
2599030000 .....	365

2651030000	Barrierefreie IT .....	366
2651030000	.....	366
2147030000	Telefonie Land SH .....	367
2147030000	.....	367
2148030000	Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme) .....	368
2148030000	.....	368
2149030000	+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste .....	369
2149030000	.....	369
2154030000	Datennetz SH (Kommunikationsplattform LN SH) .....	370
2154030000	.....	370
2155030000	+1 Patch- und Veränderungsmanagement .....	371
2155030000	.....	371
2169030000	Zentraler FAX-Service SH .....	372
2169030000	.....	372
2173030000	Basisdienst Internet (Verträge) .....	373
2173030000	.....	373
2175030000	Dienste im +1-System (Büro Land).....	374
2175030000	.....	374
2185030000	Übergreifendes AD für gemeinsame Verfahren .....	375
2185030000	.....	375
2340030000	Landesnetz V+ .....	376
2340030000	.....	376
2415030000	Übergreifende Multideviceplattform (MDP) für den Einsatz von Smartphones .....	377
2415030000	.....	377
2421030000	Integriertes Sicherheitsmanagement (ISMS) .....	378
2421030000	.....	378
2434030000	Full Managed Desktop für +1 (+1.FMD) - Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Betriebsmodell +1 .....	380
2434030000	.....	380
2436030000	Videokonferenzsysteme .....	381
2436030000	.....	381
2466030000	Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH .....	382
2466030000	.....	382
2468030000	Übergreifende Basisdienste Land SH .....	383
2468030000	.....	383
2486030000	LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH .....	384
2486030000	.....	384
2492030000	Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge .....	385
2492030000	.....	385
2499030000	Generalunternehmerschaft Dataport für das Landesnetz Schleswig-Holstein .....	386
2499030000	.....	386

2507030000	Betrieb und Pflege des Verfahrens MailLand (sichere Mail über das Landesnetz)	387
2507030000		387
2512030000	Zentrales E-Mail-System der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	388
2512030000		388
2516030000	Kontenpflegetool	389
2516030000		389
2522030000	TDN FiMi klein - Standardfestverbindungen	390
2522030000		390
2526030000	Standardisierung Vertragslagen Support SH	391
2526030000		391
2537030000	Landesnetz 2020 mit Schulen ans Netz (LN 2020 Glasfaserausbau)	392
2537030000		392
2541030000	Green IT in der Landesverwaltung SH	393
2541030000		393
2547030000	WLAN-Kooperation - Der echte Norden	394
2547030000		394
2558030000	Zentrale Beschaffungsleistungen für das Land Schleswig-Holstein	395
2558030000		395
2573030000	Datenaustauschplattform dDatabox	396
2573030000		396
2581030000	Migration Windows 10 LSH	397
2581030000		397
2591030000	WLAN an Schulen	398
2591030000		398
2592030000	Regionalleitstellen (Sonderlösungen)	399
2592030000		399
2358010000	Grundversorgung der DSt EA	400
2358010000		400
2359030000	Fachverfahren EA-SH	401
2359030000		401
2452030000	Unterstützungsplattform EA-SH (AFM = Antrags- und Fallmanagement)	402
2452030000		402

**ITM** 2163030000  
**Bezeichnung** OSI / Government Gateway (SH-Service)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

In dieser Maßnahme werden der Aufbau und Betrieb der neuen eGovernment-Infrastruktur im Kontext des OZG (Digitale Plattform SH) sowie bis Ende 2019 auch noch Betrieb und Pflege der alten eGovernment-Infrastruktur Government Gateway finanziert. OSI ist ein Produkt der Firma Dataport, das zum jetzigen Zeitpunkt einen relevanten Teilaspekt der Digitalen Plattform darstellt.

**ITM** 2364030000  
**Bezeichnung** Behördennummer 115  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Ziel in dieser Maßnahme ist die Schaffung eines gemeinsamen telefonischen Eingangskanals für alle Behördenangebote der Kommunen und des Landes Schleswig-Holstein. Dieser telefonische Eingangskanal wurde am 01.04.2011 in den Regelbetrieb überführt. In Schleswig-Holstein erfolgt ein Betrieb in mehreren Kommunen. Die Kosten für die D115-Infrastruktur tragen je zur Hälfte der Bund und die Bundesländer. Das Land Schleswig-Holstein ist dem D115-Verbund in 2011 beigetreten, so dass die Kosten anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu übernehmen sind.

Gemeinsam mit dem 115-Verbund beteiligt sich SH an Bundesarbeitsgruppen des IT-PLR, die eine deutschlandweite 115-Nutzung erreichen sollen.

**ITM** 2501030000  
**Bezeichnung** Betrieb BOB-SH Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Mit BOB-SH erhalten Behörden, die an der Planung von Entwicklungsverfahren (z. B. Bauleitplanung, Planfeststellung, Landes- und Regionalplanung) beteiligt werden (sog. TöB), die Möglichkeit, diese Beteiligung elektronisch und über das Internet durchzuführen. Die Beteiligung kann von den planenden Behörden zentral vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden. Zusätzlich kann die häufig notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit ohne zusätzlichen Aufwand durchgeführt werden.

<b>ITM</b>	2504030000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb und Pflege des Verfahrens "Integriertes Antrags- und Fallmanagement (iAFM)"
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 30 I
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Das Land Schleswig-Holstein betreibt ab 2016 eine technische Infrastruktur zur Online-Abwicklung aller hierfür geeigneter Antragsverfahren über das Internet. iAFM ermöglicht die Antragstellung über einfache Online-Formulare oder Online-Assistenten, die die Antragsteller intelligent durch den Antrag führen und sicherstellen, dass nur die Angaben erfasst werden müssen, die für den konkreten Fall tatsächlich erforderlich sind. Die Nutzung ist sowohl am PC per Browser als auch auf mobilen Endgeräten über an diese Technik angepasste Oberflächen möglich. Infrastruktur und die zentralen Servicedienste werden vom Land Schleswig-Holstein, den Kommunen und dem EA-SH genutzt. AFM nimmt für die Umsetzung von Onlinediensten im Kontext des OZG eine zentrale Rolle ein.

**ITM** 2546030000  
**Bezeichnung** Aufbau einer Plattform ePartizipation  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Das Verfahren dient der Umsetzung des neuen Volksabstimmungsgesetzes. Es umfasst die Skizzierung einer entsprechenden Verordnung gemeinsam mit dem MIB sowie die Schaffung einer Plattform zu Durchführung von digitalen Volksinitiativen inkl. der behördenübergreifenden Auswertung.

<b>ITM</b>	2570030000
<b>Bezeichnung</b>	Aufbau und Weiterentwicklung Open Data
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 30 I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein möchte das Potential von Open Data in Schleswig-Holstein heben und beabsichtigt die großflächige Veröffentlichung von Daten aus dem öffentlichen Sektor.

Hierfür wurde ein Konzept erstellt, das das fachliche und technische Zielbild der notwendigen Infrastruktur in Schleswig-Holstein, die für die Umsetzung der Open-Data Pläne des Landes erforderlich ist, beschreibt.

Auf Basis dieses Konzeptes wird in 2018 eine Infrastruktur für eine landesweit für alle Landes- und Kommunalbehörden nutzbare OpenData-Plattform entwickelt. Mit dieser können Schleswig-holsteinische Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und ehrenamtliche Einrichtungen die Behördendaten einsehen, auswerten und weiterverwenden.

**ITM** 2571030000  
**Bezeichnung** DigiProg.:Aufbau Transparenzportal  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Das durch das novellierte Informationszugangsgesetz gesetzlich ab 2020 vorgesehene Transparenzportal gemäß § 11 IZG-SH (Veröffentlichung von Informationen) bedarf einer entsprechenden technischen, organisatorischen und fachlichen Umsetzung. Diese umfasst den Aufbau eines für Bürgerinnen und Bürger transparenten Inhaltsdatenbestandes der öffentlichen Verwaltung (Richtlinien und Runderlasse, amtliche Statistiken, öffentliche Tätigkeitsberichte und Broschüren, Gutachten und Studien, Haushaltspläne, Stellenpläne und Wirtschaftspläne, Übersichten über Zuwendungen an juristische Personen des Privatrechts oder an das Land Schleswig-Holstein, elektronisch erteilte Auskünfte aufgrund von Anträgen nach § 4 IZG und § 4 des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation, bei den Gerichten des Landes vorhandenen eigenen veröffentlichungswürdigen Entscheidungen, Vorlagen der Landesregierung nach Beschlussfassung und Mitteilungen an den Landtag, wesentliche Unternehmensdaten von Beteiligungen des Landes, Verträge, soweit es sich nicht um öffentliche Aufträge oder um Kredit- oder Finanztermingeschäfte handelt Verträge für die Erstellung von Gutachten). Um ein einheitliches Vorgehen der Ressorts zu koordinieren, wird die Umsetzung zentral von V30 gesteuert.

<b>ITM</b>	2572030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Aufbau Online-Zugangsgesetz (OZG)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 30 I
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Das Onlinezugangverbesserungsgesetz (OZG) soll einen bundesweit einheitlichen Zugang zu digitalen Dienstleistungen aller öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen schaffen. Bis 2022 sollen möglichst alle benötigten Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur online angeboten, sondern über einen einzigen, virtuellen Portalverbund genutzt werden können. Mit einem einheitlichen Nutzerkonto sollen alle Verwaltungsangelegenheiten in den im Portalverbund zusammengefassten Portalen und Online-Services zugänglich sein.

Das Land SH kooperiert mit den Kommunen, um die Anforderungen gemeinsam umzusetzen. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich mit Nutzung des iAFM in dieser ITM werden sowohl die gesamte Projektsteuerung für ZIT und alle Ressorts sowie Entwicklung und Betrieb aller erforderlichen Onlinedienste bis zum Umsetzungsende 2023 abgebildet.

**ITM** 2578030000  
**Bezeichnung** Aufbau einer Messengerlösung für die Landesregierung Schleswig-Holstein  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Der Aufbau einer Messengerlösung wurde im Digitalisierungskabinett vom 04.10.2017 beschlossen. Seine Einführung hat sich aufgrund vergaberechtlicher Schwierigkeiten verzögert und soll in 2020 weiterverfolgt werden.

**ITM** 2580030000  
**Bezeichnung** Digitale Daseinsvorsorge  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Ländliche Räume stehen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und der Digitalisierung gerade im demografischen Wandel vor großen Herausforderungen. Digitale Anwendungen in der Daseinsvorsorge sind daher auf dem Vormarsch. Voraussetzung für digitale Daseinsvorsorge ist die Verfügbarkeit von leistungsfähigem Internet und die Entwicklung entsprechender Anwendungen zur digitalen Daseinsvorsorge. In Zusammenarbeit mit Kommunen entwickelt bzw. unterstützt das Land Schleswig-Holstein entsprechende Initiativen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
001	Wir machen mit - Amt Hüttener Berge	Das ZIT und das Amt entwickeln gemeinsam den Bürgerbeteiligungsdienst „Wir macht mit“, der infrastrukturell ergänzend zu BOB-SH und eParti zukünftig die Referenz für informelle Bürgerbeteiligung in SH darstellen soll.

<b>ITM</b>	2583030000
<b>Bezeichnung</b>	Fördermittel-Portal
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 30 I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastrukturen

#### **Beschreibung**

Im Rahmen des Projektes 'Aufbau eines digitalen Fördermittel-Portals' soll zunächst geklärt werden, welche Funktionalitäten ein Digitales Fördermittelportal für Landesförderungen aufweisen muss. Es soll auf Basis einer Anforderungsanalyse ein Grobkonzept erstellt werden, das die Grundlage für die spätere Umsetzung eines Fördermittelportals bietet. Dieses soll als Single Point of Contact Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Institutionen eine transparente Beantragung von Fördermitteln ermöglichen.

Das Konzept wurde in 2019 erarbeitet. Eine Umsetzung kann als Weiterentwicklung des Transparenzportals erfolgen. Sie hat keine gesetzliche Anforderung, dient aber der Positionierung Schleswig-Holsteins als Digitalem Vorzeigeland.

**ITM** 2585030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Projekt-Hebammen und Programmcontrolling  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Das ZIT SH stellt den Ressorts sog. Projekt-Hebammen zur Verfügung, um die angemeldeten Digitalisierungsprojekt aufzubauen. Die Umsetzung des Projektes wird begleitet und in einem Projektcontrolling dokumentiert. Soweit das ZIT SH keine eigenen Projektleiter für diese Unterstützungsleistungen bereitstellen kann, werden externe Berater eingekauft und den Ressorts zugewiesen. Zudem wird seitens des Prgrammcontrolling eine technische Infrastruktur aufgebaut, mit der das Berichtswesen geplant und durchgeführt werden kann.

<b>ITM</b>	2586030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Digitale Knotenpunkte
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 30 I
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Die Einrichtung Digitaler Knotenpunkte ist eines der zentralen Vorhaben des Digitalisierungsprogramms. Für diese soll ein Standardkonzept erstellt werden. Digitale Knotenpunkte sind Orte, an denen Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen können, um neue Technologien auszuprobieren und sich auszutauschen.

Digitale Knotenpunkte haben das Ziel, die Medienkompetenz zu stärken. Bürgerinnen und Bürger erfahren in lokalen Einrichtungen vor Ort neue Technologien und setzen sich mit den Auswirkungen der digitalen Transformation auseinander. Langfristig entsteht durch die Einrichtung Digitaler Knotenpunkte ein Netzwerk von Digitalstandorten, worüber die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit von modernen Technologien für alle Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-Holsteins ermöglicht werden.

Digitale Knotenpunkte sind Begegnungsräume von und für die Öffentlichkeit. Sie haben eine Bündelungsfunktion, um verschiedene Akteure und Angebote zusammenzubringen. Sie sind Standorte für die Umsetzung von Initiativen und Programmen zur Stärkung der Medienkompetenz und der Digitalen Bildung.

Geeignete Einrichtungen zur Etablierung von Digitalen Knotenpunkten sind zum Beispiel CoWorking-Spaces, E-Government-Anlaufstellen oder FabLabs aber auch öffentliche Bibliotheken und Volkshochschulen, da diese bereits über einen breiten Nutzerkreis verfügen und in der Fläche im ländlichen Raum vertreten und sichtbar sind.

Bei der Einrichtung Digitaler Knotenpunkte kooperiert die Landesregierung mit Berufsschulen mit Schwerpunkten in der Informatik und Technik sowie Markttreffs und weiteren öffentliche Dienstleistungseinrichtungen und Vereinen sowie Verbänden.

**ITM** 2600030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Künstliche Intelligenz (KI)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Die Staatskanzlei und das Digitalisierungsministerium streben 2019 die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern innerhalb der Landesverwaltung zum Thema KI an. Im Bereich der Künstlichen Intelligenz soll ein entsprechender Handlungsrahmen der Landesregierung festgelegt werden. Ebenso müssen Kooperationspartner in der LReg identifiziert werden.

**ITM** 2617030000  
**Bezeichnung** Projekt OZG SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) als wichtiger Impuls die weitere Entwicklung der Verwaltungsmodernisierung und der Entbürokratisierung in Deutschland. Das Land Schleswig-Holstein wird dabei federführend im Bereich Umwelt sein und die Themenverantwortung übernehmen. Ab 2022 sollen im Portalverbund möglichst viele Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen angeboten werden.

Eine landesweite Portallösung und das Bürgerkonto sollen bürokratische Hürden auch in dezentralen Verwaltungsstrukturen überwinden und der Zugang zu Verwaltungsvorgängen vereinfacht werden. Von der OZG-Umsetzung werden alle Ressorts und Kommunen im Land Schleswig Holstein betroffen sein.

**ITM** 2618030000  
**Bezeichnung** Umsetzung ePartizipation (Betrieb und Pflege)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Betriebs- und Pflegekosten für eine Plattform zu Durchführung von digitalen Volksinitiativen inkl. der behördenübergreifenden Auswertung.

**ITM** 2636030000  
**Bezeichnung** Entwicklung und Pflege von Onlinediensten  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 30 I  
**Status** unbekannt  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Im Rahmen der gemeinsamen Umsetzung des OZG ist es erforderlich, mit jedem Ressort sowohl die Prozessaufnahme, Analyse und Anforderungserhebung und die in § 5 E-Government-Gesetz SH vorgesehene Bewertung der Prozesse wie auch die Realisierung der technischen Umsetzung durch Dataport vorzunehmen. Veranschlagt sind die Ausgaben für technische Lösungen und die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von Online-Diensten durch Dataport. Die gemeinsam mit den Ressorts entwickelten digitalen OZG-Dienste sollen später zentral bei Dataport betrieben werden, so dass sich der Ansatz dieses Titels mittelfristig erhöhen wird.

**ITM** 2170030000  
**Bezeichnung** Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Über die Systeme SAP Land SH wird das Finanzwesen des Landes SH automatisiert abgewickelt. Die Kernverfahren sind das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (dMB), die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und eine Anlagenbuchhaltung (FIAA). In den Landesbetrieben werden darüber hinaus Module zur Projektplanung, Controlling und dem Berichtswesen pp. eingesetzt.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Dezentrale Mittelbewirtschaftung und Kassenverfahren (dMB)	Module SAP PSM; einschl. SAP FI
	Kosten- und Leistungsrechnung und Anlagenbuchhaltung (KLR)	SAP CO; SAP AA
	Integriertes Verfahren "Vollstreckung"	die volleingebundene Software der Firma GES-Systemhaus wird innerhalb des SAP-Systems betrieben.
	IKS (techn. Verfahrensumsetzung)	Einrichtung, Gestaltung und Betrieb des IKS für das automatisierte Haushaltsvollzugsverfahren einschl. der fachlichen Prüfung von Berechtigungsanträgen
	Landeslabor - Doppelbuchführung	SAP FI; ITM 2520030000 SAP im LVUA (Zusatzvertrag)
	LBV SH - Projektabwicklung und Berichtswesen	SAP PS, BW SEM; ITM 2518030000 SAP im LBV-SH (Zusatzvertrag)
	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) - Plant Maintenance	Betrieb und Pflege SAP PM [ehemals ITM 2514030000 SAP Plant Maintenance (PM)]
	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) - Doppelbuchführung	SAP FI; ITM 2519030000 SAP im LKN (Zusatzvertrag)

**ITM** 2186030000  
**Bezeichnung** Ressortübergreifende Planungen, Koordinierung und IT-Gremien  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Das ZIT SH koordiniert übergreifende Projekte und sonstige Maßnahmen in der Landesverwaltung SH. Ggf. übernimmt das ZIT SH zentral die finanzielle Abwicklung von gemeinschaftlichen Aufgaben. Bei Bedarf werden entsprechende Ausgaben in dieser Maßnahme abgewickelt. Zudem werden die lfd. Ausgaben für Maßnahmen und Workshops der ITBK und sonstiger übergreifender Gremien wie z. B. Landes-IT-Rat, Controlling und Koordinierungsgespräche der Trägerländer von Dataport pp. in dieser ITM geplant und verausgabt.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
	Veranstaltungen ZIT SH / Gremien ITBK / Ländertagungen z. B. IT-Planungsrat	Das ZIT SH koordiniert das ressortübergreifende Gremienwesen der IT in SH; veranschlagt sind die geplanten Ausgaben im lfd. HHj. und der MPF
	Sonstige Kleinstaufträge für die Ressorts	in Absprache mit CIO / V 31
	Signaturkarten	Registrierung und Ausgabe von Signaturkarten gemäß deutschem Signaturgesetz an die Ressorts

**ITM** 2197030000  
**Bezeichnung** IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Ehemals: Ausgaben Deutschland Online und KoopA ADV.

Mit In-Kraft-Treten des Vertrags zur Ausführung von Artikel 91c Grundgesetz (IT-Staatsvertrag) zum 1. April 2010 wurden durch Errichtung des IT-Planungsrates (IT-PLR) die bisherigen Gremien - der „Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern“ (St-Runde Deutschland Online) und der „Kooperationsausschuss von Bund und Ländern automatisierte Datenverarbeitung“ (KoopA ADV) sowie deren Untergremien - abgelöst.

Die Bestandteile des Finanzplans des IT-PLR gliedern sich in vier Kostenblöcke: 1) Die Kosten der Geschäftsstelle (Verteilungsschlüssel: Bund 50%, Länder 50%), 2) Koordinierungsstelle IT-Standards (KoSIT) (Verteilungsschlüssel: Bund: 17,79%, Länder 82,21%), 3) Projekte und Maßnahmen (Verteilungsschlüssel: Bund: 17,79%, Länder: 82,21%), 4) Anwendungen (D115: Bund 50%, Länder 50%; Governikus: Festpreise gem. Vertrag; LeiKa/Behördenfinder/DVDV: Bund: rd. 22%, Länder rd. 78%).

Die Anwendungen "D115" und "Governikus" werden separat fakturiert und auf separaten Maßnahmen-Nrn. des IT-Web bewirtschaftet - dementsprechend sind diese Kosten hier herausgerechnet.

Die Kostenplanung des ITPLR ist (staats-) vertraglich geregelt. Zur Kostenverteilung wird der Königssteiner Schlüssel zugrunde gelegt (außer Governikus). Eine Anpassung des Verteilungsschlüssels erfolgt alle zwei Jahre. Die Kostenpläne werden in den Sitzungen des IT-PLR beim Bund halbjährlich abgestimmt und im letzten Quartal des lfd. Jahres final beschlossen.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Geschäftsstelle IT-PLR	Budget für reguläre Personalausgaben sowie für zusätzliche Aufgaben wie den Betrieb des Informationssystems, Öffentlichkeitsarbeit etc.
2	Koordinierungsstelle IT-Standards (KoSIT)	Erarbeitung und Koordination von notwendigen ebenenübergreifenden und fachübergreifenden Standards zur Erhöhung der Interoperabilität der IT-Systeme. Vorbereitung von Fragen in Bezug auf gemeinsame IT-Interoperabilitätsstandards und IT-Sicherheitsstandards. Übernahme der Daueraufgaben aus den Projekten „OSCI-Leitstelle“ und „Deutschland-Online“.
3	Projekte und Maßnahmen	Die Federführer der Projekte und Maßnahmen können im Rahmen der ihnen zugewiesenen Finanzmittel bei der Geschäftsstelle IT-PLR Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung abrufen.
4	Anwendungen	Hierunter fallen abgeschlossene Vorhaben, aus denen betriebsbereite bzw. bereits in Betrieb befindliche Lösungen hervorgegangen sind (D115, Governikus, LeiKa/Behördenfinder/DVDV). Die Abrechnung zu Governikus erfolgt direkt zwischen dem Dienstleister bos und den Nutzern. Außerdem wird für die Anwendung D115 separat fakturiert, indem die Abrechnung direkt mit dem Verfahrensverantwortlichen im jeweiligen Land erfolgt.
5	Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für E-Government	Die Maßnahme Föderale IT-Kooperation (FITKO) zielt darauf ab, die föderale Zusammenarbeit in der Informationstechnik zu fördern und deren Rahmenbedingungen zu verbessern.
6	Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digitalisierung	Digitalisierungsbudget FITKO

**ITM** 2404030000  
**Bezeichnung** Zentrales Vertragsmanagement Land SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Das zentrale Vertrags- und Lizenzmanagement umfasst die vertragliche Verhandlungen und die Implementierung von zentral verwalteten Verträgen im ZIT SH aus technischen und finanziellen Gründen für die unmittelbare Landesverwaltung des Landes Schleswig-Holstein.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Microsoft EA-Vertrag (2011-2015, 2016-2020)	
2	Oracle ULA Vertrag (2014-2017)	
3	McAfee Sicherheitssoftware	
4	MindManager Rahmenvertrag	

**ITM** 2405030000  
**Bezeichnung** Rechtsinformationssysteme (RIS)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Als Rechtsinformationssystem (RIS) werden digitale (gewöhnlich online zur Verfügung gestellte) Recherche-Angebote in Gesetzes- und anderen Rechtstexten bezeichnet.

Als Basisdienst bietet das ZIT SH der gesamten Landesverwaltung Schleswig-Holstein die Recherche bei "juris" und bei Beck-online an. Die Verträge für die allgemeine Verwaltung und das Steuerportal werden im ZIT SH zentral verwaltet.

**ITM** 2407030000  
**Bezeichnung** Zentrales IT-Beschaffungsmanagement SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Für die Beschaffung von IT hat die Landesregierung bei Dataport die zentrale Beschaffungsstelle für IT eingerichtet. Die Aufgaben und Leistungen sind vertraglich geregelt und beinhalten neben Beratungs- und Beschaffungsleistungen auch die Aufwände für Vergabeleistungen. Seit 2013 besteht zwischen den Ländern Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein gemeinsamer Beschaffungsvertrag mit Dataport. Die Ausgaben für die zentrale Beschaffungsstelle bei Dataport werden anteilig für das Land Schleswig-Holstein für alle Ressorts zentral veranschlagt und bezahlt.

**ITM** 2419010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung ZIT SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ausgaben des ZIT SH in den Bereichen Geschäftsbedarfe, Dienstreisen, Fort- und Ausbildung, Vertragskosten und Gebühren für mobile Arbeitsplätze und Smartphones, Veranstaltungskosten pp.

<b>ITM</b>	2429030000
<b>Bezeichnung</b>	Zentrales Lizenzmanagementsystem Land SH
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 31 I
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

Es wird ein Lizenzmanagement (LiMa) für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein eingerichtet. Ein funktionierendes LiMa hilft primär, Softwarelizenzen rechtmäßig einzusetzen. Sekundär schafft es Kostensenkungspotenzial und Transparenz im Bereich der Softwareverwaltung. Dieses wird durch eine Ablage von kaufmännischen und technischen Daten an einer zentralen Stelle ermöglicht. Gleichzeitig sind die Daten auch an dezentraler Stelle einsehbar und editierbar. Kooperation findet fachlich-kaufmännisch mit den Ressorts statt und technisch mit Dataport. Die Vorteile des LiMa liegen insbesondere darin, dass technische Daten weitestgehend automatisiert erhoben werden können. Das spart viel Zeit und sorgt für belastbare Daten. Das LiMa bietet auch die Möglichkeit, einen Lizenzpool einzurichten. Dieser schafft die Möglichkeit, ausgesonderte Software an anderen Stellen neu zu installieren und dadurch die Nutzungsdauer des Vermögens "Software" zu verlängern.

Während der LiMa-Einführungsphase werden technische sowie organisatorische Maßnahmen notwendig. Der monetäre Bedarf für die Einführung des LiMa resultiert überwiegend aus dem technischen Teil. Hierzu gehört die Beschaffung eines LiMa-Tools oder die Teilnahme an einem zentralen LiMa-System von Dataport sowie dessen Implementierung in die bestehende Infrastruktur der Landesverwaltung.

**ITM** 2433030000  
**Bezeichnung** Betrieb und Pflege VeRA (Vertrags-, Rechnungs-und Auftragsmanagement)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die operativen Aufgabenstellungen werden im ZIT SH sowie weiteren Ressorts durch verschiedene IT-Werkzeuge unterstützt. Dazu gehören das elektronische Rechnungsbuch, die Vertragsdatenbank, die Bestelldatei.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1357	VeRA	Verfahren zur Unterstützung der operativen Prozesse (Trägersystem einschließlich Rechnungsbuch, Vertragsdatenbank)

<b>ITM</b>	2460030000
<b>Bezeichnung</b>	ITWeb 2.0 - Haushaltsverfahren für die IT des Landes Schleswig-Holstein
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 31 I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachanwendungen

#### **Beschreibung**

Nach Ziff. 12 der Haushaltstechnischen Richtlinien (HTRL) ist das ITWeb 2.0 das Haushaltsverfahren des Landes SH für die IT, in der alle Plandaten zur Aufstellung des Einzelplans 14 hinterlegt werden müssen. Darüber hinaus werden die IT-Budgetgespräche dokumentiert sowie die unterjährige Steuerung und die lfd. Bewirtschaftung des IT-Budgets abgebildet.

Das ZIT SH generiert aus dem ITWeb 2.0 seine Entscheidungsgrundlagen und fügt die mit dem FM und den Ressorts abgestimmten Daten in einem IT-Gesamtplan zusammen. Dieser wird von der Landesregierung beschlossen.

<b>ITM</b>	2469030000
<b>Bezeichnung</b>	Infrastruktur Rechenzentrum RZ <sup>2</sup> für das Land SH
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 31 I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Die RZ<sup>2</sup>-Infrastruktur bei Dataport muss aufgrund des raschen Technologiewandels in der IT fortlaufend weiterentwickelt und auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Die Kosten hierfür (sog. Innovationskosten) sind grundsätzlich in den Preisen für die Dienstleistungen enthalten. Ab dem Jahr 2014 wird dieser Innovationsanteil von den Einzelleistungen getrennt und zentral vom ZIT SH übernommen. Vorteil dieser Lösung ist, dass dadurch verstärkt Einfluss auf die Themenschwerpunkte der Architekturfortschreibung genommen werden kann. Diese bedarfsorientierte Steuerung der Schwerpunkte wird ebenfalls im ZIT SH geleistet.

**ITM** 2474030000  
**Bezeichnung** Einführung und Betrieb WiBe SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Die WiBe ist eine methodische und inhaltliche Hilfe für den Vorhabensverantwortlichen und soll begründete und nachvollziehbare Aussagen über die Wirtschaftlichkeit von (IT-) Investitionen geben. Sie gibt einen einheitlichen methodischen Rahmen für die Ermittlung der Wirtschaftlichkeiten und soll zur Optimierung der Methode für Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein dienen.

WiBe 2015 / WiBe SH ist browserbasiert und wird als Intranetlösung bei Dataport betrieben. Auftraggeber ist das ZIT SH. Alle Ausgaben zur landesweiten Einführung und dem Betrieb des Verfahrens werden zentral durch das ZIT SH in dieser ITM veranschlagt und gezahlt.

Initiativen, die themengleich in den Ressorts gestartet werden, sind in dieser ITM zu bündeln und zu dokumentieren.

**ITM** 2490030000  
**Bezeichnung** e-Dorf.SH - Modell der Staatskanzlei  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Übergeordnetes Ziel des Projektes eDorf ist die Förderung der Digitalisierung im ländlichen Raum. Die Versorgung ländlicher Räume kann durch digitale Angebote verbessert werden.

**ITM** 2505030000  
**Bezeichnung** Betrieb und Pflege des Fachverfahrens iKfz  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Maßnahme des ITVSH, wird aktuell durch V31 verwaltet. Es entstehen ggf. Transaktionskosten, wenn iKFZ in größerem Maße in 2019 genutzt wird. Stufe 1: Fachverfahren für die Internetbasierte Kfz-Außerbetriebsetzung im Government-Gateway. Zentrales Verfahren der Kommunen S.-H.

**ITM** 2517030000  
**Bezeichnung** Ressortübergreifendes Geodatenmanagement  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Aufwendungen für den Betrieb und verwandte Betriebsleistungen, um die Geodatensysteme des Landes zu betreiben. Hierdurch werden zentral verwaltete Betriebsverträge und Lizenzverträge möglich. Ursprünglich waren die Verträge dezentral verortet, hatten jedoch längst Ressort übergreifenden Charakter. Die fachliche Steuerung der Geodatensysteme findet in ausgewählten dezentralen Fachbereichen statt.

**ITM** 2545010000  
**Bezeichnung** Übergreifende IT-Schulungen Land SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

In der Maßnahme werden sämtliche ressortübergreifende IT-Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung S-H zentral geplant und abgewickelt.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Office Schulungen	Outlook Word Excel Power Point
2	Prince 2	Foundation Practitioner Prüfung
3	ITIL	Foundation Expert Service Transition Service Operation
4	Getting Things Done®	Next Action Partners, Angebot 456-001. 27. März 2017 siehe Anlage
5	SDM	Standard-Daten-Schutzmodel
6	BSI-Grundschutz	IT-Grundschutz in den BSI Standards 100-x auf 200-x

**ITM** 2550020000  
**Bezeichnung** Beschaffungen ZIT SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Beschaffung  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Beschaffungsplanung für das ZIT SH: Ausstattung Arbeitsplätze mit PC, Laptop, Drucker und Kleinmaterial; Ausstattung des Schulungsraums ZIT SH im NW 220; Ausstattung von Testarbeitsplätzen mit innovativer Technik

**ITM** 2574030000

**Bezeichnung** Programm zur Entwicklung und Einführung von E-Akten im Bereich der Landespolizei SH

**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I

**Status** aktiv / nicht etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachanwendung

**Beschreibung**

Durchführung eines Programmes zur Durchführung und Steuerung zweier Projekte:

1. zur Einführung der elektronischen Verwaltungsakte SH (VIS) in der Landespolizei
2. zur Entwicklung und Einführung einer elektronischen Straf-und Ermittlungsakte im Bereich der Landespolizei

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
01	E-Akte Verwaltung Polizei	Projekt zur Einführung der Verwaltungs-E-Akte in die Polizei
02	Straf-und Ermittlungsakte Polizei	Projekt zur Übermittlung und Rückübermittlung von Straf-und Ermittlungsvorgängen in die E-Justiz-Akte

**ITM** 2582030000

**Bezeichnung** Konsolidierung Rechenzentrumsleistungen Haushaltsverfahren

**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 31 I

**Status** aktiv / nicht etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Das Projekt Konsolidierung Rechenzentrumsleistungen Haushaltsverfahren dient der Migration von Systemen, Datenbeständen und Anwendungen mit dem Ziel, die IT-Infrastrukturleistungen für die Fachverfahren HAVWeb LSH und ITWeb zu vereinfachen und skalierbarer zu machen. Im Rahmen dieser Arbeiten sind systemtechnische Anpassungen durch Dataport vorzunehmen. Im Endausbaustand soll diese Maßnahme den dauerhaften Betrieb der Haushaltsverfahren und deren Nebenprodukte in den Rechenzentren von Dataport sicherstellen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Migration Haushaltsverfahren	Der Auftraggeber möchte den Betrieb und die Betreuung mehrerer Fachverfahren (namentlich ITWeb, HavWeb, Masterplan, HavWeb Intranet für Druckzugriffe) auf die Standard-Infrastruktur und Prozesse beim Auftragnehmer überführen (RZ-Betrieb, technisches und fachliches Verfahrensmanagement). Der Hersteller dieser Fachverfahren ist die Firma Atos. Ein Ziel ist, die Anforderungen des standardkonformen Betriebs an die Software gemeinsam mit dem Auftraggeber und der Firma Atos umzusetzen.
2	Migration Serverbetriebssysteme	Die Verfahren werden zz. auf dem Server-Betriebssystem Window-Server-2008 betrieben. Das angekündigte Supportende von Microsoft ist 14.01.2020. Die Systeme müssen daher in 2019 auf die aktuelle Version Window-Server-2016 gehoben werden.
3	Unterstützung Office 2016	Aufgrund der +1 Umstellung der Standardarbeitsplätze auf Window 10 und Office 2016 muss durch den Hersteller ATOS eine entsprechende Anpassung der Software erfolgen.
4	Frame Maker Lizenzen	Die Lizenzen müssen aktualisiert werden.
5	Nebenprodukte	Abgleich auf SHIP und andere Intranet-Zugriffe

<b>ITM</b>	2630030000
<b>Bezeichnung</b>	eRechnungsportal
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 31 I
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastruktur

#### **Beschreibung**

Die Einrichtung eines Zugangsportals für eRechnungen ist eine durch Gesetz (§ 52g LVwG) und Verordnung (ERechVO) vorgeschriebene IT-Maßnahme.

Die der Planung zugrundeliegende Lösung basiert im Grundsatz auf der Lösung des Landes Bremen, die auf Basis der Arbeit der KoSIT bei Dataport entstanden ist und dort auch betrieben wird. Landesspezifische Anpassungen an vorhandene Lösungen sind vorgesehen.

Das eRechnungsportal wird eine Registrierung mit Einrichtung eines Nutzerkontos bieten. Für registrierte Nutzer werden verschiedene Zugangswege verfügbar sein, die sie als Rechnungssender nutzen können.

Das Portal wird eingehende Rechnungen auf formale Richtigkeit prüfen, sie entweder zurückweisen oder zur Bearbeitung an die angeschlossenen Behörden weiterleiten. Angeschlossenen Behörden werden alle Landesbehörden und - auf Wunsch - Anstalten öffentlichen Rechts und Kommunen sein.

**ITM** 2152030000

**Bezeichnung** Virtuelle Poststelle Governikus/EGVP (Betrieb und Fortentwicklung)

**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Von der Justiz wird eine Virtuelle Poststelle im Rahmen der E-Government-Plattform benötigt. Es werden die Funktionalitäten Signaturprüfung, Ver- und Entschlüsselung, zentrale Authentifizierung, Zeitstempeldienst, Postein- und -ausgangsbücher sowie Virenprüfung gewährleistet. Zu diesem Zweck wurden mit der Firma BOS über das Projektbüro des KoopA ADV beim Bund ein Vertrag über die Wartung und Pflege der Governikus-Software abgeschlossen. Die Betreuung u. Pflege der Middleware Governikus in SH erfolgt über Dataport.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1.	Governikussystem	Standard-Infrastruktur Land SH; Zuständigkeit liegt beim ZIT SH
2.	Support Anwender MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Supportvertrag
3.	Pflegekosten EGVP MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Pflegekostenvertrag
4.	Betrieb EGVP bei IT.NRW für das MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Betriebsvertrag
5.	Betrieb SAFE bei IT.NRW (Verzeichnisdienst EGVP) für das MJKE	fachliche Leitstelle MJKE organisiert den Vertrag SAFE
6.	Anpassungen / Weiterentwicklung EGVP im MJKE	gem. Beschlüsse der Kooperationsgemeinschaft; fachliche Leitstelle MJKE organisiert die CR

<b>ITM</b>	2153030000
<b>Bezeichnung</b>	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Betrieb und Pflege einer Clearingstelle und des Clearingdienstes (zentraler Nachrichtenbroker) für die Rückmeldung im Meldewesen. Die Clearingstelle ist eine zentrale Einrichtung in einem Verbund von DV-Verfahren, die geschäftsmäßig die elektronische Kommunikation zwischen den Stellen der öffentlichen Verwaltung auf der Basis bundes/landeseinheitlicher technischer und fachspezifischer Vergaben technisch und organisatorisch unterstützt.

**ITM** 2162030000  
**Bezeichnung** Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV).

Das DVDV dient der dynamischen Adressierung von Nachrichten im Rahmen bundesweiter E-Government-Vorhaben.

Diese Maßnahme deckt den Anteil Schleswig-Holstein an dem bundesweiten Projekt ab.

Es besteht eine Schnittstelle zur Clearingstelle und zu den Projekten mit der Thematik Meldewesen.

**ITM** 2164030000  
**Bezeichnung** E-Akte - VIS-Basis  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit.

Das Dokumentenmanagementsystem (DMS) ermöglicht das Suchen, Bearbeiten und Speichern von elektronischen Dokumenten an einem zentralen Speicherort und unter Beachtung von entsprechenden Zugriffsregelungen. Die wichtigsten Werkzeuge sind hierbei die Registratur, Aktenführung und Aktenrecherche.

Ein in das DMS integriertes Vorgangsbearbeitungssystem (VBS) ermöglicht die automatisierte IT-Unterstützung von Verwaltungsabläufen. Es eignet sich regelmäßig für die Unterstützung dokumentenbasierter Arbeitabläufe, womit ein aktenmäßiges und medienbruchfreies elektronisches Verwaltungshandeln möglich ist.

Mit Einrichtung des 'VISkompakt-Competence-Centers' (VCC) gewährleistet Dataport im Auftrag der Landesverwaltung (ZIT SH) den Support für den Einsatz des Verfahrens E-Akte in den Ressorts.

Die Verfahrensverantwortung für die E-Akte obliegt ressortübergreifend dem ZIT SH.

Der Support für den Einsatz des Verfahren SGS-dDocuScan-SH in den Ressorts erfolgt durch Dataport.

Die Verfahrensverantwortung für die E-Akte obliegt ressortübergreifend dem ZIT SH.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	VIS Schriftgutstelle	Verfahrensfunktionen für Schriftgutstellen umfassen Registratur, Posteingang, Postausgang
2	VIS SGS-dDocuScan-SH	VIS-Scanverfahren zur Verarbeitung von Posteingängen (Grundlage: Dataport-Verfahren dDocuScan ehemals ScErVe)
3	VIS-Rechnung	Rechnungsablage in der E-Akte
4	VIS-Verfahrensakte u. VIS-ITM-Akte	Verfahrens- und ITM-Akte in elektronischer Form
5	VIS-Aussonderung	VIS-Aussonderung (regelt die Bearbeitungsphase und Aufbewahrungsfrist von Schriftgut bis hin zur Aussonderung > Abgabe an ein Archiv oder Vernichtung) vorher Maßnahmen zur Langzeitspeicherung

**ITM** 2167030000  
**Bezeichnung** Landesportal SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

Im Landesportal unter [www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de) werden die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Themen, Tätigkeiten der Landesregierung und einer Vielzahl an Fachthemen informiert. Das Landesportal wurde 2014/2015 vollständig überarbeitet und folgt nun dem Aufbau Schwerpunkte - Themen - Fachinhalte. Im Rahmen des laufenden Betriebs wird der Internetauftritt fortlaufend optimiert und die Darstellung entsprechend angepasst.

Zusatzfunktionen oder Informationen aus Fachverfahren werden über die Efl-Plattform (ITM 2420030000) bereitgestellt.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
10	Landesportal SH	<a href="http://www.schleswig-holstein.de">www.schleswig-holstein.de</a>
20	Intr@pol	Intranet der Landespolizei

**ITM** 2168030000

**Bezeichnung** SHIP - Intranet und Extranet öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein

**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Verfahren

**Klassifizierung** Fachanwendungen

### Beschreibung

Das SHIP ist von 1998 und damit für den Bereich Internet/Intranet "uralt". Eine Neukonzeption ist bereits seit langer Zeit geplant, konnte aber aufgrund fehlender personeller Ressourcen bisher nicht realisiert werden. Allmählich stößt das SHIP aber aufgrund seiner veralteten Technik an die Grenzen. Ein Umzug ins neue Dataport Rechenzentrum lässt sich zwar noch verwirklichen, aber weiterer technischer Fortschritt führt zu immer mehr Problemen. Hinzu kommt, dass Microsoft die derzeit im Einsatz befindliche Software aus dem Programm nehmen wird, so dass auch hier über eine Änderung erfolgen muss. Eine Neukonzeption des SHIP kann deshalb nicht mehr viel länger hinaus geschoben werden, zumal bis zum tatsächlichen Umstieg mindestens zwei Jahre angesetzt werden müssen.

### Projekt SHIP-IN

Das Projekt SHIP-IN verfolgt das Ziel eine Konsolidierung der Intranetlösungen der einzelnen Häuser und nachgeordneten Bereichen zu erreichen.

### Motivation

Neben den in der allgemeinen Beschreibung genannten Punkt, dass die zur Zeit eingesetzte Technik "uralt" ist. Müssen einige zurzeit eingesetzte Intranetlösungen migriert werden, da der Support für Windows 2003 Server im Juli 2015 ausgelaufen ist. Der Weiterbetrieb der alten Server stellt ein Sicherheitsrisiko dar. Sofern jemand in das Netz des Hauses eindringt, ist ein Server ohne Sicherheitsupdates ein leichtes Ziel für Hacker, um von dort aus weitere Aktivitäten durchzuführen (bspw. Pass-the-Hash Attacken).

### Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	SHIP	SHIP-Betrieb(alt) und Neuentwicklung SHIP-IN
10	SHIP-Seiten KoPers	In Betrieb.
20	Intranet VII WiMi	In Betrieb.
30	Intranet DLZP	In Betrieb.
40	Intranet IV MIB	In Betrieb.
50	Intranet VI FM	Im Aufbau, da alte Infrastruktur abgelöst werden soll (Windows Server 2003).

<b>ITM</b>	2172030000
<b>Bezeichnung</b>	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Funktionalität SH

### **Beschreibung**

Das Personal ist die wichtigste und zugleich die teuerste Ressource im öffentlichen Sektor. Das Aufgabenfeld „Personal“ hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich in Richtung eines ganzheitlichen Personalmanagements weiter entwickelt. Mit diesem neuen Ansatz wird deutlich, dass sowohl die Aufgabenbreite und –reichweite deutlich zugenommen hat, aber auch, dass der Kerngedanke effizienter Personalarbeit sich in Richtung Vernetzung und Integration der verschiedenen personalpolitischen Handlungsfelder entwickelt hat. Das Ziel der IT-Verfahren ist es, diese komplexen Aufgabenstellungen zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Zurzeit sind für das Personalmanagement folgende IT-Verfahren im Einsatz:

- PERMIS-Verwaltung (PERMIS-V), das Personalmanagement und -informationssystem für die tägliche Unterstützung im gesamten Bereich der Personalverwaltung. Permis-V unterstützt mit seinen Funktionalitäten die Personalverwaltung in der täglichen Praxis bei der Bearbeitung von Einzelfall bezogenen Personalvorgängen und stellt personenbezogene und statistische Informationen zur Verfügung.
- PERMIS-Personal-Controlling-System (PERMIS-PCS), zur Aufbereitung von aggregierten Daten über den Personalbestand und -struktur als Informationsgrundlage für Entscheidungsfindungen der Führungsspitzen
- PERMIS-Personalkosten-Hochrechnung (PERMIS-PKH), als Sonderauswertung aus PERMIS-Abrechnung. PERMIS-PKH rechnet haushaltswirksame Personaldaten auf Basis der Ist-Werte für das laufende und das folgende Jahr hoch.

Weitere Einzelheiten sind im SHIP verfügbar unter:

<http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-Anwendungen/PERMIS/intranet.htm>

Korrespondierende IT-Maßnahmen (werden gesondert zum HH angemeldet):

- PERMIS-Abrechnung (PERMIS-A)
- Personalverwaltung-Lehrkräfte (PERLE)
- Bewerberverfahren des Innenministeriums
- Bewerberverfahren der Landespolizei

**ITM** 2306030000  
**Bezeichnung** Inventarisierung (Ham.s.t.er)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Haushaltskonformes ressortübergreifendes Inventarisierungs- und Bestandsführungsverfahren  
Verfahren zur ressortübergreifenden Inventarisierung und Bestandsführung von IT-Objekten und  
Software zur Unterstützung der IT-Leitstellen.

**ITM** 2324030000  
**Bezeichnung** Digitales Zeitsystem  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Für die digitale Zeiterfassung im Land Schleswig-Holstein wurde ein landeseinheitliches Zeiterfassungssystem beschafft. Das Verfahren verfügt im wesentlichen über die Funktionen der Zeiterfassung, der Fehlzeitenverwaltung (z.B. Urlaub etc.) sowie von Auswertungen. Im Rahmen der landesweiten Standardisierung wird das Verfahren ressortübergreifend in Einsatz gebracht und zum Abbau von Redundanzen bestehende Zeiterfassungssysteme abgelöst.

Zusätzlich soll u.a. für die Bereiche der JVA's ein zusätzliches Modul zur Personaleinsatzplanung eingeführt werden. Die Vergaberechtliche Klärung erfolgt derzeit bei Dataport

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Zeiterfassung MELUR	Bedarf des MLUR (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 1550 Lizenzen
2.	Zeiterfassung MJKE	Bedarf des MJGI (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 2000 Lizenzen
3.	Zeiterfassung FM	Bedarfe des FM (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 5.684 Lizenzen
4.	Zeiterfassung StK	Bedarfe der StK: mind. 200 Lizenzen
5.	Zeiterfassung MSGFG	Bedarfe des MASG: mind. 800 Lizenzen
6.	Zeiterfassung MBW	Bedarfe des MBK (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 490 Lizenzen
7.	Zeiterfassung MWAVT	Reinvestitionsbedarf für bestehendes System ab 2011, 400 Lizenzen
8.	Zeiterfassung IM	Reinvestitionsbedarf insbes. für Server absehbar, 100 Lizenzen Katsteramt Meldorf
9	LRH	Einführung von Primeweb ist in Arbeit
10	Zeiterfassung LT	Zeiterfassung ist eingeführt

<b>ITM</b>	2360030000
<b>Bezeichnung</b>	ZuFiSH - Zuständigkeitsfinder SH (Betrieb und Pflege)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

Seit seiner Einführung hat sich ZuFiSH als Behördenwegweiser in Schleswig-Holstein bewährt. Es entstehen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei der Firma TSA und bei Dataport.

Andere Verfahren, z.B. die einheitliche Behördenrufnummer 115, möchten die im ZuFiSH enthaltenen Informationen über Behördenstandorte und Leistungen nutzen. Hierbei werden erweiterte Anforderungen an die Daten gestellt, so dass auch nach Inbetriebnahme des Zuständigkeitsfinders Anpassungen und Weiterentwicklungen notwendig werden.

Innerhalb der bundesweiten Entwicklergemeinschaft Linie6Plus werden die Weiterentwicklungswünsche abgestimmt und definiert. Die Verbundpartner partizipieren von den Einsparungen der gemeinsamen Entwicklung und von den Erfahrungen der anderen.

Auch innerhalb Schleswig-Holsteins wird angestrebt, die Daten aus Zu-FiSH für andere Verfahren zur Verfügung zu stellen, z.B. für das Landesportal Schleswig-Holstein, die Verfahrensklärung (VLV2) oder das Projekt KoPers.

<b>ITM</b>	2401030000
<b>Bezeichnung</b>	De-Mail-in-SH Basisdienst
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Mit De-Mail werden elektronische Nachrichten verschlüsselt, geschützt und nachweisbar verschickt. Im Gegensatz zur E-Mail können bei De-Mail aber sowohl die Identität der Kommunikationspartner als auch der Versand und der Eingang von De-Mails jederzeit zweifelsfrei nachgewiesen werden. Die Inhalte einer De-Mail können auf ihrem Weg durch das Internet nicht mitgelesen oder gar verändert werden.

Der Versand von De-Mail-Nachrichten ist kostenpflichtig.

De-Mail ist ein geschlossenes Netz. De-Mail-Leistungen sind im De-Mail-Gesetz reguliert und können von entsprechenden Betreibern/Providern des freien Marktes angeboten werden.

In SH ist geplant, ein De-Mail-Gateway zu errichten, das Land und Kommunen gemeinsam nutzen können und das eingehende De-Mail-Nachrichten entgegen nimmt und dann als einfache E-Mail im geschützten Landesnetz-Bereich an die Empfänger weiterleitet. Umgekehrt soll dieser Weg auch für ausgehende De-Mail-Nachrichten nutzbar sein.

Das E-Government-Gesetz des Bundes wird De-Mail-Nachrichten eine Schriftform-ersetzende Wirkung zuerkennen.

Im Anschluss könnte es zu einem verstärkten Druck auch auf hiesige Verwaltungen kommen, De-Mail-Nutzung zu eröffnen.

**ITM** 2420030000  
**Bezeichnung** Ergänzungstool für Internet (Efl)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

Die Efl-Plattform (Ergänzungsfunktionalitäten im Internet) stellt verschiedene Zusatzfunktionen und Informationen aus Fachverfahren in oder als eigenes Fachverfahren neben dem Landesportal [www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de) bereit.

Auf der Efl-Plattform werden unter anderem [ich-helfe.sh](http://ich-helfe.sh), [kfue-sh.de](http://kfue-sh.de), die Onlineanzeige der Polizei, die Badegewässerqualität, die Wappenrolle, die Stellenausschreibungen, der Wochenkalender und die Akkreditierung betrieben.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
10	PHP-Anwendungen	Aufnahme der PHP Anwendungen vom PHP-Server und Überführung der Verantwortung von StK P 203 zu Dataport.
20	Badegewässerqualität	Umsetzung der Landesverordnung über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer (Badegewässerverordnung) vom 9. April 2008 und Richtlinie 2006/7/EG Einbindung der Messwerte aus dem Fachverfahren und Aufbereitung für die Darstellung im Landesportal.
30	Onlineanzeige	Stellt die Funktionalität Onlineanzeige innerhalb der Onlinewache im Landesportal zur Verfügung.

<b>ITM</b>	2437030000
<b>Bezeichnung</b>	Ticketssystem User Help Desk (ITSM)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

1. Dataport bietet IT-Services für den Landeskunden SH an. Für die tool-gestützte Abbildung der ITIL Prozesse zu diesen IT-Services verwendet Dataport die ITSM-Suite des Herstellers BMC. Die IT-Leitstellen der einzelnen Ressorts leisten z.T. eigenen IT-Support, z.B. für Komponenten/Software/Fachanwendungen, die in dortiger Verantwortung liegen. Die Kosten für die ressortspezifischen Zugriffslizenzen nach dem "Leitstellenmodell" an der BMC Suite werden jeweils in den IT-Maßnahmen der Ressorts veranschlagt.

Das Berichtswesen soll ressortübergreifend durch das ZIT SH festgelegt werden. Die Finanzierung hierzu erfolgt ebenfalls aus dem ZIT SH heraus.

2. Die Landesverwaltung soll für die eigenen ITIL-Prozesse eine entsprechende Tool-Unterstützung erhalten. Die Einführung eines einheitlichen Tools erfolgt daher in vier Schritten:

- a) Projekt Analyse Betriebsprozesse: in 2016 werden mit Unterstützung durch Capgemini die Betriebsprozesse analysiert und zu einem einheitlichen Prozessmodell konsolidiert. Ausgehend vom Prozessmodell werden Anforderungen an eine IT-Lösung für ein Tool entwickelt und eine erste Abschätzung der Abdeckung in drei möglichen Lösungsszenarien vorgenommen.
- b) Projekt "Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse (ELAB)": In Vorbereitung auf die Umsetzung werden die SH-seitigen Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard von Dataport abgeglichen, Lösungen in einer Deltamatrix erarbeitet und so eine Entscheidung für das Lösungsszenario ermittelt.
- c) Durchführung des Vergabeverfahrens für ITSM-Tool: ab Mitte 2017 wird ein Vergabeverfahren zur Auswahl der geeigneten Lösung durchgeführt. Der Zuschlag wurde April 2018 an Axios erteilt
- d) Einführung der ITSM-Lösung: ab Mitte 2018 wird im Rahmen des Projektes NITO SH (Neue IT-Organisation Schleswig-Holstein) das im Vergabeverfahren ausgewählte Tool eingeführt.

3. Das Erfordernis für ein Onlineportal wird im Rahmen des Einführungsprojektes abschließend beurteilt.

## Unterverfahren

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	ITSM Suite (Leitstellen-Modell)	Die Ressorts nutzen die ITSM-Suite mit Dataport gemeinsam auf einer Infrastruktur jeweils im eigenen Mandanten für ausgewählte ITIL-Prozesse
2	ITSM Berichtswesen für Leitstellen-Modell	Berichtswesen zu lfd. Nr. 1
3	Projekt Analyse Betriebsprozesse	Schaffen eines landesweit einheitlichen Prozessmodells und Entwickeln eines Anforderungskatalog für eine IT-Lösung ITSM
4	Projekt Ermittlung Lösungsszenario Analyse Betriebsprozesse (ELAB)	Abgleich der SH-Anforderungen an Prozesse und Tool mit dem Standard Dataport und Ermittlung des Lösungsszenarios
5	Durchführung Vergabeverfahren für ITSM-Lösung	es wurde ein Vergabeverfahren für ein landesweit einheitliches IT-Service Management Tool unter Beteiligung weiterer Trägerländer Dataports durchgeführt. Den Zuschlag erhielt im April 18 die Firma Axios.
6	Online-Portal	Control-Board für Störungen, usw. Erfordernis entfällt, wenn die angebotene ITSM-Lösung diese Funktionalität enthält
7	Programm NITO SH (Neue IT-Organisation Schleswig-Holstein)	die im Vergabeverfahren ausgewählte Lösung wird eingeführt

**ITM** 2447030000  
**Bezeichnung** E-Akte - VIS-Erweiterungen  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

Die elektronischen Akte (E-Akte), die mittels des Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems (DMS/VBS) 'VIS' der Fa. PDV Systeme realisiert wird, dient zur Unterstützung und aktenmäßigen elektronischen Dokumentation IT-gestützter Verwaltungsarbeit. Der ressortübergreifende Standard-IT-Funktionalität E-Akte VIS-Basis (elektronische Registratur, elektronische Aktenführung, elektronische Vorgangsbearbeitung) ist in der IT-Maßnahme 2164030000 abgebildet.

Die ressortübergreifenden Erweiterungen dieser Standard-IT-Funktionalität werden mit der vorliegenden

IT-Maßnahme 244703000 E-Akte - VIS-Erweiterungen abgedeckt.

Derzeit umfassen die Erweiterungen folgende Module:

- VIS-Kabinetts (unterstützt den Prozess der Erstellung sowie den Ablauf der Be- und Weiterverarbeitung von Kabinettsvorlagen elektronisch)
- VIS-Bundesrat (automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten)

Bei Abschluss der Umsetzung werden die benannten Module als feste Bestandteile der Standard-IT-Funktionalität E-Akte integriert sein.

VIS-Basis u. VIS-Erweiterungen wird über die zentrale Systemarchitektur bei Dataport realisiert. Über das 'VIS-Competence-Centers' (VCC) gewährleistet Dataport im Auftrag der Landesverwaltung (ZIT SH) den Support für den Einsatz des Verfahrens E-Akte in den Ressorts.

Die Verfahrensverantwortung E-Akte ressortübergreifend obliegt dem Zentralen IT-Management SH (ZIT SH).

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	VIS-Kabinett	unterstützt den Prozess der Erstellung sowie den Ablauf der Be- und Weiterverarbeitung von Kabinettsvorlagen elektronisch
2	VIS-Bundesrat	automatisierte Abholung u. strukturierte Ablage von Bundesratsdaten in E-Akten

**ITM** 2473030000

**Bezeichnung** Digitalisierung von Personalakten der Landesverwaltung SH

**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32

**Status** aktiv / etatfähig

**Art** IT-Vorhaben

**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Das Land Schleswig-Holstein muss ca. 65.000 Personalakten (Personalfälle) für die weitere elektronische Nutzung in zentralisierten und kooperativen Personalmanagementprozessen digitalisieren lassen. Das Maßnahme beginnt 2015 mit der Übernahme aller Personalakten der Lehrkräfte. Bis Ende 2017 sollen alle Personalakten der Bediensteten (ohne Ruheständler) des Landes Schleswig-Holstein erfasst sein. Die Verschiebung des Zieltermins resultiert aus der Unterbrechung des Digitalisierungsvorhabens aufgrund des OVG-Beschlusses zur Auftragsdatenverarbeitung.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	DigiPA (IT-Verfahren)	Überführung von papierbasierten in elektronische Personalakten durch Digitalisierung (DigiPA) - im Rahmen des IT-Verfahrens DigiPA werden die Personalakten des Personals der Landesverwaltung digitalisiert und anschließend als ausschließlich elektronische Personalakten weitergeführt. Das aktenführende System ist VIS (Standardfunktionalität ITSH E-Akte).
02	ePA-in-KoPers (Fachverantwortung ePA - jetzt bei KoPers)	KoPers System als das künftige personalaktenführende System muss aktenmäßig und personalaktenmäßig arbeiteten. Inwieweit die zugehörigen Anforderungen bereits erfüllt werden beziehungsweise welche technischen und oder organisatorischen Maßnahmen ggf. ergriffen werden müssen, damit es diese Anforderungen erfüllt, wurde im Rahmen der eSA-ePA-Analyse KoPers mit externer Unterstützung im Auftrag von V32 (vorher StK Z2) analysiert. Als Ergebnis ist eine Schnittstelle zwischen KoPers und VIS (DigiPA) vorgesehen.

**ITM** 2523030000  
**Bezeichnung** Dateitransferportal  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Im Rahmen der Einführung der elektronischen Akte im Land SH soll eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft oder andere Verwaltungen konzipiert werden, Dateien (Karten, Pläne, Bewerbungsunterlagen oder auch z.B. Anträge mit Anlagen) digital einreichen und der entsprechenden Sachbearbeitung automatisiert in der dazugehörigen E-Akte bereitzustellen zu können. Diese Anforderungen sollen voraussichtlich als Online Internetanwendung mit Modulen des Basisdienstes Government Gateway abgebildet werden. Im Auftrag des ZIT SH und in initialer Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB) soll dazu ein erster Prototyp entwickelt werden (Machbarkeitsstudie).

**ITM** 2597030000  
**Bezeichnung** DigiProg 2019: Papierlose Kabinettsmappe  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 32  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Es soll eine Weiterentwicklung der in der Staatskanzlei und in einzelnen Ressorts genutzten elektronischen/papierlosen Kabinettsmappe kommen, um zu einer einheitlichen Nutzung in allen Ressorts zu gelangen Dies geschieht auf Basis der in den Ressorts vorhandenen elektronischen Akte.

<b>ITM</b>	2599030000
<b>Bezeichnung</b>	DigiProg 2019: Relaunch Landesportal sh.de
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Sonstiges

#### **Beschreibung**

Der Prozess der Meinungsbildung und der Diskussion verlagern sich zunehmend ins Netz. Das Ziel muss es sein den im Landesportal schon begonnen Weg, Transparenz zu schaffen, Politik greifbar und authentisch darzustellen, das Publikum unmittelbar am politischen Geschehen teilhaben zu lassen und das Vorgehen selbst aktiv zu erklären konsequent weiter zu gehen und noch stärker zu professionalisieren. Die Landesregierung verfügt mit ihrem tagesaktuellen und generellen politischen Handeln und den dafür verantwortlichen Personen über exklusive Inhalte und und somit nahezu über ein Alleinstellungsmerkmal. Dieses umfassende und in Teilen einzigartige Angebot im Hinblick auf die politische Information kann das Landesportal stärken, es zu einem relevanten nachrichtlichen Portal entwickeln. Um diesem Bereich für Nutzer attraktiv und vielseitig zu gestalten, muss er komplett neu gestaltet werden. Darüber hinaus müssen die schon vorhandenen Informationsangebote gebündelt werden. Der Einstieg in das Landesportal (Startseite) muss dieser neuen Struktur Rechnung tragen und Nutzern zukünftig den Weg in die verschiedenen Bereiche weisen: aktuelle Meldungen, Landesregierung, Themen und Aufgaben „A-Z“, Land und Leute, Servicecenter. Diese Anforderungen lassen sich nur durch einen Relaunch des Landesportals umsetzen. Weit über 50% der Nutzer besuchen die Seiten des Landesportals mit mobilen Geräten (Smartphones, Tablets). Das Design muss deshalb von vornherein für mobile Endgeräte (Responsive Design) entwickelt werden. Hieraus ist im Anschluss eine Variante für PC-Bildschirme abzuleiten. Dabei ist sicherzustellen, dass ein Redesign weiterhin modern und seriös erscheint und den Anforderungen der Dachmarke entspricht. Die Zentralredaktion in der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung ist hier federführend und in diesem Prozess die verantwortliche Instanz.

<b>ITM</b>	2651030000
<b>Bezeichnung</b>	Barrierefreie IT
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 32
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Funktionalität SH

**ITM** 2147030000  
**Bezeichnung** Telefonie Land SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Aufgabe des Sprachnetzes SH (SPNSH) ist der Aufbau und Betrieb eines landeseinheitlichen Telefonnetzes. Die Sprachdaten werden in der Regel in Telefonnetzen, teilweise in sog. strukturierten Gebäudeverkabelungen und mit Einführung der IP-Telefonie auch in Datennetzen übertragen. Das Sprachnetz SH ist die Basisinfrastruktur für die Telefonie der Landesverwaltung. Die Grundlagenverträge mit den Kommunikationsdienstleistern beinhalten die Nutzung der Leitungsinfrastruktur einschließlich der Gebühren für Telefongespräche, die Mieten für Telefon-Hardware und sonstige Ausrüstungsgegenstände sowie die Kosten für kleine Netzinstandhaltungsarbeiten und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen bei der Durchführung von Ausschreibungen.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	CVS, Corporate Voice Solutions	Abrechnung von Telefongesprächsentgelten mit dem Provider T-Systems
2	TDN Land 1, Telekom Designed Network Land 1	Abrechnung von Mietenkosten für Telefon-Hardware
3	ProSolution	Speicherung von Gebührendatensätzen in den Telefonanlagen, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
4	Telefongebührenabrechnung TelGebAb	Erstellung der Abrechnungen der Gesprächsgebühren bei Dataport, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
5	Inhouse	Abrechnung von Arbeiten an den in den Liegenschaften befindlichen Telefon- und Datennetzen. Gehört zum Vertrag TDN Land 1
6	Lastschrifteinzugsverfahren LEIV	Lastschrifteinzug privater Telefongesprächsentgelte durch Dataport, gekündigt 2011 mit Einführung einer Telefongebühren-Flatrate
7	VT Dataport, Telefongebührenvertrag Versatel	Abrechnung von Telefongesprächsentgelten mit dem Provider Versatel

<b>ITM</b>	2148030000
<b>Bezeichnung</b>	Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Der Betrieb der Kopfstelle bei Dataport gewährleistet die externe Datenkommunikation des Landes Schleswig-Holstein für eMail, DOI-Netz, mobile IT-Systeme.

<b>ITM</b>	2149030000
<b>Bezeichnung</b>	+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

+1-Infrastruktur (vorm. IKOTECH III) stellt die systemtechnische Basis der Landesverwaltung SH dar und bildet das Rückgrat für die BK-Infrastruktur der Landesverwaltung.

Ein wichtiger Bestandteil sind die landesweit verfügbaren „Zentralen Dienste“ aus +1.system. Diese zentralen Dienste sind die Grundlage des Betriebes von +1 in den Ressorts. Im einzelnen sind das der Landesverzeichnisdienst, der landesweite Mailverbund, der Domain Name Service und das Anti-Viren-Softwaremanagement sowie die Durchführung des IT-Sicherheitsrelevanten Patch-Managements für alle dedizierten und virtuellen Systeme aus +1 System. Das Zentrale IT-Management Schleswig-Holstein (ZIT SH) als Eigentümer der +1 Infrastruktur hat Dataport mit dem Betrieb der genannten zentralen Systemdienste in den dataporteigenen Rechenzentren beauftragt.

Die +1 Kopfstelle bildet die Grundlage für die weiteren +1 Dienste:

- Betrieb Rev.Sicheres AD
- Betrieb der ressortübergreifenden Gruppenbalage WSS.SH
- PKI und VPN für +1-System

**ITM** 2154030000  
**Bezeichnung** Datennetz SH (Kommunikationsplattform LN SH)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Die ehemals vorhandenen 6 Verwaltungsnetze wurden zu einem Netz integriert. Es werden landeseinheitliche Netzanschlüsse bereitgestellt. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen. Alle Kosten für die LNB Anschlüsse (TDN2 - Daten und Anschlussgebühren LNB von DP werden über diese Maßnahme abgerechnet). Auf den Wertstellungsgesprächen werden jeweils für 6 Monate die Kosten festgelegt.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
01	TDN-Vertrag Schleswig-Holstein Net (Fimi-Klein)	Bisher in ITM 2154 03 0000 als Unterverfahren ab 2017 eigene ITM 2522 03 0000

**ITM** 2155030000  
**Bezeichnung** +1 Patch- und Veränderungsmanagement  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Die Maßnahme dient der operativen Fortentwicklung der +1 Infrastruktur im Wege der Anpassung von IT-Diensten an den Stand der Entwicklung und der Implementierung neuer Funktionalitäten.

Wesentliche Aufgaben sind:

- Bereitstellen von Betriebssystemimages
- Erstellen von MSI-Paketen für den Standardwarenkorb
- Scripting und Rollout für Hotfixes
- Bereitstellung eines +1-Testsegments

**ITM** 2169030000  
**Bezeichnung** Zentraler FAX-Service SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Bereitstellung der zentralen Infrastruktur und Betrieb für das Verfahren "Zentrales Faxsystem für IKOTECH III" im Dataport Rechenzentrum.

Der Vertrag dient dem Betrieb einer eFax-Infrastruktur für alle an +1 Infrastruktur teilnehmenden Landesbehörden mit dezentralen Übergabesystemen, die noch nicht am ZUESY teilnehmen können. Im März/April 2015 wird eine weitere Fortschreibung des Vertrages erforderlich sein, da das Altverfahren im RZ Altenholz abgebaut und als gänzlich neuer Service in RZ<sup>2</sup> aufgebaut wird. Hierbei wird mit Preissteigerungen gegenüber der bestehenden Vertragslage zu rechnen sein.

**ITM** 2173030000  
**Bezeichnung** Basisdienst Internet (Verträge)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Das ZIT SH stellt der Landesverwaltung Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit Dataport den Basisdienst "Internet" zur Verfügung. Veranschlagt sind die Ausgaben der unmittelbaren Landesverwaltung zur Nutzung des Internets über die Dataport Firewall. Der Vertrag wird zentral durch das ZIT SH finanziert. Die Vertragsverwaltung ist Dataport übertragen.

Das Internet (von englisch interconnected network), kurz das Netz, ist ein weltweites Netzwerk, bestehend aus vielen Rechnernetzwerken, durch das Daten ausgetauscht werden. Es ermöglicht die Nutzung von Internetdiensten wie E-Mail, Telnet, Usenet, Dateiübertragung, WWW und in letzter Zeit zunehmend auch Telefonie, Radio und Fernsehen.

**ITM** 2175030000  
**Bezeichnung** Dienste im +1-System (Büro Land)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Das Dataport Büro beim Land unterstützt das ZIT SH bei den Aufgaben des ressortweiten IT-Managements. Hierzu gehören insbesondere Leistungen zum Betrieb zentraler Systeme sowie die Koordination und Implementierung bzw. Pflege von Kommunikationsbeziehungen zwischen den obersten Landesbehörden, in die nachgeordneten Bereichen und nach außen.

Außerdem leistet das Büro beim Land Beratung für die obersten Landesbehörden beim ressortübergreifenden IT-Einsatz und unterstützt bei der Umsetzung von Schnittstellen.

Da diese Leistungen nicht über Ressortverträge abzudecken sind, erfolgt eine gesonderte vertragliche Regelungen und zentrale Finanzierung.

**ITM** 2185030000  
**Bezeichnung** Übergreifendes AD für gemeinsame Verfahren  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Die kooperierenden Länder (FHH, FHB und SH) wollen durch die gemeinsame Nutzung von IT-Systemen Synergien heben und insbesondere die laufenden Kosten im Betrieb gemeinsamer IT-Systeme senken. Diesem Ziel folgend führen FHH und SH gemeinsam u. a. das Personalverwaltungsverfahren KoPers ein. Der Aufbau der IT-Infrastruktur für KoPers ist der Anlass für die Schaffung eines ADs zur Nutzung von länderübergreifenden IT-Verfahren. Ein AD ist ein Verzeichnisdienst, um Zugriffsmöglichkeiten und Berechtigungsstrukturen aus Nutzer- und Computerkonten zu ermöglichen.

**ITM** 2340030000  
**Bezeichnung** Landesnetz V+  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Redundanz zum bestehenden Landesnetz: Errichtung eines Redundanznetzes, um die Versorgungssicherheit und Leistung des Landesnetzes zu erhöhen (Erhöhung der Verfügbarkeit = V+). Gemeinsam mit der Errichtung des flächendeckenden BOS Digitalfunknetzes (Projekt des IM) soll ein integrierter Backbone entstehen, in dem sowohl die Anforderungen an ein Zugangsnetz für den Digitalfunk, wie auch die Anforderungen für ein unabhängiges Redundanznetz zum Transport von Daten und Sprache abgedeckt werden. Durch die Einführung des Landesnetzes V+ werden die Ressorts in die Lage versetzt, Einsparungen u.a. durch Serverkonzentration und Einsatz von zentralisierter Technik zu erzielen.

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1	Backbone	Kernsystem für den Datentransport
2.	Zugangssystem	Verbindungsleitung zu den Lokationen der Behörden

**ITM** 2415030000  
**Bezeichnung** Übergreifende Multideviceplattform (MDP) für den Einsatz von Smartphones  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Die Multideviceplattform ist ein mandantenfähiges Verfahren, um mobilen Endgeräten einen sicheren Zugang zu dienstlichen Daten zu ermöglichen. Hierzu wurde eine Container- bzw. Sandboxlösung ausgewählt, die dienstliche Daten gekapselt und verschlüsselt in einer Applikation auf das Endgerät synchronisiert. Initial beschränken sich die auf diesem Wege bereitgestellten, dienstlichen Daten auf PIM-Daten, zu denen E-Mails, Kalender- und Kontaktdaten, sowie Aufgaben zu zählen sind.

Für die im Einsatz befindliche Lösung Exictor DME sind derzeit 40 Endgerätelizenzen pro Ressort (Landesregierung, Landtag, Landesrechnungshof) vorgesehen

<b>ITM</b>	2421030000
<b>Bezeichnung</b>	Integriertes Sicherheitsmanagement (ISMS)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Funktionalität SH

#### **Beschreibung**

Das Integrierte Sicherheitsmanagementsystem (ISMS) ist das zuständige Gremium für die Regelung sämtlicher übergreifender Belange der Informationssicherheit. Es dient damit u. A. zur Erfüllung gesetzlicher Regelungen, insbesondere von Anforderungen aus der Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und dem Landesdatenschutzgesetz (LDSG). Es orientiert sich an gängigen Standards, u. A. den BSI-Standards, den IuK-Mindestanforderungen der Rechnungshöfe und Anforderungen aus Audits des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz (ULD). Das ISMS ist fachlich unabhängig, berät die Leitungsebene und ist dieser berichtspflichtig. Beschlüsse des ISMS haben empfehlende Wirkung.

## Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Informationssicherheitsmanagement landesweit	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems der Landesregierung. Rolle: Chief Information Security Officer (CISO). Vertretung des Landes SH in der ständigen Arbeitsgruppe Informationssicherheit des IT-Planungsrates.
02	Kompetenzzentrum für Datenschutz und Informationssicherheit	Aufbau und Betrieb des Kompetenzzentrums für Datenschutz und Datensicherheit.
03	Informationssicherheitsmanagement ZIT	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems des ZIT. Rolle: Informationssicherheitsbeauftragter ZIT.
04	Informationssicherheitsmanagement Ressort MILI	Betrieb des Informationssicherheitsmanagementsystems des Innen-Ressorts. Rolle: ISB MILI. Restrukturierung und Konsolidierung des Informationssicherheitsmanagements im Ressortbereich des MILI. Vertretung des Landes SH in der IMK-AG Cybersicherheit. Zentrale Kontaktstelle/Administration KRITIS für das BSI.
05	Informationssicherheitsmanagement LaPo	Betrieb des Informationssicherheitsmanagement der Landespolizei. Rolle: ISB Landespolizei. In der Landespolizei wird zwischen strategischem und operativem Management unterschieden. In der Haushaltsplanung werden beide Bereiche erfasst.
06	Informationssicherheitsmanagement StK	Unterstützung des Informationssicherheitsmanagementsystems der Staatskanzlei.
07	Informationssicherheitsmanagement MBWK	Unterstützung des Datenschutz- und Informationssicherheitsmanagementsystems an den Schulen. Begleitung des Projektes DaSCH.
08	CERT-Nord	Betrieb des länderübergreifenden Computer Emergency Response Teams bei Dataport
09	Kooperationen ISM	Kooperation der CISOs der Dataport Trägerländer. Kooperation mit dem BSI.

<b>ITM</b>	2434030000
<b>Bezeichnung</b>	Full Managed Desktop für +1 (+1.FMD) - Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Betriebsmodell +1
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Als Beitrag zur strukturellen Haushaltskonsolidierung ist eine Optimierung des IT-Betriebs durch schrittweise Verlagerung operativer Tätigkeiten für bis zu 20.000 IT-Arbeitsplätze und die damit verbundenen Infrastrukturkomponenten an Dataport vorgesehen.

Der Landesstandard "+1" wird hierfür um ein Parallel-Modell zum bisherigen Modul "+1.büro" erweitert. Der Name der Maßnahme ist "+1.service".

In "+1.service" werden die für eine konzeptkonforme Umsetzung von "+1.büro" notwendigen Tätigkeiten auf Dataport verlagert. Damit bildet "+1.service" ein umfassendes Konzept, welches die in den Dataportträgerländern Hamburg oder Bremen unter dem Namen BASIS bereits vorhandenen Betriebsprozesse und Einzelmaßnahmen aufnimmt und diese mit den grundsätzlichen Konzeptanforderungen wie mit der bestehenden Aufbau- und Ablauforganisation aus "+1" koppelt.

Es ist sinnvoll, diese Umstellung der IT-Organisation moderat zu beginnen und einem moderaten Praxis-Test zu unterziehen. Beginnen wird diese Umstellung bei Staatskanzlei und Ressorts. Dafür spricht, dass hier bereits der IT-Betrieb zu Teilen auf Dataport (Büro beim Land) übertragen ist.

**ITM** 2436030000  
**Bezeichnung** Videokonferenzsysteme  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Für eine übergreifende Videokommunikation auf Bund und Länderebene ist über den IT-Planungsrat der Einsatz eines flächendeckenden Videokonferenzdienstes geplant. Der Dienst wird dem Bund, den Bundesländern, den Kommunen sowie ggf. auch Dienstleistern der öffentlichen Hand über das BSI-zertifizierte DOI-Verbindungsnetz zur Verfügung gestellt. Das DOI-Verbindungsnetz ist eine deutschlandweite Kommunikationsinfrastruktur für alle Behörden der Deutschen Verwaltung.

Ziel der übergreifenden Videokommunikation ist es insbesondere bei länderübergreifenden Gesprächskreisen die Dienstreisetätigkeit in Kosten und Zeit der jeweils Beteiligten zu mindern. So sollen künftig auch Kabinetts- und Bundesratsbeschlüsse über Videokommunikation verabschiedet werden.

**ITM** 2466030000  
**Bezeichnung** Modernisierung Netzinfrastrukturen in Landesbehörden SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

In dieser ITM sollen nur die Projekte (sämtliche Kabelarbeiten) geplant werden, die durch die GMSH erledigt werden (KNUE bis 500.000 mit BBN2 und GNUE über 500.000 mit FUBau).  
Es handelt sich hier um die Umsetzung des Landesstandards zur strukturierten Verkabelung.  
Die Mittel für diese Maßnahmen sollen die nächsten Jahre aus IMPULS finanziert werden.

Kleinere Arbeiten, die durch T-Systems oder Dataport erledigt werden dürfen, werden aus der ITM 2541 03 0000 und dem EPL. 14 beglichen.

**ITM** 2468030000  
**Bezeichnung** Übergreifende Basisdienste Land SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Die IT-Maßnahme umfasst die Ausgaben für Teilmaßnahmen trägerübergreifender Basisdienste, die federführend durch den zentralen IT-Dienstleister Dataport oder durch andere Kooperationspartner betrieben werden. Die Ausgaben umfassen ausschließlich den Länderanteil für Schleswig-Holstein.

**Unterverfahren**

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
01	Backup Druck und Kuvertierung - Vorsorgeanwendung -	Die Teilmaßnahme umfasst die Vorsorgeaufwendungen, die notwendig sind, um einen 2. Druckstandort von Dataport [Printzentrum Lüneburg] technisch derart auszurüsten, dass in einem Katastrophenfall des 1. Druckstandortes [Druck- und Kuvertierzentrum Altenholz] die Produktion unmittelbar fortgeführt werden kann.

<b>ITM</b>	2486030000
<b>Bezeichnung</b>	LAN-Management und LAN-Infrastruktur Land SH
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Die ITM beinhaltet zwei Bereiche:

LAN-Management durch Dataport (Portpreise) und Herstellung der Infrastruktur, wenn nicht in ITM 2466 03 0000 eingeplant.

Die derzeit geltende Generaldokumentation beinhaltet für das Landesnetz Schleswig-Holstein ausschließlich das WAN. Im Rahmen des LAN-Übergangs der Finanzverwaltung und anderer Ressorts des Landes SH auf das ZIT-SH wird das Landesnetz zukünftig um die Leistungserbringung im LAN erweitert.

Der Auftraggeber stellt für das Land Schleswig-Holstein einen einheitlichen LAN-Standard sicher. Ziel ist es, die LANs der Landesverwaltungen schrittweise in den LAN-Standard SH zu überführen. Der Auftragnehmer übernimmt den Betrieb von Kunden-LANs inkl. deren Außenstellen.

Alle Leistungen die zur Herstellung der LAN-Infrastruktur erforderlich sind und nicht durch die GMSH erbracht werden, sind in dieser ITM einzuplanen (z.B. Beschaffung Switche und LWL/Kupfer Kabel, Abbau alter LAN-Komponenten, kleine Kabelarbeiten).

**ITM** 2492030000  
**Bezeichnung** Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Mehraufwand für die Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen aufgrund politischer Vorgaben zur aktuellen Flüchtlingslage. Aufgrund der kurzfristigen Beauftragung der Anbindungen der EAE's werden höhere Kosten bei Dataport und T-Systems anfallen; z.B. für kurzfristige Anbindungen, Beaufsichtigung Aufbau vor Ort, usw.

<b>ITM</b>	2499030000
<b>Bezeichnung</b>	Generalunternehmerschaft Dataport für das Landesnetz Schleswig-Holstein
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / nicht etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Das zentrale IT-Management des Landes Schleswig-Holstein (ZIT SH) richtet seinen Bezug von Telekommunikationsdienstleistungen aus strategischen, technologischen und wirtschaftlichen Gründen neu aus.

Im Rahmen der länderübergreifenden Zielarchitektur Netze ist es unabdingbar, Betreibermodelle und technologische Rahmenbedingungen zu vereinheitlichen. Dieses kann im ersten Schritt durch die Übertragung der Generalunternehmerschaft für Netze an Dataport erfolgen.

In Schleswig-Holstein erbringt Dataport seit über fünfzehn Jahren Datendienste für eine sichere IP-Kommunikation inklusive des Firewallbetriebs. Die Bereitstellung der Sprachdienste und Leitungen erfolgte über die Telekom. Mit der Neukonzeption des Landesnetz V+ hat sich das Land Schleswig-Holstein bewusst entschieden, Dataport mit der Erbringung aller Leistungen für die Bereiche Backbone-Vernetzung, BOS-Zugangsnetz und Landesnetz V+ zu beauftragen. Damit werden die Koordinierungserfordernisse auf der ministeriellen Ebene deutlich reduziert. Von den Gesamtaufwendungen für die Realisierung und den Betrieb eines Landesnetzes entfallen ca. ein Drittel auf Dienstleistungen, die durch Dataport selbst erbracht werden und zwei Drittel auf Dienstleistungen, die von Unterauftragnehmern erbracht werden.

<b>ITM</b>	2507030000
<b>Bezeichnung</b>	Betrieb und Pflege des Verfahrens MaiLand (sichere Mail über das Landesnetz)
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Der Dienst „Sicherer Mailverkehr über das Landesnetz SH (Mailand)" ermöglicht es E-Mails der schleswig-holsteinischen Verwaltungen der Kommunen statt über das Internet, über das Landesnetz zu versenden. Die Verwaltungen der Kommunen müssen ein Antragsverfahren durchlaufen, um ihre Mail-Domain im Landesnetz zu versenden. Das Durchlaufen des kommunalen Mailverkehrs durch das Landesnetz beinhaltet die Prüfung der E-Mails bei der DP-Firewall/E-Mailfilter. Somit ist der sichere Mailverkehr zwischen Land, Kreis und Kommunen sichergestellt.

**ITM** 2512030000  
**Bezeichnung** Zentrales E-Mail-System der Landesverwaltung Schleswig-Holstein  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Mit CCMS soll durch Dataport ein zentraler und länderübergreifender E-Mail Dienst für die Dataport-Trägerländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, perspektivisch Sachsen-Anhalt sowie Dataport selbst bereitgestellt werden.

Ferner möchte Dataport CCMS auch Behörden im kommunalen Umfeld in Schleswig-Holstein sowie möglicherweise weiteren öffentlich-rechtlichen Institutionen, die aktuell kein Träger von Dataport sind, bereitstellen.

Mit der Einführung von CCMS für SH soll die bestehende E-Mailinfrastruktur in der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung, bestehend aus dem zentralen E-Mail-System Zentrale Übergabeysteme (ZüSy) sowie dezentralen Exchange- und Sendmail-Systemen in den Landesbehörden, abgelöst werden.

**ITM** 2516030000  
**Bezeichnung** Kontenpflegetool  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Das Kontenpflegetool (KPT) ist eine obligatorische Voraussetzung für den Einsatz von dem Community Cloud Mail Service (CCMS) von Dataport. Mit dem KPT erfolgt die Administration der CCMS-Postfächer und der Konten im AD. Eine Verwaltung von Berechtigungen in anderen Verfahren ist mit ggf. Anpassungen am KPT möglich.

<b>ITM</b>	2522030000
<b>Bezeichnung</b>	TDN FiMi klein - Standardfestverbindungen
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Verfahren
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastrukturen

#### **Beschreibung**

Standardfestverbindungen (SFV) sind Punkt-zu-Punkt-Verbindungen, die als Monopolübertragungsweg (MÜW), Datendirektverbindung (DDV) und Carrier-Festverbindung (CFV) von T-Systems angemietet werden. Es handelt sich um festgeschaltete Verbindungen mit analogen und digitalen Schnittstellen. Vereinzelt sind diese Verbindungen zwischen den Liegenschaften erforderlich.

FV verbinden zwei Anschlussstellen dauerhaft miteinander, ohne dass eine Vermittlung erfolgt, es sind somit weder ein Verbindungsaufbau noch ein Verbindungsabbau erforderlich. Die physikalische Übertragungsebene kann alle bekannten drahtgebundenen und drahtlosen Übertragungsmedien umfassen. Je nach Verwendungszweck und der zur Verfügung gestellten Bandbreite können FV zur Übertragung von Sprach-, Daten- und Bildinformationen genutzt werden. So eignen sich Festverbindungen ideal für den Aufbau von standortübergreifenden Unternehmensnetzen, den Corporate Networks (CN).

**ITM** 2526030000  
**Bezeichnung** Standardisierung Vertragslagen Support SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Arbeitsplatz SH

**Beschreibung**

Ressortübergreifende Projektierung als Teil des ressortübergreifenden Vertragsmanagements unter der Federführung des Ref. StK Z1 zur Standardisierung der Support-Vertragslagen in Schleswig-Holstein. Als erste Projekte werden die Supportverträge im Bereich JUSTIZ und MIB harmonisiert, um die Supportleistungen an den Leistungsschnitt des ZIT SH anzupassen. Ziel ist es, die Leistungen soweit zu vereinheitlichen, dass die Vertragslagen in den "+1 fmd" bei StK Z3 überführt werden können.

**Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
1.	Support JUSTIZ	Zusammenführung der Supportverträge im Bereich JUSTIZ (None-+1-fmd)
2.	Support MIB	Zusammenführung der Supportverträge im Bereich MIB (None-+1-fmd)

**ITM** 2537030000  
**Bezeichnung** Landesnetz 2020 mit Schulen ans Netz (LN 2020 Glasfaserausbau)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Das ZIT SH hat DP mit dem weiteren Ausbau des LNV-Netzes (Glasfaserbasierenden Landesnetz) beauftragt. Bis Ende 2020 sollen bis zu 1200 funktionsfähige Anschlüsse (ca. 800 Schulen und 400 Dienststellen der Landes- und Kommunalverwaltungen) realisiert werden. Der Ausbau von ca. 70% des Gesamtnetzes soll auf Basis von Glasfaserleitungen (LWL) erfolgen, ca. 30% des Gesamtnetzes mit alternativen Techniken.

Zur Erreichung der Ziele und wirtschaftlichen Anbindung der zum Zeitpunkt unwirtschaftlichen 30% der Strecken, soll DP und 1&1 Versatel die lokalen Breitbandinitiativen unter Einbindung des WIMI und des BKZSH einbinden um Synergien zu erwirtschaften und Doppelstrukturen zu vermeiden.

**ITM** 2541030000  
**Bezeichnung** Green IT in der Landesverwaltung SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

#### **Beschreibung**

Unter dem Stichwort Green IT versteht man Bestrebungen, die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten:

- Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung der Geräte (Green in der IT). Näheres wird in der RoHS-Richtlinie der EU festgelegt (EG-Richtlinie 2002/95/EG zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten zur Verwendung von Gefahrstoffen in Geräten und Bauteilen)
- Energieeinsparung beim bzw. durch den Einsatz von Informationstechnologie

#### **Unterverfahren**

<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Beschreibung</b>
01	Campusserver	Zentralisierung

**ITM** 2547030000  
**Bezeichnung** WLAN-Kooperation - Der echte Norden  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

WLAN (Wireless Local Area Network) ist eine Technologie zur Erstellung von Netzwerken, die über eine Luftschnittstelle aufgebaut werden. Der zunehmende Bedarf an mobiler Arbeit in Schleswig-Holstein kann durch die WLAN-Technologie unterstützt werden.

Die bereitzustellende WLAN-Technologie ist gem. der Anforderungen des BSI-Grundschutzes der Stufe „normal“ ausgeprägt. Verfahren oder Daten, die über eine höhere Schutzstufe verfügen, dürfen ohne Zusatzmaßnahmen nicht darüber betrieben werden.

(Landesdienst und OpenWLAN aus dieser ITM abrechnen 2438 03 0000 wird dann nicht mehr benötigt)

**ITM** 2558030000  
**Bezeichnung** Zentrale Beschaffungsleistungen für das Land Schleswig-Holstein  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Standard IT-Infrastruktur SH

**Beschreibung**

Die IT-Maßnahme enthält zentral koordinierte Beschaffungsleistungen wie z.B. die Hardwareaussonderung einschl. Dienstleistungen.

<b>ITM</b>	2573030000
<b>Bezeichnung</b>	Datenaustauschplattform dDatabox
<b>Ressort / Dst.</b>	ZIT SH I / V 33
<b>Status</b>	aktiv / etatfähig
<b>Art</b>	IT-Vorhaben
<b>Klassifizierung</b>	Fachinfrastruktur

**ITM** 2581030000  
**Bezeichnung** Migration Windows 10 LSH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Standard IT-Funktionalität SH

**Beschreibung**

Mit Windows 10 stellt Microsoft eine deutlich verbesserte Version seines Betriebssystems vor. Das neue Betriebssystem schafft es, über alle heute üblichen Endgerätearten hinweg, ein einheitliches Betriebssystem für Smartphones, Tablets, PCs pp zu etablieren. Wer bereits bei einer vorherigen Windows-Migration seine Client-Bestände konsolidiert und die Anwendungslandschaft harmonisiert hat, profitiert am meisten. Die Migration wird zentral vom ZIT SH koordiniert und finanziert. Die technische Umstellung in den Ressorts erfolgt mit Hilfe von Dataport.

**ITM** 2591030000  
**Bezeichnung** WLAN an Schulen  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** unbekannt

**Beschreibung**

Es gibt 3 Schul-Projekte - LN2020 (Glasfaser) und Internetfilter an Schulen. Das dritte Projekt ist WLAN an Schulen.

**ITM** 2592030000  
**Bezeichnung** Regionalleitstellen (Sonderlösungen)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / V 33  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Verfahren  
**Klassifizierung** Fachinfrastrukturen

**Beschreibung**

Aufgrund der Übergabe der Aufgaben von der Polizei an Dataport wurden diverse Verträge für die RLS (Migration UCIP, 3-stufiges Sicherheitgateway usw.) vom ZIT unterschrieben und vom ZIT gezahlt.

**ITM** 2358010000  
**Bezeichnung** Grundversorgung der DSt EA  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / EA-SH I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** Grundversorgung  
**Klassifizierung** Sonstiges

**Beschreibung**

Entsprechend der Kooperationsvereinbarung zwischen FM und dem Einheitlichen Ansprechpartner SH (EA-SH) ist die IT-Versorgung der Anstalt EA-SH durch das FM sicherzustellen. Die Leistungen für Verfahrenskomponenten sind in den Aufträgen zum Betrieb der unterschiedlichen E-Government/Basisinfrastrukturen enthalten. Veranschlagt sind lfd. IT-Kosten, um die BK des EA-SH zu pflegen und zu betreuen und Kleinmaterial beschaffen zu können.

**ITM** 2359030000  
**Bezeichnung** Fachverfahren EA-SH  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / EA-SH I  
**Status** aktiv / etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Die Ausgaben des EA-SH sind mit Wirkung vom 01.01.2019 an die AÖR ITVSH der Kommunen übergegangen. Für die Bereitstellung der Fachverfahren für diesen Aufgabenbereich ist das Land (ZIT SH) aber weiterhin verantwortlich. Zentrale Aufgabe ist die Bereitstellung von Informationen, welche Anforderungen für die rechtmäßige Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit bestehen. Zusätzlich fungiert der EA-SH auch als Verfahrensmittler, über den der Antragsprozess des Dienstleisters (Erklärungen, Anmeldungen, Eintragungen oder die Beantragung von Genehmigungen und so weiter) weitestgehend koordiniert und abgewickelt werden kann. Alle Leistungen werden dem ITVSH bis auf Weiteres kostenfrei angeboten. Weiterentwicklungen erfolgen in Zusammenarbeit mit dem ITVSH.

**ITM** 2452030000  
**Bezeichnung** Unterstützungsplattform EA-SH (AFM = Antrags- und Fallmanagement)  
**Ressort / Dst.** ZIT SH I / EA-SH I  
**Status** aktiv / nicht etatfähig  
**Art** IT-Vorhaben  
**Klassifizierung** Fachanwendungen

**Beschreibung**

Zur Aufgabenerfüllung bedarf der EA-SH zwingend eines automatisierten System, um den ansteigenden Fallzahlen und einer vorgegebenen Bearbeitungsfrist von drei Tagen gerecht zu werden. Das Antrags- und Fallmanagement stellt dabei die zu Grunde liegende digitale Infrastruktur dar. Auf dieser digitalen Infrastruktur werden unterschiedliche (Fach)Verfahren aufgesetzt und können in der Folge automatisiert bearbeitet werden.